

Rundfunk und Geschichte

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte
Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

25. Jahrgang Nr. 1 / Januar 1999

**Radio Moskau und Berliner Rundfunk
(1945 – 1949)**

Literatur und Schriftsteller im NWDR-Köln

**Festival des politischen Liedes und
der Rundfunk der DDR**

**Deutsch-französische Hörfunkkommission
(1963 – 1969)**

Niklas Luhmann (1927 – 1998)

**Kulturpropaganda im Schweizer Radio
(1933 – 1945)**

Rezensionen

Bibliographie

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

Zitierweise: RuG - ISSN 0175-4351

Redaktion: Ansgar Diller Edgar Lersch

Redaktionsanschrift

Dr. Ansgar Diller, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main - Berlin, Bertramstraße 8,
60320 Frankfurt am Main, Tel. 069-15687212, Fax 069-15687200

Dr. Edgar Lersch, Südwestrundfunk, Historisches Archiv, 70150 Stuttgart, Tel. 0711-9293233,
Fax 0711-9293345

Redaktionsassistent: Dr. Stefan Niessen

Herstellung: Michael Friebe

Redaktionsschluß: 15. März 1999

Das Inhaltsverzeichnis von »Rundfunk und Geschichte« wird ab Jg. 19 (1993), H. 1, im INTERNET
(<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/zeitschr/RuGe/rugindex.htm>) angeboten.

Inhalt

25. Jahrgang Nr. 1 / Januar 1999

Aufsätze

- Petra Galle
Radio Moskau und Berliner Rundfunk als Instrumente sowjetischer
Rundfunkpolitik im besetzten Deutschland (1945 - 1949) 5
- Ingrid Scheffler
Literatur und Schriftsteller im NWDR-Köln (1945 - 1955) 13
- Margit Nagorsnik
Die Rolle des politischen Liedes in der DDR
FDJ-Singebewegung, das Festival des politischen Liedes und der Rundfunk 22
- Sybille Burmeister
Ein Projekt im Anschluß an den Elysée-Vertrag
Die deutsch-französische Hörfunkkommission (1963 - 1969) 37
- Christian Filk
Beobachtungen diesseits und jenseits der Differenz
Niklas Luhmann (1927 - 1998) 46

Miszellen

- Das Historische Archiv des (ehemaligen) Süddeutschen Rundfunks
(Edgar Lersch) 53
- »1968« als massenmediales Ereignis«
Tagung im Deutschen Literaturarchiv vom 3. bis 5. Dezember 1998
(Edgar Lersch) 56
- Kleiner Förderverein mit großem Namenspatron
Die Fritz-Eberhardt-Gesellschaft in Berlin
(Hartmut Weißler) 58
- Rundfunk und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik
Eine Ausstellung in Heidelberg
(Ansgar Diller) 60
- Deutsche Welle reformiert Fernsehprogramm
DW-tv mit neuem Nachrichtenformat
(Oliver Zöllner) 60
- AFRTS digitalisiert Sendernetz
US-Truppen weltweit mit erweitertem AFN-Rundfunkangebot
(Oliver Zöllner) 61
- Lehrmeister der Nation
Kulturpropaganda im Schweizer Radio zur Zeit des Dritten Reichs
(Theo Mäusli) 62
- Neuere Forschungen zur Geschichte des Rundfunks in der Schweiz
(Ansgar Diller) 66
- Der Ton. Das Bild. Die Bayern und ihr Rundfunk
Ausstellung in München und Nürnberg 67
- Schuld und Sühne?
Berliner Konferenz über Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in den Medien 68
- Die Medien und die politische Wende in Europa 1989/90
Internationale Konferenz in Berlin 68

Rezensionen

- Heinz-Werner Stüber: Medien in Deutschland. Band 2: Rundfunk
(Konrad Düssel) 69
- Claus-Dieter Krohn u. a. (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen
Emigration 1933 - 1945
- Gerd Greiser: Wahrheit als Waffe. Politik und Medien der SPD
im Kampf gegen die Hitler-Diktatur
- Marlis Buchholz/Bernd Rother: Der Parteivorstand der SPD im Exil.
Protokolle der Sopade 1933 - 1940
(Ansgar Diller) 70
- Bernd Bonwetsch u. a. (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945 - 1949.
Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung der SMAD
(Ansgar Diller) 71
- Mikrofiche-Edition der Protokolle des Zentralsekretariats
der Sozialistischen Einheitspartei (1946 bis 1949)
(Ansgar Diller) 71
- Philipp Steinwälder: Die Arbeitsgemeinschaft der
öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
(Dietrich Schwarzkopf) 72
- Walter J. Schütz (Hrsg.): Medienpolitik. Dokumentation der
Kommunikationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990
(Ansgar Diller) 73
- Hermann Fünfgeld (Hrsg.): Von außen besehen
Markenzeichen des Süddeutschen Rundfunks
(Arnulf Kutsch) 74
- Ingeborg Bachmann: Römische Reportagen. Eine Wiederentdeckung
(Sabine Schiller-Lerg) 75
- Andreas Fickers: Der »Transistor« als technisches und kulturelles Phänomen.
Die Transistorisierung der Radio- und Fernsehempfänger 1955 bis 1965
(Ansgar Diller) 76
- Otfried Jarren u. a. (Hrsg.): Politische Kommunikation in der
demokratischen Gesellschaft
(Christian Filk / Michael Malachewitz) 76
- Julika Griem (Hrsg.): Bildschirmfiktionen.
Interferenzen zwischen Literatur und neuen Medien
(Wolfgang Mühl-Benninghaus) 78
- Jörg Helbig (Hrsg.): Intermedialität.
Theorie und Praxis eines interdisziplinären Forschungsgebiets
(Christian Filk) 79
- Hans H. Hiebel (Hrsg.): Kleine Medienchronik.
Von den ersten Schriftzeichen zum Mikrochip
- Hans H. Hiebel u. a.: Die Medien. Logik – Leistung – Geschichte
(Ansgar Diller) 81
- Simone Barck u. a.: »Jedes Buch ein Abenteuer«. Zensur-System
und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre
(Gunther Holzweißig) 81
- Gerd G. Kopper (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit.
Entwicklung von Strukturen und Theorie
(Lothar Albertin) 82
- Stefan Kaufmann: Kommunikationstechnik und Kriegführung 1815 - 1945
(Ansgar Diller) 85

Heinz Priess: Spaniens Himmel und keine Sterne. Ein deutsches Geschichtsbuch. Erinnerung an ein Leben und ein Jahrhundert (Ingrid Pietrzynski)	86
Ulrich Mähler (Hrsg.): Vademekum DDR-Forschung Die Bestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Kurzübersicht (Ansgar Diller)	87
Hans Jürgen Gerlach: Heinrich Eduard Jacob. Between Two Worlds (Ansgar Diller)	88
In memoriam Reinhard Raffalt. Daten und Fakten (Ansgar Diller)	88
Bibliographie	
Zeitschriftenlese 78 (1.10. - 31.12.1998) (Rudolf Lang)	89
Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte	
Jahrestagung des Studienkreises in Siegen (6. bis 8. Mai 1999)	93
Mitgliederversammlung des Studienkreises	94
Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv	
Goethe, Kästner. Zwei neue CDs mit DRA-Aufnahmen	95
Neu in der Buchreihe des DRA	
Manuskripte des Berliner Rundfunks (1945 - 1949)	
Thomas Penka: Sozialgeschichte des Südfunkprogramms in der Weimarer Republik	95
Stipendien der ARD zur DDR-Rundfunkgeschichte vergeben	96

Autoren der längeren Beiträge

Sybille Burmeister, Nahlstraße 4, 34117 Kassel

Christian Filk, Riehler Gürtel 1, 50735 Köln

Petra Galle, Leykestraße 15, 12053 Berlin

Dr. Theo Mäusli, Schweizerische Landesphonothek, Via Foce 1, CH-6906 Lugano 6

Dr. Margit Nagorsnik, Flansweg 4, 12557 Berlin

Dr. Ingrid Scheffler, Herbststraße 23, 68219 Mannheim

Radio Moskau und Berliner Rundfunk als Instrumente sowjetischer Rundfunkpolitik im besetzten Deutschland (1945 - 1949)*

Die sowjetische Rundfunkpolitik im Nachkriegsdeutschland ist trotz der partiellen Zugänglichkeit sowjetischer Archive seit Beginn der 90er Jahre bis heute ein weitgehend unbearbeitetes Thema. Es ist wenig bekannt über die sowjetischen Nachkriegsplanungen für den Rundfunk, über Interessenlagen und Differenzen innerhalb der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) oder auch nur über konkrete Maßnahmen auf dem Gebiet der Rundfunkkontrolle und -propaganda.¹ Dies steht in krassem Mißverhältnis zu den Forschungen über die anglo-amerikanische Rundfunkpolitik in der Besatzungszeit² und wird zum Anlaß genommen, einen Aspekt sowjetischer Rundfunkpolitik im besetzten Deutschland näher zu untersuchen: das Verhältnis zwischen dem sowjetischen Auslandsrundfunk für Deutschland und dem deutschen Rundfunk unter sowjetischer Kontrolle, zwischen Radio Moskau und Berliner Rundfunk also.

Sowohl Amerikaner als auch Briten hatten in ihren Nachkriegsplanungen für den Rundfunk in Deutschland vorgesehen, daß die deutschen Sendestationen in den Besatzungszonen zunächst fast ausschließlich Programme senden sollten, die außerhalb Deutschlands produziert wurden. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Programme von Radio Luxemburg, der anglo-amerikanischen Rundfunkeinrichtung unter Leitung des alliierten Oberkommandos SHAEF, die neben eigenproduzierten Sendungen auch Programme der Auslandssender BBC und Voice of America übertrug. Die anglo-amerikanischen Nachkriegsplanungen gingen von einem Drei-Phasen-Konzept für die Informationskontrolle im besetzten Deutschland aus: in der ersten Phase unmittelbar nach der Besetzung sollte jegliche Rundfunkstätigkeit von Deutschen verboten werden und die deutschen Rundfunkstationen nur als Relaisstationen für von den Alliierten produzierte Programme dienen. In einem zweiten Schritt sollte die Produktion deutscher Sendungen unter der Aufsicht von Kontrolloffizieren beginnen und in der dritten Phase dann die Übergabe der Rundfunkstationen in deutsche Verantwortung erfolgen.³

Ähnliche Planungen für den Einsatz des sowjetischen Auslandsrundfunks in Deutschland scheinen auf sowjetischer Seite nicht existiert zu haben. Auf jeden Fall sendete der Berliner Rundfunk als Hauptsendestation für Berlin und die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) ab dem

13. Mai 1945, dem ersten Sendetag nach Kriegsende, ein in Berlin von Deutschen produziertes Programm. Welche Gründe sind dafür zu nennen? Warum wurde über den Berliner Rundfunk nicht das Programm des deutschsprachigen sowjetischen Auslandsrundfunks, Radio Moskau also, ausgestrahlt? Die Sowjets verfahren anders als Amerikaner und Briten, obwohl sie doch davon ausgehen konnten, mit Übertragungen von Sendungen des sowjetischen Auslandsrundfunks ein Höchstmaß an Kontrolle über das Programm zu erreichen. Aber welche Rolle spielte Radio Moskau dann tatsächlich für die sowjetische Rundfunkpolitik in Deutschland? Eine Auswertung von Dokumenten in Moskauer Archiven, die die Sichtweise der zuständigen Moskauer Dienststellen und ihres Stellvertreters in Deutschland, der Sowjetischen Militäradministration, widerspiegeln, führt zu der These, daß die sowjetische Rundfunkpolitik für Deutschland zweigleisig verfuhr.⁴ Sie bediente sich zweier Instrumente: der deutschen Rundfunkstationen in der SBZ und des traditionellen Moskauer Auslandsrundfunks. Zwischen beiden bestand eine Art Aufgabenverteilung, die aber im Zuge des sich verschärfenden Konflikts mit den westlichen Alliierten an Bedeutung verlor.

Der sowjetische Auslandsrundfunk hatte traditionell die Aufgabe, Propaganda für die Sowjetunion zu betreiben und antisowjetische Propaganda abzuwehren. Unter antisowjetischer Propaganda wurde Kritik an der Sowjetunion als totalitärem System verstanden, in der Nachkriegszeit auch Kritik an der Reparationspolitik der Sowjetunion in Deutschland und am sowjetischen Verhalten auf den Nachkriegskonferenzen, das die Westmächte als Boykott einer gemeinsamen Deutschlandpolitik ansahen.⁵ Typisch für diese Auffassung sowjetischer Dienststellen ist der Umgang mit einer Nachricht der BBC im Herbst 1945, die die Verhaftung von 100 sowjetischen Soldaten meldete, die bei Schwarzmarktgeschäften im Berliner Tiergarten aufgegriffen worden waren. Die Meldung wurde als Beispiel für antisowjetische Propaganda nach Moskau weitergegeben und dementiert – in diesem Fall sogar im Berliner Rundfunk.⁶

Der deutsche Rundfunk in der SBZ sollte dagegen hauptsächlich die Politik der KPD, und später der SED, unterstützen, die sich auf ein breites Bündnis antifaschistisch-demokratischer Kräfte in Deutschland stützte. Im Rundfunk der SBZ war deshalb weder eine offene Festlegung

auf das »Modell Sowjetunion« geboten, noch eine offene Propaganda gegen die westlichen Verbündeten. Konflikte zwischen den Verbündeten offenzulegen, hätte den Deutschen ermöglicht – so die Befürchtung –, die Alliierten gegeneinander auszuspielen. In diesem Sinne hielten sich nicht nur die westlichen Alliierten an das sogenannte »Eintrachtsgebot«, sondern es spielte auch für die Sowjetunion eine Rolle.⁷

Die Aufgabenverteilung zwischen den beiden Instrumenten sowjetischer Rundfunkpolitik in Deutschland war Ausdruck dieser Nachkriegspolitik. Konkret bedeutete dies, daß

1. die Sowjetunion zu Beginn der Besatzungszeit in erster Linie den sowjetischen Auslandsrundfunk und nicht den Berliner Rundfunk zur Verbreitung offen prosowjetischer Propaganda in Deutschland nutzte und daß

2. Versuche Moskauer Dienststellen, Propaganda für die Sowjetunion auch beim deutschen Rundfunk in der SBZ durchzusetzen, bereits bald nach Kriegsende einsetzten, diese aber bis zum offenen Ausbruch des Kalten Krieges auch auf Widerstände, insbesondere innerhalb der SMAD, stießen.

Radio Moskau

Der Auslandsrundfunk der Sowjetunion war ein zentral gesteuertes Instrument sowjetischer Politik, das allerdings nicht immer so funktionierte, wie die straffe Struktur und enge Anbindung an die Partei- und Regierungsspitze suggerieren könnte.⁸ Sowjetischer Auslandsrundfunk für Deutschland gab es bereits seit 1929. 1933 führte die Zentralisierung des Rundfunkwesens in der Sowjetunion zur Bildung des Allunionskomitees für Radiofizierung und Rundfunk beim Rat der Volkskommissare. Das Radiokomitee war also bei der Regierungsspitze angesiedelt. Ihm wurde im Zuge der Zentralisierung auch der Auslandsrundfunk, Ino-Radio genannt, unterstellt. Damit war das Radiokomitee sowohl für den sowjetischen Inlands- wie den Auslandsrundfunk zuständig.

Während des Krieges stieg die Bedeutung des Auslandsrundfunks als grenzüberschreitendes Propagandainstrument in allen kriegführenden Staaten stark an, und dementsprechend wurde auch der Apparat des sowjetischen Radiokomitees ausgebaut. Bei Kriegsausbruch 1941 produzierten knapp 150 Mitarbeiter Sendungen in 13 Sprachen, 1945 waren es doppelt so viele Mitarbeiter für Sendungen in 30 Sprachen.⁹

Die Kontrolle über die Radioprogramme war auf verschiedenen Ebenen geregelt, u.a. durch die Zentralisierung der Informationsquellen und

durch die Manuskriptkontrolle. Außerdem bestand eine eigene Abteilung, die die Rundfunksprecher am Mikrofon kontrollierte und sehr streng gewesen sein soll im Vergleich mit der weniger strengen Kontrolle bei den anderen deutschsprachigen Auslandssendern in der Sowjetunion, insbesondere beim Sender des Nationalkomitees Freies Deutschland.¹⁰ In einer eigenen Abteilung wurde der deutsche, englische und französische Auslandsrundfunk abgehört. Die Abhörberichte dienten nicht nur als Materialquelle für die Redaktionen, sie wurden auch als tägliche Bulletins an die Partei und Regierungsspitze weitergegeben.¹¹ Diese höchsten Regierungskreise waren dementsprechend ständig informiert über die Sendungen der BBC, der Voice of America und des deutschen Rundfunks.

Ein Wandel in der inhaltlichen Ausrichtung der Propaganda des Auslandsrundfunks deutete sich bereits direkt nach Kriegsende an: Der Vorsitzende des Radiokomitees, A. Pusin, wies im Mai 1945 darauf hin, daß die Propaganda während des Krieges vornehmlich gegen die Deutschen gerichtet und die verbündeten Mächte in dieser Zeit der Sowjetunion sehr wohlgesonnen gewesen seien. Damit könne man jetzt nicht mehr rechnen, wie bereits anitsowjetische Pressekampagnen zeigen würden.¹² Pusin deutete damit zum erstenmal den kommenden Konflikt im Rundfunk mit den Alliierten an. Für den Auslandsrundfunk nach Deutschland bedeutete der erwartete und sich verschärfende Konflikt zwischen den Alliierten, daß man das »Feld Deutschland« nicht dem Rundfunk der Westalliierten überlassen wollte. Die ersten Jahre nach 1945 waren deshalb gekennzeichnet von den Bemühungen, die Hörbarkeit von Radio Moskau in Deutschland sowie die Qualität der Sendungen zu verbessern. Beides geschah mit dem Ziel, durch eine verstärkte Propaganda den Einfluß von BBC und Voice of America auf die Deutschen zurückzudrängen.

Das Radiokomitee war mit diesen Versuchen nicht sehr erfolgreich. Ein Hauptgrund dafür war, daß die Radioempfänger in Berlin nach Beendigung der Kampfhandlungen aus Sicherheitsgründen per Erlaß des Oberbefehlshabers requiriert worden waren. Obwohl der Besitz von einfachen Radiogeräten im September 1945 wieder erlaubt wurde, waren die Geräte nicht stark genug, um die Moskauer Kurzwellensendungen empfangen zu können.¹³

Insbesondere die Leitung des Informationsbüros der SMAD, das eine Mittlerstelle zwischen Moskauer Dienststellen und der SMAD innehatte, wies deshalb wiederholt auf die Notwendigkeit hin, die Hörbarkeit des Auslandsrundfunks zu verbessern. Das Informationsbüro, auch »Sowjetisches Nachrichtenbüro (SNB)« genannt,

hatte, wie sein Pendant, das Sowjetische Informationsbüro,¹⁴ zwei Aufgaben: zum einen dafür zu sorgen, daß die Medien in der SBZ mit Informationen aus Moskau versorgt würden und zum anderen, die SMAD-Spitze über die Lage in Deutschland zu unterrichten. Außerdem hatte das SNB, was weniger bekannt ist, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch eine Überwachungsfunktion über den Apparat der SMAD.¹⁵

Als Grund für die Notwendigkeit, die Hörbarkeit des sowjetischen Auslandsrundfunks in Deutschland zu verbessern, nannte das SNB bereits im Herbst 1945 die verstärkte antisowjetische Propaganda der BBC, die in Deutschland im Gegensatz zum Moskauer Rundfunk auch mit einfachen Geräten gut empfangbar sei. Im Oktober 1945 schrieb der Leiter des Informationsbüros der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, I. Tugarinow, an seinen Vorgesetzten, den hohen Parteifunktionär G. F. Alexandrow, nach Moskau:

»Lieber Georgij Fedorowitsch!

Der Strom antisowjetischer verleumderischer Materialien aus England wächst immer weiter an. Das versetzt uns in eine schwierige Lage, weil es in Berlin nicht immer angebracht ist, auf die Ausfälle aus London zu antworten und andererseits die Materialien, die Moskau sendet, die Deutschen nicht erreichen. Auf diese Art und Weise stachelt die englische Propaganda die deutsche Bevölkerung sowohl der westlichen als auch der sowjetischen Zonen tagtäglich gegen uns auf; wir dagegen beschränken uns auf die Publikation von Materialien in den Zeitungen ausschließlich unserer Zone. Dabei sind diese Materialien in einem sehr zurückhaltenden Ton gehalten, um unser Verhältnis [zu den westlichen Alliierten, d. V.] nicht zu verschlechtern.«

Deshalb, so Tugarinow weiter, sei es unbedingt erforderlich, die Sendungen des Moskauer Auslandsrundfunks in deutscher Sprache in Lwow in der Ukraine oder von Königsberg aus nach Deutschland zu übertragen, damit die Deutschen sie mit ihren einfachen Rundfunkgeräten überhaupt empfangen könnten.¹⁶ Daß die BBC in Deutschland sehr viel besser zu hören sei, wird in den Berichten des Informationsbüros immer wieder betont. BBC war 1945/46 der Vergleichsmaßstab für den sowjetischen Auslandsrundfunk, auch was die Art der Sendungen anging.

Das Informationsbüro riet davon ab, den Berliner Rundfunk für Gegenpropaganda gegen die Briten zu benutzen. Die Deutschen sollten nicht den Eindruck erhalten, zwischen den Alliierten gebe es Zwietracht. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß sich der deutsche, von Amerikanern oder Briten kontrollierte Rundfunk in den westlichen Besatzungszonen relativ neutral verhalte. Antisowjetische Propaganda

komme vor allem in den Sendungen der BBC und der Voice of America vor.¹⁷

Die Tatsache, daß Radio Moskau in Deutschland kaum gehört werden konnte, führte zu einem zu einer Vorlage des Ministerrats der Sowjetunion über den Bau von Kurzwellensendern in den grenznahen sowjetischen Städten Riga, Vilnius und Lwow.¹⁸ Zum anderen bemühte sich das Radiokomitee wiederholt darum, für den Auslandsrundfunk einen leistungsstarken Sender in Deutschland nutzen zu können. Bereits Ende 1945 hatte Alexandrow vorgeschlagen, die deutschsprachigen Sendungen von Radio Moskau über den neuen Sender in Leipzig, der sich zu diesem Zeitpunkt noch im Bau befand, zu verbreiten.¹⁹ Ein Jahr später fragte der stellvertretende sowjetische Minister für Nachrichtenwesen bei Alexandrow ungeduldig nach, warum man noch immer nicht Radio Moskau über deutsche Stationen übertrage.²⁰ Zwei Monate später, immerhin, war es soweit: Sendungen von Radio Moskau wurden auf der in Gesamtdeutschland hörbaren Welle des Deutschlandsenders gesendet; auch das aber war nur eine unbefriedigende Zwischenlösung.

Der Grund für die Schwierigkeiten, einen Sender zur Übertragung in Deutschland selbst zu finden, lag darin, daß die Sowjets für ihren Auslandsrundfunk keinen Sender benutzen konnten, der offiziell deutsch war, wenn sie nicht Einsprüche der Westalliierten riskieren wollten.²¹ Eine Ausnahme waren die Sendungen der Roten Armee für ihre in Deutschland stationierten Soldaten. Dafür wurde der Deutschlandsender genutzt, der zusätzlich einige Stunden von Radio Moskau übernahm.²² Daß man ab Februar 1947 diese Lösung fand und damit doch alliierte Einwände riskierte, ist ein Anzeichen für die zunehmende Verschärfung des Konflikts zwischen den Alliierten.

Ähnlich große, aber andersgelagerte Schwierigkeiten bereiteten die Versuche, die Qualität der Sendungen von Radio Moskau zu verbessern, d.h. die Programme attraktiver zu gestalten. Insbesondere vom Informationsbüro, aber auch von der SMAD-Propagandaverwaltung kamen Klagen über die zu offene, direkte Propaganda, die bei der Berliner Bevölkerung Vergleiche mit dem nationalsozialistischen Rundfunk hervorriefe. Geklagt wurde auch darüber, daß Radio Moskau nicht die besonderen Interessen und den Kenntnisstand der Deutschen berücksichtige und daß die Meldungen nicht aktuell seien. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen würde Radio Moskau überhaupt nicht hören, nicht nur weil es sehr schwierig sei, das Programm zu empfangen.²³

Es waren altbekannte Klagen, die nach Moskau gingen. Schon seit Jahren war im Radioko-

mitee selbst angemahnt worden, die sowjetische Propaganda subtiler zu gestalten. Das Zentralkomitee der KPdSU(B) nahm diese Klagen ernst; es wurden Beschlüsse gefaßt zur Verbesserung der Informationsversorgung des Radiokomitees und zur Qualifizierung der Mitarbeiter. Die Propaganda sollte verstärkt auf die Besonderheiten der einzelnen Länder eingehen. Ziel dieser Maßnahmen war allerdings gerade nicht eine subtilere, im Sinne von versteckter, Propaganda, sondern der Versuch, Propaganda trefender zu gestalten, um sie offensiv einsetzen zu können.²⁴ Erstmals schickte das Radiokomitee im Herbst 1947 auch eigene Korrespondenten nach Deutschland – eine Ausnahme von seinen bisherigen Gepflogenheiten: Es gab zu diesem Zeitpunkt kein anderes Land, in dem eigene Korrespondenten unterhalten wurden. Sie mußten aber schon neun Monate später ausgetauscht werden. Der Vorwurf lautete: Faulheit und interne Zwistigkeiten unter den Korrespondenten!²⁵

Bis 1948 gelang es nicht, den Auslandsrundfunk als wirksames Propagandainstrument in Deutschland einzusetzen. Die Situation in Deutschland hatte sich aber mittlerweile geändert: Der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay, hatte im Oktober 1947 den Startschuß für die »Operation Talk Back« gegeben, d.h. die Amerikaner und – nicht ganz so spektakulär, aber de facto schon Monate zuvor – die Briten hatten offiziell ihre Zurückhaltung in den Medien aufgegeben. Ab diesem Zeitpunkt, und nicht erst ab 1948, dem Jahr des Scheiterns des Alliierten Kontrollrats, der Währungsreform und der Blockade Berlins, bemühte sich keine Seite mehr – weder die westlichen Alliierten noch die Sowjetunion – den Anschein von Neutralität im Rundfunk aufrecht zu erhalten.

Der deutsche Rundfunk in der Sowjetischen Besatzungszone konnte nunmehr seine Zurückhaltung aufgeben und antiwestliche Sendungen ausstrahlen, die früher abgelehnt worden waren, um eine direkte Verbindung zwischen der Sowjetunion und dem Rundfunk in der SBZ nicht offensichtlich werden zu lassen. So befürwortete der Leiter der SMAD-Propagandaverwaltung, Tjul'panow, wenige Wochen nach Clays Ankündigung der Operation Talk Back die Einrichtung von Programmen im Berliner Rundfunk, die ausdrücklich als Sendungen der SMAD angekündigt werden sollten. Sie galten als Antwort auf eine Sendereihe, die ab November 1947 im Namen der amerikanischen Militärregierung über die Rundfunkstationen in der amerikanischen Zone und in Westberlin über den RIAS ausgestrahlt wurde und unter dem Titel »Freiheit oder Totalitarismus« ausdrücklich gegen die sowjetische Besatzungspolitik gerichtet war.²⁶ Die Forderung

nach SMAD-Sendungen war bereits Ende 1945 von der ZK-Abteilung Agitprop der KPdSU(B) erhoben worden,²⁷ und auch der Geheimbefehl 0113 zum Bau des Funkhauses Grünau in Ostberlin vom Mai 1946 nennt als Begründung, daß in Grünau Sendungen im Namen der SMAD produziert werden sollten.²⁸ Bis zum Beginn der genannten Sendereihe der Amerikanischen Militärregierung in Deutschland aber hatte die SMAD vermieden, dieses Vorhaben umzusetzen. Das Rundfunkprogramm in Deutschland sollte weiterhin offiziell von Deutschen produziert werden, um somit die tatsächlichen Kontrollverhältnisse zu verschleiern.

Berliner Rundfunk

Mit dem Ausbruch des offenen Konflikts zwischen den Alliierten hatte der sowjetische Auslandsrundfunk für die Rundfunkpolitik in Deutschland an Bedeutung verloren. Propaganda für die Sowjetunion und Gegenpropaganda gegen die Positionen der westlichen Alliierten war jetzt auch im Rundfunk der SBZ sehr viel offener möglich als zuvor. Bezeichnend dafür ist der SMAD-Geheimbefehl Nr. 0127 vom April 1948, in dem die Verwendung der Frequenz 1 571 m des Deutschlandsenders für die Übertragung des Programms des Berliner Rundfunks angeordnet und dem Moskauer Auslandsrundfunk gleichzeitig ein 100 kW-Sender in Leipzig auf Welle 415,5 zugesprochen wurde. Tatsächlich wurden damit die Wellen und Sender für den Berliner Rundfunk und Radio Moskau getauscht, da seit April 1947 laut SMAD-Geheimbefehl Nr. 097 die Sendungen des Berliner Rundfunks außer über den Sender Tegel auch über einen Leipziger Sender übertragen worden waren. Mit dem neuen Befehl begann der Berliner Rundfunk, entgegen (west-)alliierten Forderungen, sein Programm über die wichtigere, weil Gesamtdeutschland erreichende Welle des Deutschlandsenders zu verbreiten.²⁹

Versuche von Moskau aus, sowjetische Propaganda nicht nur offensiv im Auslandsrundfunk zu betreiben, sondern auch im Rundfunk der SBZ durchzusetzen, hatte es trotz der Warnungen von Seiten der SMAD immer wieder gegeben, obwohl die westlichen Verbündeten der Sowjetunion seit der Teilung Berlins in vier Sektoren im Juni 1945 die Viermächtekontrolle über den Rundfunk in Berlin gefordert hatten. Es gelang der Sowjetunion zwar, die alleinige Kontrolle über den Berliner Rundfunk zu behalten, die Auseinandersetzung mit den Alliierten darüber aber bestimmte einen Großteil der sowjetischen Rundfunkpolitik in Deutschland. Die Sowjetunion sorgte aber für den Fall vor, daß es

nicht gelingen sollte, den Berliner Rundfunk allein zu kontrollieren. So befahl sie die Errichtung des Senders Leipzig als Alternative zu Berlin und ergriff Maßnahmen zur verdeckten institutionell-organisatorischen Anbindung des Rundfunks an die SMAD.

Aus sowjetischer Sicht, d.h. sowohl aus Sicht der Moskauer Dienststellen als auch der SMAD, war der umstrittene Faktor in der Rundfunkpolitik nie die Tatsache an sich, daß der Rundfunk in der SBZ für Propagandazwecke instrumentalisiert werden sollte. Die Parteinahme sowohl für die Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als auch für die Sowjetunion und – in der Folge – gegen die Alliierten wurde als Faktum nicht hinterfragt. Umstritten war nicht das »ob«, sondern das »wie« der Propaganda. Wieviele Sendungen über die Sowjetunion vertrug das Programm, ohne die Deutschen vor den Kopf zu stoßen? Und: Wie direkt durfte für das Modell Sowjetunion geworben werden? Welches Verhalten gegenüber den Alliierten war taktisch klug?

In der Frage des »wie« gab es offensichtlich unterschiedliche Auffassungen bei den Vertretern der SMAD in Berlin und Moskau. Ein Konflikt zwischen der Abteilung Radiopropaganda der SMAD-Propagandaverwaltung, die mit ihren Kontrolloffizieren für die politische Anleitung und die Überwachung des Rundfunks in der SBZ zuständig war, und einer ZK-Untersuchungskommission im September 1946 aus Moskau verdeutlicht dies beispielhaft. Anlaß der Überprüfung waren die bevorstehenden Landtags- und Kommunalwahlen in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone. Moskau befürchtete – und wie sich erwies, ja zurecht –, die SED könnte eine Niederlage erleiden.³⁰

Die Kommission überprüfte alle Abteilungen der SMAD-Propagandaverwaltung, auch die Abteilung Radiopropaganda und deren Leiter Wladimir Mulin. Mulin hatte bereits vor dem Kriege beim sowjetischen Auslandsrundfunk, bei Radio Moskau also, gearbeitet und war jetzt auch gleichzeitig Verbindungsmann zwischen der SMAD und dem Radiokomitee in Moskau. In dieser Funktion war Mulin übrigens auch beteiligt an den Bemühungen des Radiokomitees, einen Sender in Deutschland zur Übertragung des Auslandsrundfunks zu erhalten.³¹

Die Untersuchungskommission wurde vom Leiter der 7. Verwaltung bei der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, Michail Iwanowitsch Burzew, geleitet. Mulin wurde von Burzew in die Enge getrieben, als es um die Frage ging, welche Sendungen der Berliner Rundfunk zu den, wie sich Burzew ausdrückte, »wichtigsten« Fragen bringe. Die »wichtigsten« Fragen waren die Propaganda für die Sowjetunion und

die Aufklärung über den deutschen Faschismus. Mulin, obwohl für die politische Anleitung des Rundfunks in der SBZ zuständig, konnte darüber keine genaue Auskunft geben. Er verteidigte sich damit, daß er mit technisch-organisatorischen Aufgaben überlastet sei. Gemeint war damit vor allem der Bau des Ersatzfunkhauses für den Berliner Rundfunk in Grünau. Das Funkhaus des Berliner Rundfunks befand sich im britischen Sektor Berlins und war – aus sowjetischer Sicht – von der Gefahr der Viermächtekontrolle bedroht. Mulin verteidigte sich damit, daß er außerdem mit Fragen zur Vereinigung von KPD und SED und zum Referendum in Sachsen über die Enteignungen, nicht aber mit derart detaillierten Fragen zur Propaganda zugunsten der Sowjetunion gerechnet habe. Es sei dem Erfolg des Programms bei den Deutschen unzutraglich, wenn eine zu direkte Verbindung zur SED und zur sowjetischen Politik offensichtlich würde. Für Mulin war klar, daß unter den gegebenen Verhältnissen in Berlin, wo die Hörer die Möglichkeit hätten, sich in den Medien der anderen Alliierten zu informieren, Propaganda nicht zu einseitig sein dürfe, wenn sie die Hörer überzeugen wolle. So sagte er zur Propaganda für die Vereinigung von KPD und SPD:

»Wir haben in dieser Kampagne schwere Fehler gemacht. Wir führten die Kampagne ohne Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse. Wir sendeten sehr viele Auftritte von Kommunisten und linken Sozialdemokraten, die der Vereinigung zustrebten. Aber die Verhältnisse hier waren so, daß das unbedingt auf dem Wege der Diskussion hätte gezeigt werden müssen, und das haben wir nicht gebracht. Wir sendeten einzelne Auftritte, viele Reportagen. Aber wir zeigten nicht die Argumentation der einen und der anderen, und auf diese Weise waren die Anhänger der Vereinigung eigentlich ihre Gegner. (...) es war einseitig, so daß bei den Schwankenden der Eindruck entstand, daß sich die Radiostation in den Händen der Kommunisten befände. Dadurch stießen wir einen beträchtlichen Teil der Hörer ab.«³²

Mulins Bedenken gegen eine zu einseitige Propaganda konnte die ZK-Kommission offenbar nicht überzeugen, da seine Absetzung als Leiter der Abteilung Radiopropaganda in Moskau erwogen wurde.³³ Er blieb aber im Amt bis 1950, d.h. also auch noch nach dem Wechsel von der SMAD zur Sowjetischen Kontrollkommission nach Gründung der DDR. In Moskau selbst scheinen also die Argumente der ZK-Kommission nicht ausgereicht zu haben, seine Absetzung durchzusetzen.

Zumindest in den Berichten über den Rundfunk in der SBZ, die Mulin in der Folge nach Moskau schickte, hatte die Untersuchungskommission ihre Wirkung jedoch gehabt. In seinem Jahresbericht für das Jahr 1946 betonte Mulin,

daß die Radioprogramme seit Oktober 1946 stark verbessert worden seien, und nennt als Beleg dafür die hohe Zahl an Sendungen über die Sowjetunion. Dennoch bleibt Mulin bei seiner Grundüberzeugung und bemängelt weiterhin die Aufdringlichkeit der Propaganda. Kritik an der SED und Berichte über Schwierigkeiten in der Sowjetunion müßten erlaubt sein, um den Eindruck »formaler Objektivität« zu wahren.³⁴

In Zukunft stand in den Berichten, die nach Moskau gingen, die Propaganda zugunsten der Sowjetunion an herausgehobener Stelle, neben der Aufklärung über den Faschismus und die Propaganda für die neuen Volksdemokratien. Ab Sommer 1947 wurde die »Aufdeckung der aggressiven Politik von USA und Großbritannien«, gemeint waren u.a. Truman-Doktrin und Marshall-Plan, zunehmend wichtiger.³⁵

Inwieweit die Forderung nach Propaganda für die Sowjetunion jedoch tatsächlich ihren Niederschlag im Rundfunkprogramm gefunden hat, und nicht nur in den Berichten Mulin's, muß einer Programmanalyse überlassen bleiben.³⁶ Es ist aber wahrscheinlich, daß der Besuch der Untersuchungskommission einen Bruch darstellt mit der bis dahin geübten Praxis weitgehender Zurückhaltung bezüglich der sowjetischen Propaganda. Sollte sich diese These anhand des Programms bestätigen, so bedeutet dies, daß der Rundfunk in der SBZ auf Druck Moskaus bereits Ende 1946, also ein Jahr vor dem Ausbruch des offenen Konflikts zwischen den Alliierten in den Medien, eine Funktion übernahm, die bis dahin weitgehend dem sowjetischen Auslandsrundfunk zugeordnet war: die offene Propaganda für die Sowjetunion.

Fazit

»Welche Rolle spielte Radio Moskau in der sowjetischen Rundfunkpolitik für Deutschland nach 1945?« Radio Moskau sollte in Deutschland als Propagandainstrument der Sowjetunion eingesetzt werden, in einer direkteren Form als das im Berliner Rundfunk wegen der Rücksichtnahme auf die alliierte Zusammenarbeit möglich war. Das gelang nicht, hauptsächlich wohl wegen des zu starren Apparates, der nicht flexibel genug auf die Konkurrenz von Voice of America und BBC aus dem Westen antworten konnte. Das Problem war vor allem vom Informationsbüro der SMAD erkannt, das entsprechende Hinweise über die Lage in Deutschland nach Moskau weitergab. Dennoch war Radio Moskau nicht in der Lage, mehr Hörer zu gewinnen. Statt dessen versuchten Moskauer Dienststellen gegen den Widerstand von Teilen der SMAD und entgegen der anfänglichen Aufgabenverteilung, im Berliner

Rundfunk Propagandaformen durchzusetzen, die eigentlich Radio Moskau vorbehalten waren. Dies scheint, so das vorliegende Ergebnis, früher gelungen zu sein, als die Eskalation in der Konfrontation der Alliierten bisher vermuten ließ.

Anmerkungen

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten am 21.5.1997 auf der Tagung »Was ist oder was meint Sowjetisierung?« der Universität Hannover.

1 Zu den Nachkriegsplanungen (der KPD) siehe insbesondere Gerhard Keiderling (Hrsg.): »Gruppe Ulbricht« in Berlin. April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Berlin 1993 und Peter Erler u.a. (Hrsg.): »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994. Zu Auseinandersetzungen in der SMAD-Informationsverwaltung: Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997 und Bernd Bonwetsch u.a. (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945 - 1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov. Bonn 1997. Vgl. Rezension in diesem Heft, S. 71 Zu Propagandamaßnahmen der SMAD, hauptsächlich allerdings auf dem Presse-sektor: Peter Strunk: Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland. Berlin 1996.

2 U.a. Barbara Mettler: Demokratisierung und Kalter Krieg. Zur amerikanischen Informations- und Rundfunkpolitik in Westdeutschland 1945 - 1949, Berlin 1975; Larry Hartenian: The Role of Media in Democratizing Germany: United States Occupation Policy 1945 - 1949. In: Central European History Jg. 20 (1987), S. 145-190; Arnulf Kutsch: Unter britischer Kontrolle. Der Zonensender 1945 - 1948. In: Wolfram Köhler (Hrsg.): Der NDR. Zwischen Programm und Politik. Hannover 1991, S. 83-148.

3 »Manual for the Control of German Information Services«, auszugsweise abgedruckt in: Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945, Erster Teil. München 1980, S. 66.

4 Zurückgegriffen wird dabei auf Dokumente folgender Moskauer Archive: Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RZChIDNI) und Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (AWPRF). Außerdem wurden Dokumente des Forschungsprojektes »Deutschsprachige Sendungen aus der Sowjetunion 1929 - 1945« des Deutschen Rundfunkarchivs und des Instituts für Theaterwissenschaften/Kulturelle Kommunikation

- an der Humboldt-Universität Berlin (DRA/HUB), hinzugezogen.
- 5 Beispiele für antisowjetische Propaganda aus sowjetischer Sicht finden sich in einem Schreiben des SMAD-Abteilungsleiters für Radiopropaganda W. Mulin an das Mitglied des SMAD-Militärrats F. Bokow am 18.6.1946. AWPRF: fond 0457b, opis 2, papka 9, delo 17, listy 32-35.
 - 6 I. Tugarinow an G.F. Alexandrow am 3.11.1945. RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 321, list 201.
 - 7 Vgl. Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. III: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945 - 1946. Köln 1984.
 - 8 Zur Entwicklung des sowjetischen Auslandsrundfunk bis 1945 vgl. Carola Tischler/Wolfgang Mühl-Benninghaus: »Achtung! Hier ist Moskau!« Der deutschsprachige Rundfunk aus der Sowjetunion 1929 - 1945. In: humboldt-spektrum Jg. 3 (1996), H. 3, S. 28-35.
 - 9 Vgl. Bericht des Vorsitzenden des Radiokomitees A. Pusin »Radioweschtschanie na inostrannyh jasiakach w poslewoennyi period« (Auslandsrundfunk in der Nachkriegszeit) [1945]. GARF: fond 6903, opis 1, delo 134, listy 1-23.
 - 10 Vgl. Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1990, S. 373.
 - 11 Vgl. Bericht (wie Anm. 9).
 - 12 »Stenogramma sasedanija Wsesojusnogo Komiteta po Radiofikazii i Radioweschtschaniju pri SNK SSSR« (Stenogramm der Sitzung des Allunions Komitees für Radiofizierung und Rundfunk beim Rat der Volkskommissare der UDSSR), 15.5.1945. GARF: fond 6903, opis 1, delo 115, listy 1f.
 - 13 Auszug aus »Bjulleten wnutrigermanskoi informazii« (Bulletin innerdeutscher Information) vom 2.12.1946. DRA/HUB, RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 578, list 41.
 - 14 Das Sowjetische Informationsbüro war die fachlich dem Informationsbüro der SMAD übergeordnete Moskauer Stelle. Es versorgte in Deutschland hauptsächlich die Tägliche Rundschau und das Informationsbüro mit Materialien. Vgl. Jahresbericht des Sowinformbüros für 1945. RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 315, listy 21ff.
 - 15 Vgl. ausführlicher zu den Aufgaben des Informationsbüros: Sokolowski, Bokow und Dratwin am 10.7.1946 an den Leiter der staatlichen Personalkommission beim Ministerrat der Sowjetunion. DRA/HUB, RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 394, listy 103-112, ebenso Strunk: Zensur (wie Anm. 1), S. 116ff.
 - 16 DRA/HUB, RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 374, listy 103. Tugarinows Briefpartner Alexandrow war zu diesem Zeitpunkt Leiter der Abteilung für Propaganda und Agitation beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion KPdSU(B).
 - 17 Brief Mulin (wie Anm. 5).
 - 18 »Über Maßnahmen zur Sicherung der zuverlässigen Hörbarkeit von sowjetischen Radiosendungen in deutscher Sprache in Deutschland« vom Mai 1946. RZChIDNI: fond 17, opis 117, delo 606, listy 28f. Noch zu überprüfen ist, ob diese Sender tatsächlich gebaut wurden. Im Protokoll Nr. 263 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPdSU (B) vom 16.5.1946, auf der die Vorlage behandelt wurde, wird nur erwähnt, daß die Vorlage zur Überarbeitung zurückgeschickt werde. RZChIDNI: fond 17, opis 116, delo 263, Punkt 42.
 - 19 Alexandrow an Malenkow am 31.12.1945. RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 374, listy 108f.
 - 20 A. Fortuschenko an Alexandrow am 4.1.1947. DRA/HUB, RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 578, list 38.
 - 21 Mulin in seinem Jahresbericht für 1946. AWPRF: fond 0457b, opis 4, papka 21, delo 23, listy 5-10.
 - 22 Mitteilung Pusins an den ZK-Sekretär A. Schdanow am 9.10.1947. DRA/HUB, RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 578, list 205. Viermal täglich, 13.30-14.00, 17.00-18.00, 19.00-19.30 und 22.30-23.00 Uhr, wurde ab 25.2.1947 das russischsprachige Programm des Soldatensenders »Wolga« mit den Sendungen von Radio Moskau durchgesetzt. Der von Pusin genannte Zeit- und Wellenplan wurde in der Folgezeit jedoch häufig ohne Vorankündigung durchbrochen, so daß es für interessierte Hörer nach wie vor sehr schwierig war, Radio Moskau zu empfangen. Vgl. Bericht des Leiters des SMAD-Informationsbüros Bespalow, des Nachfolgers von Tugarinow, an Makarow am 8.5.1947. AWPRF: fond 0457b, opis 4, papka 21, delo 23, listy 17-21.
 - 23 Bespalow an Makarow (wie Anm. 22).
 - 24 »O merach po ulutschscheniju zentralnogo radio-weschtschanija« vom 25.1.1947 und »O strukture redakzionno-weschtschatelnogo apparata Wsesojusnogo radiokomiteta« vom 9.8.1947. Vgl. Schreiben von D. Schepilow und L. Ilitschew am 13.3.1948 an Suslow. DRA/HUB, RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 640.
 - 25 Vgl. Malenkow an Kowanow im Mai 1948. RZChIDNI: fond 17, opis 132, delo 93, listy 44f. Der Sekretär des Parteibüros der Parteiorganisation des SMAD-Informationsbüros W. Koltunenکو an den Leiter der ZK-Verwaltung für Agitation und Propaganda und an Pusin, 2.7.1948. RZChIDNI: fond 17, opis 132, delo 94, listy 9f.
 - 26 Schreiben an Sokolowski am 15.11.1947. AWPRF: fond 0457b, opis 4, papka 21, delo 23, list 40.
 - 27 Alexandrow an Malenkow am 31.12.1945. RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo 374, listy 108f.

-
- 28 Dreijahresbericht über die Arbeit der SMAD-
Informations (Propaganda-)verwaltung von S.
Tjulpanow, o.D. [1948]. GARF: fond 731, opis 19,
delo 1, list 237.
- 29 Zum Befehl Nr. 097 vom 4.4.1947 vgl. Mulin an
Makarow am 8.4.1947. AWPRF: fond 0457b, opis
4, papka 21, delo 23, listy 1f. Auf alliierte Proteste
hin hatte die SMAD das Programm des Berliner
Rundfunks schon einmal, im Sommer 1946, von
der Übertragung über den Deutschlandsender
abgeschaltet. Vgl. hierzu u.a. Jörg-Uwe Fischer/
Ingrid Pietrzynski: »Hier spricht Berlin...« Das
Programm des Berliner Rundfunks 1945 und sei-
ne Überlieferung im Deutschen Rundfunkarchiv,
Standort Berlin. In: »Hier spricht Berlin...« Der
Neubeginn des Rundfunks in Berlin 1945. Pots-
dam 1995, S. 52.
- 30 Vgl. zu der Arbeit der Untersuchungskommission
ausführlicher: Naimark: Die Russen, und: Sowjeti-
sche Politik (wie Anm. 1).
- 31 DRA/HUB, RZChIDNI: fond 17, opis 125, delo
578, listy 210-215.
- 32 RZChIDNI: fond 17, opis 128, delo 150, listy 99f.
- 33 »Entwurf des Berichts der Kommission des ZK
der KPdSU(B) über die Arbeit der Propaganda-
verwaltung der SMAD für J.V. Stalin«, abgedruckt
als Dokument Nr. 58 in: Sowjetische Politik (wie
Anm. 1).
- 34 AWPRF: fond 0457b, opis 4, papka 21, delo 23,
listy 5-10.
- 35 Diese Angaben beruhen nicht auf einer lückenlo-
sen Berichtsreihe, sondern auf Einzelberichten.
Sie haben deshalb keinen statistischen Wert, sind
aber signifikant. Vgl. u.a. »Kratkaja spravka o ra-
dioweschtschanii w sowetskoi sone okkupazii«
(Kurze Auskunft über den Rundfunk in der SBZ),
Mulin am 25.9.1947. AWPRF: fond 0457b, opis 4,
papka 22, delo 24, listy 287-290.
- 36 Dieser Frage wird in der Dissertation der Verfä-
sserin über RIAS Berlin und den Berliner Rund-
funk, die sich z.Z. in Arbeit befindet, nachgegan-
gen werden.

Literatur und Schriftsteller im NWDR-Köln (1945 - 1955)*

Das Jahr 1955 ist rundfunkgeschichtlich in zweifacher Hinsicht bedeutend: 1955 wird die Oberhoheit der Alliierten in Rundfunkfragen aufgehoben, so daß der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) in deutscher Verantwortung in den NDR und WDR aufgeteilt werden kann. Die Gründung dieser Rundfunkanstalten stellt zwar strukturell eine entscheidende Zäsur dar, doch für den Bereich Literatur gelten die Richtungsvorgaben im Kölner Funkhaus im wesentlichen auch in der zweiten Hälfte der 50er Jahre weiter. Ein Grund dafür kann die personelle Kontinuität sein: So ist zum Beispiel der linkskatholische Publizist Walter Dirks, der 1956 die Leitung der Hauptabteilung »Kultur« des WDR übernimmt, bereits seit 1948 als freier Mitarbeiter im Hause tätig. Eine inhaltliche Trendwende zeichnet sich erst Anfang der 60er Jahre ab.

Das Thema »Literatur und Schriftsteller im Kölner Nachkriegsrundfunk« meint den restringsierten Literaturbegriff, die hochsprachliche Belletristik; Mundartdichtung spielt nur peripher eine Rolle, weil sie sich in der etablierten Literaturszene nicht durchsetzen können und auf regionales Publikum beschränkt bleibt.¹ Die Komplexität des Problemfeldes »Literatur und Rundfunk« wirft eine Reihe von Fragen auf; zunächst gilt es zu fragen: Welche Schriftsteller liefern überhaupt Beiträge, und welche Literatur stellen die Autoren vor? Außerdem muß geprüft werden, ob diese Autoren überwiegend zur jungen Generation gehören oder ob sie bereits im Weimarer Rundfunk oder im Dritten Reich vertreten waren. Ist also der Kölner Nachkriegsrundfunk ein Forum für neue Literatur oder junge Autoren? Weiterhin ist auf der medienästhetischen Ebene zu fragen: Gibt es neue künstlerisch-mediale Formen in der Nachkriegszeit, oder knüpft man – warum auch immer – an bewährte Traditionen des Weimarer Rundfunks an? Wird das Medium Rundfunk von den Schriftstellern literarisch-künstlerisch oder ganz anders, nämlich publizistisch, genutzt? Was heißt überhaupt Literatur im Rundfunk? Geht es um traditionelle Buchliteratur, die hier vorgestellt wird, oder um die medienspezifische Gattung Hörspiel? Oder gar andere – ästhetische – Formen? Welchen Stellenwert hat politische Literatur, oder stellen politische Beiträge sogar neue Formen des literarischen Diskurses dar? Welches Selbstverständnis liegt dem Entschluß der Literaten zugrunde, als Schriftsteller im Rundfunk in Erscheinung zu treten? Überwiegt die publizistische Intention bei der Wahl des Mediums Radio,

möglicherweise mit dem Ziel, daß der Schriftsteller zu der ethisch-moralischen Ausbildung eines neuen Demokratieverständnisses im Sinne des Reeducation-Programms der Alliierten beitragen möchte und dazu seine literarische Reputation als Aufhänger benutzt? Mit anderen Worten: Welche Motive haben die Autoren, um beim Rundfunk anzufangen?

Die Antwort auf die Frage nach der Motivation ist vergleichsweise eindeutig zu formulieren: Bedenkt man die existenzielle Ausnahmesituation der Nachkriegsjahre, dann wird die ökonomische Bedeutung als primäres Motiv für die Radioarbeit sehr einsichtig und verständlich: So wie Heinrich Böll 1951 als Preisträger der Gruppe 47 – er hat den Preis in einer Stichwahl knapp gegen Milo Dor gewonnen – sofort zum Postamt gegangen ist, um seiner Familie den Betrag in Höhe von 1 000 DM zu überweisen,² zeigen die Honorarabrechnungen und die Korrespondenzen, wie wichtig die Mäzenatenfunktion des Rundfunks gewesen ist. Anlaß, für das Radio zu arbeiten, ist die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, auch bei den älteren Schriftstellern mit Funkerfahrung, die – wie alle anderen – große materielle Sorgen haben. Bereits der Weimarer Rundfunk ist seinerzeit als wichtigster Auftraggeber für freiberufliche Künstler in Erscheinung getreten, was von der großen wirtschaftlichen Potenz des Rundfunks zeugt.³ Dieses pragmatische Verhältnis des Schriftstellers zum Rundfunk schließt jedoch nicht aus, daß aus literaturhistorischer Sicht mit der Rundfunkarbeit kreatives Potential freigesetzt wird und sich beispielsweise neue ästhetische Sujets entwickeln. Das gleiche gilt auch, wenn die Beweggründe des Autors für eine Rundfunkarbeit – wie bei Günther Weisenborn – publizistisch-ethisch fundiert sind. Auch dann können literarisch bemerkenswerte Ergebnisse entstehen. Oft existieren parallel mehrere Intentionen auf Seiten des Autors, sich dem Rundfunk zuzuwenden, wobei eine explizit medienästhetische Motivation als Ausdruck der Moderne zu werten ist, da hier ein Zugriff auf neue künstlerische Möglichkeiten vom Schriftsteller realisiert wird. So hat der Nachkriegsrundfunk verhindert, daß die Schriftsteller auf nichtliterarische, nichtschreibende Berufe ausgewichen sind, und gleichzeitig die Voraussetzung dafür geschaffen, daß Schriftsteller den Rundfunk für die Literatur erschließen.

Zur Aufarbeitung der Quellen

An dieser Stelle kann keine Methoden- und Theoriediskussion geführt werden,⁴ der methodische Standort aber insoweit benannt werden, als er von der Debatte um quantitative und qualitative Verfahren bestimmt ist, wie sie etwa in der Geschichtswissenschaft (am Beispiel der oral-history), in der Publizistikwissenschaft (im Kontext der Rezipientenbefragung, Augenzeugenberichte und biographischen Methode) oder in der empirischen Sozialforschung geführt wird. Der hier durchgeführten Untersuchung liegt biographisches Material, eine Zeitzeugenbefragung⁵ und vor allem die Auswertung zahlreicher Manuskripte und Korrespondenzen zugrunde, die vorrangig aus dem Aktenbestand des Historischen Archivs des WDR stammen.

In diesem Zusammenhang erscheint es wichtig, auf die Problematik der Inhaltsanalyse von Textquellen aufmerksam zu machen und sich als Forscher der Subjektivität der eigenen Perspektive bewußt zu sein, die bei dem Versuch, die Vielschichtigkeit der Vorgänge um Literatur im Rundfunk zu erfassen, immer in die Bewertung mit eingeht. Objektivierungen und Kategorisierungen sind, wo sie möglich sind, auch zu verwenden, doch befindet man sich hier methodologisch auf einem Grenzgebiet. Zwar stellen die Erkenntnisse der Postmoderne im Sinne der konstruktivistischen Wirklichkeitswahrnehmung auch den positivistischen Wissenschaftsansatz in Frage. Dennoch kann man, indem die Kriterien der eigenen Kontextuierung offengelegt werden, eine Objektivierbarkeit insofern erreichen, als es anderen möglich wird, den Weg nachzuvollziehen, der zu den Ergebnissen geführt hat. So wie es wahrscheinlich ein nie zu erreichendes Ziel ist, ein Computerprogramm zu erstellen, das alle denkbaren semantischen Kontextuierungen ermittelt, ist jegliche Kategorisierung im Rahmen inhaltsanalytischer Verfahren immer so stark vereinfachend, daß nicht alle vorhandenen, schwer nachweisbaren Nuancierungen der Aussagen und Handlungen bei reiner Operationalisierung erfaßt werden können. So würde bei einem ausschließlich empirischen Ansatz und dem Bestreben, hermeneutische Prozesse und außertextliche Faktoren auszuschalten, das Aussageergebnis zugunsten einer scheinbaren Objektivität erst recht verfälscht.⁶

Ein konkretes Beispiel soll diese methodische Problematik veranschaulichen: Es existieren Korrespondenzen aus dem Jahr 1946, die zwischen dem ersten Intendanten des Kölner Nachkriegssenders Max Burghardt, dem Leiter der literarischen Abteilung Egon Wassenberg und der Autorin Hulda Pankok geführt worden sind.⁷ Hulda Pankok, sozialistisch engagiert,

Leiterin des Verlags »Drei Eulen« und Ehefrau des Düsseldorfer kommunistischen Malers Otto Pankok, hat dem Kölner Sender einen Beitrag über Else Lasker-Schüler, mit der sie freundschaftlich verbunden gewesen ist, angeboten und die Zusage zur Ausstrahlung vom damaligen literarischen Leiter Karl Petry erhalten. Schon die politische Kategorisierung der Autorin und die Standortbestimmung von Otto Pankok, aber auch der Hinweis darauf, daß Hulda Pankok private Kontakte zu Else Lasker-Schüler unterhalten hat, zeigen, wie Faktoren, die nicht der Korrespondenz unmittelbar zu entnehmen sind, eine Rolle bei der Auswertung von Phänomenen spielen können, aber nicht müssen. Ohne auf die Inhalte der Schreiben einzugehen, fließen bereits Zusatzinformationen in die Bewertung dieses Vorgangs um die Beschäftigung eines Autors oder die Aufnahme eines Beitrags ins Programm ein.

Außer dieser biographischen und politischen Kontextuierung ist noch ein völlig anderer Gesichtspunkt von Bedeutung für die Frage, ob ein Beitrag gesendet wird oder nicht: Gemeint ist die Tatsache, daß der Kölner Rundfunk in diesen Jahren unter Leitung der britischen Besatzungsmacht steht. Der besagte Beitrag ist nämlich, wie es den Zensurbestimmungen entsprochen hat, dem zuständigen britischen Kontrolloffizier vorgelegt und von diesem abgelehnt worden. Und genau an dieser Stelle wird es für den Recherchierenden, der die Ursachen für die Ablehnung klären will, schwierig: Das offizielle Schreiben des Kontrolloffiziers sprach von einer zu subjektiven Gestaltung des Beitrags, während der literarische Redakteur diese Präsentationsform für akzeptabel und sendefähig hielt. Bedenkt man, daß zu jener Zeit ein Mangel an Autoren und Stoffen bestand und Aufrufe vom Intendanten Burghardt gesendet wurden, um Autoren zu motivieren, ist die Ablehnung eines sendefähigen Manuskripts über eine anerkannte Schriftstellerin wie Else Lasker-Schüler erstaunlich. Gleichzeitig zeigt dieses Beispiel, daß es notwendig ist, die strukturellen Rahmenbedingungen der Besatzungszeit genauer zu betrachten, denn die Briten unter Hugh Carleton Greene⁸ haben trotz Zensur den zuständigen Rundfunkleitern im Vergleich zur amerikanischen Zensur große Freiräume entsprechend der britischen Vorstellung von Reeducation zugestanden. Äußerungen von NWDR-Redakteuren belegen, daß bei Wortbeiträgen eine Vorzensur stattfand, die aber eher eine organisatorische, als eine inhaltliche Hürde darstellte. So sagte Bernhard Ernst, der auch literarische Sendungen betreute, im Anschluß an eine Stellungnahme von Greene auf einer Pressetagung:

»Betrachten Sie mich bitte nicht als einen Mann, der einen Bückling macht, aber Sie werden mir selbst zugeben müssen, daß wir als Rundfunkleute der britischen Zone uns weiß Gott nicht über die Zensur beschweren brauchen. Was wir im Rundfunk über unsere Wellen sagen können, ist, um einen ganz plumpen Ausdruck zu gebrauchen, verdammt allerhand. Wir fühlen uns durchaus nicht von dieser Zensur bedrückt, sondern haben das Gefühl: Donnerwetter, daß sie das durchlassen, ist wirklich allerhand.«⁹

Für die britische Personalpolitik gilt, daß vor allem eine nachweislich antifaschistische Vergangenheit eines Autors ausschlaggebend für eine Mitarbeit beim Rundfunk war. So war eine politisch motivierte Ablehnung des Beitrags von Hulda Pankok, wie man vielleicht zunächst vorschnell vermuten könnte, äußerst unwahrscheinlich. Weder die politische Herkunft noch die literarische Qualität, sondern die persönliche – wie auch immer zu begründende – Entscheidung des Kontrolloffiziers war ausschlaggebend. Diese Episode zeigt exemplarisch, wie entscheidend der Einfluß einzelner Persönlichkeiten bei der Auswahl von Schriftstellern und Literatur zu bewerten ist.

Dieses Netz von personellen, biographischen, ökonomischen und programmlichen Komponenten muß noch um den Bereich der literarischen Wertung erweitert werden: So sagt zum Beispiel die Häufigkeit, mit der ein Autor im Programm vertreten ist, zwar – erstens – durchaus etwas über seine wirtschaftliche Absicherung durch diese Institution aus oder – zweitens – über die grundsätzliche Übereinstimmung mit der literarischen Linie des verantwortlichen Literaturredakteurs, eventuell auch noch – drittens – etwas über seine allgemeine Akzeptanz bei der Hörerschaft; gäbe es massive Proteste, würden der Autor und sein Werk nicht mehr gesendet werden. Dies besagt aber noch lange nichts über die ästhetische Qualität seiner Arbeit oder die Bedeutung dieses Schriftstellers im literarischen Leben. Der Kölner Sender hat in der Nachkriegszeit und in den 50er Jahren eine Reihe von Autoren im Programm, die häufig über viele Jahre hinweg ihre Beiträge liefern, durchaus temporär im literarischen Gespräch sind, Anerkennung in Form von regionalen Literaturpreisen und anderen Reputationsbeweisen erhalten, aber trotzdem – und das läßt sich aufgrund der historischen Distanz eindeutig festhalten – für die literarische Moderne¹⁰ nahezu unerheblich geblieben sind. Dazu zählen beispielsweise Paul Schaaf und Bastian Müller, ferner Hans Schwab-Felisch und Walter Weymann-Weyhe.

Eine Vielzahl von Autoren sind im Programm des Kölner NWDR vertreten, die sich nachweislich als Schriftsteller der Moderne etabliert ha-

ben und von der innovativen Energie der literarischen Radiokultur der Nachkriegszeit zeugen. Welche literaturästhetischen Innovationen gemeint sind, wird noch im Kontext zu erläutern sein. Zunächst eine Reihe von Namen, die für die Qualität stehen: Günther Weisenborn, Heinrich Böll, Irmgard Keun, Paul Schallück, Rudolf Krämer-Badoni, Milo Dor, Dieter Wellershoff, Jürgen Becker.

Frühphase

Wenig bekannt ist, daß in den ersten zwei bis drei Jahren unter britischer Leitung und der Intendanz des kommunistischen Schauspielers und Theaterintendanten Max Burghardt im Nachkriegssender eklatante politische Gegensätze vorhanden waren.¹¹

Auch wenn für die Auswahl literarischer Autoren in dieser Phase die Forderung nach antifaschistischer Vergangenheit galt, kam Literatur von sozialistischen und kommunistischen Autoren wie Kurt Tucholsky, Ernst Toller oder Bertolt Brecht kaum oder relativ spät ins Programm. Die heikle Debatte jener Jahre um die Schuldfrage wurde unter Literaten erst gegen Ende der 40er Jahre geführt, und zwar eher auf einer ahistorischen Ebene. So erhielt beispielsweise die katholische Schriftstellerin Elisabeth Langgässer Sendezeit, die mit ihrer Literatur einer transzendenten Historik von einem apokalyptischen Geschichtsverlauf ausgeht und damit die Frage nach den politischen Ursachen des Dritten Reiches ins Metaphysische verlagerte.

Auch in der literarischen Diskussion um die sogenannte »innere Emigration« und das Exil, an der sich die Schriftsteller Thomas Mann, Frank Thiess und Walter von Molo erregt beteiligte, hielt sich der Kölner Sender, im Vergleich zur Presse, sehr zurück. Andererseits gab es durchaus Sendungen, die dazu politisch Position bezogen: So meldete sich Heinz Kühn, der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, als junger Journalist mit eigenen Erfahrungen zum Thema »Emigration« zu Wort.¹²

Auffallend ist weiterhin, daß vorwiegend Autoren der Inneren Emigration im Programm vertreten waren, zu denen auch Ernst Hardt, der von den Nationalsozialisten entlassene Intendant des Westdeutschen Rundfunks der Weimarer Zeit,¹³ mit seiner Dichtung gezählt werden kann.¹⁴ Exilliteratur und ihre Vertreter kamen im Kölner Programm relativ selten vor, wenn doch, dann durchaus exponiert wie das Beispiel Günther Weisenborn zeigt.

Die Arbeit in der Literaturredaktion jener Jahre war gekennzeichnet durch unzureichende personelle Ausstattung, fehlende Stoffe und ei-

nen Mangel an qualifizierten Autoren. Der Sender griff – wie der Buchmarkt auch – auf Dichter und Stoffe der Weimarer Klassik zurück, wobei bei Rundfunkleuten und Verlegern das Bedürfnis mit hineinspielte, an politisch »unverfängliche«, unbelastete literarische Traditionen anzuknüpfen. Die Programmanteile von Köln am Hauptprogramm des NWDR waren insgesamt doch noch sehr gering und Köln nur eine Außenstation der Hamburger Zentrale. Nach der Ernennung von Wilhelm Semmelroth im Sommer 1946 zum Hörspielleiter und Dramaturgen änderte sich die Kölner Hörspielproduktion und trat zu dem NWDR-Hamburg in Konkurrenz. Die Querelen um Unabhängigkeit in der literarischen Produktion kennzeichneten denn auch die Jahre bis 1955 bis zur Auflösung des NWDR.

Im Sommer 1947 verließ der von den Briten ernannte Intendant Max Burghardt das Funkhaus – und damit auch die Westzonen – und siedelte nach (Ost-)Berlin über. Mit Hanns Hartmann trat zum 1. September 1947 ein Intendant sein Amt an, der nicht parteipolitisch gebunden war, aber doch eher mit der SPD-Linie sympathisierte.

Betrachtet man die ersten Intendanten, so fällt auf, daß eine künstlerisch-literarische Biographie als geeignetes Berufsprofil erschien. Max Burghardt und Hanns Hartmann waren beide von Hause aus Schauspieler und Theaterintendanten. Die literarische Anbindung der Rundfunkintendanten kann ein Grund dafür sein, daß in den 40er und 50er Jahren im Ressort »Politik« häufig Gespräche mit Schriftstellern und Theaterregisseuren geführt wurden, in denen sich die Künstler zu ihrer jüngsten Literatur, zum Theater der Gegenwart, zu Hörspielen und zur aktuellen Politik äußerten. Die Präsenz der Literaten in der politischen Sparte war auf alle Fälle ein Indiz für eine andersartige Position des Schriftstellers in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit. Aus der geistigen Unsicherheit der Trümmerjahre heraus begriff die Nachkriegsgesellschaft Literatur als Chance zur Erneuerung. So war ein erklärtes Ziel junger Autoren die Sprachveränderung durch Reduktion.¹⁵ Das vom Dichten her legitimierte Sprechen grenzte sich vom faschistischen Sprachgebrauch des gerade beendeten totalitären Regimes ab, also wurde dem Schriftsteller als vergleichsweise politisch integre Persönlichkeit – unabhängig davon, ob er im Exil oder in der inneren Emigration gelebt hat – Öffentlichkeit zugestanden, eben auch in dem als Propagandainstrument mißbrauchten Rundfunk. Da sich die Demokratie in diesen Jahren erst etablieren mußte, leistete der Rundfunk aus kulturfunktionaler Sicht einen Beitrag zur Demokratisierung.

In diesem Rahmen strahlt der Kölner Rundfunk die Reihe »Sendung für internierte Nationalsozialisten« aus, an der sich auch Günther Weisenborn mit einem Gespräch beteiligt. Weisenborn äußert sich hier zu den Reaktionen auf das Theaterstück eines amerikanischen Antifaschisten mit dem Titel »Leuchttower«, das im Lager Neuengamme vor den Internierten aufgeführt worden war und wegen der selbstkritischen Position dieses amerikanischen Autors zur völligen Irritation bei den Häftlingen geführt hatte.¹⁶ Weisenborn gehörte mit seinem Widerstandsdrama »Die Illegalen« zu den meistgespielten Autoren der Nachkriegszeit. Zahlreiche Rundfunkstationen sendeten die Hörspielversion dieses Stückes, der NWDR allerdings nicht. Köln strahlte jedoch 1949 eine ausführliche Lesung des Autors aus seinem autobiographischen Buch vom Widerstand mit dem Titel »Memorial« aus und trug auf diese Weise zur literarischen Aufarbeitung des Faschismus' bei. Weisenborns politisches Engagement dokumentierte das Selbstverständnis des Nachkriegsschriftstellers, der sich in der moralischen Pflicht sah, den Autorenstatus zur Demokratisierung der Deutschen zu nutzen. Weisenborn äußerte sich dazu auf dem ersten deutschen Schriftstellertreffen in Berlin am 8. Oktober 1947 und verlas als Initiator des Kongresses das einstimmig verabschiedete Manifest:

»Zum ersten Mal seit der Überwindung der Barbarei in Deutschland haben sich in Berlin Schriftsteller aus allen Teilen des Landes in Freiheit versammelt. Es sind Schriftsteller, die – sei es in der Heimat, sei es in der Emigration – die Reinheit und Würde der deutschen Literatur gewahrt haben. (...) Als Wortführer der freiheitsliebenden und friedensliebenden Deutschen erkennen wir Schriftsteller aller Zonen die Verpflichtung an, das Bewußtsein der moralischen Verantwortlichkeit für die Schäden und Leiden wachzuhalten, die das Hitlerregime den Völkern der Welt zugefügt hat. Wir hoffen, daß diese aufrichtige Bekundung helfen wird, unser Volk aus seiner politischen und geistigen Isolierung hinauszuführen. Diese Hoffnung wird bestärkt durch die Tatsache, daß zu diesem Kongreß nicht nur deutsche Schriftsteller aus dem Ausland, sondern auch ausländische Schriftsteller zu uns gekommen sind. Inmitten des Trümmerfeldes von Berlin erkennen wir deutschen Schriftsteller, daß unser Volk nur in einem dauerhaften und aufrichtigen Frieden mit den anderen Völkern der Erde gesunden kann. Wir wissen, daß ein neuer Krieg den völligen Untergang unseres Landes nach sich ziehen würde. Wir deutschen Schriftsteller geloben – mit unserem Wort und unserer Person – für den Frieden zu wirken! Für den Frieden in unserem Lande und für den Frieden in der Welt!«¹⁷

Die ersten Jahre des Kölner Rundfunks bis etwa 1947/48 waren geprägt von der Abgrenzung zur nationalsozialistischen Ära. Die Parteizugehör-

rigkeit zur NSDAP reichte als Ablehnungsgrund bei einer Bewerbung aus. Autoren wie Willi Schäferdiek und Paul Schaaf, die im Dritten Reich weiterbeschäftigt gewesen waren, wurden durch die strengen britischen Auflagen und aufgrund der ablehnenden Haltung des Personalberaters Alexander Maass, der selbst als Emigrant im antifaschistischen Widerstand gelebt hatte, durften zunächst nicht im Programm zu Wort kommen. Nach dem 1. Januar 1948 zogen sich die Briten weitgehend von der aktiven Gestaltung der Programme zurück, und in diesem Jahr fand ein literarisches Rundfunkgespräch statt, in dem sich der junge Journalist Werner Höfer mit Willi Schäferdiek und Wilhelm Semmelroth über ein neues Hörspiel von Willi Schäferdiek mit dem Titel »Jedermann 1948« unterhielt. In diesem Interview gab sich der Schriftsteller Willi Schäferdiek explizit als Medienautor zu erkennen. Schäferdiek hatte vor 1945 funkspezifische Arbeiten produziert, die inhaltlich unverfänglich gestaltet sind und sich von daher durch alle politischen Zeiten hindurch als publikationsfähig erwiesen haben. In der heutigen literarischen Rezeption erscheint diese Unverbindlichkeit eher fragwürdig und gibt Anlaß zu kritischer Bewertung. Willi Schäferdiek hat somit zwar als Schriftsteller keinen spürbaren Einfluß auf die moderne Poetik und Literatur genommen, andererseits aber, wie Paul Schaaf, durch seine künstlerische Funkarbeit dazu beigetragen, das Radio als ästhetisches Medium zu etablieren. In dem Rundfunkgespräch zur Funkinszenierung »Jedermann 1948« thematisierte Wilhelm Semmelroth als Regisseur mögliche Probleme bei der akustischen Realisation eines Hörspiels und äußerte sich außerdem zu einer neuen Variante des Medientransfers, nämlich daß Hörspiele als Vorlage für Bühnenstücke dienen und nicht die Theaterversion akustisch umgesetzt wird. Dieser Transfer wurde in der Nachkriegszeit auch für Wolfgang Borcherts Stück »Draußen vor der Tür« durchgeführt.

Der Kölner Rundfunk öffnete sich vor allem mit seinem Hörspiel entscheidend der literarischen Moderne. Ein weiteres Beispiel für das Vorantreiben modernistischer Tendenzen ist die Haltung des Kölner Senders gegenüber kabarettistischen Formen. Während anfangs die Beiträge noch stark vom Rundfunkkabarett der 30er Jahre geprägt waren, grenzte sich die zuständige Abteilung Varieté und Kabarett nach 1947 eindeutig von der Vergangenheit ab und entwickelte neue Konzeptionen. Die Redaktion begrüßte zunächst erwartungsvoll die in Aussicht gestellte Mitarbeit von Adolf Uzarski, einem renommierten Kabarettautor der Weimarer Zeit, der durch die Nationalsozialisten von der Funkarbeit ausgeschlossen worden war. Doch da

man an Weiterentwicklungen interessiert war, nahm man Uzarskis Arbeiten wegen mangelnder Qualität nicht ins Programm, was angesichts der noch im WDR-Archiv vorhandenen Manuskripte auch aus heutiger Sicht plausibel erscheint.

Über die medienbezogenen Kunstformen Hörspiel oder Hörbild hinaus hat der Kölner Rundfunk mit seinen Buchbesprechungen die zeitgenössische Literatur wesentlich gefördert. Durch die Präsentation von amerikanischen, französischen und englischen Autoren wird die bisherige Enge der nationalsozialistischen Literaturpolitik aufgehoben. Die zahlreichen und regelmäßigen Buchbesprechungen im NWDR stellen ein wichtiges Forum für ausländische, aber vor allem für deutschsprachige Avantgarde-Literatur dar. Schriftsteller und Journalisten sind hier gleichermaßen als Literaturkritiker tätig. Zu den Buchrezensenten der 40er und 50er Jahre gehörten: Hermann Kasack, Curt Hohoff, Rudolf Hagelstange, Walter Weymann-Weyhe, Rudolf Hartung und Rudolf Krämer-Badoni.

An der Wende der 40er zu den 50er Jahren

Auch wenn Anfang der 50er Jahre keine folgenreichen Debatten im Kölner Sender stattfanden, so war doch diese Periode in Hinblick auf die Literaturentwicklung sehr bedeutend. In dieser Zeit wurden Werke favorisiert, die heute zwar – in Analogie zu den kulturreaktionären Tendenzen in der Adenauer-Ära – der restaurativen Literaturepoche zugerechnet werden, literaturästhetisch jedoch neue Akzente setzten. Man denke an Elisabeth Langgässers Roman »Das unauslöschliche Siegel«, bereits 1946 erschienen, der mit herkömmlichen Raum- und Zeitstrukturen, aber vor allem auch mit der amtskirchlichen Religion bricht – und somit Ausdruck einer der Strömungen der literarischen Moderne ist. Weitere Beispiele für diese im Kölner Sender geförderten christlichen Autoren sind Gertrud von Le Fort, Rudolf Alexander Schröder und Stefan Andres. Diese Schriftsteller erfuhren mit ihrer Literatur im Kölner Rundfunk große Wertschätzung, beispielsweise verfaßte Stefan Andres eine zehnteilige Hörfolge mit dem Titel »Der Reporter Gottes«, darüberhinaus wurde sein Werk »Die Sintflut« recht umfangreich in Lesungen vorgestellt.¹⁸ Die Literatur- und Autorenauswahl ab 1947/48 hat eine Ausrichtung der Moderne mitbestimmt und verbreitet: die christliche Literatur neuer linkskatholischer Prägung, in der Redaktion gebunden an die Personen Werner Honig, Walter Dirks und Wilhelm Hoffmann.¹⁹

Auch in anderer Weise beeinflusste der Kölner Sender literarische Tendenzen mit: Die Sende-

reihe »Nachtprogramm« bot auch Schriftstellern eine Plattform, auf der über experimentelle Formen spekuliert werden durfte und »Querdenken« auf hohem Niveau möglich war. Auf der redaktionellen Seite stand dafür Carl Linfert als Leiter des »Nachtprogramms«, als literarischer Autor Dieter Wellershoff, der sich hier mit essayistischen Beiträgen beteiligte.

Wichtige modernistische Anstöße lieferte vor allem der bereits genannte Hörspielleiter Wilhelm Semmelroth, der durch Eigeninszenierungen und Förderung junger Autoren ein Stück Hörspielgeschichte schrieb. Semmelroth bewies bei der Auswahl von Autoren und Stoffen ein sicheres Gespür für ästhetische Qualitäten. Kritische Distanz zeigte Semmelroth bei der ihm fernstehenden Mundartdichtung. Aus den Korrespondenzen gewinnt man den Eindruck, daß er im Umgang mit dieser Sparte vor allem um »Schadensbegrenzung« bemüht war und zumindest ein gewisses Niveau halten wollte. Wilhelm Semmelroth erweiterte 1958 sein mediales Aktionsfeld und begann mit eigenen Fernsehinszenierungen. Über die zahlreichen Regiearbeiten wurde Semmelroth in den 60er Jahren auch selbst Fernsehspielautor. Besonders bekannt ist seine dreiteilige Inszenierung »Die Frau in Weiß« (nach dem Roman von Wilkie Collins) aus dem Jahr 1969.²⁰ Semmelroth gilt als der erste Regisseur, der die spezifischen Möglichkeiten der elektronischen Technik für ästhetische Zwecke zu nutzen versuchte, sein künstlerischer Einsatz von Hörfunk und Fernsehen ist exemplarisch für die neue Generation von Medienautoren.²¹

Kontakte der Literaturredaktion zu Mitgliedern und Tagungen der Gruppe 47 haben im Kölner Funkhaus dazu beigetragen, neue literarische Trends zu erkennen. NWDR/WDR-Autoren, die gleichzeitig Mitglieder der Gruppe 47 waren, wie Paul Schallück, Milo Dor, Reinhard Federmann, in den späten 50er Jahren noch Jürgen Becker, können zu den literarischen Impulsgebern der Nachkriegsliteratur gezählt werden. Besonders aktiv für den Kölner Sender war der Schriftsteller und Essayist Paul Schallück, der Anfang der 50er Jahre seine Funkarbeit begann. Aus der Retrospektive ist zunächst die Gemeinsamkeit mit Heinrich Böll zu konstatieren: Beide Autoren exponierten sich gesellschaftspolitisch, engagierten sich in den 50er Jahren für die Einrichtung der jüdischen Bibliothek »Germania Judaica« in Köln und wandten sich literarisch ähnlichen Themen zu. Doch zeigt die Präsentationsform ihrer Literatur vor allem in stilistisch-sprachlicher Hinsicht gravierende Unterschiede: Schallücks Arbeiten bleiben teilweise einem redundanten Schreibstil verhaftet, was dazu beigetragen haben mag, daß sein Werk weitgehend

nur noch von historischer Bedeutung ist. Von damaligen Zeitgenossen und Schriftstellerkollegen – wie Heinrich Böll – literarisch anerkannt und rezipiert, gehört Schallück heute eher zu den vergessenen Autoren. Das Modernistische in Schallücks Arbeiten, auch im Funk, ist seine kritische Zeitgenossenschaft und die Durchdringung von literarischen und essayistischen Elementen in seinen Schriften.²²

Am Beispiel von Heinrich Böll zeigt sich, wie wichtig die wirtschaftliche Absicherung durch den frühen Rundfunk für die literarische Entwicklung junger Schriftsteller war und daß der Zugang zum Medium Radio prinzipiell innovative Langzeiteffekte nach sich zog. Als Böll ab Anfang der 50er Jahre Literaturpreise sammelte, avancierte er zu einem der renommiertesten Nachkriegsautoren, so daß auch der Kölner Rundfunk und Werner Honig in der Kulturredaktion ihn nicht mehr übergehen konnten. Den bereits erwähnten Preis der Gruppe 47 im Jahr 1951 erhielt er für sein Prosastück »Die schwarzen Schafe«. Mit dieser satirischen Erzählung vom Außenseiter, dem nichts wichtiger ist als seine Unabhängigkeit und der doch für seine Handlungen verantwortlich zeichnet, gab Böll bereits früh den Grundton seines Werkes an.²³

Bölls Radioarbeit beim Kölner Sender ist in den 50er Jahren recht umfassend, wenig brisant, das Themen- und Genrespektrum breit gefächert. So schrieb Heinrich Böll Spiele nach Erzählvorlagen für den Kinderfunk, verfaßte Hörspiele, stellte Erzählungen vor, besprach Werke anderer Schriftsteller, arbeitete auch für den Kirchenfunk und schrieb Features. Aus einem Feature-Projekt zum Thema Wasserversorgung der Ruhr stieg Böll aus der laufenden Arbeit aus, weil ihn dieses Problem letztlich doch nicht interessierte.²⁴ Bölls Satire »Nicht nur zur Weihnachtszeit«, im Hamburger NWDR 1952 in einer Lesung vorgestellt, rief heftige Hörerproteste hervor, die auch den Kölner Sender erreichten. Bölls Hörspiele aus den Jahren 1952 bis 1955 wurden vorwiegend von anderen Rundfunkanstalten, wie dem Hessischen oder Süddeutschen Rundfunk, produziert, was Böll mit der Hörspielabteilung des Funkhauses Hamburg des NWDR, mit Heinz Schwitzke und dem Chefdramaturgen Ernst Schnabel²⁵ Ärger einbrachte, denn der NWDR hatte sich ab 1953 vertraglich die Exklusivrechte an Bölls Hörspielen gesichert und bereits monatliche Vorschüsse gezahlt.²⁶

Auch wenn Böll in Köln nicht vorrangig mit der Kunstgattung Hörspiel vertreten ist, zeugt seine Funkarbeit hier von einer anderen Variante der Moderne: Durch seine Features gelangten journalistische Stilelemente in die Literatur. So trug der Rundfunk dazu bei, die Grenzen zwischen Literatur und Journalismus aufzu-

weichen und tradierte Stilmethoden zu erneuern, und förderte damit eine literarische Praxis, die bereits Max Frisch in seinem »Tagebuch 1946 - 1949« verwandte, nämlich den ästhetischen Umgang mit journalistischen Gebrauchsformen. Auch wenn die organisatorische Trennung von Feature- und Hörspiel-Redaktion im NWDR 1950 symptomatisch für das Bestreben war, das Hörspiel als reines Wortkunstwerk und zweckfreies Spiel von der reportagehaften Featureform abzugrenzen, gestaltete sich die Unterscheidung zwischen Feature und Hörspiel nicht unproblematisch: Beides sind gängige Ausdrucksformen junger Medienautoren.²⁷ Jürgen Becker wandte sich später dem Rundfunk ebenfalls in literaturpublizistischer Funktion zu, indem er literarische Zeitschriften vorstellte und besprach. Auch die Funkessays im »Nachtprogramm« sind Beispiele für eine nicht-literarische, im Grenzbe- reich der Genres anzusiedelnde Mediennutzung.

Wenn von Literatur im Rundfunk die Rede ist, muß also unterschieden werden zwischen Lite- ratur, die der Autor genuin für den Hörfunk pro- duziert, und der Buchliteratur, die im Radio dem potentiellen Leser vorgestellt wird. Durch den Rundfunk verändert sich das Berufsbild des Schriftstellers der Moderne hin zum Medienau- tor. Heinrich Böll machte – wie seine WDR- Schriftstellerkollegen Rudolf Krämer-Badoni, Paul Schallück und Milo Dor – auch den Sprung zum Fernsehen und konzipierte Drehbücher für Fernsehspiele. Bölls politische Kontroversen mit dem Katholizismus oder der Ostpolitik waren zu diesem frühen Zeitpunkt im Kölner Sender noch kein Thema. Der Gipfelpunkt der heftigen Dis- kussion um Böll lag außerhalb des hier unter- suchten Zeitraums, nämlich Anfang der 60er Jahre, gemeint ist etwa die Debatte 1963 um den »Brief an einen Freund jenseits der Gren- ze«. In diesen Kontext gehört auch die Polemik um Wolfdiethrich Schnurre oder Rolf Hochhuths Drama »Der Stellvertreter«, das massive Prote- ste von kirchlicher Seite provozierte. Hieran do- kumentiert sich die zunehmende Politisierung der Literatur in den 60ern.

Zum Status des Schriftstellers im Rundfunk und seine gesellschaftliche Bedeutung

Wie eingangs dargelegt, bewegte sich der Schriftsteller in der Frühphase des Nachkriegs- rundfunks selbstverständlich auch im Ressort »Politik«, da die Aufgabe des Rundfunks didak- tisch verstanden und Bildung universell definiert wurde. Die zunehmende Professionalisierung und die Konsolidierung der Ressortstrukturen

sorgten für eine klarere Trennung der Bereiche, und der Stellenwert der literarischen Sendungen verschob sich zugunsten eines Elitenpro- gramms. Damit ging eine Veränderung des Sta- tus des Literaten bzw. Intellektuellen einher, der auch eine Form der Moderne darstellt und für andere Rundfunkanstalten in vergleichbarer Weise gilt. Mediengeschichtlich gesehen betont der moderne Rundfunk – neben der Unterhal- tungsfunktion – im Vergleich zum Nachkriegs- rundfunk stärker den politischen Journalismus, während Literatur und Kultur davon getrennt eher ins elitäre Abseits gerieten. Man kann in diesem Sinne von einer »Politisierung« spre- chen. Insgesamt tritt demnach im Rundfunk eine politisch-publizistische Funktion hervor, weniger – wie in den Anfängen – eine auf Bildung ausge- richtete Konzeption. Zwar nutzen Literaten der Gegenwart ihre Popularität wie die älteren Schriftstellerkollegen in der Nachkriegsära und treten zum Beispiel als Wahlhelfer auf. Oder sie machen spektakulär ihr politisches Anliegen pu- blik, wie Jean Paul Sartre in den 70er Jahren im Kontext der Baader-Meinhof-Anschläge, bzw. formulieren ihr politischen Statements zu offzi- ellen Anlässen, wie Günter Grass' Rede zum Thema Asylpolitik der Bundesrepublik anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deut- schen Buchhandels an den türkischen Autor Yasar Kemal 1997 zeigt.²⁸ Verglichen mit der Rolle des Schriftstellers im politischen Leben der Nachkriegszeit sind solche Aktionen jedoch an- ders legitimiert. Während damals öffentliches politisches Engagement ausdrücklich von den Intellektuellen des Landes erwartet und positiv gewertet wurde, sind Schriftstellerauftritte heute oft nur spektakulär, und die Autoren werden nicht mehr maßgeblich als Repräsentanten des gesellschaftlichen Diskurses angesehen. Die Professionalisierung in den Medien und in der Politik hat das geistige Klima und den Habitus des Schriftstellers verändert, es hat eine Ak- zentverschiebung im Charisma und in der Funk- tion der literarischen Prominenz stattgefunden.

Zusammenfassung

Vier Aspekte können also als Ausdruck der Mo- derne im Kölner Funkhaus des NWDR gewertet werden:

1. Es sind einerseits bedeutende, innovative Autoren der Moderne im Programm vertreten, die mit ihrer weitgehend unpolitischen Literatur trotz Anbindung an literarische Traditionen vor 1933 neue ästhetische Maßstäbe entwickeln. Andererseits werden modernistische Schriftstel- ler aus der linken Szene, etwa Bertolt Brecht, zwar berücksichtigt, aber im Vergleich zu den

katholisch orientierten und mit unpolitischen Texten hervortretenden Autoren unverhältnismäßig gering gewichtet.

2. Die Buchbesprechungen und die Sendereihe »Nachtprogramm« müssen als wesentlicher Faktor der Literaturförderung angesehen werden.

3. Über die Hörspielarbeit hinaus können literarische Autoren auch journalistische Funktionen des Rundfunks wahrnehmen.

4. Schriftsteller der jungen Generation haben durch ihre Funkerfahrung journalistische Schreibweisen literarisiert. Die ressortübergreifende Radioarbeit hat den Ausbau einzelner literarischer Genres wie Hörspiel, Kabarett, Feature vorangetrieben und somit zu einer Erweiterung der Literatur zur Medienliteratur beigetragen.

Anmerkungen

* Erweiterte Fassung eines gleichnamigen Vortrags im Rahmen eines Kolloquiums zum Thema »Öffentlichkeit der Moderne – Die Moderne in der Öffentlichkeit. Das Rheinland 1945 - 1955«, 24.4. 1998 beim WDR.

1 Eine detaillierte Darstellung zur Mundartliteratur im WDR liefert der Beitrag von Karl H. Karst: Regionalsprache im Massenmedium. Mundart und Dialekthörspiel. In: Walter Först (Hrsg.): Rundfunk in der Region. Köln 1984, S. 251-324.

2 Vgl. zum Beispiel Heinz Ludwig Arnold (Hrsg.): Die Gruppe 47. München 1987; Toni Richter: Die Gruppe 47 in Bildern und Texten. Köln 1997 und Rudolf Walter Leonhardt: Ein Blick zurück in Liebe. Heinrich Böll zum 80. Geburtstag. In: Die Zeit, Nr. 52 v. 19.12.1997, S. 45.

3 Vgl. Karl Christian Führer: Wirtschaftsgeschichte des Rundfunks in der Weimarer Republik. Potsdam 1997, S. 167-177, hier S. 174.

4 Vgl. zur Methoden- und Theoriediskussion Ingrid Scheffler: Literatur im Nachkriegsrundfunk. Transformationsprozesse: Autor – Radiokultur – Wirklichkeit (am Beispiel des NWDR-Köln). Habil.-Schrift, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Erscheint 2 000 im Druck.

5 Vgl. Interview der Verf. mit dem WDR-Autor Joachim W. Reifenrath vom 6.1.1998. In: Ingrid Scheffler: Joachim W. Reifenrath: Journalist, Hörfunkautor und Schriftsteller. In: RuG Jg. 24 (1998), H. 4, S. 245-254.

6 Vgl. zur Problematik der empirischen Textanalyse zum Beispiel: Wilfried Laatz: Empirische Methoden. Frankfurt am Main 1993, S. 207-260; Werner Früh: Analyse sprachlicher Daten. Zur konvergenten Entwicklung »quantitativer« und »qualitativer« Methoden. In: Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hrsg.): Analyse verbaler Daten. Über den Umgang mit qualitativen Daten. Opladen 1992, S.

59-89; Wolfgang Ludwig Schneider: Hermeneutische Einzelfallrekonstruktion und funktionalanalytische Theoriebildung – Ein Versuch ihrer Verknüpfung, dargestellt am Beispiel der Interpretation eines Interviewprotokolls. In: ebd., S. 168-215; Helmut Giegler: Zur computergestützten Analyse sozialwissenschaftlicher Textdaten; Quantitative und qualitative Strategien. In: ebd., S. 335-388; Rainer Mathes: Hermeneutisch-klassifikatorische Inhaltsanalyse von Leitfadengesprächen. Über das Verhältnis von quantitativen und qualitativen Verfahren der Textanalyse und Möglichkeit ihrer Kombination. In: ebd., S. 402-424. Zur Konstruktivismustheorie siehe insb. Siegfried J. Schmidt: Die Wirklichkeit des Beobachters; ders.: Konstruktivismus in der Medienforschung: Konzepte, Kritiken, Konsequenzen. In: Klaus Merten u. a.: Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Bonn 1994, S. 3-19.

7 Vgl. Korrespondenzen im Historischen Archiv des WDR (HA/WDR), 46, 12x35, S. 1ff. bis 46, 12x37, S. 3.

8 Michael Tracy: Das unerreichbare Wunschbild – Ein Versuch über Hugh Greene und die Neugründung des Rundfunks in Nordwestdeutschland nach 1945. Köln u. a. 1982.

9 Bernhard Ernst: Stellungnahme. In: Niederschrift über die 5. Presse-Tagung des NWDR Köln in Wuppertal-Elberfeld am 4.2.1948, HA/WDR, 48, 1x1, S. 16. Es gibt auch von anderen Kölner NWDR-Mitarbeitern eine Reihe ähnlich klingender Aussagen zur Zensurpraxis der Briten, die in nicht-öffentlichem Kontext erfolgt sind, so daß diese Stellungnahme von Bernhard Ernst repräsentativ erscheint. Auch Hans Mayer kommt bei der Betrachtung der britischen Literaturpolitik zu dem Schluß: »Die englische Besatzungsmacht scheint die Prinzipien einer Umerziehung nicht besonders ernst genommen zu haben. Ihr kam es hauptsächlich darauf an, möglichst wenig kompromittierte Journalisten und Publizisten des Dritten Reichs mit der Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften zu betrauen.« Hans Mayer: Die umerzogene Literatur. Deutsche Schriftsteller und Bücher 1945 - 1967. Berlin 1988, S. 43.

10 »Literarische Moderne« ist in diesem Beitrag nicht als Epochenbegriff oder Wertekategorie definiert, sondern meint innovatorische Impulse im Sinne avantgardistischer, neuer, von den bisherigen literarischen Traditionen abweichender Schreibweisen, Themen etc, die sich zwar an gängigen Traditionen orientieren können, diese aber variieren oder erweitern. Auf die begriffsdefinitorischen Fragen zur »Moderne« kann hier nur verwiesen werden. Vgl. Georg Mölich: »Moderne« und »Modernisierung« als Leit- und Epochenbegriff in den Kulturwissenschaften. Eine kritische Skizze. In: Dieter Breuer/Gertrude Ceppl-Kaufmann (Hrsg.): Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland. Paderborn 1997, S. 17-20. Die Begegnung von Kunst- und Naturwissenschaft in den 60er Jahren,

festgemacht an der Person Max Bense, hat zu weitreichenden, interdisziplinären Fragestellungen zur Moderne auch in der Wissenschafts- und ästhetischen Theorie geführt. Die Ursprünge der Moderne erörtert zum Beispiel auch das interdisziplinär konzipierte »Zentrum für Kulturwissenschaft und Kulturtheorie« der Universität Stuttgart in Projekten und Themen zu »Stadt und Raum«, »Kulturkritik in Literatur und Architektur«, »Sprache und Musik«, »Literatur- und Kunsttheorie«. Vgl. Publikationen und Zielsetzungen des Zentrums für Kulturwissenschaften und Kulturtheorie der Universität Stuttgart (ab 1992).

- 11 Dazu beispielsweise Max Burghardt: Ich war nicht nur Schauspieler. Erfahrungen eines Theatermannes. In: Prof. Max Burghardt. Als »Roter Intendant« 1946 am Sender Köln. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Schriftenreihe des DDR-Rundfunks Jg. 8 (1974), H. 1, S. 54-70.
- 12 Vgl. Heinz Kühn: »Emigration« in der Sendereihe: Gedanken zur Zeit, 29.6.1947, 19.15 - 19.30 Uhr, HA/WDR, 47, 25x1.
- 13 Vgl. Susanne Schüssler: Ernst Hardt. Eine monographische Studie. Frankfurt am Main 1994.
- 14 Hier sind Parallelen zur Entwicklung auf dem Buchmarkt der Nachkriegsjahre festzuhalten, denn die Buchverlage favorisieren neben den Klassikern der deutschen Literatur vorzugsweise Autoren der inneren Emigration. Vgl. Ralf Schnell: Literarische innere Emigration 1933 - 1945. Stuttgart 1976, S. 2.
- 15 Vgl. dazu die programmatischen Äußerungen aus dem Autorenkreis der Zeitschrift »Der Ruf«, bzw. der Gruppe 47. Vgl. Arnold: Die Gruppe 47 (wie Anm. 2), S. 80-95.
- 16 Vgl. Sendung für internierte Nationalsozialisten; Gespräch zwischen Karl-Georg Egel und Günther Weisenborn, Politische Abteilung, Sendung NWDR Köln vom 21.2.1947, Manuskript HA/WDR, 47, 21x1, S. 37.
- 17 Günther Weisenborn: Ansprache auf dem ersten deutschen Schriftstellerkongreß am 8.10.1947. In: Ursula Reinhold u.a. (Hrsg.): Erster Deutscher Schriftstellerkongreß. 4. - 8. Oktober 1947. Berlin 1997, S. 439ff.
- 18 Vgl. Stefan Andres: Der Reporter Gottes. Zehn Sendungen für den Kölner Rundfunk, Manuskripte 1949, Sendung der Hörfolge 1954. Die Literatur- und Autorenauswahl steht für den christlichen Impetus der Literatur- und Kulturredakteure, doch nahmen die Kirchen auch direkten Einfluß auf die Programmgestaltung. Außerhalb des Kirchenfunks dokumentierte sich dieses kirchliche Engagement in der Abteilung Künstlerisches Wort in der Sendereihe »Der christliche Gedanke in unserer Zeit«, in der 1949 beispielsweise der Beitrag »Der Christ und der Film« ausgestrahlt wird. Vgl. Anton Kochs: Der Christ und der Film (Sendereihe »Der christliche Gedanke in unserer Zeit«, 9.6.1949, 14.00 - 14.15 Uhr), HA/WDR, 5511.
- 19 Werner Honig hatte bereits seit 1946 für die Kulturabteilung des NWDR gearbeitet, schied 1964 aus, ist jedoch noch bis in die Gegenwart hinein für den WDR im Bereich »Musik« tätig. Walter Dirks, mit Eugen Kogon Begründer und Herausgeber der »Frankfurter Hefte«, ist von 1956 bis 1967 Leiter der Hauptabteilung »Kultur« des WDR-Hörfunks. Wilhelm Hoffmann arbeitet von 1952 als Kulturredakteur, nach seiner Pensionierung 1965 in freier Mitarbeit für den NWDR/WDR. Vgl. Personendossier im HA/WDR und: Kommentiertes Personenregister: Wilhelm Hoffmann. In: Elisabeth Langgässer: Briefe 1924 - 1950, Bd. 2, hrsg. v. Elisabeth Hoffmann. Düsseldorf 1990, S. 1259.
- 20 Semmelroths Inszenierung des Romans: Die Frau in Weiß hat u. a. der Bayerische Rundfunk vom 14. bis 16.4.1998 wiederholt.
- 21 Vgl. Personendossier Wilhelm Semmelroth, HA/WDR, 46, 11x5, S. 2.
- 22 Heinrich Böll hob in seinem Nachruf zum Tode Schallücks 1976 besonders den ersten Roman des Autors »Wenn man aufhören könnte, zu lügen« hervor und sah in diesem Motto das Dogma von Schallücks erzählerischem und essayistischem Werk: »Und so war Schallück denn auch ein leidenschaftlicher Zeitgenosse. Er war wachsam, empfindlich, aufmerksam. Er war unerbittlich gegen nationalistische oder gar faschistische Töne. Er war Humanist. (...) Mag er als Elfjähriger die Anpassung der Deutschen nicht so präzise haben (!) wahrnehmen können, die ebenso rasche, auf ihre Weise ebenso gespenstische Anpassung nach 1945 machte ihn mißtrauisch und erhielt ihn wachsam.« Zum Tode Paul Schallücks. In: Heinrich Böll: Spuren der Zeitgenossenschaft. Literarische Schriften. Köln 1977, S. 237f.
- 23 Vgl. Heinz Ludwig Arnold: Die Preisträger der Gruppe 47 - Folge 02. Lesung von Ingeborg Bachmann und Heinrich Böll. WDR-Sendung vom 20.10.1987. Schallarchiv WDR, ANR 31855790.
- 24 Vgl. Joachim Reifenrath. In: Ingrid Scheffler: Joachim Reifenrath: Journalist, Hörfunkautor und Schriftsteller (wie Anm. 5).
- 25 Vgl. Stefan Bodo Würffel: Das deutsche Hörspiel. Stuttgart 1978, S. 79f.
- 26 Böll hat vom NWDR 500,- DM Vorauszahlungen erhalten. In: Das Brot der frühen Jahre. Heinrich Böll als Hörspiel-Autor - SWF strahlt neun Sendungen aus - Collage der Adenauer-Ära«, Kölner Stadt-Anzeiger Nr. 172 v. 27.7.1994, S. 8.
- 27 Vgl. Würffel: Hörspiel (wie Anm. 25), S. 76f. Vgl. Simone Petschke: Die Tennung des Features vom Hörspiel im Zeitraum von 1950 bis 1954 beim NWDR. Diss. Berlin 1985.
- 28 Vgl. Günter Grass: Laudatio auf den Friedenspreisträger Yasar Kemal. Der Anwalt der Menschenrechte. In: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel Jg. 164 (1997), H. 84, S. 9-16.

Die Rolle des politischen Liedes in der DDR

FDJ-Singebewegung, das Festival des politischen Liedes und der Rundfunk*

Von 1970 bis 1990 fand alljährlich im Februar in der Hauptstadt der DDR das Festival des politischen Liedes statt. Dieses vom DDR-Jugendverband FDJ und insbesondere vom Berliner Oktoberklub organisierte und von den DDR-Medien stark unterstützte Künstlertreffen fand in der Öffentlichkeit breite Zustimmung. Es löste künstlerisch-musikalische Aktivitäten unter den Jugendlichen der DDR aus, die als solche positiv zu bewerten sind. Ideologische Kontroversen, die sich bei der Vorbereitung oder während der Veranstaltung ergaben, wurden allerdings in den DDR-Publikationen nicht erwähnt. Mögliche Diskrepanzen rückten die Berichterstatter nach dem Wahrheitsverständnis der Staatspartei SED zu recht, so daß ein kämpferisch-heiteres und vom solidarischen Internationalismus gezeichnetes Festival-Bild entstand.

Dem aus der Singebewegung in der DDR geborenen Festival des politischen Liedes, das sich zu einem kulturpolitisch wichtigen Musikereignis entwickelte, lag eine ideologische Basis zugrunde, die sich vor allem durch die Aktivitäten des staatlichen Rundfunks manifestierte. In diesem Zusammenhang wird auch die selektive Arbeitsweise dieses Mediums, insbesondere des Jugendsenders DT 64, der in Ostdeutschland trotz seiner widersprüchlichen Funktion als Verbreiter und Förderer der Liedkultur eine wesentliche Rolle spielte, deutlich.

Das Genre des politischen Liedes stellte innerhalb der Jugendmusik in der DDR eine bemerkenswerte Kunstszene dar, die sich durch die exponierte Position zu einem kulturellen Phänomen entwickelte, dessen besondere Bewandnis darin lag, daß trotz der Verwendung der dargebotenen Kunst für staatliche Agitation und Propaganda das jugendliche Publikum eine kulturelle Identität und Selbstfindung während der Veranstaltungen erfuhr. Dieses Festival, das im Laufe der Jahre vor allem als potentiell Konzertszenario von Liedermachern, Folkloristen und auch von Rock- und Popmusikern aus dem westlichen Ausland anerkannt wurde, erlangte trotz straffer staatlicher Lenkung eine internationale Bedeutung, die den politischen Liedersängern in der DDR Auftrieb gab und ihnen dabei zugleich ihre gesellschaftspolitischen Grenzen aufzeigte.

Die Funktion des politischen Liedes in der Gesellschaft

Das politische Lied gehört zur Musik, »die mit einer Funktion im Sinne einer Dienstvorrichtung, Zweck- oder Aufgabenerfüllung im privaten oder öffentlichen Leben verbunden«¹ und damit auf einen außermusikalischen Zweck ausgerichtet ist.

Politische Lieder gibt es schon lange. Zu erinnern sind an Lieder, die aus Umbruchssituationen, aus Revolutionen oder nur aus Revolten heraus entstanden sind und noch immer entstehen. Insbesondere belegt das deutsche Arbeiterlied, das als politisches Lied bereits in den Anfängen der Arbeiterbewegung in Deutschland in der Zeit von 1844 bis 1849 eine wichtige emotionale Rolle spielte und von immenser aktueller Bedeutung war, wie die Repressalien der Mächtigen sich im Lied widerspiegeln bzw. die Liedkultur beeinflussten. Es beschreibt die große Armut und das damit verbundene Leid der Heimarbeiter in der Textilindustrie, die im Zuge der industriellen Revolution immer intensiver von den Fabrikanten ausgenutzt wurden. Das schlimme Los der schlesischen Weber kulminierte im Jahre 1844 in dem historisch bedeutsam gebliebenen Weberaufstand, von dem einige spontan entstandene Lieder berichten, die die aufständischen Weber in ihrem Kampf unterstützen wollten. Der lyrische Text von Heinrich Heine »Die Schlesischen Weber« (1844), in dem der Dichter mit den refrainartig benutzten Metaphern »Deutschland, wir weben dein Leichentuch, / Wir weben hinein den dreifachen Fluch – / Wir weben, wir weben!«² eine Kampfansage der ausgebeuteten Weber an die Industriellen formulierte, gehört mit zu den bedeutendsten Liedern in Worten zu dieser Thematik und nimmt eine zentrale Stellung in der literarischen Epoche des Vormärz, auch Junges Deutschland genannt, ein. Die später entstandenen Vertonungen zu diesem Text sind allerdings relativ unbedeutend. Demgegenüber ist das ebenfalls zu diesem Thema und in dieser Zeit entstandene politische Volkslied »Das Blutgericht«, bei dem sich kein Autor nachweisen läßt, populär geblieben. Da es im beliebten Kontrafakturverfahren entstand, da dem Text die Melodie des Volksliedes »Es liegt ein Schloß in Österreich« unterlegt wurde, erreichte es unter der Bevölkerung einen schnellen Bekanntheitsgrad. »Diese offene Re-

bellion (Weberaufstand von 1844) brachte ein Lied hervor, das den Beginn des Arbeiterliedschaffens in Deutschland markiert.³

Neben dieser speziellen Richtung des politischen Liedes, in der die Ärmsten der Armen zu Wort kommen, entwickelten sich in Deutschland bekanntlich auch noch andere besondere Strömungen dieser Liedgattung. So gab es revolutionär-demokratische Lieder, in denen die fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums zu Wort kamen, aber auch Barrikadenlieder, politische Spottlieder, z. B. »Wem ham se de Krone je-klaut«, das in der berlinerischen Mundart die Abdankung des deutschen Kaisers im Jahre 1918 verspottet, oder eben Revolutionsgesänge des Volkes. Dabei waren die oft anonymen und teilweise recht einfachen Lieder der Rebellierenden meist nur kurzlebig. Hingegen sind die Vertonungen der Gedichte der Vormärzsdichter durch die Aufnahme in Liederbücher oder Anthologien noch immer bekannt.

Später fanden immer mehr professionelle Komponisten in Deutschland den Weg zum politischen Lied. Der bekannteste unter ihnen ist Hanns Eisler, in dem »die deutsche Arbeiterklasse den Künstler fand, der mit einem kleinen Kreis gleichgesinnter Musiker den Grundstein zu einer proletarisch-revolutionären Musik in Deutschland legte.«⁴ Eisler selbst, der den Satz prägte, daß »das Kampflied das eigentliche Volkslied des Proletariats ist«,⁵ rät 1932 seinen Komponistenkollegen, politisch bewußt zu arbeiten:

»Um gegen den Verfall der Musik zu kämpfen und sich eine neue Technik, einen neuen Stil und damit eine neue Hörerschaft zu erobern, muß sich der moderne Komponist aus seinem luftleeren Raum wegbegeben und sich einen sozialen Standort suchen. (...) Der moderne Komponist muß sich aus einem Parasiten in einen Kämpfer verwandeln.«⁶

Paradoxerweise stellte sich heraus, daß das Anliegen dieses bedeutsamen sozialistischen Komponisten, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg Ostdeutschland als Heimat wählte, im sozialistischen Staat DDR nicht verwirklicht werden konnte, denn hier verhielten sich viele Künstler parasitär, weil die Suche nach einem sozialen Standort sich immer mehr erübrigte und nur noch eine intellektuelle Auseinandersetzung gefragt war. Durch das Nebeneinander zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in Deutschland, von dem auch das jüngere eine Existenzberechtigung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte, und durch die Assimilation zwischen Kunst und sozialistischem Staat wurde es im Laufe der Jahre für die DDR-Komponisten bzw. Musiker immer schwieriger, ein konkretes Kampfprogramm zu finden.

Die umgetexteten Soldatenlieder des 19. Jahrhunderts, wie »Ich bin Soldat und bin es doch nicht gerne« (Text: vermutlich Max Kegel, ca. 1870), das immer noch – unabhängig von jeglicher Gesellschaftsform – als Protestsong gegen die Wehrpflicht verwendet wird oder »O, König von Preußen, du großer Potentat« (vor 1800), in dem wie bei so vielen politischen Liedern das immer wieder benutzte Kontrafakturverfahren Anwendung fand und sich gegen Zwangsrekrutierung und gegen die menschenverachtende Haltung seitens der politischen Machthaber gegenüber den Kriegsheimkehrern wendet, erfüllen und erfüllten – und so auch in der DDR – entsprechend den Zeitumständen eine exemplarische Funktion. Übrigens nehmen auch jetzt noch Musik-Folkloregruppen, die sich nicht der kommerziellen volkstümlichen Musik zuwenden, sondern versuchen, altes Liedgut relativ authentisch, ggf. mit modernem Einfluß darzubieten, Lieder solcher Art in ihre Programme auf. In der DDR gab es viele solcher Jugend-Musikfolkloregruppen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, alte bzw. weniger bekannte Volkslieder mit sozialpolitisch kritischem Hintergrund aufzuarbeiten und damit neu zu beleben. Selbstverständlich wurden die Inhalte den eigenen Absichten unterworfen.

Nicht unerwähnt dürfen im Zusammenhang mit der Rezeption überkommenen Erbes vertonte Texte bleiben, die die Grausamkeiten des »Dritten Reiches« dokumentieren und im antifaschistischen Widerstand in der Zeit von 1933 bis 1945 entstanden sind. Gerade diese Lieder spielten in der DDR-Musikkultur eine bedeutende Rolle und gehörten zum wichtigsten und damit gepflegtesten Erbe in der Liedkultur. Das »Lied der Moorsoldaten«, dessen Text im Konzentrationslager von politischen Gefangenen geschaffen (Text: Wolfgang Langhoff, Johann Esser / eine Melodieversion: Rudi Goguel) und in der Bearbeitung von Hanns Eisler und der Interpretation durch Ernst Busch weit verbreitet und damit populär wurde, zählt mit zu den bedeutsamsten vokalen Äußerungen, in der nur ein Detail des Holocaust widerspiegelt wird. Unter derartigen grauenvollen Verhältnissen erfüllte das Lied als solches die Funktion, den Überlebenskampf zu unterstützen. So erklärte ein ehemaliger Moorsoldat, daß »unsere Lieder uns stets von neuem Mut und Kraft gaben, die erduldeten Torturen und Demütigungen zu überstehen.«⁷ Die Nationalsozialisten hingegen mißbrauchten Lieder, indem sie sie für die Durchsetzung ihrer inhumanen gesellschaftlichen Ziele einsetzten. Das Horst-Wessel-Lied gilt als ein typisches Beispiel für die Manipulation und Indoktrination der Massen während der Zeit des deutschen Faschismus.

In der DDR spielte die antifaschistische Kunst eine besondere Rolle. Fast alle der relativ wenigen deutschen Künstler, die aus der Emigration zurückkehrten, entschieden sich für die nach 1945 neu entstandene Gesellschaftsform in Deutschland, weil sie in der zukünftigen DDR das bessere und vor allem antifaschistische Deutschland sahen. Doch es erwies sich, daß der verordnete Antifaschismus ebenfalls repressive Züge trug. Die Utopie einer Erziehung zum allgemeinen Menschenglück, propagiert unter dem Vorzeichen der Gleichheit und nur unter Zwang durchsetzbar, spiegelte sich selbstverständlich auch im neu entstehenden Liedgut wider. Der so genannte sozialistische Realismus artete zu einer didaktisch genau kalkulierten Kunst aus, die »sozialistische Ideale und ferne Zielsetzungen mit fotografischer Exaktheit als Realität anbot«⁸ und sich in der Zukunft als eine immense Hemmschwelle für die pluralistische Kunst- und damit auch Liedentwicklung in der DDR erweisen sollte.

Wenn noch die Lieder von so namenhaften Künstlern wie Bertolt Brecht und Paul Dessau genannt werden, so entsteht leicht der Eindruck, daß politische Musik ausschließlich gegen die bestehende staatliche Ordnung polemisiert oder daß »als politisch (...) allemal Musik qualifiziert oder abqualifiziert« wird, »die – nun ebenfalls im Jargon formuliert – von links kommt«.⁹ Im Allgemeinen trifft natürlich zu, »daß eine Musik dann politisch wird, wenn ihre Macher sich im politischen Kontext bewegen, das heißt – sich mit den politisch fortschrittlichen Kräften verbinden, – aus der Solidarität mit diesen Kräften heraus ihre musikalischen Entscheidungen treffen und – die Produkte im Kreise dieser Kräfte verbreiten«.¹⁰ Das in der DDR bis zuletzt von Kindern gern gesungene und von Erwachsenen gern gehörte Lied von der »Kleinen weißen Friedenstaube«,¹¹ das im Oktober des Jahres 1949, zum Zeitpunkt der DDR-Gründung, von der Kindergärtnerin Erika Mertke in Anlehnung an Pablo Picassos Bild von der weißen Taube (1947) geschrieben worden ist, kann als ein wertvolles politisches Lied angesehen werden. In seinem Text kommt die Sehnsucht nach Frieden schlicht, unaufdringlich, ehrlich und verallgemeinerungswürdig, ohne jegliche Bindung an ein Gesellschaftssystem, mit einer volksliedhaften Melodieführung gekoppelt, zum Ausdruck. Doch daneben gibt es auch noch die politische Musik und das politische Lied als Funktionsträger für ganz konkrete staatliche Ideologien, wozu zweifelsohne jede Nationalhymne, so auch die von Eisler komponierte und von Johannes R. Becher gedichtete DDR-Hymne »Auferstanden aus Ruinen / und der Zukunft zugewandt« zählt, die dem ebenfalls von Eisler vertonten Brecht-Text »Anmut sparet

nicht noch Mühe / Leidenschaft nicht noch Verstand« vorgezogen wurde.

Wie funktionale Musik im allgemeinen das Ergebnis geschichtlich-sozialer Zustände widerspiegelt, ohne sich selbst durch bestimmte musikalische Eigenschaften auszuzeichnen, so war auch in der DDR das politische Lied ein Ausdruck dessen, was von der Partei- und Staatsführung dieses Landes gewünscht und gefordert wurde. Diese Musik im Dienst der Politik hatte die Aufgabe zu erfüllen, die Hörer und die Musiker selbst so zu beeinflussen, daß die gestellten ideologischen Ziele der Regierenden verstanden, verwirklicht und vor allem artikuliert werden sollten. Damit erfolgte eine gezielte Manipulation der Menschen, die mit diesen Liedern konfrontiert wurden. So gab es neben kritischen Texten in diesem Genre in der Mehrzahl Lieder, die die sozialistische Staatlichkeit und deren kulturelles Erbe, das sich vor allem auf das Arbeiter- und Kampflied der Kommunisten bezog, bestätigten und auch verherrlichten. Allerdings zeigte sich dabei, daß die erwartete Wirkung nicht immer erreicht wurde, da die außermusikalischen Gegebenheiten eben sehr oft nicht mit dem Inhalt der Lieder konform waren.

Mit Eisler, der 1931 schreibt, die Geschichte lehre uns,

»daß jeder neue Musikstil nicht aus einem ästhetischen neuen Standpunkt entsteht, also keine Materialrevolution darstellt, sondern die Änderung des Materials zwangsläufig bedingt wird durch eine historisch notwendige Änderung der Funktion der Musik in der Gesellschaft überhaupt.«¹²,

läßt sich dieser Gedanke erweitern. Diese Auffassung dokumentiert sich später auch im Erscheinen einer Reihe von neuen deutschen Volksliedern¹³ von Eisler, dem Amerikaheimkehrer, und Becher, dem Rußlandheimkehrer, im Jahre 1950, in denen dieser Funktionswandel, der neues musikalisches Material mit sich bringt, deutlich wird. Eisler selbst sagt zu den Liedern:

»Alle Lieder sind auf leichte Faßlichkeit angelegt. Jeder kann sie mit wenig Mühe erlernen, deshalb heißen sie Volkslieder. Zur Volkstümlichkeit gehört unbedingt die leichte Faßlichkeit. Die Begleitung stützt das Singen, die hilft dem Sänger. Das bedeutet, daß die Klavierbegleitung in keiner Weise den Text illustriert, wie es im Konzertlied üblich ist, oder psychologische Feinheiten hinzufügt. Die Lieder sind gewissermaßen aus grobem Holz geschnitten und nicht geleimt. (...) Ich muß also das Aparte, das Neuartige im Genre selbst finden und es rein erhalten und nicht mit anderen Kunsttypen mischen. Auch Differenziertes muß dem Genre entsprechen, aber nicht durch den abstrakten Kunstverstand hineingetragen werden. Würde ich es nicht so machen, so würde ich gewiß farbige, interessante, aparte Wirkungen erzie-

len können, aber die eigentliche Aufgabe, die Schaffung eines neuen Genres, verfehlen.«¹⁴

»Die alten Weisen«, das »Heimatlid« oder der Titel »Im Frühling« belegen Eislers Anpassung an die neue Zeit, in die er große Hoffnungen setzte, weshalb mit recht harmonischen und teilweise auch für ihn bislang untypischen musikalischen Kompositionsmitteln arbeitete. Eine geradezu anrührende und bezwingende musikalische Schöpfung stellt das Lied mit dem Titel »Deutschland« dar. Die versöhnenden Worte »Heimat, meine Trauer, Land im Dämmerchein, / Himmel, du mein blauer, du, mein Fröhlichsein, / Einmal wird es heißen: Als ich war verbannt, / hab ich, dich zu preisen, dir ein Lied gesandt« waren wie alle Lieder dieser Reihe

»dazu bestimmt, der zur Katastrophe verführten Jugend Mut zu einer in Trümmern liegenden Heimat zu machen, die es, unter den harten Bedingungen fort-dauernder Kriegsblöße, neu aufzubauen galt.«¹⁵

Diese Lieder wurden in der DDR, vor allem in den Anfangsjahren ihres Bestehens, vorwiegend von Chören und Solisten gesungen, beispielsweise bei Jugendweiheveranstaltungen, da von ihnen eine gewisse Feierlichkeit ausging, die in den Nachkriegsjahren eine vom Publikum akzeptierte Rührung hervorrief.

Die Jugend selbst, die den Krieg nicht mit erlebt hatte, distanzierte sich im Laufe der Jahre jedoch immer mehr von diesem Liedgut. Es vollzog sich nun eine weitere und möglicherweise so von Eisler nicht gewollte Funktionsveränderung der Musik, da das politische Lied in der DDR in hohem Maße den gesellschaftlichen und politischen Zielen untergeordnet wurde. Die Schwierigkeit für die Textautoren, auf dem Gebiet der politischen Musik gesellschaftskritisch zu arbeiten, nahm zu. Davon allerdings lebt das politische Lied ebenfalls, wenn es von der totalen Hingabe an Partei und Staat abrückt und nicht unbedingt den von der Staatsmacht forcierten einheitlich-ästhetischen Ansprüchen genügen will. In den letzten Jahren der DDR gelang es Künstlern auch auf diesem Gebiet mehr und mehr, entgegen dem staatlichen Wunschenken politisch wirksam zu sein, indem sie mit ihren Texten und mit der Art der Vertonung zu widersprechen begannen und zur Veränderung der eingefahrenen Gleise im politischen Zusammenleben aufriefen. Individuelle Schreibarten setzten sich durch, die die Kulturverantwortlichen – oft mit einem lachenden und einem weinenden Auge – zu tolerieren hatten, denn es war bitter nötig, durch vielseitige Musikangebote vor allem die Jugend noch für die Sache des sozialistischen Staates zu interessieren. So gab es nun neben dem politischen Lied, das durch seine Aussage einen Beitrag dazu leistete, gesell-

schaftspolitische Zustände in der DDR und in den Ländern des Sozialismus aufrechtzuerhalten, auch das politische Lied, das Veränderung suchte und sogar provozierte.

Schließlich gewann im Laufe der Zeit das politische Lied mit weltpolitischem Charakter in der DDR an Bedeutung. Revolutionen oder Kriege außerhalb der sozialistischen Welt wurden vor allem von den jüngeren Künstlern sehr schnell thematisiert. Einerseits registrierten die Politiker dieses Verlangen nach fremden Kulturkreisen seitens der Musiker und Texter in der DDR sehr kritisch. Andererseits nutzten die Kulturfunktionäre dieses Interesse, um die Vorzüge des eigenen Landes besser dokumentieren und um das Solidaritätsgefühl unter Beweis stellen zu können. So setzte sich beispielsweise während des Festivals des politischen Liedes im Jahre 1972 dessen Veranstalter, der Zentralrat der FDJ, für die Befreiung der amerikanischen Bürgerrechtlerin Angela Davis ein. Im Jahre 1982 solidarisierten sich die Organisatoren des Festivals, und damit auch die Mitwirkenden, mit dem um seine Unabhängigkeit kämpfenden El Salvador. 1983 stellte der Zentralrat der FDJ die Befreiungsbewegung Nikaraguas thematisch in den Mittelpunkt der Konzerte. Hierbei ist der Helden-gesang auf die sandinistische Revolution, der »Canto epico al FSLN« von Carlos Mejia Godoy hervorzuheben, der von 30 lateinamerikanischen Instrumentalisten, Sängern und Tänzern dargeboten und durch einige DDR-Künstler wie dem FDJ-Kammerorchester der Berliner Hochschule für Musik Hanns Eisler sowie Gina Pietsch und Stefan Körbel, der auch die Regie führte, unterstützt wurde. Und 1986 engagierten sich die Künstler u. a. sehr stark für den Kampf progressiver Südafrikaner gegen die Apartheid. Nachdem während der Eröffnungsveranstaltung die eingeladene südafrikanische Sängerin Letta M'Bulu das Lied »Peace In The Future« als eine Referenz für den damals noch inhaftierten Nelson Mandela angestimmt hatte, reagierte der traditionelle Oktoberklub, der im Auftrag der FDJ das Festival organisierte und letztlich auch veranstaltete, mit dem eigens dafür komponierten Titel »Wenn die Rassisten fliehn« (Text: Gerd Eggers, Musik: Michael Letz). Künstlerisch wenig wertvoll kennzeichnen Text und Melodie die Apartheitsvertreter in Südafrika als »Mörder, Brandschatzer, Folterknechte«¹⁶ und deuten an, daß den Rassisten selbst nach dem zu erwartenden Sturz keine Verurteilung ihrer unmenschlichen Taten droht. 1989 stand dann noch einmal der spätere Präsident Südafrikas im Mittelpunkt des Festivalgeschehens, in dem die Veranstalter an das internationale Konzert in London vom Vorjahr anknüpften, das zu Ehren Mandelas unter Mitwirkung von internationalen Stars statt-

gefunden hatte. Eine ähnliche, aber emotional noch geladene Reaktion seitens der Künstler aus dem Ausland und der DDR-Vertreter gab es bereits 1974, als wegen des Militärputsches am 11. September 1973 in Chile und der Ermordung des chilenischen Präsidenten Salvador Allende alle Beteiligten empört und ehrlich protestierten. Als Beweis der Solidarität vieler Menschen in der DDR entstanden spontan politische Texte zur Chileproblematik, die vertont, veröffentlicht und zu passenden Gelegenheiten vorgetragen und vom Publikum bereitwillig aufgenommen wurden. Bei jedem Festival nahmen nun künftig Künstler aus Chile einen festen Platz im Programm ein. Diese südamerikanische Musik begleitete eindrucksvoll das politische Lied in der DDR bis zu deren Untergang.

Letztendlich bewirkte die Tatsache, daß der westeuropäische politische Protest bzw. der weltweite Protest am Imperialismus in der DDR eine Bühne fand, eine zwangsläufige und möglicherweise von den Staatsfunktionären nicht gewollte Öffnung in die Welt des Kapitalismus, der nun wiederum einen entscheidenden Einfluß auf das politische Lied innerhalb des sozialistischen Staates hatte. Auf diese Weise erhielt in der DDR die sogenannte »Weltmusik«, ohne diese in Westeuropa übliche Bezeichnung, eine nicht geringe Chance. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das Ensemble »Solidarität«, das an der Leipziger Karl-Marx-Universität 1972 von Hans Thomas ins Leben gerufen und bis zu seiner Abwicklung im Jahre 1990 auch künstlerisch von ihm geleitet wurde. Hier sammelten sich die ausländischen Studenten, um die Musik bzw. die Kultur ihrer Heimatländer zu pflegen und der Öffentlichkeit vorzustellen. Die Musik trug in diesem Ensemble zur Kommunikation zwischen den Künstlern sich konträr gegenüberstehender Weltsysteme bei. Dabei kam nicht nur die gesellschaftliche Funktion der Musik zum Tragen, sondern die Kompositionstechniken aus anderen Kulturkreisen wurden als Anregung von den DDR-Künstlern dankbar angenommen und verarbeitet. Und damit wiederum erfuhr das politische Lied im Land eine höhere Qualität, was die Aussage bestätigt, daß »die ästhetische Qualität, die in der Innovation liegt, (...) also zugleich eine historische ist: Geschichte erscheint als Kette von ineinandergreifenden Neuerungen.«¹⁷ Die These, »daß Musik primär ein Kommunikationsvorgang ist« und damit die Bezeichnung »ein Stück handgreifliche[r] Wirklichkeit des Umgangs mit Musik« erfaßt,¹⁸ scheint in diesem Falle bestätigt zu werden.

Eine neue Qualität der musikalischen Umsetzung wurde, nunmehr bezogen auf die gesamte politische DDR-Liedszene, teilweise erreicht, so daß die Widerspiegelung des staatlichen

Wuschdenkens im Laufe der Zeit immer mehr in den Hintergrund geriet. Die Texte und Kompositionen entwickelten sich schüchtern zum Gegenentwurf marxistischer Dogmen und erlangten teilweise sofortige Popularität:

»Es genügt, den Jazz oder die Musik Anton Weberns politisch zu unterdrücken, um sie, falls die Unterdrückung nicht restlos gelingt, zu musikalischen Zeichen politischen Widerstandes werden zu lassen, eines Widerstandes, der mit dem ursprünglichen Sinn der Musik nur vage zusammenhängt, aber in deren geschichtlich konstituiertem Gehalt Spuren hinterläßt.«¹⁹

Bezogen auf die Problematik des politischen Liedes in der DDR konkretisiert diese Aussage, daß zuerst dem politischen Umfeld, in dem sich der Künstler ansiedelte, Beachtung geschenkt wurde, bevor Inhalt und Musik des Liedes bewertet wurden. In diesem Kontext kann beispielsweise auf die Texte und deren Vertonungen des Liedermachers Wolf Biermann verwiesen werden, deren Popularität primär damit zusammenhing, daß seine Lieder von den staatlichen Kulturorganen abgelehnt wurden. Die künstlerische Qualität war beim Rezipienten zuerst einmal sekundär. Die volkstümliche Erfahrung, daß verbotene Früchte besser schmecken als die bequem erreichbaren, bewahrheitete sich auch in diesem Falle.

Entstehung und Förderung der FDJ-Singebewegung in der DDR

Das Jahr 1963, das als politischer Wendepunkt innerhalb des gesellschaftlichen Lebens der DDR betrachtet werden muß, brachte gegenüber den vorangegangenen Jahren wesentliche Vorteile für die kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten der Jugend in der DDR. Mit dem Kommuniké des Politbüros »Der Jugend Vertrauen und Verantwortung« sollten Kreativität und größere Eigenverantwortlichkeit bei den Kulturschaffenden angeregt werden, um dadurch eine größere künstlerische Vielfalt für die vor allem jugendlichen Rezipienten zu erreichen. Die Schließung der Grenzen zu Westeuropa im Jahr 1961 machte es erforderlich, wenigstens auf ideellem Gebiet eine gewisse Großzügigkeit bzw. Offenheit den Menschen in der DDR zu bieten. So registrierten und akzeptierten die Kulturverantwortlichen des Landes, daß die amerikanische Folksong-Bewegung auch im Osten Deutschlands nicht unbeachtet blieb und einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die Liedszene im Lande hinterließ. Der amerikanische Begriff »Hootenanny« wurde durch das Wort »Singebewegung« ersetzt, in der sich musizierfreudige Ju-

gendliche zusammenfanden, um bekannte Lieder aus der internationalen Folklore- und Liedszene vorzutragen und um vor allem eigene Texte und Kompositionen aufzuführen.

Daraus gingen dann später die sogenannten »Liedermacher« hervor und Solokarrieren kristallisierten sich heraus. Die Singegruppen jedenfalls wurden von der FDJ-Organisation gefördert und – soweit möglich – auch gelenkt. In Schulen und Betrieben entstanden solche Kleinkunstgruppen, und meistens hatten sie auch dort ihr Publikum. Natürlich beriefen sich diese Musikgruppen zuallererst auf die politische Liedtradition der deutschen Arbeiterklasse. Lieder wie das »Einheitsfrontlied« (Brecht / Eisler, 1934) und das »Solidaritätslied« (Brecht / Eisler, 1932) gehörten bis zum Ende der DDR zum Repertoire, obwohl man von der Agit-Prop-Manier, die in den Anfangsjahren der DDR üblich war, im Laufe der Zeit Abstand genommen hatte. Die klassisch-traditionellen Kampflieder wurden nur noch in ihrer Funktion für die jungen Liedermacher bedeutsam; musikalisch und inhaltlich versuchten sie neue Wege zu gehen, indem sie neben Affirmation gesellschaftlichen Seins auch Widersprüche des sozialistischen Alltags in Liedern zum Ausdruck brachten. Trotzdem hofften die Kulturfunktionäre, daß neue »sozialistische Kampflieder, die gegen Militarismus und Neofaschismus in Westdeutschland (...) gerichtet sind«,²⁰ entstehen. Es zeigte sich in 40 Jahren DDR, daß dieses politische Ziel im Rahmen der politischen Liedbewegung hartnäckig verfolgt und – mit relativ großem Erfolg für die FDJ – auch durchgesetzt wurde.

Der Einfluß der progressiven sowjetischen Lyrik dieser Zeit auf die Liedtexte der Singebewegung in der DDR bewirkte eine Qualitätsverbesserung. Die jugendlichen Künstler nahmen sich Lyriker wie Jewgeni Jewtuschenko oder Bulat Okudschawa zum Vorbild, die in ihren Texten verständnisvoll, jugendlich, vor allem aber kritisch und offen gegenüber der sozialistischen Gesellschaftsform auftraten. (In der Sowjetunion begann man damals, den Stalinismus aufzuarbeiten.) Lyrikabende wurden veranstaltet, in denen vorwiegend Amateurlünstler neue Texte lesend und singend vorstellten. Diese Veranstaltungen, die zuerst in Berlin stattfanden, wurden bald unter der Schirmherrschaft der FDJ durchgeführt, denn der neue kulturelle Trend sollte nicht ungefordert, aber auch nicht unkontrolliert bleiben. In dieser Zeit sind auch die Wurzeln des in der DDR bekannten Berliner Oktoberklubs (damals Hootenanny-Klub, erst 1967 umbenannt zum Oktoberklub) zu suchen, der später zum Maßstab aller Singegruppen im Lande werden sollte, da er zum Vorzeige-Singeklub der FDJ avancierte, der mehr als jeder andere

Singeklub im Lande staatlich gefördert wurde. Diese intensive Förderung dokumentierte sich u. a. auch in der Tatsache, daß dem Oktoberklub sieben Mal die Möglichkeit geboten wurde, eine LP bei dem einzigen Schallplattenverlag der DDR zu produzieren. Keine andere Singegruppe im Lande konnte sich auf diese Weise künstlerisch artikulieren. So erschienen 1967 »Der Oktoberklub singt«, 1968 »Unterm Arm die Gitarre«, 1969 »Sing mit!«, 1973 »Aha«, 1978 »Politikirmes«, 1980 »Ein Kessel Rotes« und 1985 »Da sind wir aber immer noch. 20 Jahre Oktoberklub«.

Auch der Rundfunk hatte seinen Förderanteil zu leisten. Bereits 1967 wurden im November und Dezember mit dem Oktoberklub und Lutz Kirchenwitz, der damals häufig als Solist des Singeklubs hervortrat, das »Vietnam-Lied« (Musik: Tom Paxton, Text: Gisela Steineckert), der Song »Mein Lied ist grell, mein Lied ist laut« (Musik: Wolfgang Lesser, Text: Martha Nawrath) und der später von anderen Singegruppen gern übernommene Thomas-Natschinski-Titel »Wer kann die Lieder der Freiheit verbieten« (Text: Jürgen Degenhardt), bei dem ein Hauch von Tanzmusik zu spüren war, in den hauseigenen Studios des DDR-Rundfunks aufgenommen. Bis zum Jahre 1989 produzierte allein der Rundfunk mit diesem Berliner Singeklub 130 Einzeltitel im Studio. Dazu kommen noch 485 Live-Aufzeichnungen vom Festival des politischen Liedes in Berlin und weitere alljährliche Rundfunk-Mitschnitte mit dem Oktoberklub in anderen Jahren. Diese Zahlen²¹ machen bei der an sich geringen Kapazität der Studios in der DDR deutlich, welche prädestinierte Rolle diesem Singeklub zukam. Die meisten Lieder, die auch in Zukunft vom Oktoberklub gesungen werden sollten, bejahten vehement die sozialistische Gesellschaft und deren Erscheinungsformen – dafür erhielt der Oktoberklub 1979 den Vaterländischen Verdienstorden in Gold -, wenngleich ab und an auch gesellschaftskritische Momente durchschienen. Als ein Beispiel leiser Kritik sei der Refraintext zum Lied »Bieten Parkplatz – suchen Wohnung« (Musik: Fred Krüger/Jörn Fechner, Text: Gisela Steineckert) genannt, in dem es heißt: »Der Liebe zauberhafteste Belohnung / wäre eine eigne abgeschloss'ne Wohnung.«²²

Nachdem die Kulturpolitiker zu Beginn der aufkommenden Beatle-Welle in den frühen 60er Jahren, von der auch die Jugendlichen in der DDR nicht unberührt blieben, zuerst massiven Druck gegen die Verbreitung dieser Musikrichtung ausübten, rief die FDJ im Jahre 1964 im Zusammenhang mit dem Deutschlandtreffen in Berlin (15. - 18.5.1964) und der damit verbundenen Einrichtung des Sonderstudios DT 64 zu ei-

nem Gitarrenmusikwettbewerb auf, um schließlich im darauffolgenden Jahr die Beatmusik im Rahmen der Bewegung junger Talente als eine fortschrittliche und auch für den Sozialismus nützliche musikalische Erscheinung zu deklarieren. Diese neue musikalische Mode fand natürlich auch in der Singebewegung ihren Niederschlag. Der Berliner Texter und Sänger Hartmut König, der spätere Sekretär des Zentralrates der FDJ (1976 - 1989) und stellvertretende Kulturminister (1989), gründete damals in Berlin die Beat-Gruppe Team 4. Sein musikalischer und textlicher Einfluß auf den Oktoberklub, in dem er von 1966 bis 1973 Mitglied war, und auf die Singebewegung überhaupt, die 1967 mit Beendigung der Hootenanny-Phase eine konkretere Förderung und Lenkung seitens der FDJ erfuhr, war nicht zu übersehen. Ebenso engagierte sich das Jugendstudio DT 64 sehr intensiv für die neue Jugendmusikszene und damit für das politische Lied, das daraus entstand. Wunsch der Kulturfunktionäre war es, die Lieder der neuen Singeklubbewegung in eine Zwangsjacke zu drängen, damit die jungen Amateurkünstler ideologisch nicht ausscheren konnten. Dies gelang auch bis zu einem gewissen Grade. Als ein Beispiel dafür gilt der Liedtext der Gruppe »Arbeiterfolk« von der Pädagogischen Hochschule Zwickau, der im Auftrage der FDJ am 6. Juli 1984 im Rundfunkstudio in der Berliner Nalepastraße produziert wurde, nachdem er während des 14. Festivals in Berlin seine Uraufführung erfahren hatte. »Ich liebe mein Land und meine Stadt, / ihr reges und ständiges Treiben. / Hier sind meine Freunde, hier werd ich gebraucht. / So soll es auch weiterhin bleiben. / Ich liebe mein Land, die Sorgen darum, / ob alles uns auch gelinge, / daß jedes Jahr mit Liebe und Schweiß / uns weiter ein gutes Stück bringe.« (Musik: Michael Seidel, Text: Olaf Möller) Dieses simple Loblied, das 1985 mit in das vom Verlag Junge Welt herausgegebene neue FDJ-Liederbuch übernommen wurde, fand hohe Anerkennung bei den Kulturfunktionären. Diese Wertung belegt die Instabilität der indoktrinär gelenkten sozialistischen Liedkultur. Die DDR-Kulturfunktionäre »benutzten« das nichtsagende Vokalwerk für die Festveranstaltungen zum 35. Jahrestag der DDR, da dem Lied in diesem Rahmen eine exponierte Rolle zugewiesen wurde.

Die Reformbewegung von 1964 wurde bereits mit dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 wieder eingeschränkt. Trotz aller Zwangsmaßnahmen ist das politische Lied mit Beginn der 70er Jahre gelöster und unpatetischer geworden, denn den Sängern der Szene gelang es zum Teil recht überzeugend, individuelle Lieder zu schreiben. Dabei half ihnen, daß sie musikalische Einflüsse aus den verschie-

densten Musikrichtungen nutzten. Neben Folk und Rock fanden auch Jazzelemente, Country-, Bluegrass- und Skifflemusik Einzug in die Singeklubs. Zu einer der bekanntesten Folkgruppen, die sich 1978 gründete und gewissermaßen als Gast in der Singebewegung mitwirkte, gehörte die Gruppe »Wacholder« aus Cottbus, die auch im vereinten Deutschland unter diesem Namen noch aktiv ist. Das Interessante an dieser Gruppe ist, daß sie die alte deutsche Volksliedtradition mit internationalem Folk belebt(e) und thematische Programme mit politisch-revolutionärem Charakter wie »Ting-Tang-Tellerlein. Lieder zu Heine-Texten« (1983) oder »Lieder um 1848« sowie »Trotz alledem« (1984) darbot. Diese Form der musikalischen Erbpflege überzeugte das Publikum, denn sie war nicht einseitig oder gar nostalgisch angelegt, sondern sie entsprach dem Wandel, der sich im Laufe der Jahre auch in der DDR-Musikkultur vollzogen hatte. Tradierte und neue Formen fanden in der Bearbeitung durch Wacholder eine günstige Vereinigung.

Das Folklore-Duo Piatkowski/Rieck aus Rostock (gegründet 1975) bearbeitete traditionelles plattdeutsches Liedgut und schrieb auch eigene Texte und Kompositionen, die teilweise von Singegruppen in ihr Repertoire übernommen wurden. Die beiden Künstler traten ebenfalls bei Liedermacher-Veranstaltungen auf und reihten sich somit in die Vielzahl der politischen Liedsänger ein, denn auch ihre Texte waren kritisch und politisch relevant. Ebenfalls erwähnenswert ist die Gruppe »Jahrgang 49«, deren Name schon verrät, daß hier nicht mehr der künstlerische Nachwuchs agierte. Die Mitglieder bezeichneten sich als Berliner Songgruppe (1973 - 1980) und hatten es sich zur Aufgabe gemacht, die Liedtradition Eislers mit Rockstilik zu verbinden. So wie dem Oktoberklub, aus dem alle Mitglieder dieser neuen Singegruppe hervorgingen, gab die FDJ-Führung der Songgruppe die Möglichkeit, als sogenannte kulturelle Botschafter im Ausland (und eben auch im nichtsozialistischen Ausland!) aufzutreten. Solche Reisemöglichkeiten bewirkten, daß sich künstlerisch interessierte junge Leute dem Oktoberklub anschlossen, denn die Mitgliedschaft in diesem Singeklub öffnete ein wenig die Tür zur Welt. Daneben ebnete die Mitwirkung im Oktoberklub für viele auch eine berufliche Karriere. Dabei fallen Namen auf wie der der DDR-Rocklady Tamara Danz, die in ihrer künstlerischen Anfangsphase kurzzeitig dem Oktoberklub angehörte und z. B. am 18. Februar 1983 mit der populären Rockgruppe »Silly« in der Werner-Seelenbinder-Halle während der so genannten Politikirmes auftrat, einer lockeren und offenen Veranstaltungsart innerhalb des Festi-

vals, und auch der des Chansonniers Jürgen Walter, der im selben Jahr als Vertreter der Chansoninterpreten das Lied von Jewgeni Jewtuschenko »Meinst du, die Russen wollen Krieg« als Festivalbeitrag wahrhaft beeindruckend vortrug, obgleich er inzwischen als Solist fremd in der politischen Liedszene geworden war. Barbara Thalheim, Kurt Demmler, Reinhold Andert, die alle drei häufig als Gäste beim Festival auftraten, die Liedermacherin Bettina Wegner, die Schlagersängerin Aurora Lacasa, die Schauspielerin, Rundfunkredakteurin und Liedermacherin Gina Pietsch und viele andere, später bekannte Persönlichkeiten schlossen sich diesem Klub an.

Wer nicht Künstler werden konnte, erhielt andere berufliche Möglichkeiten. Begehrte Positionen in kulturellen Institutionen, z. B. bei AMIGA-VEB Deutsche Schallplatte, im Rundfunk bzw. Fernsehen der DDR oder beim Komitee für Unterhaltungskunst, das begehrte Auftritte für Künstler aller Genres vermittelte, wurden an ehemalige oder noch aktive Oktoberklubmitglieder (bzw. »Jahrgang 49«-Mitglieder) vergeben. Petra Schwarz, die als privilegierte Rundfunkredakteurin und sogenannter Reisekader (vorgesehen für Dienstreisen in das NSW = Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet) 1988 gemeinsam mit Alexander Jerezcinski das international weit beachtete Nelson-Mandela-Konzert in London redaktionell und moderierend betreuen durfte und heute fest im Fernsehprogramm B1 als Moderatorin integriert ist, gehörte auch als aktives Mitglied dem Oktoberklub an. Die Existenz solcher Kaderschmieden, die nicht bei jedermann Wohlwollen auslösten, war durch die staatlich gelenkte Arbeitsvermittlung und die nahezu 100prozentige Berufstätigkeit in der DDR möglich.

Die offizielle staatliche Förderung des »künstlerischen Volksschaffens« (unprofessionelle künstlerische Tätigkeit) wurde 1974 durch ein Gesetz »über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der DDR« besiegelt. Danach wurden Rundfunk, Presse, Film und Fernsehen verpflichtet, »die Qualität und Anzahl von Sendungen, Veröffentlichungen und Produktionen zu erhöhen, die den vielseitigen Interessen der Jugend und den Erfordernissen sozialistischer Jugenderziehung entsprechen.«²³

Die Medien schalteten sich also aktiv in die praktische Kulturförderung ein. Besonders die Singebewegung spiegelte sich nun relativ häufig – im Vergleich zu anderen Kleinkunstformen – im Rundfunk wider. Es ist anzunehmen, daß die Kulturfunktionäre darauf hofften, den Einfluß der Rockmusik und der Schlager unter den jugendli-

chen Hörern etwas zu verdrängen. Sie wollten aber auch das traditionelle Liedgut der Arbeiterbewegung pflegen, wobei gemäß den sozialistischen Vorstellungen selektiv vorgegangen wurde und damit die Wahrhaftigkeit dieser Traditionsvorgaben in Frage gestellt werden muß. Selbstverständlich stand diese Erberezeption in der DDR stets im Kontext des antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes und in der Musiktradition der deutschen Arbeiterbewegung, wobei die Medien, insbesondere der Rundfunk, einen positiven Beitrag zu leisten hatten.

Durch die Vergrößerung seiner Musikabteilung konnte der Rundfunk zur größten Musikproduktionsstätte in der DDR werden. Es gab daneben nur noch die Firma VEB Deutsche Schallplatte mit ihren speziellen Labels Eterna (Klassik im weitesten Sinne), Amiga (Tanz- und Unterhaltungsmusik, einschließlich Rock- und Popmusik etc.) und Litera (Wort). Erst in den 80er Jahren entstanden auch kleine Privatstudios, die von privilegierten Künstlern betrieben wurden, denen Valuta für den Erwerb von Studioeinrichtungen zur Verfügung standen und die meist der Rockszenen angehörten. Alle im Rundfunk entstandenen, produzierten und mitgeschnittenen Veranstaltungen aller Genres waren in einem zentralen Archiv erfaßt und somit für jeden Redakteur verfügbar.

Ende der 70er Jahre trat die spezielle Förderung von Singegruppen zugunsten neuer politischer Liedsänger, die sich nun selbstbewußt Liedermacher nannten und sich von der Singebewegung abheben wollten, etwas in den Hintergrund. Zu den bedeutendsten und spektakulärsten unter ihnen gehörte Wolf Biermann, dessen Ausbürgerung aus der DDR im Jahre 1976 ein gravierender Einschnitt für die Kulturszene bedeutete, denn viele für die DDR wichtige Künstler aus den verschiedensten Bereichen verließen als Reaktion auf Biermanns Ausbürgerung bald darauf das Land. Die verbleibenden Liedermacher jedoch nahmen in der Zukunft mehr und mehr den Platz der Singegruppen ein.

Dafür aber erhielten die Jugendfolkloregruppen jetzt ihre Chance, denn das Medieninteresse ihnen gegenüber vergrößerte sich zunehmend. Die moderne Art, altes Volksliedgut zu bearbeiten und zu interpretieren, hatte im jugendlichen Publikum schon lange vor der Medienzuwendung Anklang gefunden. Vor allem waren es die revolutionären Lieder des 18. und 19. Jahrhunderts, deren Inhalte sehr gut auf die gesellschaftliche Gegenwart bezogen werden konnten. Damit setzten die Folkloregruppen in der DDR einen wichtigen Meilenstein in einer neuen, nicht vom Staat verordneten Volksliedpflege, die sich ganz im Sinne Eislers, der

u. a. auch gegen die Einseitigkeit der Volksliedpflege polemisierte,²⁴ von der herkömmlichen unterschied. Im staatlichen Rundfunk gab es sogar für diese Aktivitäten Unterstützung. Die Sendung bei Radio DDR II, Mitte der 80er Jahre unter dem Titel »Mit Brummtopf, Bass und Fiedel« eingerichtet, stellte speziell Jugendfolkloregruppen in musikalischen Portraits vor. Ebenfalls berichtete das Programm in dieser Reihe von den seit 1978 in größeren Abständen stattfindenden Folklorefestivals, die man aber außerhalb Berlins – ausgenommen dem ersten Treffen – veranstaltete. Das Zentrum für diese Szene sollte Leipzig werden, denn dort war die Gruppe »Folkländer« zu Hause, die diese Musik in der DDR initiierte, aktivierte und verbreitete. Daß diese jungen Leute später vor allem die Weiterentwicklung des Volksliedes vorantrieben und dieses Genre nutzten, um mit den Mitteln der alten Texte auf die aktuellen Zustände im Lande kritisch und teilweise aufmüßig hinzuweisen, konnten die Kulturfunktionäre zwar nicht verhindern, sie veranlaßten aber zielgerichtet, daß dieser aus der BRD ins Land hineingetragenen Folklorebewegung keine bedeutende zentrale Förderung zuteil wurde.

Jugendfolkloregruppen bekamen nicht oder kaum die Chance, als sogenannte kulturelle Botschafter wie etwa der Oktoberklub außerhalb der sozialistischen Grenzen aufzutreten. Aber durch die jungen und ungestümen Folkloristen wurde die deutsche Liedgutpflege hartnäckig betrieben, obwohl es relativ lange dauerte, diese Interpretationsart des deutschen und internationalen Volksliedes, die gleichzeitig auch eine Lebensweise der Darbietenden verkörperte, anzuerkennen. Die sich dabei artikulierenden sozial differenzierten Bedürfnisse dieser Vertreter der jungen Musikszene fanden aber in der DDR eine zu geringe Berücksichtigung. Vor allem war eine gewisse Furcht vor den plebejischen, proletarisch-revolutionären und demokratischen Volksliedtraditionen vorhanden, da diese Lieder sehr oft bis heute noch Aktualität beanspruchen. So flüchtete sich manche Musik-Folkloregruppe auch in die autonome Friedensbewegung, die bereits Ende der 70er Jahre unter dem Schutz der evangelischen Kirche an die Öffentlichkeit trat und sich für die FDJ als eine gefährliche, weil politisch relevante Konkurrenz erwies.

Trotzdem wurde das Festival des politischen Liedes – und damit auch die Singebewegung – nicht vernachlässigt. Allerdings änderte sich im Laufe der Jahre das Programmprofil des Festes der roten Lieder, indem Genrevielfalt hinzukam und Schwerpunkte sich verschoben. Es fanden nur noch die bekanntesten Singegruppen, allen voran stets der Oktoberklub, die das traditionelle Singebewegungslied am Leben erhalten sollten,

auf der Festivalbühne Platz. Dafür ergänzten nationale und internationale Liedermacher- und Rockprogramme das Konzertangebot, wobei die Künstler dieser Szenen aus der Bundesrepublik und Westberlin gern gesehene und stets bejubelte Gäste waren.

Festival des politischen Liedes Meinungen, Wertungen, Positionierung

Am 15. Februar 1970 begann auf der Basis der FDJ-Singebewegung unter dem Motto »Vorwärts die Zeit«, das auf die Traditionen der deutschen Arbeiterklasse aufmerksam machen und auf die Freundschaft der Veranstalter mit dem Arbeiter-sänger Ernst Busch hinweisen wollte, zum ersten Mal das Festival des politischen Liedes in Berlin statt. Die Presse deklarierte dieses erste Festival als Bilanz der vierjährigen Singebewegung. Die Veranstaltung fand im großen Saal der Kongreßhalle am Berliner Alexanderplatz statt. Die Zahl der Mitwirkenden war noch relativ gering verglichen mit den folgenden Jahren. Der Oktoberklub hatte die Gruppe »pasaremos« der TU Dresden, den Singeklub der Lessing-Oberschule Hoyerswerda und den Liedermacher Kurt Demmler eingeladen. Daneben traten einige befreundete ausländische Künstler des Oktoberklubs auf. Das Jugendstudio DT 64 des Berliner Rundfunks übertrug in der Woche vom 16. bis 22. Februar in der Hauptsendezeit die Veranstaltung täglich von Montag bis Freitag von 15.30 bis 17.30 Uhr. Radio DDR strahlte nach Beendigung des Festivals am 10. März ab 21.05 Uhr eine einstündige Sendung zu diesem ersten zentralen Liedfestival aus. Das Fernsehen der DDR informierte nur von der Eröffnungs- und der Abschlußveranstaltung.

Auf der Abschlußveranstaltung des 13. Festivals 1982 bezeichnete der griechische Komponist Mikis Theodorakis das Festival als eine »internationale Institution«. Er bedankte sich bei dem Veranstalter, dem Jugendverband der DDR,

»für die hervorragende Organisation und die vielen schönen Veranstaltungen dieses Festivals, besonders deshalb, weil Organisation und Inhalt des Festivals den Stempel der Liebe, der Freundschaft, der Kameradschaftlichkeit, der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität trägt. (...) Das politische Lied ist der Herzschlag der kommenden Gesellschaft.«²⁵

Der DDR-Liedermacher Stefan Körbel stellte seine Beziehung zum Festival so dar:

»Die Festivals waren mir immer Zäsuren eines Arbeitsjahres, so etwas wie ein selbsterkorenes Silvester. Die Fülle der Eindrücke und Kontakte, das un-

mittelbare Erleben der internationalen Dimension brachten mich immer zum Überdenken eigener Leistungen, Intentionen und Maßstäbe.«²⁶

Ernst Steinke vom RIAS Berlin berichtete ein Jahr später am 21. Februar 1983:

»Eigentlich ist es schade, daß das Festival des politischen Liedes im Westteil (des Landes) keinerlei Beachtung findet. Was alljährlich im Februar unter dem Namen Festival des politischen Liedes abläuft, ist ein kulturelles Ereignis hohen Ranges in dieser Stadt, wert, beobachtet zu werden, und sei es auch nur am DDR-Fernsehschirm. Und mehr noch! Wer wie ich Gelegenheit hatte, mehrere dieser Festivals zu besuchen und auch diesmal in die überfüllten Veranstaltungssäle gelangte und ähnliches aus dem Westen kennt, wird den Verdacht nicht los, daß es die Jugend in Ost und in West sich nicht so einfach macht mit dem Verständnis von Politik. Lieder, die begeistert aufgenommen und angenommen werden, drücken dann auch die Friedenssehnsucht der jungen Generation aus, sind Folklore im klassischen Sinne, beschreibend und anklagend zugleich.«²⁷

Die Rock-Gruppe »bots« aus den Niederlanden mit einem Repertoire aus vielen kritisch-aktuellen Texten fand in (Ost-)Berlin ein neues Podium für ihre Lieder und äußerte sich lobend über die Auftrittsmöglichkeiten.

»Wir sind froh, daß wir unsere Lieder hier aufführen können, daß wir von einem sozialistischen Land zum Festival eingeladen werden. Und wir haben auch gemerkt, daß unsere Lieder sehr gut aufgenommen werden, sie sind ja eingängig. Wir würden gern so alle zwei bis drei Jahre herkommen, um mal zu gucken, wie es hier geht, wie der kulturelle Stand ist, wie es den Leuten geht, die wir kennengelernt haben, wie sich die politische Situation entwickelt, denn davon erfahren wir wenig in Holland. Dort sind die Medien stärker auf die BRD orientiert.«²⁸

Eine ehemalige Festivalaktivistin, die anonym bleiben wollte, erklärte rückblickend im Jahre 1991, daß sie sich in dieser Szene wohlfühlt habe. »Das ganze Jahr über freuten wir uns darauf. Da war plötzlich die Welt da, und wir mittendrin.«²⁹ Die ebenso berechtigte Feststellung des britischen Liedermachers Leon Russell im Jahre 1986, daß dieses Künstlertreffen »ein Festival des politischen Liedes ohne politischen Inhalt« sei, da es »nichts Kontroverses, nichts Provozierendes« enthalte und das Eröffnungskonzert »selbstbeweihräuchernd und manipulativ«³⁰ wirkte, änderte nichts an der Tatsache, daß der Zulauf der Künstler aus dem In- und Ausland bis zum Jahr 1989 anhielt.

Schließlich bezeichnete die »Junge Welt«, das Presseorgan der Freien Deutschen Jugend, das Festival als eine »Leistungsschau der FDJ – Singebewegung«,³¹ die es bis zu einem gewissen Grade auch wirklich gewesen ist. 1989 schließlich, vielleicht noch nicht ahnend, daß es

das letzte Festival im herkömmlichen Sinne sein werde, versuchten die Festivalveranstalter einen neuen qualitativen Anfang zu finden, denn das Festival trug den Untertitel »Songs und Dialoge«. Es gab eine direkte Verbindung zwischen Programmen und Gesprächsrunden, wobei das konzertante Auftreten der Gruppen immer noch im Vordergrund stand. Trotzdem waren der politischen Breite Grenzen gesetzt, so daß auch diesmal Dissidenten aus realsozialistischen Ländern keine Auftrittschancen bekamen. Den DDR-Künstlern aber bot der FDJ-Zentralrat durch die Veranstaltung »Einstand«, in der Newcomer präsentiert werden konnten, eine neue Chance, die dankend wahrgenommen wurde. Liedermacher, die kritische Reflexionen zum Inhalt ihrer Titel machten, nutzten ebenfalls diese neue Auftrittsmöglichkeit. Während dieser Konzerte wurde allerdings deutlich, daß die eigentliche Singebewegung untergegangen war.

Ein resümierendes Bekenntnis der Liedermacherin Barbara Thalheim von 1992 beleuchtet die trotz mancher Widerwärtigkeiten existierende und sich entwickelnde Liedermacherszene und die sich daraus ergebende künstlerisch kreative Situation der politischen Liedersänger in der DDR:

»Ich bin eine Ostdeutsche und werde es bleiben. Sollte ich hundert Jahre alt werden, ich werde eine Ostdeutsche sein. (...) Wo waren die Gründe meines 40jährigen Dornröschenschlafes, der bei näherem Hinsehen vielleicht gar keiner gewesen war? In meinem ersten Leben produzierte ich acht Langspielplatten und lebte zwischen Duldung und Verbot in einer Diktatur, in der es sich leben ließ, in der getrunken, geliebt, gehaßt und gelacht wurde. Ihren Namen kann ich, will ich nicht vergessen. (...) Und meine kleine Diktatur, deren Namen ich nicht vergessen kann, ließ die Künstler in Fesseln tanzen, das erhöhte ihre Anziehungskraft ungemein. Heute sind an die Stelle dieser Fesseln andere getreten, nämlich materielle...«³²

Trotz der verständlichen Resignation widerspiegeln doch jene Aussagen, die den Zwang der ostdeutschen Künstler nach einer neuen Identitätssuche – gekoppelt mit dem Wunsch, sich dabei möglichst treu zu bleiben – gewissermaßen verallgemeinernd darstellen, ein wahrhaftiges und bezeichnendes Detail der künstlerischen Lebensart in der DDR.

Selbstverständlich hatte dieses im Laufe der Jahre gewachsene Interesse am Festival des politischen Liedes unter den Jugendlichen in der DDR ihren Grund in einem Differenzierungsprozeß bezogen auf die Vorlieben innerhalb populärer Musik. Daß die Bereitschaft und der Wille, sich neuen Musikspezies zuzuwenden, zunahm, verdeutlichte die ständig wachsende Zuschauerzahl, die zum Festival des politischen Liedes re-

gistriert werden konnte. Im Falle der Zuwendung des jugendlichen Publikums zum »Fest der Roten Lieder« ist festzustellen, daß hier die Musik als Kontakt- und Kommunikationsmittel zur Artikulation eigener Haltungen, zur Unterstützung individueller und persönlicher Besonderheiten und zur Stimulierung von Stimmungen und Gefühlen genutzt wurde.

Das vorhandene Angebot bewirkte, daß auch musikalische Außenseiterrichtungen das Interesse einer relativ großen Anzahl von Jugendlichen weckte, obwohl der eigentliche Gebrauch populärer Musik und deren Spezies durch die Medien gefördert und gelenkt wurde. Aber da sich das Interesse an Rock- und Popmusik in den 80er Jahren aufzuteilen begann und sich die Jugendlichen nun auch der experimentellen Rockmusik, dem Jazz, insbesondere dem Blues, dem Chanson und dem politischen Lied, der Folklore und der Countrymusik zuwandten, suchten sie neue Erlebnisbereiche, die sie durchaus auf dem Festival finden konnten – ohne dabei unbedingt kongruent mit der politischen Zielsetzung des Veranstalters FDJ zu sein. Die momentanen Bedürfnisse bildeten in der DDR, wie in anderen Ländern auch, die Grundlage der Auswahl der Musikinteressen unter den Jugendlichen im funktionalen Gebrauch. Diese Bedürfnisse bestimmten somit die Modi der Rezeption. Die Kulturfunktionäre in der DDR verstanden es mit Hilfe des Festivals des politischen Liedes recht gut, diese Tendenz im Gebrauch von funktionaler Musik zu nutzen, und auch das Treffen der Künstler aus aller Welt zum Festival der Roten Lieder war von politischen Zweckgedanken gekennzeichnet. Daß allerdings die einheimischen Musikangebote eine deutlich rückläufige Resonanz innerhalb des jugendlichen Publikums fanden, wurde seitens der Veranstalter zwar erkannt, aber nicht öffentlich diskutiert.

So verhalf das Festival des politischen Liedes bei der immer stärker werdenden Suche der jugendlichen Musikliebhaber nach individuellen, emotional erlebbaren Artikulationsmöglichkeiten zu einer größeren Vielfalt unterscheidbarer musikalischer Angebote, die sich weit über den nationalen Rahmen hinaus bewegten. Das Festival fungierte gewissermaßen als Surrogat für die nicht gewährte eigene internationale Erfahrung im musikalischen Erlebnisbereich. Und nur deshalb konnte es bis zum Zusammenbruch der DDR existieren.

Programmentwicklung und gesellschaftlicher Auftrag

4. Festival

Die Eröffnungsveranstaltung des 4. Festivals im Jahr des 25. Jahrestages der DDR vom 10. bis 16. Februar 1974 gestaltete sich aus gegebenem Anlaß medienrelevanter als die drei vorangegangenen. Der Berliner Rundfunk sendete am 11. Februar vormittags ein einstündiges Programm mit Ausschnitten vom Vortag. Die Sendung konzentrierte sich trotz des bevorstehenden Staatsjubiläums auf die Teilnehmer aus Chile, um auf diese Weise das solidarische Mitgefühl zu dokumentieren und damit den Militärputsch vom 11. September 1973 zu verurteilen. So wurden Titel mit chilenischen Interpreten wie der Gruppe »Quintetto Tiempo«, der Sängerin Isabell Parra und der Folkloreformation »Inti Illimani«, die das »Lied von der Volksmacht« und das hymnische »Venceremos« (Wir werden siegen) von Sergio Ortega sangen, in den Vordergrund gestellt. Auch in den Beiträgen der anderen Sender zeigte sich die solidarische Bezugnahme zur politischen Tragödie in Chile. So wurde am 12. Februar der Beitrag des Berliner Rundfunks³³ für die Sendung »Treffpunkt Alexanderplatz« mit einer Mischung aus Tanzmusik, kommerzieller internationaler Folklore, Musical-Melodien und Schlägern ergänzt durch authentische Folklore aus Chile mit der Gruppe »Apareva« und durch ein »Lied für Chile«, komponiert und gedichtet von den DDR-Liedermachern Künzel/Golm und vorgetragen vom Günter-Oppenheimer-Chor, der gewöhnlich Schlagermelodien sang. Außerdem erklang neben der chilenischen Gruppe »Inti Illimani«, die das in dieser Zeit fast täglich zu hörende »Venceremos« vortrug, die Stimme Ernst Buschs, der das »Solidaritätslied« von Hanns Eisler interpretierte. Mit dieser Programmgestaltung konnte die Redaktion dem vom Staatlichen Komitee für Rundfunk vorgegebenen Schwerpunkt »Solidarität mit Chile« gerecht werden. Ebenso baute das Jugendlradio DT 64, das in diesem Jahr auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte, in seine rock- und popmusikalisch geprägten Sendungen entsprechende Titel aus diesem Themenbereich ein.

Marianne Oppel, die als Rundfunkvertreterin gleichzeitig Mitglied der »Zentralen Beratergruppe für die Singebewegung beim Zentralrat der FDJ« war, hielt 1974 fest, das Jugendlradio habe mitgeholfen, die Idee des ersten Festivals des politischen Liedes zu realisieren, und es sei selbstverständlich, daß auch in Zukunft die FDJ-Singebewegung ihren Niederschlag in neuen Sendereihen finden werde.³⁴ Die Tatsache, daß

sich bereits 1974 immerhin vier Mitarbeiter bei DT 64 nur um die Singebewegung kümmerten, antizipiert die Bedeutsamkeit, mit der das politische Lied der Singebewegung auch in der nächsten Zukunft in diesem Sender behandelt worden ist.

12. Festival

Am 12. Festival vom 14. bis 21. Februar 1982 nahmen neben Hannes Wader (BRD), die Gruppen »bots« (Holland), »Los Canas« (Kuba) und Abdullah Ibrahim (Südafrika), die DDR-Interpreten Kurt Demmler und Gerhard Schöne als Liedermacher und die Gruppen »Unicum« (aus Leipzig als Vertreter der Karl-Marx-Universität), »Arbeiterfolk« (aus Zwickau als Vertreter der PH »Ernst Schneller«) und die »Folkländer« (Leipzig) teil. Der Oktoberklub als Gastgeber belegte wieder eine Spitzenposition. Über das vielseitige Programm berichteten umfassend die Sendungen von HALLO, die Notenbude der Stimme der DDR sowie DT 64 vom Berliner Rundfunk, dessen Sendezeit wegen starker Resonanz unter den jungen Leuten in der DDR bereits seit 1981 von 19.00 bis 23.00 Uhr ausgedehnt worden war.³⁵ Nach Ende des Festivals lief eine sogenannte Resümee-Sendung am 10. März mit »Liedern mit Grips« unter dem Titel »Wir sind überall«. Die Musikstücke waren begleitet von Gesprächen, die mit DDR-Aktiven des Festivals geführt worden waren, wobei die Interviewpartner sich erstaunlicherweise sogar öffentlich mit der Kritik am Oktoberklub, dem die »Neue Zeit« zurecht vordergründige Animation und musikalische Verflachung vorwarf, auseinandersetzten.³⁶ Eine zweite Nachlesesendung gab es schließlich noch 14 Tage später, in der nur der DDR-Beitrag aufbereitet worden war. Die Reihe »Lieder mit Grips«, seit September 1981 im Jugendradio DT 64 auf Sendung, ließ erkennen, daß das politische Lied mit der Vielfalt seiner Genres einen Platz gefunden hatte, wobei es für DDR-Gruppen oder Liedermacher in ihrer künstlerischen Artikulation allerdings keine Alternative zum sozialistischen Gesellschafts- und auch Alltagsbewußtsein geben durfte.

18. Festival

1988 feierte sich das Festival selbst, denn es wurde nach Insidermeinung volljährig. So legitierte sich die große Teilnehmerzahl von DDR-Singegruppen und Liedermachern, die das Selbstbewußtsein und Lebensgefühl der jungen DDR-Generation widerspiegeln sollten und auch irgendwie konnten. Die Hoffnung auf ein wirkliches, freies politisches Lied blühte nicht unberechtigt auf, denn 1988 dominierten unter den DDR-Künstlern kritische Töne, wenn-

gleich es immer noch Tabuthemen gab, denen sich nur die Privilegiertesten unter ihnen annahmen. Es traten beispielsweise Gerlinde Kempendorff, Arno Schmidt oder Wolfgang Protze mit Bearbeitungen von Liedern und Texten der sowjetischen Dichtersänger Wyssozki und Okudschawa mit einer zweisprachigen (deutsch/russisch) Interpretation auf. Sie gehörten zu den progressiven Künstlern, welche mit ihren Liedern die sozialistische Sorglosigkeit teilweise vertrieben und damit Bewegung in die erstarrten Liedthemen und -formen brachten.

Im Festivaljahr gab es ein innenpolitisches Ereignis, das einerseits möglicherweise bereits den Untergang der DDR einläutete und das andererseits manchen ausländischen Künstler bewog, sich diesmal nicht auf der Ostberliner politischen Liederbühne zu produzieren. Das Geschehen am Sonntag, den 17. Januar 1988 in Berlin, an dem Tag, als während der alljährlich stattfindenden Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ein von DDR-Regimegegnern mitgeführtes Plakat mit der Aufschrift »Freiheit für Andersdenkende« zu extremen Unruhen und zur offenen Konfrontation mit der Polizei führte (ein bislang unübliches Bild), hinterließ auch außerhalb der DDR Negativspuren. Obwohl in der Berichterstattung der DDR-Medien dieser Zwischenfall heruntergespielt wurde, erregte die Tatsache dieses offenen Protestes von einer kleinen Gruppe von Jugendlichen doch die Gemüter im ganzen Land. Eine gespannte Stimmung stellte sich ein. Einerseits werteten Vertreter des Staates an verschiedensten Stellen hinter verschlossenen Türen erregt diesen Vorfall aus, andererseits begann in der Bevölkerung, nicht nur bei den Jugendlichen, der Mut zur gewaltlosen Rebellion zu wachsen. Nun stellte sich die spannende Frage, wie wohl während der einen Monat später stattfindenden Veranstaltung in der Hauptstadt der DDR, dem Ort des Geschehens, dieses Ereignis verarbeitet werden würde.

Von den teilnehmenden 13 Singegruppen und Liedermachern aus der DDR äußerte sich direkt nur der Oktoberklub während der Eröffnungsveranstaltung im Palast der Republik am 14. und im Rahmen seines eigenen vollständigen Programms am 17. Februar in der Kongreßhalle mit dem Lied »Am Sonntag, dem 17. Januar« zu diesem Thema, während Wolfgang Protze als Solist während der Abschlußveranstaltung seine »Strophen für Rosa Luxemburg« vortrug. Ansonsten wollte oder durfte – das ist so genau nicht nachzuvollziehen – kein DDR-Künstler dieses alle Gemüter erregende Ereignis aufgreifen. Es war schon befremdlich, daß zwar aus aller Herren Länder, insbesondere aus den afrikanischen und den lateinamerikanischen, laut die

Protesttrommel geschlagen werden durfte, aber die Liedermacher im eigenen Land sich nur sehr einseitig politisch äußern konnten. Dieser erzwungene Konsens der Künstler mit der Partei- und Staatsführung der DDR führte dazu, daß das politische Lied im eigenen Land angreifbar geworden war.

Das Programm des Oktoberklubs wurde im Festival-Journal als eine mehrschichtige musikalische Konzeption, die »der Einheitlichkeit im aktiven Zugriff auf die Fragen unserer Zeit entspricht«,³⁷ dargestellt. Und genau diese Einheitlichkeit muß als Zwangsvorgabe für alle anderen DDR-Festivalteilnehmer angesehen werden. In dieser bewegten Zeit, in der bereits viele DDR-Bürger Ausreiseanträge stellten und das Land verließen, war eine solche Einengung ein erneutes Mißtrauensvotum gegen die eigene Bevölkerung, von der ein großer Teil gewillt war, das eigene Land nicht untergehen zu lassen, sondern an dessen Erneuerung mitzuarbeiten.³⁸

Nach ihrem Beitrag zum 17. Januar stimmte der Oktoberklub ohne Übergang das italienische Partisanenlied »Bella ciao« an, als ob für das Publikum noch eine Weile Zeit zum Nachdenken bleiben sollte, bevor es dem Gehörten Beifall spenden konnte. Während des gesamten rezitativen Liedvortrages herrschte eine knisternde und irgendwie zu spürende zwiespältige Stimmung unter den Zuhörern, die an dem Schlußbeifall ablesbar war, der Zurückhaltung im Vergleich zu den vorherigen Darbietungen verriet. Mit dieser politischen Belehrung zeigte der Oktoberklub eine deutliche Distanz gegenüber den Demonstranten, die dieses alljährliche Zeremoniell am dritten Sonntag im Januar des Jahres 1988 gestört hatten. Andererseits versuchte er auch zu belegen, daß Jugendliche, die sich von der Masse abheben wollten, durchaus Toleranz erwarten durften. Daß die kritischen Geister jedoch, die unbequemen Zeitgenossen, wie überall in der Welt als Krawallmacher und Unruhestifter gezeichnet wurden und auch die DDR hier keine Ausnahme darstellte, ließen die Textschreiber des neuen Liedes unberücksichtigt.

20. Festival

Trotz der Erkenntnis, daß nach dem Herbst 1989, der den rasanten Zusammenbruch der DDR einleitete, dieses Treffen der roten Sänger seinen ursprünglichen Sinn verloren hatte, startete der Veranstalter, der nun nur noch »Festivalbüro« hieß, einen letzten Versuch, dieses internationale Künstlerforum zu erhalten. Alle Bemühungen und auch die Befreiung von ideologischer Bevormundung brachte dem 20. Festival keinen so starken Publikumszulauf mehr wie in den Jahren zuvor. Die kulturelle Infrastruktur be-

gann zu bröckeln, und die Umschichtung in den Publikumsbedürfnissen wurde vor allem für die Liedermacher, die letzten Vertreter eines politischen Liedes in der noch existierenden DDR, schmerzhaft spürbar. Aber immerhin gastierten in 40 Konzerten 35 Sänger und Gruppen aus 20 Ländern in Ostberlin.³⁹

Konstantin Wecker (BRD), der sich bislang von den Kulturfunktionären des DDR-Staates »nicht vereinnahmen lassen« wollte, folgte diesmal der Einladung des Festivalbüros. Mercedes Sosa aus Argentinien betrat wie selbstverständlich die ihr möglicherweise schon zur Heimat gewordene Festivalbühne und wurde auch in jenem schwierigen Jahr bejubelt. Michelle Shocked aus den USA, die bereits während des 19. Treffens große Erfolge gefeiert hatte, gehörte neben Ute Lemper (BRD), die mit einem Kurt-Weill-Abend im Berliner Ensemble auftrat, wieder zu den Stargästen. Mit einem Titel erfaßte bezeichnenderweise gerade dieses eigentlich politikunerfahrene »Punk-Mädchen aus den USA mit Folk- und Country (und Rock) im Hals«,⁴⁰ die im Vorjahr zum ersten Mal in Ostdeutschland aufgetreten war, die Situation der Ostdeutschen. In dem Lied »On The Greener Side«, das sie in der Eröffnungsveranstaltung, die diesmal nicht vom Oktoberklub eingeleitet wurde, sang, heißt es übersetzt etwa so, daß das Gras in Nachbars Garten immer grüner zu sein scheint. Sie widmete »dieses Lied den Leuten, deren Menschenbild durch die Umwälzung in diesem Land zerstört wurde.«⁴¹ Gewissermaßen prophetisch endete ihr Song mit dem Hinweis, daß es die Zeit zeigen wird, wessen Gras wirklich grüner ist. Eine Metapher, die zutreffender hätte nicht sein können! Mit der USA-Truppe »The Klezmatics«, die professionell vorwiegend instrumentale jiddische Klezmer-Musik darbot, präsentierte das Festivalbüro als Veranstalter auch einen wichtigen traditionellen Programmpunkt. Abgesehen vom Berliner Oktoberklub, der nur drei Lieder während des Eröffnungsprogramms – und zaghafter als sonst – vortrug und dabei auf Akklamation heischende Titel wie »Kommunismus in Bernau« oder »Hey (lee le) la li lo« verzichtete und dessen Gesamtprogramm von Endzeitstimmung geprägt war (»Den letzten fressen die Hunde, und uns fressen sie auch!«), trat beim letzten Festival keine Singegruppe auf.

Es war erklärtes Ziel, diese nunmehr als nachteilig empfundene FDJ-Tradition, aus der aber das Festival vor 20 Jahren geschaffen worden war, ganz schnell abzustreifen. Nur Liedermacher gaben sich ein Stelldichein, stritten aber um so heftiger miteinander. Bezeichnenderweise lehnten es einige DDR-Liedermacher ab, aufzutreten – aus welchen Gründen auch immer. Da-

zu gehörten Gerhard Schöne, das Duo Hans-Eckardt Wenzel/Steffen Mensching, Matthias Görndt und damit das Liedtheater »Circus lila«. Auch Barbara Thalheim lehnte ab, im so genannten »Frauentagsprogramm« mitzuwirken. Dem DDR-Kanadier Perry Friedman, ohne den keines der bisherigen Festivals stattgefunden hatte, wurde gar – ebenso wie Kurt Demmler – aus »demokratischen Erwägungen«⁴² heraus der Auftritt verwehrt. Wieder geschah gezielte Ausgrenzung; diesmal praktiziert von den neuen (oder doch alten?) Veranstaltern, so daß der Eindruck entstehen mußte, daß Fehler der Vergangenheit bewußt wiederholt wurden. Die Sanktions- und Verbotspolitik des Zentralrates der FDJ gegenüber Künstlern wurde nachgeahmt. Ein offener Brief an die Leitung des Festivals bewirkte nicht, daß die Forderung, Veranstaltungen mit DDR-Teilnehmern von der Peripherie des Festivals in den Mittelpunkt zu rücken, verwirklicht wurde. Damit hätte eine künstlerisch-politische Vergangenheitsbewältigung ihren Anfang finden können. Auch ehemalige DDR-Künstler, die eingeladen worden waren – wie Manfred Krug, Bettina Wegner, Wolf Biermann – verweigerten die Teilnahme, wobei dieser Wiedergutmachungsversuch seitens der Leitung des Festivalbüros sicher auch positiv zu bewerten ist.

Der Rundfunksender DT 64 bereitete sich diesmal anders als bisher auf das bevorstehende Ereignis vor. Am 21. Januar fragte ab 21.00 Uhr eine Sendung »Rote Lieder ade?« und stellte in Wort und Musik Nachbetrachtungen auf dieses bis vor kurzem noch spektakuläre DDR-Kulturereignis an. Die Bedeutung des Festivals hatte jedoch in allen Medien an Stellenwert verloren. So war der Artikel »Vom Regen in die Jauche«,⁴³ der das letzte Liederfestival in Ostberlin beurteilte, durchaus treffend. Es machte den Eindruck, daß im Februar 1990 die DDR-Künstler und das Publikum irgendwie die Lust am Experimentieren verloren hatten und ihre Träume, die sonst in vielen Liedern versteckt waren, keine Worte mehr fanden. Da die Revolution ohne Revolutionäre stattgefunden hatte, gab es auch keine neuen revolutionären Lieder. Das Shakespeare-Motto »To be or not be, that is the question« saß zu vielen Musenfreunden lähmend im Nacken. Für das Ende dieses Festivals, das in seiner Gesamtheit zahlreiche erhaltenswürdige Momente aufwies, spricht ein bezeichnender Satz der Liedermacherin Bettina Wegner, die 1983 wegen ihrer politisch unbequemen Texte vom DDR-Kulturministerium aufgefordert worden war, das Land zu verlassen und nun, wie bereits erwähnt, im Jahr 1990 es ablehnte, auf dem Festival aufzutreten:

»Wer sich nicht mit Problemen der Vergangenheit in aller Offenheit und Öffentlichkeit [und damit meint sie eine öffentliche Entschuldigung für ihre Ausweisung] auseinandersetzt, der kann sie nicht bewältigen und stellt damit einen glaubhaften Neubeginn in Frage.«⁴⁴

Der Wunsch mancher Musikfreunde, daß das Festival des politischen Liedes in Berlin Protagonist einer demokratischen Weltkultur bleiben solle, bei dem Frieden und Solidarität, Ökologie und Menschenrechte im Mittelpunkt stehen könnten, ging nicht in Erfüllung.

Anmerkungen

- * Auszüge aus der Dissertation der Verfasserin: Funktionale Musik in einer nichtpluralistischen Gesellschaft. Die Rolle des politischen Liedes in der DDR – dokumentiert an der Entwicklung der FDJ-Singebewegung und an dem insbesondere vom Rundfunk geförderten Festival des politischen Liedes in Berlin. Diss. Berlin 1998.
- 1 Musik um uns, 11.-13. Schuljahr. Stuttgart 21983.
- 2 Heines Werke in fünf Bänden. Bd. 1: Gedichte. Berlin/Weimar 1968, S. 174.
- 3 Inge Lammel: Das Arbeiterlied. Leipzig 1970, S. 27.
- 4 Ebd., S.64
- 5 Hanns Eisler: Materialien zu einer Dialektik der Musik. Leipzig 1976, S. 101.
- 6 Hanns Eisler: Reden und Aufsätze. Leipzig 1961, S. 55.
- 7 Heinz Hentschke, zitiert in: Lieder aus den faschistischen Konzentrationslagern. Leipzig 1962, S. 33f.
- 8 Eckhart Gillen: Weiterleben mit der Vergangenheit. In: Berliner Festspiele GmbH (Hrsg.): Festwochen Journal '97, S. 28.
- 9 Ebd., S. 371.
- 10 Ebd., S. 387
- 11 Vgl. Heinrich Wieberneit (Hrsg.): Lieder auf unserem Wege. Berlin 1988, S. 97.
- 12 Eisler (wie Anm. 6), S. 46.
- 13 Hanns Eisler / Johannes R. Becher: Neue Deutsche Volkslieder. Leipzig 1950.
- 14 Hanns Eisler: Das neue Volkslied (Gespräch mit Hanns Eisler 1950). In: Materialien zu einer Dialektik der Musik. Leipzig 1976, S. 191.
- 15 Friedrich Dieckmann. In: Festwochen Journal '97, S. 10.

- 16 Festivalzeitschrift Nr. 40, 17.2.1986, S. 3.
- 17 Carl Dahlhaus: Soziale Gehalte und Funktion von Musik. Funk-Kolleg 2. Frankfurt am Main 1981, S. 197.
- 18 Ebd., S. 194f.
- 19 Ebd., S. 201.
- 20 Ebd.
- 21 Vgl. Datenträgerkartei und Handkartei des Rundfunks der DDR. Deutsches Rundfunkarchiv Berlin: Schallarchiv.
- 22 DDR-Konkret. Lieder der Singebewegung. Berlin 1976, S. 76f.
- 23 Beiträge zur Geschichte des Rundfunks Jg. 23 (1989), H. 1, S. 67.
- 24 Vgl. Eisler (wie Anm. 5), S. 102.
- 25 Mikis Theodorakis: Rede auf der Abschlußveranstaltung des 13. Festivals des politischen Liedes am 20.2.1983. Zitiert in: Sonntag 1983, Nr. 9, S. 4.
- 26 Ebd.
- 27 Sonntag 1983, Nr. 17.
- 28 Junge Welt, 19.2.1982.
- 29 taz, 11.5.1991. Zitiert in: Kirchenwitz (wie Anm. 25), S. 71.
- 30 Leon Russelson: The East Berlin Song Festival. In: Political Song News 1986, Nr. 2.
- 31 Junge Welt, 17.2.1976.
- 32 Barbara Thalheim: Rede auf einer Kundgebung des Komitees für Gerechtigkeit am 3.10.1992 in Schwerin. Auszugsweise abgedruckt unter dem Titel »Blickwinkel für die Wirklichkeit« im Journal »47. Berliner Festwochen 97«, S. 24.
- 33 Sendelaufpläne im DRA Berlin, Historisches Archiv.
- 34 Vgl. Marianne Oppel: Verdienste um die FDJ-Singebewegung. In: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks Jg. 8 (1974), H. 1, S. 26.
- 35 Vgl. Chronik des Rundfunks der DDR 1982. In: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks Jg. 17 (1983), H. 2, S. 44f.
- 36 Vgl. Sendemanuskript »Songs international-Lieder mit Grips« vom 10.3.1982 der Redaktion KJTM / Berliner Rundfunk, erweitertes Jugendprogramm. Deutsches Rundfunkarchiv Berlin: Historisches Archiv.
- 37 FDJ-Zentralrat (Hrsg.): Journal – 18. Festival des politischen Liedes, S. 31.
- 38 Deutsches Rundfunkarchiv Berlin: Schallarchiv, Tonträger Bd.-Nr. 1960257
- 39 Vgl. Wochenpost, 2.3.1990.
- 40 Vgl. Berliner Zeitung, 15.2.1990.
- 41 Vgl. ebd.
- 42 Vgl. 1. Festivalzeitung des 20. Festivals des politischen Liedes, S. 3.
- 43 Frankfurter Rundschau, 24.2.1990.
- 44 Brief von Bettina Wegner an das Festivalbüro 1990, abgedruckt in der Festivalzeitung (wie Anm. 42).

Ein Projekt im Anschluß an den Elysée-Vertrag

Die deutsch-französische Hörfunkkommission (1963 - 1969)*

Deutsche und Franzosen schauen auf viele Jahrhunderte gemeinsamer Beziehungen zurück. Erst seit Ende des Zweiten Weltkrieges sind diese Beziehungen wirklich friedlich, seit Abschluß des Elysée-Vertrages am 22. Januar 1963 freundschaftlich. Mit dem Elysée-Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit bekundeten die Regierungen beider Länder ihren Willen, die Bevölkerung beider Staaten einander näherzubringen und dafür auch die Massenmedien Hörfunk und Fernsehen zu nutzen. Nachfolgend soll gezeigt werden, wie im Rundfunkbereich durch eine eigens geschaffene Kommission für den Hörfunk dieser politische Beschluß umgesetzt wurde.¹ Hierfür wird die Gründung und Entwicklung der Kommission im allgemeinen und ihre konkrete Arbeit an einzelnen Projekten betrachtet.

Rahmenbedingungen

1969 stellt eine Zäsur und den Endpunkt dieser Untersuchung dar. In diesem Jahr wechselten die 1965 offiziell begonnenen Partnerschaften zwischen den Sendeanstalten der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschlands (ARD) und den Regionalstudios des Office de Radiodiffusion-Télévision Française (ORTF). Außerdem schied der französische Kommissionsvorsitzende André Marie Gerard aus seinen Ämtern aus. In beiden Ländern kam es um 1968/1969 zu gesellschaftlichen Unruhen und Wechseln an der Regierungsspitze.

Dieser Untersuchung liegen im wesentlichen drei Quellengruppen zugrunde. Die wichtigste von ihnen umfaßt die Niederschriften der Kommissionssitzungen. Es handelt sich hierbei um Ergebnis-, nicht um Wortprotokolle. Man kann dadurch die Entwicklung der Entscheidungsprozesse aus den vorangegangenen Sitzungen innerhalb der Kommission zwar nicht genau verfolgen, jedoch die jeweiligen Vorgaben und ihre Durchführung nachvollziehen. Ihre »Halböffentlichkeit« – sie wurden innerhalb der Sendeanstalten weiterverteilt und sollten ein bestimmtes Bild der Kommission zeichnen – trug bedingt dazu bei, daß der tatsächliche Verlauf der Sitzungen verkürzt und eventuelle Disharmonien geglättet wurden. Die Korrespondenz der Beteiligten und der Sendeanstalten untereinander ist

die zweite wichtige Quellengattung, auf die in dieser Untersuchung zurückgegriffen wird. Sie ist nur noch zum Teil erhalten. Grundsätzlich äußern sich die Beteiligten hier deutlich klarer über die auftretenden Probleme.

Die dritte Quellengattung sind Gespräche mit Zeitzeugen. Franz Mai, Klaus Altmayer (beide Saarländischer Rundfunk, SR), Wolfgang Jäger (Norddeutscher Rundfunk, NDR), Christa Schulze-Rohr (NDR) und Ernst Weisenfeld (Westdeutscher Rundfunk, WDR) standen der Verfasserin für Gespräche zur Verfügung, von anderen Beteiligten lagen schriftliche Auskünfte vor. Diese Zeitzeugenaussagen sollten keine schriftlichen Quellen ersetzen, diese aber ergänzen und die Atmosphäre, in der die Sitzungen stattfanden, schildern und greifbarer machen. Einige wenige Sendungen, die im Rahmen der deutsch-französischen Hörfunkkommission entstanden sind, konnten angehört werden und fließen in die Beurteilung der Kommissionsarbeit ein.

Zum Kern der Untersuchung ist wenig Forschungsliteratur vorhanden. Zu den deutsch-französischen Beziehungen im allgemeinen gibt es im wahrsten Sinne des Wortes ganze Bibliotheken – nicht zuletzt das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg bot einen reichen Fundus.² Der Stand der Rundfunkgeschichtsforschung der beiden Länder ist unterschiedlich, auf manchen Feldern eher bescheiden und hat in der etablierten Geschichtswissenschaft einen schwierigen Stand.³ Dementsprechend mager ist der Umfang zur Verfügung stehender Sekundärliteratur.

Der historische Hintergrund

Im Zusammenhang mit der Kommissionsarbeit ist die Tatsache von Belang, daß sich der bundesdeutsche Hörfunk in betonter Staatsferne entwickelte und öffentlich-rechtlich organisiert wurde. Versuche des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, über ein Bundesrundfunkgesetz den föderalen Einfluß der Länder, die sich zum Teil im politischen Gegensatz zur Bundesregierung befanden, zurückzudrängen, scheiterten 1953, 1955, 1959 und endgültig 1961 im sogenannten »Fernsehstreit« vor dem Bundesverfassungsgericht. Von seiten der französischen Politiker wurde der Rundfunk jedoch immer als »Regierung im Wohnzimmer«⁴ (miß-)

verstanden, was nicht zuletzt durch die Gründung eines »Service de Liaison Interministériel d'Information« (SLII) im Juli 1963 zum Ausdruck kam, der quasi aus dem Elysée-Palast heraus die Nachrichtensendungen dekretierte. Dieser »Service« wurde erst mit den Unruhen und Streiks 1968 abgeschafft und sorgte auch innerhalb der Kommission für erheblichen Wirbel. Bei nicht wenigen deutschen Rundfunkmitarbeitern stieß dieser französische Regierungsrundfunk auf Ablehnung.

Im Rahmen des am 22. Januar 1963 unterschriebenen Elysée-Vertrages fällt die Zusammenarbeit im Informationswesen interessanterweise unter die »auswärtigen Angelegenheiten«. Im Schatten aller politischen Krisen, die das Verhältnis der beiden Staaten nach dem Rücktritt Adenauers in den 60er Jahren erschütterten (als Stichworte seien hier die NATO und die EWG genannt), ist doch eine wachsende Zusammenarbeit auf allen Ebenen festzustellen. Die Regierungen erfüllten konstant die im Elysée-Vertrag festgehaltenen Gesprächsverpflichtungen, auch wenn man nicht immer zu einer »gemeinsamen Haltung« kam oder sich häufig im Vorfeld einer außenpolitischen Entscheidung nicht konsultierte. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß das Klima in den deutsch-französischen Beziehungen auf politischer Ebene zwar in der Kommission häufig thematisiert wurde, aber keine direkten Auswirkungen auf die Arbeit der Kommission hatte. Die einzige wirklich supranationale Organisation, die aus dem Elysée-Vertrag hervorging, ist das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW). Mit dieser neugeschaffenen Institution arbeitete die Hörfunkkommission in der Folgezeit sehr eng zusammen.

Konstituierung der Kommission

Auf der Basis der bislang zugänglichen Quellen läßt sich nicht mehr belegen, wie der Passus über die Zusammenarbeit auf dem Informationssektor in den Elysée-Vertrag kam. Auch die Ereignisse und Vereinbarungen in der Zeit vom Abschluß des Elysée-Vertrages bis zur ersten gemeinsamen Tagung von Vertretern des deutschen Bundespresseamtes (BPA), des französischen Informationsministeriums, Vertretern von ARD und ZDF sowie des ORTF können derzeit nicht mit abschließender Sicherheit im einzelnen rekonstruiert werden. Nach Informationen der französischen Tageszeitung »Le Monde« schien die Anregung von deutscher Seite ausgegangen zu sein.⁵ Mit »Zusammenarbeit im Informationssektor« waren auch die mit der Informationsarbeit in den beiden Ländern betrauten Behörden

und der Geheimdienst gemeint.⁶ Für die Zusammenarbeit der beiden Rundfunksysteme ist der unterschiedliche Grad der Abhängigkeit des Rundfunks von diesen Behörden wichtig. Das deutsche BPA ist dem deutschen Rundfunk gegenüber nicht weisungsbefugt und konnte infolgedessen nur einen wohlmeinenden Anstoß zur Zusammenarbeit geben. Das französische Informationsministerium hatte hingegen direkten Zugriff. Beide Behörden schickten zur ersten, konstituierenden Sitzung eigene Vertreter – nicht mehr lange, wie sich bald zeigte.

Noch vor der Ratifikation des Elysée-Vertrages durch den Deutschen Bundestag traf sich die deutsch-französische Hörfunkkommission das erste Mal am 26. und 27. April 1963 in Köln, da der WDR zum damaligen Zeitpunkt geschäftsführende Anstalt der ARD war. Zur Vorbereitung auf das Zusammentreffen hatte WDR-Intendant Klaus von Bismarck eine Informationsschrift erstellen lassen, die über das französische Rundfunksystem informierte. Der Referatsleiter des BPA, Karl-Günther von Hase, leitete die erste Sitzung von Seiten der Regierung. Hier begannen bereits die Auseinandersetzungen über die Frage, ob überhaupt ein Regierungsvertreter der deutschen und der französischen Seite an den Kommissionssitzungen teilnehmen dürfe. Bis September 1963 zog sich diese Frage durch Korrespondenzen und Gespräche, schließlich mußte sich die Bundesregierung zurückziehen.

Den Vorsitz der deutschen Delegation der Hörfunkkommission übernahm der Intendant des SR, Dr. Franz Mai. Gegen Mai als Vorsitzenden der Kommission hatte das BPA bestimmt keine Einwände: Als ehemaliger persönlicher Referent Konrad Adenauers und ehemaliger Referatsleiter der Film- und Rundfunkabteilung sowie Leiter der Zentralabteilung im BPA konnte man bei ihm Kenntnis und Verständnis für die Regierungsseite voraussetzen. Die französische Delegation wurde ab 1964 von André Marie Gérard geleitet. Gérard war auch politisch ein enger Gefolgsmann de Gaulles und hatte für die Betreuung der deutsch-französischen Beziehungen den eigens geschaffenen Posten eines »Inspecteur général«, einer Schnittstelle zwischen Rundfunk und Regierung, eingenommen. Vorher hatte er sich als Chef der Nachrichtensendungen Feinde geschaffen.⁷

In der Konstituierungsphase kristallisierte sich heraus, daß die deutschen Rundfunkvertreter durchaus dazu bereit waren, mit den französischen Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten, aber ohne Regierungsvertreter. An dieser Verdrängung sogar eines »stummen Beobachters« der Bundesregierung, für den sich von Bismarck noch ausgesprochen hatte, trägt

Mai erheblichen Anteil. Die ARD-Intendanten entschieden sich schließlich gemeinsam gegen die Teilnahme von Regierungsvertretern. Die Sitzungsprotokolle sollten jedoch dem BPA und dem jeweiligen »Bevollmächtigten der Bundesregierung für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit« überlassen werden.

Jede Landesrundfunkanstalt bestimmte eine Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter als Ansprechpartner für die Franzosen, nicht jede nahm mit einem Delegationsmitglied an den Sitzungen teil. Die Mitglieder der Kommission wurden vom jeweiligen Intendanten mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben betraut. Auf deutscher Seite fällt die große personelle Kontinuität unter den Kommissionsmitgliedern auf. Oft handelt es sich bei diesen Delegierten um studierte Geisteswissenschaftler, die mit oder in Frankreich Erfahrungen gesammelt hatten oder sogar verwandtschaftlich mit dem Nachbarland verbunden waren. Sie waren meist auf einer relativ hohen Hierarchieebene der Rundfunkanstalten angesiedelt, z. B. als Programmdirektoren oder Sendeleiter. Innerhalb der französischen Kommission war eine relativ starke Personalfuktuation zu verzeichnen. Die befragten deutschen Kommissionsmitglieder betonten ihr gutes Verhältnis zum französischen Delegationsvorsitzenden Gérard.

Praktische Arbeit

Die Finanzierung der Kommission wurde in den Protokollen kaum angesprochen und dürfte wohl in dem allgemeinen Sendebetrieb und für vergleichbare Zwecke vorgesehenen Etatposten enthalten gewesen sein. Finanzielle Forderungen für den Austausch von Musikstücken wurden nicht erhoben: Er wurde nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit abgewickelt. Die Honorierung der Künstler, die an Produktionen z. B. im Musikbereich beteiligt waren, stellte einen Kostenfaktor dar und wurde damit zum Problem für die Kommission. Schließlich tauschte man nur noch Listen aus, die Werke enthielten, die für eine einmalige Ausstrahlung im anderen Land kostenfrei waren.

Die Protokolle der Kommissionssitzungen bekamen sehr bald eine für sie charakteristische Form. Nach der Teilnehmerliste folgte die Tagesordnung, die bis zur fünften Sitzung noch mit »behandelte Themen« überschrieben war, was auf eine nicht im voraus festgelegte Tagesordnung schließen läßt. In dieser Phase (November 1965) erhielten die Zusammenkünfte der Kommission also einen etwas festeren Rahmen. An der Reihenfolge, in der die Themen abgehandelt

wurden, läßt sich auch die Wichtigkeit ablesen, die ihnen durch das Gremium beigemessen wurde. Die Behandlung der Jugendfunkthemen gelangte rasch an die erste Stelle der Tagesordnung, gefolgt von »Koproduktionen«, die diesen zweiten Platz ab 1967 dem Tagesordnungspunkt »Partnerschaften« überlassen mußten. Je nach Nähe zu einem bestimmten historischen oder politischen Ereignis, das im Hörfunk gesondert behandelt werden sollte – wie »Fünf Jahre Elysée-Vertrag« oder der Wegfall der Zollgrenzen innerhalb der EG – wurden gesonderte Tagesordnungspunkte geschaffen und vorrangig behandelt. Der Umfang der Protokolle pendelte sich bei 15 Seiten ein. Die Sitzungen fanden immer in den Monaten Mai/Juni und November/Dezember statt.⁸

Ein nicht zu vernachlässigender Teil der Kommissionsarbeit ist nur sehr bruchstückhaft aus den schriftlichen Quellen zu erheben: das Begleitprogramm. Über Besichtigungstouren beispielsweise sollte dem Partner ebenfalls ein Teil der Kultur des anderen Landes nahegebracht werden, sie gaben zum Teil Anregung für Hörfunksendungen. Die persönlichen Beziehungen zwischen den deutschen und den französischen Kommissionsmitgliedern waren für das Gelingen der Kommissionsarbeit von großer Bedeutung und konnten in zwangloser Atmosphäre der nicht-protokollierten Sitzungsteile vertieft werden.

Die Sitzungsorte verteilten sich gleichmäßig auf Deutschland und Frankreich. In Frankreich tagte die Kommission nur in Paris, in Deutschland waren die Sitze der Landesrundfunkanstalten Tagungsort. Dadurch lernten die französischen Delegationsmitglieder verschiedenste deutscher Gegenden kennen und im Rahmen des Begleitprogramms auch deren kulinarische Spezialitäten genießen. Manches Mal waren die hier empfangenen Anregungen auch Anknüpfungspunkt für eine Hörfunksendung.

Projekte

Bei den Projekten der Kommission ist zu unterscheiden zwischen technisch-administrativer Kooperation, inhaltlicher Zusammenarbeit und Austausch im Programmbereich. So gab es bereits gemeinsame Projekte, die schon vor der Kommissionsgründung zustande gekommen waren. Dazu gehörten zum Beispiel der Austausch von Musiksendungen oder Sprachkursen sowie die technische Hilfeleistung durch Aufnahmeteams im jeweils anderen Land. Beim Austausch von Musiksendungen ist interessant, daß deutsche Musik für Franzosen immer das »gute Deutschland« versinnbildlicht hat und deutsche

Orchester und Chöre rasch nach dem Zweiten Weltkrieg wieder nach Frankreich eingeladen wurden.⁹

Die deutschen Rundfunkanstalten beteiligten sich in unterschiedlichem Maße an der Programmkooperation. SR und SWF nahmen Spitzenplätze im Hinblick auf gemeinsam realisierte Sendungen ein. Rein quantitativ gesehen machten die Sendungen, die durch die Kommission initiiert wurden, jedoch nur einen relativ geringen Anteil der Produktion einer Landesrundfunkanstalt aus.

Senderpartnerschaften

Ein besonders wichtiges Projekt der Kommission waren die Senderpartnerschaften zwischen den Landesrundfunkanstalten der ARD und den Regionalstudios des ORTF. Hierfür ging die Initiative auf die französische Seite zurück, und zwar bereits auf der ersten Kommissionssitzung. Die »einzelnen Landschaften Deutschlands und Frankreichs [sollten] in engere Kontakte zueinander treten«, damit sich auf französischer Seite nicht mehr alles auf Paris konzentrierte. Auf bestehende Städtepartnerschaften wurde dabei in der ersten Partnerschaftsrunde (die laut Protokoll ein oder zwei Jahre dauern sollte) nicht explizit Rücksicht genommen. Auch bereits bestehende Partnerschaften zwischen Sendern – wie zwischen dem SR und dem Regionalstudio Strasbourg – sollten durch die neu institutionalisierten Partnerschaften gleichfalls nicht gestört oder verdrängt werden. Die ersten Senderpartnerschaften traten am 1. Januar 1965 in Kraft. Der Bayerische Rundfunk (BR) kooperierte mit dem Regionalstudio Lille, der Hessische Rundfunk (HR) mit Marseille, der NDR mit Rennes, Radio Bremen (RB) mit Toulouse, der Süddeutsche Rundfunk (SDR) mit Nancy, der Sender Freies Berlin (SFB) mit Strasbourg, der SR mit Lyon, der SWF mit Limoges und der WDR mit Bordeaux. Der Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS), der Deutschlandfunk (DLF) und die Deutsche Welle (DW) waren wegen ihres jeweiligen Sonderstatus von dieser Art der Kooperation ausgenommen.

Die Partnerschaften entwickelten sich im Zeitraum von 1965 bis 1969 sehr unterschiedlich. Zwischen den meisten Stationen kam es in den ersten eineinhalb Jahren zu freundschaftlichen Besuchen hochrangiger Mitarbeiter, außerdem tauschten alle Partnerstationen Musikbänder aus. Bei zwei Partnerschaften hatten die Sender sogar Ausstellungen über das jeweils andere Land in ihrem Funkhaus organisiert oder im Programm »Französische Wochen« ausgerichtet. Am rührigsten waren in dieser Beziehung der SR und der SWF – die beiden Sender der

ehemaligen französischen Besatzungszone. Der SR und das Regionalstudio Lyon produzierten im Zeitraum von Juni 1965 bis April 1968 im jeweils zweimonatigen Abstand gemeinsame Konferenzsendungen, »Duplex« genannt, die unter dem Obertitel »Von der Saar zur Saône« ausgestrahlt wurden und stark didaktischen Charakter hatten.¹⁰

1969 kam es zu einem ersten Wechsel der Partnerschaften, von dem nur die zwischen dem SWF und dem Regionalstudio Limoges ausgenommen blieb.

Ein grundsätzliches Problem der Partnerschaften war die völlig unterschiedliche Größe der Anstalten in Frankreich im Vergleich zu Deutschland: Die selbständigen deutschen Landesrundfunkanstalten trafen auf die als nur Außenstellen der Pariser Zentrale existierenden Regionalstudios des ORTF.¹¹ Dennoch maßen die befragten Kommissionsmitglieder den Partnerschaften eine besonders wichtige Rolle zu.

Fachwörterbuch für Hörfunk und Fernsehen

Das »Fachwörterbuch für Hörfunk und Fernsehen. Deutsch-Französisch – Französisch-Deutsch« ist ein weiteres gelungenes Projekt der Kommission. In jahrelanger Kleinarbeit bemühte sich eine extra dafür gebildete »Lexikon-Kommission«, die auf deutscher Seite relativ konstant, auf französischer Seite wechselnd besetzt war, diesem bereits auf der ersten Kommissionssitzung festgestellten Desiderat nachzukommen. Erst 1965 fand die erste Sitzung dieses Ausschusses statt, der auf deutscher Seite von Christa Schulze-Rohr präsidiert wurde. Eigentlich war ein Sitzungsrythmus von sechs Wochen veranschlagt worden, der jedoch nicht eingehalten werden konnte. Jargonausdrücke sollten ebenso aufgenommen werden wie Funktionsbezeichnungen mit Erläuterungen versehen werden. Genau dort lagen die Schwierigkeiten, die die Arbeit der Lexikon-Kommission so langwierig machten: Die Funktionsbezeichnungen schienen aufgrund der verschiedenen Strukturen der Rundfunksysteme so gut wie unübersetzbar.

Trotz dieser Probleme wurde das Fachwörterbuch ein großer Erfolg¹² und rief 1968 noch vor seinem eigentlichen Erscheinen das Interesse der BBC an einem gleichlaufenden Projekt hervor.¹³

Mitarbeiteraustausch

Ein Mitarbeiteraustausch zwischen der ARD und der ORTF kam relativ schleppend in Gang. Am unkompliziertesten verlief der Austausch junger Mitarbeiter (Praktikanten). Auffällig ist dabei, daß mehr deutsche Mitarbeiter nach Frankreich ent-

sandt werden konnten, als von französischer Seite nach Deutschland kamen.

Die deutsch-französische Hörfunkkommission hat durch ihr Wirken auch einige Strukturverbesserungen erreicht. Dazu gehören die Zollerleichterungen für Aufnahmeteams im jeweils anderen Land¹⁴ – wichtig in der Zeit der beginnenden europaweiten Einigung in diesen strittigen Fragen! – und die Zusammenarbeit der Archivabteilungen ab 1967.

Sendungen für Jugendliche

Mit dem DFJW verband die Kommission ein ganz eigenes Verhältnis. Schon nach kurzer Zeit wurden Vertreter des DFJW auf Vorschlag Mais eingeladen. Ein Interesse daran beruhte auf Gegenseitigkeit: Der DFJW sollte dort Finanzhilfe und Organisationsarbeit leisten, wo dies die Möglichkeiten der Rundfunkanstalten überstieg. Es versprach sich davon seinerseits eine größere Publizität für seine Aktivitäten, wenn man sie mit den Vorhaben der Hörfunkkommission koppelte. Der Jugend und ihrer Begeisterung für die deutsch-französische Annäherung nach dem Generationen währenden »Erbfeindschaft«-Gehabe kam und kommt immer noch im Bewußtsein der politisch und kulturell Verantwortlichen ein besonderes Gewicht zu. Viele Anregungen für einzelne Sendungen und für ganze Projektreihen gingen vom DFJW aus.

Sendungen für Jugendliche waren weitere wichtige Projekte der deutsch-französischen Hörfunkkommission. Hierzu gehörten Koproduktionen verschiedener Sendungen, Berichte über Aktivitäten des DFJW und die Extra-Betreuung der Jugendfunkleiter in speziellen Konferenzen und auf Informationsreisen. Auch die gemeinsame Organisation eines Telefondienstes für junge Urlauber im anderen Land machte sich die Hörfunkkommission mit dem DFJW zur Aufgabe. Eines der umfangreichsten und spektakulärsten Projekte war die sogenannte »Moped-Rallye der Jugend«.

Diese Rallye ging auf einen Vorschlag von Gerhard Bogner, Delegierter des BR, zurück. Der BR blieb auch die federführende Anstalt, als aus der Idee eines Wettbewerbes zwischen Jugendlichen auf Fahrrädern Ende 1964 eine Moped-Rallye wurde. 1965 scheiterte das Projekt noch an finanziellen Schwierigkeiten, für 1966 sollte dann das DFJW um einen finanziellen Zuschuß gebeten werden.

Die erste Rallye fand auch tatsächlich vom 7. bis zum 17. April 1966 auf der Strecke Paris-München statt. Je 15 deutsche und französische Teilnehmer im Alter zwischen 18 und 23 Jahren wurden aus dem Hörerkreis aufgrund ihrer Sprachkenntnisse und sportlichen Fähigkeiten

ausgewählt. Die Teilnehmer absolvierten dies- und jenseits der Grenze ein umfangreiches Besuchs- und Empfangsprogramm und sportliche Wettkämpfe. Auch Fragen über das durchfahrene Gebiet mußten beantwortet werden, verbunden waren damit Tonband- und Fotowettbewerbe. Bei dieser Rallye traten große Probleme mit der Finanzierung auf, für die allein der BR aufkam. 1967 übertrug der BR die Organisation der Rallye gleich dem DFJW. Dieses fand den Bayerischen Jugendring als Kooperationspartner. 1967 sollte die Rallye außerdem in umgekehrter Richtung verlaufen, von München nach Paris. Am 14. Juli waren die Rallyeteilnehmer dort Ehrengäste auf de Gaulles Tribüne bei der Abnahme der Parade zum französischen Nationalfeiertag.

In der Durchsicht der von dieser Rallye erhalten gebliebenen Aufgabenblätter fällt einerseits die ständige, geradezu penetrante Vergegenwärtigung der Völkerverständigung ins Auge. Andererseits hatten die Wissensfragen selten Gegenwartbezug, und das den französischen Teilnehmern vermittelte Deutschlandbild ist entsprechend der Streckenführung etwas bayernlastig.

Dieser Rallye schlossen sich zahlreiche Verbesserungsvorschläge von allen Seiten an: Die Teams sollten größer werden und aus deutsch-französischen Partnerstädten zusammengesetzt sein. Neben stärkerer optischer Kennzeichnung sollte die Aufgabenstellung an die Bedürfnisse des Hörfunks angepaßt und die Hörerschaft mit eingeschlossen werden. Eine Vorbereitungsredaktion wurde konstituiert.

Die mit Hochdruck für 1968 vorbereitete Rallye Bonn-Paris kam aufgrund der politisch-gesellschaftlichen Unruhen in beiden Ländern nicht zustande.¹⁵ Bei allen skizzierten Schwierigkeiten gelang es doch, durch die Rallye, ihre Vorbereitung, Durchführung und die Berichterstattung darüber kontinuierlich über einen recht langen Zeitraum die »gemeinsame Sache« zu betonen.

Die Jugendlichen spielten aber nicht nur im Zusammenhang mit der »Moped-Rallye« eine wichtige Rolle im Laufe der Kommissionsarbeit: Der ORTF schuf 1964 eine eigene Jugendfunkabteilung, den Service Information Jeunesse (SIJ).¹⁶ Ab Mitte 1965 kam das Gespräch in den Planungen auf Konferenzsendungen zwischen Jugendlichen der beiden Länder. Schließlich produzierten ORTF, SWF und SR eine gemeinsame Duplex-Sendung über das Thema »Ist der Nationalismus für die Jugend ein Problem?« Die Gesprächspartner agierten dabei in ihrer jeweiligen Muttersprache und die Sendung lief nach dem Frage-Antwort-Schema ab. Diese Art von Diskussionssendungen wurden dann aber als zu

hölzern angesehen und wieder abgesetzt. Einzelne jugendliche Vertreter bestimmter Berufsgruppen oder gesellschaftlicher Gruppierungen sollten miteinander diskutieren. Diese Reihe begann mit jungen Schriftstellern am 10. Juni 1966. In der Folgezeit kam es zu Reibereien zwischen dem Jugendfunk des SWF und dem SIJ. Die Leiterin des Jugendfunks des SWF, Margret Liede, warf in einem Briefwechsel im November 1966 mit Sendeleiter und Kommissionsdelegierten Manfred Häberlen dem SIJ vor allem Unzuverlässigkeit, mangelnde Vorbereitung und fehlende Sendezeiten vor.¹⁷

Die Diskussionssendungen unterschieden sich von den immer noch laufenden Konferenzsendungen dadurch, daß sie mit allen Beteiligten gemeinsam in einem Studio auf Band aufgezeichnet wurden und dann in beiden Ländern in zum Teil übersetzter Form zu unterschiedlichen Zeiten zur Ausstrahlung kamen. Die französische Seite scheint jedoch die Konferenzsendung favorisiert zu haben, bei der eine Live-Schaltung zwischen den beiden unterschiedlichen Aufnahmeorten aufgebaut wurde. Bei den Konferenzsendungen wurden im Gegensatz zu den Diskussionssendungen auch Wort- und Musikbeiträge gemischt.

Mit den Ereignissen des Frühjahrs 1968 verschwanden die Diskussions- und Konferenzsendungen für Jugendliche zwischen den ARD-Anstalten und dem ORTF vollkommen. Es wurde kurz darüber nachgedacht, ob den »gemäßigten Studenten in ihrem berechtigten Aufgehören ein Sprachrohr« geliehen werden sollte, »sobald keine Steine mehr fliegen«,¹⁸ wovon allerdings später nie mehr wieder die Rede sein sollte.

Weitere Sendeprojekte

Sendungen mit Journalistengesprächen hatten den stärksten aktuellen Zeitbezug aller von der Kommission initiierten Programmprojekte. Ihre relativ lange Vorlaufzeit machte die tagesaktuelle Reaktion auf Ereignisse in Politik und Wirtschaft allerdings schwierig, und so wurden vornehmlich Themen diskutiert, die die politische Diskussion seit längerer Zeit beschäftigten. Meistens handelte es sich bei den teilnehmenden Journalisten um die jeweils im anderen Land akkreditierten Korrespondenten, die dadurch auch die jeweils andere »öffentliche Meinung« in ihre Überlegungen einfließen lassen konnten. Die Gegenüberstellung der deutschen und französischen Meinungen sollten bei der Hörerschaft das Verständnis für die andere Sichtweise wecken. Das erste dieser Gespräche fand erst Ende März 1966 über das Thema »Das Ausscheiden Frankreichs aus der NATO« statt, nachdem die

ersten Planungen schon Ende 1964 begonnen hatten. Vorgesehen war die Ausrichtung solcher Gesprächsrunden im ein- oder zweimonatigen Abstand, dazu kam es jedoch trotz aller Willensbekundungen nicht. Der SR war Hauptkooperationspartner der ORTF-Zentrale für diese Sendereihe. Als eine ihrer Schwäche galt, daß auf beiden Seiten immer auf dieselben zweisprachigen Gesprächspartner zurückgegriffen werden mußte. Eine eigene Arbeitsgruppe wurde zur besseren Koordination gebildet. Im Mai 1968 fand diese Sendereihe ein Ende durch die Umstrukturierung des ORTF. Sie paßte aus der französischen Sicht nicht mehr in das Sendeschema von France Inter, sondern sollte bei France Culture einen neuen Platz finden. Dazu kam es nach Abschluß der Umstrukturierung im Jahr 1970 nicht mehr. Interviews mit ausländischen Journalisten wurden innerhalb der in den 60er Jahren entstehenden Magazinsendungen in der Bundesrepublik immer geläufiger – und auch im Fernsehbereich mit dem »Internationalen Frühshoppen« und dem »Presseclub« praktiziert. Sie ersetzten diese Form der Koproduktion.

Ein pädagogisierendes Projekt waren die »gemeinsam zu erarbeitenden Sendungen zur Korrektur des gegenseitigen Geschichtsbildes«. Dies regte auf der ersten Kommissionssitzung der BR an. Für eine Konzeption des Projekts wurden das Institut Français, München, und die Akademie für politische Bildung, Tutzing, herangezogen. Im Mai 1966 wurden zwei Probesendungen in Paris und München produziert, die kürzer ausfielen als ursprünglich geplant. Das Projekt ruhte dann wieder bis zur elften Sitzung im November 1968. Von diesem Zeitpunkt an sollten die Sendungen sich mit deutsch-französischer Geschichte im übergeordneten Sinne beschäftigen – als Beispiele seien hier »Napoléon und die Deutschen«, »Der Krieg 1870 - 1871« oder »Die Emser Depesche« genannt. Ein hörspielartiges Exposé eröffnete die Sendung, Fachhistoriker in den Studios München und Paris diskutieren live miteinander, und auch die Zuhörer konnten sich telefonisch mit Beiträgen zu Wort melden.

Die beiden Nationalsymbole Deutschlands und Frankreichs – Marianne und Michel – waren die Namensgeber einer Sendereihe über gegenseitige Vorurteile, die der WDR gemeinsam mit dem ORTF produzierte. Auch hier kam die Anregung relativ früh – vom DFJW auf der 4. Kommissionssitzung im Juni 1965 – und wurde erst nach großen Anlaufschwierigkeiten umgesetzt. Die erste Sendung wurde am 3. April 1968 ausgestrahlt über das Thema »Der Chauvinismus«. Zwölf Folgen wurden über ganz verschiedene vorurteilsträchtige Themen – wie »Die guten Sitten« oder »Das Auto« – produziert, und

die Sendereihe fand am 15. September 1969 ihr Ende mit einer Folge über »Die Sprache«. Es ging in den Sendungen um den unterhaltenden Faktor des Sich-gegenseitig-den-Spiegel-Vorhaltens und darum, dem Hörer Denkanstöße zu geben. Die Sendereihe erfreute sich offensichtlich großer Beliebtheit, die BBC wollte gern mit dem WDR etwas Vergleichbares produzieren. Sie hatte den Vorteil, daß sie von langer Hand von einem festen Stab an Mitarbeitern produziert werden konnte.

Gescheiterte Projekte

Diverse Projekte der Hörfunkkommission müssen leider als gescheitert angesehen werden. Dazu gehört das Vorhaben einer koproduzierten Sendereihe zum Gedenken an Verdun und der Aufbau einer gemeinsam zu nutzenden »Lautbank« sowie gemeinsame Auslandskorrespondenten. Mit Sicherheit hat die Kommission weniger Programmprojekte realisiert, als sich alle Beteiligten – Regierungsseite und Rundfunkanstalten – im Frühjahr 1963 vorgestellt hatten.

Die Idee, eine »Lautbank« oder »Radioagentur« aufzubauen, geht auf die französische Delegation zurück. Deutsche bzw. französische Zeitfunkbeiträge sollten im Laufe des Tages zentral gesammelt werden und dem Partner zur Verfügung gestellt werden. Die nicht zentralistisch organisierten ARD-Anstalten waren zu diesem aufwendigen Verfahren nicht bereit. Auch die Einschaltung der Union der Europäischen Rundfunkunion (UER) brachte keinen Fortschritt in der Haltung der deutschen Seite, da die UER sich sehr stark auf das Fernsehen konzentrierte. Das Vorhaben erschien dem von der ARD zu einer Modellphase entsandten Chefredakteur der Nachrichtenredaktion des SWF, Werner Titze, auch als zu teuer.

Da die ARD im Vergleich zur ORTF mehr Auslandskorrespondenten hatte, wollte die ORTF auf diesem Sektor enger zusammenarbeiten. Auf einer ARD-Intendantenkonferenz 1965 erklärten sich die ARD-Intendanten einverstanden, daß deutsche Korrespondenten auch dem französischen Rundfunk Beiträge liefern sollten. Danach wurden Listen mit geeigneten Korrespondenten ausgetauscht, aber konkretisiert wurde diese Kooperation nicht. Neben möglichen Mentalitäts- und Sprachproblemen dürfte wohl auch die Honorierung der Beiträge strittig gewesen sein: Das Projekt wurde eingestellt.

Bei den gescheiterten Sendeprojekten – die ORTF schlug zum Beispiel auf der neunten Sitzung im November 1967 eine gemeinsame Produktion einer Spielschöpfung namens »400 coups« oder die Vorstellung deutsch-französischer Fa-

milien in einer Sendung namens »Un Samedi chez vous – ein Samstag bei Ihnen daheim« vor – scheiterten offensichtlich daran, daß nicht rechtzeitig verantwortliche Mitarbeiter benannt wurden.

Fazit

Massenmedien sind in Deutschland und Frankreich ein Faktor des kulturellen Lebens und damit auch ein Faktor des kulturellen Austausches zwischen beiden Ländern. Ihr Anteil an der gewachsenen deutsch-französischen Verständigung und Freundschaft dürfte beträchtlich sein. Auch die deutsch-französischen Hörfunkkommission hatte daran ihren Anteil.

Auf Seiten der Programmverantwortlichen gab es ein deutliches Bemühen, der deutsch-französischen Verständigung zu dienen. Hierzu gehört einerseits die Hinwendung zum unbekannten Hörer am Rundfunkempfangsgerät, deren Erfolg sich schwer messen läßt. Andererseits ging es aber auch um die Horizonterweiterung der Rundfunkmitarbeiter beider Länder. Dafür stellte die Hörfunkkommission eine bestehende lockere Zusammenarbeit auf ein festes, institutionalisiertes Fundament.

Die in dem einen Land entwickelten neuen Programmformen wurden nicht zuletzt durch Vermittlung in dem anderen Lande bekannt gemacht.¹⁹ Durch sanften Druck hielt die Kommission auch die Journalisten dazu an, in den Arbeitsmethoden ihren Horizont zu erweitern. In breitem Umfang und auf allen Hierarchie-Ebenen lernten Mitarbeiter der jeweiligen Rundfunksysteme einander kennen: Der Kontakt blieb nicht nur auf die Kommissionsmitglieder beschränkt. Es ging nie darum, zwei anerkanntermaßen unterschiedliche Systeme einander anzugleichen, sondern den Dialog zu fördern und die Fähigkeit des Rundfunks zu nutzen, als Multiplikator zu fungieren.

Die deutsch-französische Hörfunkkommission hat durch ihre Tätigkeit eine Entwicklung in Gang gesetzt, die von anderen Institutionen aufgegriffen und fortgeführt wurde, wobei besonders das DFJW hervorgehoben werden muß.²⁰

Am Ende der 60 Jahre machten die hochfliegenden Koproduktionsprojekte einer zunehmend pragmatischeren Haltung Platz, die auf das bisher Erreichte bauen konnte. Erschwert war die Tätigkeit jedoch immer durch die fortlaufenden Umstrukturierungen des französischen Rundfunks in den 60er und 70er Jahren. Die heute noch stattfindenden jährlichen Treffen der Kommission dienen vor allem dem Dialog und spiegeln in den vergangenen Jahren vor allem die in

beiden Ländern auftretenden Umbrüche im Medienbereich wieder.

Anmerkungen

- * Zusammenfassung der Magisterarbeit der Verfasserin über die deutsch-französische Hörfunkkommission, die vom Oktober 1996 bis März 1997 als Abschlußarbeit im Rahmen des integrierten deutsch-französischen Magisterstudienganges der Universitäten Tübingen und Aix-en-Provence für Geschichte und Germanistik entstanden ist.
- ¹ Die gleichzeitig ins Leben gerufene deutsch-französische Fernsehkommission kommt im Rahmen dieser Untersuchung nur am Rande zur Sprache.
- ² Vgl. Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hrsg.): Literaturdienst Frankreich, Reihe A (Französische Außenbeziehungen, Deutsch-französische Beziehungen – Neuzugänge der Datenbank zu internationalen Beziehungen und Länderkunde) Jg. 5 (1995), Jg. 6 (1996). Ludwigsburg 1995f.; dass. (Hrsg.): Deutschland – Frankreich. Internationale Beziehungen und gegenseitige Verflechtungen. Eine Bibliographie 1983 - 1990, bearb. von Dieter Menyesch, Bérénice Manac'h und Joachim Schild. München u. a. 1994; dass. (Hrsg.): Deutschland – Frankreich. Internationale Beziehungen und gegenseitige Verflechtungen. Eine Bibliographie 1963 - 1982, bearb. von Dieter Menyesch und Bérénice Manac'h. München u. a. 1984.
- ³ Hier sei auf folgende Hilfsmittel verwiesen: Rudolf Lang (Bearb.): Rundfunkgeschichte. Ein Literaturverzeichnis. Köln 1977, Neuauflage 1989; ders.: Hörfunk und Fernsehen. Aufsatznachweis aus Zeitschriften und Sammelwerken, Köln 1981ff.; Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (Hrsg.): Jahresbibliographie Massenkommunikation. Systematisches Verzeichnis der innerhalb und außerhalb des Buchhandels veröffentlichten Literatur zu Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film und angrenzenden Problemen. Zusammengestellt von Wilbert Ubbens. Berlin 1977ff.
- ⁴ So der französische Informationsminister Jacques Peyrefitte in einer Debatte in der Nationalversammlung am 26. Mai 1964, zitiert in: Gabriele Wölke: Die Rundfunkpolitik in der V. Republik unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Diss. Univ. Heidelberg 1972, S. 20.
- ⁵ Le Monde, 4. Januar 1963, führt zum Antwortmemorandum der Bundesregierung aus: »Dans tous les autres domaines le gouvernement allemand a donné des réponses très positives, le 8 novembre, aux propositions françaises. Il a suggéré en outre une coopération accrue dans le domaine de l'information«. Auch für den Historiker Manfred Abelein ging die Initiative von der Bundesregierung aus: Manfred Abelein: Frankreichs Vertrag

mit der Bundesrepublik Deutschland. In: Europa-Archiv Jg. 18 (1963), S. 123-134, hier S. 130.

- ⁶ Dies ging aus einer Unterredung zwischen de Gaulle und Adenauer am 22. Januar 1963 hervor. Abdruck in: Horst Möller/Klaus Hildebrand (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949 - 1963. Bd. 1: Außenpolitik und Diplomatie, bearb. von Ulrich Lappenküper. München 1997, S. 941-950, hier speziell S. 949.
- ⁷ Von Bismarck ließ sich 1963 durch die Auslands-korrespondenten der ARD unterrichten und besuchte am 18. und 19. April 1963 die RTF-Zentrale in Paris. Diese Informationen faßte er nach dem Brief an von Hase für seine Kollegen in einem sechsstufigen Bericht zusammen. Im letzten Teil seines Berichts macht von Bismarck Angaben zu einzelnen leitenden Mitarbeitern – darunter zu André Marie Gérard, der bei von Bismarck keinen guten Eindruck hinterließ: Gérard sei seit 1961 Direktor der umstrittenen Informationsabteilung und er habe »direkte persönliche Verbindungen« zum Elysée-Palast. Von Bismarck nennt ihn in seinem Bericht den »bestgehaßten« Mann der RTF«, der dem politisch äußerst rechten Lager zuzuordnen sei.
- ⁸ Die Nähe zu den fast zeitgleich stattfindenden deutsch-französischen Konsultationen oder der NATO-Ministerratstagung in Paris bzw. Brüssel ist meines Erachtens eine mögliche Erklärung für diesen Rhythmus.
- ⁹ Vgl. Georg Lechner: Dialogue ou confrontation de deux cultures? In: Henri Ménudier (Hrsg.): Le couple franco-allemand en Europe. Asnières 1993, S. 213-224, hier S. 220f.; Robert Picht: Kulturelle Beziehungen als Voraussetzung deutsch-französischer Kommunikation. In: ders. (Hrsg.): Deutschland, Frankreich, Europa. München/Zürich 1978, S. 243-267, hier: S. 245ff.; Manfred Koch-Hillebrecht: Der Stoff aus dem die Dummheit ist. München 1978, S. 242-250.
- ¹⁰ Beim SR sind noch Aufzeichnungen der Sendungen vorhanden.
- ¹¹ Vergleiche beispielsweise die Relation der redaktionellen Mitarbeiter in Marseille mit denen im Hessischen Rundfunk, die ein HR-Mitarbeiter bei seinem Austausch feststellte: 150 in Marseille zu 487 im HR.
- ¹² Die vom Verlag von Hase & Koehler gesammelten Rezensionen äußern sich sehr anerkennend über das Werk. So schreibt Friedrich von Rautenfeld in den Rundfunktechnischen Mitteilungen Jg. 15 (1971), H. 4, S. 190, das Wörterbuch fülle »eine schon seit langem bestehende Lücke« aus, komme »einem wirklichen Bedürfnis« nach und sei »allen Mitarbeitern auf dem weiten Feld des Hörfunks und Fernsehens (...) zum täglichen Gebrauch sehr empfohlen«.
- ¹³ Ironie des Schicksals: Dieses deutsch-englische Werk wird nach wie vor laufend aktualisiert bzw. neu aufgelegt.

-
- ¹⁴ Die Hörfunkkommission verabredete, daß sich eine Arbeitsgruppe von ORTF- und ARD-Justitiaren unter Federführung des SR dieses Themas annehmen solle, bevor sich die Vorsitzenden der Delegationen an ihre jeweiligen Ministerien wandten. Auf französischer Seite machte vor allem die Hinterlegung einer Kautions- und einer hohen Garantiesumme bei den französischen Einreisezollstellen Probleme, die ja nicht automatisch mit den Ausreisestellen identisch waren. Mai und Hess mußten schließlich doch die Bundesministerien einschalten und erreichten eine Regelung mit Hinterlegung von Unterschriften und Bürgschaften.
 - ¹⁵ Die Rallye 1970 liegt außerhalb des Berichtszeitraums dieser Untersuchung.
 - ¹⁶ Hierbei ist allerdings wohl kaum davon auszugehen, daß diese Entwicklung von der deutsch-französischen Hörfunkkommission beeinflußt war.
 - ¹⁷ SWF-Archiv, P 13231.
 - ¹⁸ Protokoll der zehnten Kommissionssitzung am 14. und 15. Mai 1968 in Hamburg, S. 3.
 - ¹⁹ Zu erwähnen sind hier die unmittelbare Einbeziehung des Publikums in das Programmgeschehen wie bei der Moped-Rallye der Jugend und die verschiedenen technischen Innovationen der 60er Jahre wie die Stereophonie und die Konferenzschaltungen.
 - ²⁰ Hierzu gehören zum Beispiel die Verleihung des deutsch-französischen Journalistenpreises, die deutsch-französischen Gespräche zwischen Chefredakteuren von Regionalzeitungen, die die Robert-Bosch-Stiftung organisiert, verschiedene Seminare und die weiterhin bestehende Möglichkeit, einen Teil seines Volontariates bei der Partneranstalt zu absolvieren.

Beobachtungen diesseits und jenseits der Differenz

Niklas Luhmann (1927 - 1998)

»Gesetz (kann) auch (sein), dem Willen eines Einzelnen zu folgen.« – Heraklit¹

Krisen, Klassiker, Konzessionen

In seinem disziplinären (Selbst-)Verständnis verortete sich Niklas Luhmann regelmäßig jenseits des soziologischen Mainstreams. Somit nimmt es nicht wunder, daß er mit den vorherrschenden Verhältnissen in seiner Zunft hart ins Gericht ging: »Die Soziologie steckt in einer Theoriekrise. Eine im ganzen recht erfolgreiche empirische Forschung hat unser Wissen vermehrt, hat aber nicht zur Bildung einer facheinheitlichen Theorie geführt.«² Offenbar kann die Soziologie (in ihrer empirischen) Fundierung auf der einen Seite nicht die vehement reklamierte Forderung fahren lassen, ihre Hypothesen anhand von Datensätzen zu verifizieren oder zu falsifizieren, die – auf welche Weise auch immer – aus der »Realität« deduziert wurden. Aber ausgerechnet mit eben jenem epistemischen Prozedere vermag die Soziologie auf der anderen Seite weder die Spezifika ihres Objektbereichs noch ihre Einheit als wissenschaftliches Fach zu validieren.³

Dieser widrige Sachverhalt hat mit dazu beigetragen, daß nahezu die gesamten theoretischen Bemühungen der Soziologie unter dem Rubrum der historischen Retrospektion beziehungsweise Rekonstruktion firmieren. Seit Konstituierung der Soziologie im späten 19. Jahrhundert durch Georg Simmel, Émile Durkheim, George Herbert Mead, Max Weber und andere hat die Disziplin, rekapituliert Luhmann, sofern es Gesellschaftstheorie betrifft, keine entscheidenden Erkenntnisfortschritte zuwege bringen können.⁴ Auch wenn er wiederholt sowohl theoretische als auch methodologische Errungenschaften in Teilen der Soziologie, in erster Linie was empirische Wissensbestände anbelangt, konzedierte, so fehlte es seiner Überzeugung nach vor allem an einer Darstellung der Gesamtgesellschaft. Für dieses Desideratum machte Luhmann unter anderem die in seinen Augen folgenreichste philosophische Fixierung auf die Subjekt/Objekt-Unterscheidung verantwortlich.⁵

In Ermangelung einer Alternative recurriert die soziologische Theoriebildung auf die als »Klassiker« apostrophierten Leitfiguren und ihre

kanonisierten Schriften; wobei man nach Luhmann – en passant – eine für den Wissenschaftsbetrieb charakteristische Interpretationspraxis kodifiziert:

»Die Einschränkung, durch die man sich das Recht verdient, den Titel Theorie zu führen, wird durch Rückgriff auf Texte legitimiert, die diesen Titel schon führen oder unter ihm gehandelt werden. Die Aufgabe ist dann, schon vorhandene Texte zu sezieren, zu exegieren, zu rekombinieren. Was man sich selbst zu schaffen nicht zutraut, wird als schon vorhanden vorausgesetzt. Die Klassiker sind Klassiker, weil sie Klassiker sind; sie weisen sich im heutigen Gebrauch durch Selbstreferenz aus. Die Orientierung an großen Namen und die Spezialisierung auf solche Namen kann sich dann als theoretische Forschung ausgeben.«⁶

Als Resultat erhält man zu guter Letzt eine – unter dem Label »Pluralismus« gemeinhin und im eigenen Interesse akzeptierte – Gemengelage von tribalistischen Genealogien und Derivationen, die seismografisch auf Paradigmen- und Emphasenwechsel in den als aktuell und eminent erachteten Wissenschaftsdiskursen reagieren.⁷

Vor dem Hintergrund des Anforderungsprofils einer dezidiert facheinheitlichen soziologischen Gesellschaftstheorie erweisen sich die gängigen Verfahren im Luhmannschen Argumentationsgang als völlig unzureichend. Das Irritationspotential, das später als »der blinde Fleck« der eigenen Wahrnehmung vielerorts von sich Reden machen sollte,⁸ wirft einen langen Schatten, dem man sowohl erkenntnis- als auch wissenschaftstheoretisch nicht zu entrinnen vermag – auch nicht die klassische Soziologie. Eben diese war bestrebt, sich als Wissenschaft sozialer Tatsachen im akademischen Spektrum der Disziplinen zu plazieren: »Das Problem ist jedoch, daß auch die Feststellung von Tatsachen nur als Tatsache in die Welt kommen kann. Die Soziologie hätte also ihre eigene Tatsächlichkeit zu berücksichtigen.«⁹

Eine soziologische Gesellschaftstheorie kann also mitnichten ihren eigenen selbstreferentiellen Operationen entgehen; sie kann ausschließlich im Kontext des Gesellschaftssystems prozessiert werden. Nach Auffassung Luhmanns hat sich die etablierte soziologische Gesellschaftstheorie nicht mit der gebotenen Stringenz und Konsistenz mit diesem hochkomplexen Problem befaßt. Wegen des strukturellen Dilemmas

hielt er es für angezeigt, den »Übergang zu einem radikal antihumanistischen, einem radikal antiregionalistischen und einem radikal konstruktivistischen Gesellschaftsbegriff [zu wagen]«. ¹⁰ Mit diesem Theoriekonstrukt, das für das Gros der nicht nur klassisch geschulten Soziolog(inn)en einen Affront bedeutet(e), avancierte Luhmann in Dezennien zum spiritus rector eines gleichsam umstrittenen wie gerühmten Paradigmas mit einer wachsenden Anhänger(innen)schaft – nicht zuletzt auch im Bereich der Medien- und Kommunikationswissenschaft. ¹¹

Liberales Milieu, öffentliche Verwaltung, akademische Soziologie

Persönliche, gar intime Äußerungen von oder über Niklas Luhmann ¹² finden sich sowohl in Primär- als auch in Sekundärquellen ausgesprochen selten; der Charakter Luhmanns scheint geradezu, deflatorisch hinter seinem beeindruckenden Oeuvre zurückzustehen. Fragt man konventionell biografie-, mitunter sozialisationstheoretisch intoniert nach signifikanten Begegnungen, Erlebnissen oder Erfahrungen in der Vita, die sein genuin soziologisches beziehungsweise philosophisches Denken nachhaltig beeinflussen sollten, so führt dies im Fall des Bielefelder Systemtheoretikers ins Leere. Mit diesem Umstand konfrontiert fiel Luhmann, der selbstredend nicht an eine – wie auch immer verstanden – soziokulturelle Determination von Biografien glaubte, lediglich eine vage anmutende Antwort ein: »Vielleicht lag das an der Freiheit in meinem Elternhaus; was man gut machte, wurde für gut befunden.« ¹³

Am 8. Dezember 1927 wurde Niklas Luhmann im niedersächsischen Lüneburg geboren. Der Vater entsproß einer Brauer-, die Mutter einer Hotelierfamilie. Zusammen mit zwei Brüdern wuchs er in einem, so die Erinnerung, »sehr tolerante[n]« Elternhaus auf, wenn auch nicht ganz frei von wirtschaftlichen Sorgen. ¹⁴ Zeitweise gerät sein Vater in Konflikt mit den Nationalsozialisten, »so daß im Elternhaus immer eine nicht ganz durchsichtige Distanz zu spüren war« ¹⁵. Der Sohn übersprang eine Schulklasse, wurde bereits im Alter von 15 Jahren zu den Luftwaffenhelfern eingezogen und kam schließlich 1945 kurzzeitig in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Retrospektiv stellte Luhmann zur zwölfjährigen Tyrannei des »Dritten Reichs« fest: »Auf jeden Fall ist die Erfahrung mit dem Nazi-Regime für mich keine moralische gewesen, sondern eher eine Erfahrung des Willkürlichen, der Macht, der Ausweich-Taktiken des kleinen Mannes.« ¹⁶ Im Gegensatz zu etlichen seiner

Zeitgenossen wie etwa Jürgen Habermas (Jahrgang 1929), seinem großen Antagonisten ¹⁷ seit den späten 60er Jahren, markieren Faschismus und Holocaust nicht wiederkehrende Ausgangspunkte seines wissenschaftlichen Arbeitens.

Angeichts der ambivalent zu nennenden Einsicht von 1945: »Vorher schien alles in Ordnung zu sein und hinterher schien alles in Ordnung zu sein, alles war anders und alles war dasselbe«, ¹⁸ erhoffte sich Luhmann durch das Studium der Jurisprudenz von 1946 an in Freiburg Orientierung. Hier befaßte er sich in erster Linie mit römischem Recht. Nach der Absolvierung des Referendariats in einer Anwaltskanzlei führte ihn die Beamtenlaufbahn in die öffentliche Verwaltung: 1954 war er für ein Jahr am Oberverwaltungsgericht in Lüneburg, dann von 1955 bis 1962 im niedersächsischen Kultusministerium in Hannover tätig. Außerhalb seines Berufsalltags verwandte er viel Zeit auf die Lektüre philosophischer respektive soziologischer Werke und auf die Arbeit mit seinem später legendär gewordenen Zettelkasten, den er bereits 1952/53 angelegt hatte. Er setzte sich intensiv auseinander mit René Descartes, Immanuel Kant und Edmund Husserl, ferner mit Borislav Malinowski und Alfred Reginald Radcliffe-Brown, den Begründern des frühen soziologischen Funktionalismus und schließlich mit Kulturanthropologie und Ethnologie.

Im Zusammenhang mit einem Buchprojekt über Organisationstheorie ¹⁹ folgte 1960/61 ein Studienaufenthalt in Harvard, der der Einarbeitung in die strukturell-funktionale Systemtheorie Talcott Parsons' diente. Zu seinem akademischen USA-Intermezzo merkte Luhmann Jahrzehnte später an:

»Bevor ich nach Harvard ging, hatte ich eine Konzeption des Funktions-Begriffs, die völlig mit derjenigen Parsons' kollidierte. Darüber haben wir damals sehr viel diskutiert, jedoch war seine Antwort immer stereotyp: »It fits quite nicely«. So brachte er meine Ideen in seiner Theorie unter, während ich den Eindruck hatte, dadurch entsteht etwas ganz anderes. (...) Was mich hauptsächlich interessiert hat, ist, wie so eine große Theorie wie die von Parsons gebaut ist und woran sie scheitert, wenn sie scheitert.« ²⁰

Parsons Modellierung von Gesellschaft sollte eine der ganz wenigen bleiben, die Luhmann zeitlebens für seine Theorie als innovativ betrachtete. ²¹

Vor dem Hintergrund stetig wiederkehrender Arbeitsabläufe im höheren Verwaltungsdienst trachtete Luhmann danach, seinem wissenschaftlichen Engagement auch beruflich mehr Raum zu geben: »Ich wollte mehr Zeit für meine theoretischen Interessen gewinnen, was aber nicht bedeutet, daß ich Universitäts-Professor werden wollte. Was mir vorschwebte, war, Wis-

senschaftler zu werden.«²² Dieser Entschluß zog eine Reihe von Problemen nach sich, da er nicht über die formalen Voraussetzungen für eine akademische Karriere verfügte. Nachdem er von 1962 bis 1965 als Referent am Forschungsinstitut der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer und von 1965 an als Abteilungsleiter der Sozialforschungsstelle Dortmund tätig war, wurde Luhmann 1966 mit »Funktionen und Folgen formaler Organisation« und mit »Recht und Automation in der öffentlichen Verwaltung« im Alter von 39 Jahren an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster promoviert und habilitiert.

Zwei Jahre später, im Jahre 1968, wurde Luhmann zum ersten Professor an der neugeschaffenen Fakultät für Soziologie der Reformuniversität Bielefeld berufen: »An einem Lehrstuhl für Soziologie war ich deshalb besonders interessiert, weil man als Soziologe alles machen kann, ohne auf einen bestimmten Themenbereich festgelegt zu sein.«²³ Damit begann die beispiellose Karriere eines akademischen Soziologen in der Bundesrepublik. Als Hauptvertreter der funktional-strukturellen Systemtheorie beziehungsweise des operationalen Konstruktivismus avancierte er neben Habermas zum populärsten Sozialtheoretiker im deutschsprachigen Raum und wirkte weit über sein angestammtes Terrain hinaus auf andere Disziplinen; jedoch sollte dem Bielefelder Systemtheoretiker eine dem Frankfurter Sozialphilosophen vergleichbare Präsenz in den anglo-amerikanischen Leitdiskursen kulturwissenschaftlicher Couleur versagt bleiben. Die Luhmann-Rezeption erfährt im Prinzip zwei Höhepunkte: den einen vor allem durch eine »linke« Leser(innen)schaft im Kontext der Habermas/Luhmann-Kontroverse »Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie«²⁴ seit Ende der 60er Jahre, den anderen vornehmlich durch einen theoretisch versierten Anhänger(innen)kreis von »Soziale Systeme«²⁵ seit Mitte der 80er Jahre. Im Jahre 1988 wurde Luhmann der Hegel-Preis der Stadt Stuttgart zuerkannt.²⁶ Nicht zuletzt begründet das gewaltige, in fast vier Jahrzehnten entstandene Werk von mehr als 60 selbständigen und mehr als 400 unselbständigen Schriften seine Reputation als Ausnahmewissenschaftler. Nach zweieinhalb Dekaden universitären Lehrens und Forschens wurde Luhmann 1993 emeritiert.

Über den Tod schrieb Luhmann einmal in der ihm nüchternen Art: »Den eigenen Tod kann man sich als Ende des Lebens vorstellen, nicht aber als Ende des Bewußtseins.« Und weiter: »Der Tod ist kein Ziel. Das Bewußtsein kann nicht an ein Ende gelangen, es hört einfach auf.«²⁷ Viel zu früh trat der Präzeptor der funktionalen Systemtheorie von der akademischen

Bühne ab, die ihm so viel zu verdanken hat: Im Alter von erst 70 Jahren starb Niklas Luhmann am 6. November 1998 in Oerlinghausen bei Bielefeld.

Theorieentwurf, Gesamtgesellschaft, Funktionssysteme

Im »Vorwort« zu seinem bislang letzten großen veröffentlichten Werk, »Die Gesellschaft der Gesellschaft«, erläutert Luhmann sein theoretisches Konzept und dessen Systematik:

»Bei meiner Aufnahme in die 1969 gegründete Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld fand ich mich konfrontiert mit der Aufforderung, Forschungsprojekte zu benennen, an denen ich arbeite. Mein Projekt lautete damals und seitdem: Theorie der Gesellschaft; Laufzeit: 30 Jahre; Kosten: keine.«²⁸

Den Stand der soziologischen Vorarbeiten für ein solch ambitioniertes Unternehmen sah er als denkbar ungünstig an, da er mit der skizzierten Aufgabe auf sich allein gestellt war. An besagter Stelle führt Luhmann weiter aus:

»Für die Theorie der Gesellschaft war von Anfang an an eine Publikation gedacht gewesen, die aus drei Teilen bestehen sollte: einem systemtheoretischen Einleitungskapitel, einer Darstellung des Gesellschaftssystems und einem dritten Teil mit einer Darstellung der wichtigsten Funktionssysteme der Gesellschaft. Bei diesem Grundkonzept ist es geblieben, aber die Vorstellungen über den Umfang mußten mehrfach korrigiert werden.«²⁹

Antizipiert man die von Luhmann selbst gesetzte Zäsur hinsichtlich seiner Schriften, so gelten alle Arbeiten, die vor »Soziale Systeme« entstanden, noch als »Null-Serie der Theorieproduktion«.³⁰ Mit »Soziale Systeme« lag Mitte der 80er Jahre die einführende Theorieübersicht vor. Dem schlossen sich in den kommenden zehn Jahren eine Reihe von (Re-)Konstruktionen zentraler Funktionssysteme der Gesellschaft an, nämlich: »Die Wirtschaft der Gesellschaft«,³¹ »Die Wissenschaft der Gesellschaft«,³² »Das Recht der Gesellschaft«³³ sowie zuletzt »Die Kunst der Gesellschaft«.³⁴ Mit den beiden Teilbänden »Die Gesellschaft der Gesellschaft« wurde der Öffentlichkeit schließlich Ende der 90er Jahre die Abhandlung zum Gesellschaftssystem übergeben. Somit war es Luhmann noch vergönnt gewesen, seine triadische Gesamtkonzeption in wesentlichen Zügen fertigzustellen.

Wie aus einschlägigen Publikationen geläufig konzeptualisiert Luhmann die moderne Gesellschaft mit Hilfe der Epistemologie des operativen Konstruktivismus und dem Differenzierungsinstrumentarium der funktional-strukturellen Systemtheorie. Dieser Theoriekontext mar-

kiert multiple Schnittstellen, die insbesondere durch die Kybernetik zweiter Ordnung Heinz von Foersters,³⁵ die mehrwertige Logik Gotthard Günthers³⁶ sowie durch die Kognitionsbiologie Humberto R. Maturanas³⁷ repräsentiert sind. Für sein Anliegen der Modellierung der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme rekurriert Luhmann insbesondere auf den differenztheoretischen Formenkalkül George Spencer Browns, nach dem »Beobachten« zu definieren ist als Anwendung einer Unterscheidung zum Zweck der Bezeichnung.³⁸ Der Terminus des Beobachtens impliziert Erleben und Handeln.

Ein konstruktivistisch respektive systemtheoretisch basiertes Konzept grenzt sich vom traditionellen Verständnis der Genese, Konstituierung und Kommunikation von Gesellschaft ab. Den Ausgangspunkt stellt nicht »Einheit«, sondern »Differenz« dar.³⁹ Die systemtheoretische Analyse setzt ein mit der System/Umwelt-Differenz: »Systeme (...) sind strukturell an ihrer Umwelt orientiert und könnten ohne Umwelt nicht bestehen. Sie konstituieren und sie erhalten sich durch Erzeugung und Erhaltung einer Differenz zur Umwelt, und sie benutzen ihre Grenzen zur Regulierung dieser Differenz.«⁴⁰ Mit der Umstellung auf Systemtheorie wird ein grundlegender Perspektivenwechsel vollzogen, nämlich der Übergang von der Idee hierarchisch-administrativer Steuerung zum Gedanken gesellschaftlicher Selbststeuerung. Hierbei orientiert Luhmann sich maßgeblich an der »Theorie sozialer Systeme«. Dieser ist der »Autopoiesis«-Terminus entlehnt, der ursprünglich auf die chilenischen Neurophysiologen Humberto R. Maturana und Francisco J. Varela zurückgeht.⁴¹ Das Theorem der »Autopoiesis« (neologistisches Kompositum aus »auto« = selbst und »poi-ein« = machen) besagt, daß Systeme sich selbst erzeugende Einheiten sind. Das Zusammenspiel beziehungsweise die Operationsweise der Elemente eines Systems dient dem Aufbau und der Erhaltung der eigenen Struktur.⁴² Neben dem Konzept der »Autopoiesis« ist das der »Selbstreferentialität« von großer Bedeutung. Der Begriff der »Selbstreferentialität« meint: Es gibt Systeme, die befähigt sind, Beziehungen zu sich selbst auszubilden und diese zu unterscheiden von Beziehungen zu ihrer Umwelt.⁴³

Jedes funktionale, sinnhaft operierende Subsystem ist durch einen spezifischen Organisationstypus charakterisiert. Diesen setzt es ein zur Produktion zusätzlicher Operationen und zur Etablierung von Strukturen, die als Programme dieser Produktion fungieren und die Unterscheidung von systemeigenen/systemfremden Modalitäten regulieren. Die Umwelt des Systems hat keine konstruktiven, sondern höchstens destruktive Auswirkungen auf dessen (Re-)Produktion.

Die mittels der Differenztheorie Spencer Browns gewonnene Unterscheidung Medium/Form substituiert die auf der tradierten »Dingontologie« basierte Unterscheidungen Substanz/Akzidens respektive Ding/Eigenschaft. Das Medium ist stabiler als die Form, da es lediglich loser struktureller Kopplungen bedarf. Formen können in einem Medium – für welchen Zeitraum auch immer – gebildet werden, ohne daß das Medium dadurch Gefahr läuft, inflationiert oder mit dem Instabilwerden der Form destruiert zu werden. Form konstituiert sich als »Form-in-einem-Medium«. Dies läßt sich mit Hilfe des Schemas konstant/variabel beobachten.

Massenmedien, informeller Reflexionswert, gesellschaftliche Selbstbeobachtung

In den kommunikations- beziehungsweise medienwissenschaftlichen Diskursen der letzten Dekade haben Positionen, die sich an systemtheoretischen und/oder konstruktivistischen Theoriedesigns orientieren oder auf solchen basieren, sukzessive an Attraktivität sowie Resonanz gewonnen.⁴⁴ In den Arbeiten Luhmanns selbst fanden sich bis in die frühen 90er Jahre hinein nur wenige Beiträge, die sich explizit mit Medienaspekten beschäftigten. Grundsätzlich gilt zu berücksichtigen: Das Hauptaugenmerk Luhmanns gebührt nicht Kommunikationsmitteln als solchen; vielmehr erklärt sich die Zuwendung zu ihnen als eine Folge aus seinem zentralen Anliegen einer universalen Gesellschaftstheorie. In der in Fachkreisen und darüber hinaus vielbeachteten Veröffentlichung »Die Realität der Massenmedien«,⁴⁵ auf die sich die folgende Darstellung konzentriert, widmet sich Luhmann ausführlich der Medienthematik. In späteren Schriften häuften sich danach Verweise auf die Bedeutung medialer Kommunikation in unterschiedlichsten Zusammenhängen.⁴⁶

Nach Luhmann ist die »Realität der Massenmedien« durch Ambivalenz gekennzeichnet. Zum einen besteht die Realität der Massenmedien in ihren eigenen Operationen. Der technische Distributionsprozeß strukturiert und limitiert massenmediale Kommunikation, womit das System sich selbst und seine Differenz zur Umwelt (re-)produziert. Zum anderen besteht die Realität der Massenmedien in dem, »was für sie oder durch sie für andere als Realität erscheint«. In Abhängigkeit von der jeweiligen Beobachterperspektive läßt sich von »erster« beziehungsweise von »zweiter Realität« sprechen. Im beobachteten System der Massenmedien, das wie andere Funktionssysteme auch zwischen Selbst- und

Fremdreferenz unterscheidet, findet mithin eine Art Realitätsduplizierung statt. Die Massenmedien »müssen folglich Realität konstruieren, und zwar im Unterschied zur eigenen Realität noch eine andere«.⁴⁷

Der Terminus »Ausdifferenzierung« identifiziert die Emergenz eines spezifischen Teilsystems der Gesellschaft, das die konstituierenden Merkmale der Systembildung – autopoietische Selbst(re-)produktion, Struktur determiniertheit sowie operative Schließung – selbst erzeugt. Die funktionale Ausdifferenzierung eines Systems der Massenmedien ist durch die Etablierung von Distributionstechnologien bedingt. Der Code des Systems ist die Unterscheidung Information/Nichtinformation. Zwar vermag das System mit Information zu arbeiten, aber um etwas als Information prozessieren zu können – oder auch nicht –, bedarf es der Anlage, etwas für nichtinformativ halten zu können. Würde es nicht über einen solchen »Reflexionswert« verfügen, könnte es sich »nicht von der Umwelt unterscheiden, könnte keine eigene Reduktion von Komplexität, keine eigene Selektion organisieren«.⁴⁸

Die Massenmedien realisieren zeitgleich die Programmsektoren Nachricht/Bericht, Werbung und Unterhaltung mit verschiedenen Modi der Realitätskonstruktion. Luhmann zeigt sich beeindruckt von der Variabilität der Generierung von Irritation und Information in den singulären Programmbereichen. Der gemeinsame Beitrag der drei Formen massenmedialer Kommunikation liegt darin, »Voraussetzungen für weitere Kommunikation zu schaffen, die nicht eigens mitkommuniziert werden müssen«. Die konsentrierte Realität wird durch eine zweite, dem Konsens nicht verpflichtete Realität überdeckt. Hier ist die maßgebliche Unterscheidung Medium/Form: Das Medium stellt einen großen, wenn auch beschränkten Bereich von (Verweis-)Möglichkeiten zur Verfügung, aus dem Kommunikation Formen selbigen kann, wenn sie sich temporär auf bestimmte Inhalte fixiert. Darüber hinaus dient die Reproduktion der Programmbereiche der Aufrechterhaltung unterschiedlicher struktureller Kopplungen und damit der Anlehnung an andere Teilsysteme: »das System benutze [sic!] seine Programmatik, um seine Beziehungen zu anderen Funktionssystemen der Gesellschaft zu diversifizieren; und dies auf struktureller Ebene, weil Kontakte auf operativer Ebene ausgeschlossen sind.«⁴⁹

Der wichtigste Effekt der Massenmedien besteht in den Augen Luhmanns darin, daß diese im Prozessieren von Informationen »zugleich einen Horizont selbsterzeugter Ungewißheit aufspannen, der durch weitere und immer weitere Informationen bedient werden muß«. Die Massenmedien erhöhen die Irritierbarkeit der Gesell-

schaft und somit ihre Befähigung, Informationen zu gewinnen. Anders formuliert: »Sie steigern die Komplexität der Sinnzusammenhänge, in denen die Gesellschaft sich der Irritation durch selbstproduzierte Differenzen aussetzt.« Letztlich besteht die Funktion der Massenmedien im »Dirigieren der Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung des Gesellschaftssystems«⁵⁰.

Global theory, informationell differenzierte Gesellschaft, Weltbeschreibung

Sicherlich ist Luhmann mehr als nur ein Irritationspotential zu attestieren, wenn man darauf reflektiert, was er in erkenntnis-, sozial- und medientheoretischer Hinsicht (re-)präsentiert. Eine wichtige Grundvoraussetzung ist allerdings – und man sollte nicht Gefahr laufen, diese geringzuschätzen –, daß man sich zunächst auf die spezifischen Fragestellungen seines komplexen Theoriedesigns einläßt, woran nicht selten eine konstruktive Auseinandersetzung bereits im Vorfeld scheitert. Mitunter wird man sich nicht ganz des Eindrucks erwehren können – läßt man die Luhmann-Rezeption der letzten Jahre Revue passieren –, daß dieser nicht erst posthum zum alternativen, für manche gar zum alternativlosen »Klassiker« mutierte und somit – geradezu paradox für ihn – als ein Glied jener Phalanx soziologischer Altvordenen vereinnahmt wurde, deren Dispositionen mehr oder minder nach Belieben destruiert, interpretiert oder synthetisiert werden – und das mit nicht selten habnübchenen Resultaten.

Vergewissert man sich der Prämissen in der Theoriebildung Luhmanns, so sind basale Problemata, die zum polarisierenden Erscheinungsbild des verstorbenen Bielefelder Soziologen gehören, nicht von der Hand zu weisen. Ganz oben auf der Agenda der Luhmann-Kritik, ohne sie an dieser Stelle auch nur cursorisch diskutieren zu können, rangieren vornehmlich folgende Topoi:

1. der subjektphilosophisch begründete Verzicht auf »Individuall«kategorien des Menschen im trirelationalen Kommunikationsbegriff von Information, Mitteilung und Verstehen;

2. die vermeintliche Inkommunikabilität von Wahrnehmung infolge der kategorischen Separierung psychischer Systeme (Bewußtsein) und sozialer Systeme (Kommunikation);

3. die Applikation der genuin biologisch-physiologischen »Autopoiese«-Nomenklatura auf soziale Systeme sowie

4. die (Re-)Konstruktion historischer und empirischer Realität.⁵¹

Fokussiert man die funktional-strukturelle Systemtheorie Luhmanns unter seinem eigenen Anspruch als »global theory«, so gibt sie ein durchaus brauchbares Portofolio für eine Art Superrevision ab. Grundsätzlich ist das System-Modell geeignet, um als Integrativum divergierender Ansätze zu fungieren und somit theoretische Konzepte mittlerer Reichweite mit dem Design einer sozialwissenschaftlichen »grand theory« zu verbinden, auch wenn man sich hierbei programmatisch – beispielsweise durch die Adaption von handlungs- und entscheidungstheoretischen Elementen – von Fixpunkten der funktional-strukturellen Systemtheorie distanziert. Vor diesem Hintergrund impliziert die konstruktivistisch-systemtheoretische Konzeptualisierung der Massenmedien – gerade im makroskopischen Kontext der Selbstbeobachtung und –beschreibung von Gesellschaft – einige vielversprechende Anschlußmöglichkeiten: Exemplarisch sei verwiesen auf die medien- und kommunikationswissenschaftlichen Diskussionen, bei denen im Zusammenhang mit der Realitätskonstruktion, (Eigen-)Logik und Primärfunktion des Mediensystems auf Luhmann rekuriert wird.⁵²

Hinzu kommen jedoch in mikroskopischer Hinsicht einige Dilemmata in Luhmanns Konzeptualisierung der Massenmedien. Die konkretisierende (Re-)Konstruktion des Mediensystems bleibt erstaunlich unscharf konturiert: Die Binnendifferenzierung des Systems in die Programmsektoren Nachricht/Bericht, Werbung und Unterhaltung ist – für Luhmann eher ungewöhnlich – »rein induktiv« expliziert und eine hinreichende Begründung als Reflex auf funktionale Differenzierung sowie systemische Evolution unterbleibt. Zudem bleibt das Problem des systemischen Status der Massenmedien offen: Zwar reklamiert er, daß es sich bei den Massenmedien um ein autopoietisches, sich selbst reproduzierendes System handelt, dessen Analyse auf denselben Ebenen anzusetzen hat wie eine Untersuchung des Wirtschaftssystems, Rechtssystems oder des politischen Systems. Aber die Beantwortung der entscheidenden Frage, ob und wieweit die Massenmedien, die sich »für die Produktion der ›Eigenwerte‹ der modernen Gesellschaft zuständig«⁵³ zeigen, in Theorie und Praxis ein besonderes Funktionssystem abgeben, ist schließlich in Luhmanns Argumentation ungeklärt.

Wagen wir am Ende einen Ausblick: Angesichts der immer schneller heraufziehenden Informationsgesellschaft, die sich kommunikativ zugleich als Weltgesellschaft statuiert, bedarf es in der Begleitforschung zureichend komplexer wie differenzierter Theoriedesigns, um den An- und Herausforderungen der Mediengenese entsprechen zu können: »Es gibt Anzeichen dafür,

daß sich ein Transformationsprozeß in Gang setzt, der die funktional differenzierte Gesellschaft zu einer informationell differenzierten Gesellschaft erweitert.«⁵⁴ Hier eröffnen Systemtheorie und Konstruktivismus Luhmannscher Provenienz instruktive Perspektiven für die Medien- und Kommunikationswissenschaft, wenn diese den Innovationsimpetus seines Theoriekonzepts aufzunehmen vermögen, aber gleichzeitig evolutiv dessen gegenwärtigen Entwicklungsstand zu überschreiten wissen.

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Klaus Held: Heraklit, Parmenides und der Anfang von Philosophie und Wissenschaft. Berlin/New York 1980, S. 437.
- 2 Niklas Luhmann: Soziale Systeme. Frankfurt am Main ²1988, S. 7.
- 3 Vgl. Luhmann: Systeme (wie Anm. 2), S. 7.
- 4 Dies soll allerdings nicht heißen, Luhmann wüßte nicht, fundamentale Kritik an der soziologischen Ahnengalerie zu üben. Vgl. hierzu insbesondere Niklas Luhmann: Gesellschaftsstruktur und Semantik. 4 Bde. Frankfurt am Main 1980, 1981, 1989, 1995 sowie Niklas Luhmann: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1997.
- 5 Vgl. einschlägig Niklas Luhmann: Erkenntnis als Konstruktion. Bern 1988.
- 6 Luhmann: Systeme (wie Anm. 2), S. 7.
- 7 Vgl. Luhmann: Die Gesellschaft (wie Anm. 4), Teilband 1, S. 17f. und Luhmann: Systeme (wie Anm. 2), S. 7ff.
- 8 Vgl. Heinz von Foerster: Sicht und Einsicht. Braunschweig/Wiesbaden 1985, S. 26.
- 9 Luhmann: Die Gesellschaft (wie Anm. 4), Teilband 1, S. 17.
- 10 Ebd., S. 34f.
- 11 Vgl. u. a. Christian Filk: Konstruktivismus und Systemtheorie in der Medienforschung. In: RuG Jg. 23 (1997), S. 233-238.
- 12 Die nachstehenden Ausführungen basieren im wesentlichen auf Niklas Luhmann: Archimedes und wir. Herausgegeben von Dirk Baecker und Georg Stanitzek. Berlin 1987, S. 125-155 sowie Walter Reese-Schäfer: Luhmann zur Einführung. Hamburg ²1996, S. 202f.
- 13 Luhmann: Archimedes (wie Anm. 12), S. 148.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd., S. 129.

- 17 Vgl. etwa Jürgen Habermas: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 2: *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt am Main 1988, S. 295-444.
- 18 Luhmann: *Archimedes* (wie Anm. 12), S. 128.
- 19 Vgl. Niklas Luhmann: *Funktionen und Folgen formaler Organisation*. Mit einem Epilog. Berlin 41995.
- 20 Luhmann: *Archimedes* (wie Anm. 12), S. 133.
- 21 Vgl. etwa Niklas Luhmann: Talcott Parsons. In: *Zeitschrift für Soziologie* Jg. 9 (1980), S. 5-17 und Niklas Luhmann: *Warum AGIL?* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* Jg. 40 (1988), S. 127-139.
- 22 Luhmann: *Archimedes* (wie Anm. 12), S. 134f.
- 23 Ebd., S. 141.
- 24 Vgl. Jürgen Habermas/Niklas Luhmann: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung*. Frankfurt am Main 1971.
- 25 Vgl. Luhmann: *Systeme* (wie Anm. 2).
- 26 Vgl. Niklas Luhmann: *Paradigm lost. Über die ethische Reflexion der Moral*. Rede anlässlich der Verleihung des Hegel-Preises 1989. Frankfurt am Main 1990, S. 7-46.
- 27 Luhmann: *Systeme* (wie Anm. 2), S. 374f.
- 28 Luhmann: *Die Gesellschaft* (wie Anm. 4), Teilband 1, S. 11.
- 29 Ebd.
- 30 Vgl. Luhmann: *Archimedes* (wie Anm. 12), S. 142.
- 31 Vgl. Niklas Luhmann: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1988.
- 32 Vgl. Niklas Luhmann: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1990.
- 33 Vgl. Niklas Luhmann: *Das Recht der Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1993.
- 34 Vgl. Niklas Luhmann: *Die Kunst der Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1995.
- 35 Vgl. von Foerster: *Sicht* (wie Anm. 8).
- 36 Vgl. Gotthard Günther: *Beiträge zu einer operationfähigen Dialektik*. 3 Bde. Hamburg 1979, 1980.
- 37 Vgl. Humberto R. Maturana: *Erkennen*. Braunschweig/Wiesbaden 21985; Humberto R. Maturana/Francisco J. Varela: *Der Baum der Erkenntnis*. München 21991 und Humberto R. Maturana: *Biologie der Realität*. Frankfurt am Main 1998.
- 38 Vgl. George Spencer Brown: *Laws of Form*. New York 1972.
- 39 Die von Luhmann im Rekurs auf die mathematische Differenztheorie Spencer Browns und die mehrwertige Logik Günthers adaptierten Operationen müssen an dieser Stelle vernachlässigt werden. Vgl. hierzu Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 5*. Opladen 1990.
- 40 Luhmann: *Systeme* (wie Anm. 2), S. 35.
- 41 Vgl. Maturana: *Biologie* (wie Anm. 37).
- 42 Vgl. etwa Luhmann: *Systeme* (wie Anm. 2), S. 43, 60ff., 296ff., 555ff., passim.
- 43 Ebd., S. 31, 57ff., 593ff., 607ff., passim.
- 44 Vgl. stellvertretend für viele Klaus Merten u. a. (Hrsg.): *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*. Opladen 1994.
- 45 Die Abhandlung wurde zuerst 1995, dann 1996 in einer erweiterten Version vorgelegt. Vgl. Niklas Luhmann: *Die Realität der Massenmedien*. Opladen 21996. Nach der letzten Fassung wird hier zitiert.
- 46 Vgl. beispielsweise Luhmann: *Die Kunst* (wie Anm. 34) und Luhmann: *Die Gesellschaft* (wie Anm. 4).
- 47 Luhmann: *Die Realität* (wie Anm. 45), S. 14.
- 48 Ebd., S. 37.
- 49 Ebd., S. 120, S. 127.
- 50 Ebd., S. 149f., S. 173.
- 51 Zur Vertiefung vgl. etwa Hans Haferkamp/Michael Schmid (Hrsg.): *Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung*. Frankfurt am Main 1987; Siegfried J. Schmidt (Hrsg.): *Kognition und Gesellschaft. Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus 2*. Frankfurt am Main 1992 und Werner Krawitz/Michael Welker (Hrsg.): *Kritik der Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt am Main 21993.
- 52 Vgl. zum Beispiel Merten u. a. (Hrsg.): *Die Wirklichkeit* (wie Anm. 44).
- 53 Luhmann: *Die Realität* (wie Anm. 45), S. 177.
- 54 Udo Thiedeke: *Medien, Kommunikation und Komplexität*. Opladen 1997, S. 12.

Miszellen

Das Historische Archiv des (ehemaligen) Süddeutschen Rundfunks

Am 1. Oktober 1998 ist nach über 49jährigem Bestehen der Süddeutsche Rundfunk (SDR) im Südwestrundfunk (SWR) aufgegangen. Damit wurde auch das Historische Archiv des SDR wie auch das des Südwestfunks (SWF) Bestandteil des neu konstituierten Historischen Archivs des SWR. Es versteht sich jedoch von selbst, daß entsprechend dem Provenienzprinzip sowohl das SDR-Archiv wie auch das SWF-Archiv unvermischt mit ihren eigenständigen Beständen erhalten bleiben. Beide Archive werden – eine Grauzone möglicherweise ausgenommen, in der die Überlieferung der Übergangsphase des Jahres 1998 später einmal Zuordnungs- bzw. Recherche-probleme bereiten könnte – auch immer als solche zu identifizieren sein.

Anfänge und Aufbau

Das Historische Archiv des SDR besteht aus zwei 1986 endgültig zusammengeführten Einheiten:

1. einer seit Anfang der 60er Jahre existierenden historischen Dokumentation, die die Bezeichnung »Historisches Archiv« führte;
2. dem seit 1979 von der »Zentralablage« (im Sinne eines Magazinraums) zu einer zentralen Altregistratur (mit Nachweisen, Fristüberwachung und Aussonderung) bzw. einem historischen Aktenarchiv (mit Überführung des archiwürdigen Schriftguts in den historischen Aktenbestand) mutierten »Zentralarchiv«.

In den frühen 60er Jahren bekam eine ehemalige Sekretärin des Intendanten Fritz Eberhard von seinem Nachfolger Hans Bausch den Auftrag, historische Materialien des SDR zu sammeln und auf der Basis eines von der damaligen Historischen Kommission der ARD entwickelten Katalogsystems (Daten, Personen, Chronik) zu erfassen.¹ Sie begann damit, einen großen Teil der – vor allem ging es um interne Vorgänge und die in keinem guten Ordnungszustand befindlichen – Eberhard-Akten auf den Datenkatalog zu verteilen. Ergänzt wurden diese Materialien um einige wenige im Hause vorhandene Restakten der Jahre von 1924 bis 1945 sowie Kopien aus Fremdarchiven zur Süddeutschen Rundfunk AG (Sürag) und zum Reichssender Stuttgart, für die der Katalog entsprechende Nummern vorsah. Erfasst wurden einige andere ausgewählte Unterlagen (z. B. ein Ordner mit Dienstabweisungen des Leiters von Radio Stuttgart aus den

Jahren von 1946 bis 1949) sowie Fotos (Nachweise von Fotos in den Rundfunkzeitschriften der Zwischenkriegszeit erleichtern seitdem die Suche nach historischem Bildmaterial) sowie einiges weitere Sammlungsgut (vor allem Prospekte). Wichtiger Bestandteil der Dokumentation war auch das »Vertrauliche Tagebuch« des Intendanten Hans Bausch. Es war weder daran gedacht noch wäre es aus Gründen der Personalausstattung möglich gewesen, mit dieser nach Pertinenzen aufgebauten Auslesedokumentation auch das vorhandene Schriftgut archivisch in den Griff zu bekommen. Im Vorfeld des Rundfunkjubiläums 1973 bzw. der Arbeit an der von Hans Bausch herausgegebenen, 1980 erschienenen Geschichte der Rundfunkpolitik seit 1945 wurde weiteres Dokumentationsmaterial in Kopie ausgewählt. Ansonsten entwickelte sich die historische Dokumentation von einem Auslesearchiv zu einer Dokumentation von Presseauschnitten und hausinternem Sammlungsgut, die die Entwicklung des SDR und seiner Programme bzw. die Rundfunkpolitik in Baden-Württemberg, häufig allerdings nur in groben Umrissen, widerspiegelt.

Die Masse der Aktenüberlieferung blieb aus dem genannten Grund sich selbst überlassen. Es gab ein Aktenmagazin, das von den Abteilungen und Redaktionen selbst verwaltet wurde. Gelegentlich wiesen Rundschreiben der Rechtsabteilung auf die gesetzliche Verpflichtung zur – weitgehend befristeten – Aufbewahrung von Schriftstücken hin. Ansonsten gab es keine Regelungen des Hauses zur Sicherung der Aktenüberlieferung. Lediglich die Programmredaktionen des Hörfunks waren angewiesen, ein Duplikat jedes Manuskripts an die Zentralablage zu schicken, woraus dann nach Programmbereichen und z.T. nach Sendereihen untergliedert eine Programmdokumentation in gebundenen Bänden erstellt wurde. 1979 war der Sinn dieser Ablage sowohl bei den sie erstellenden Sachbearbeitern wie bei deren Vorgesetzten vergessen und nicht mehr erfragbar. Bei Nachforschungen stellte sich heraus, daß sich die Tradition auf die Ablage der zensierten Manuskripte der amerikanischen Kontrolloffiziere zurückführen ließ. Daraus war dann die Manuskriptsammlung des sogenannten »Lektorats« geworden, das eine Art interne Programmkontrolle nach dem Ende der Besatzungszeit darstellte. Nachdem der Lektor jedoch 1968 in den Ruhestand getreten war, wurde die Ablage noch elf Jahre weitergeführt.

Zwei »Aderlasse« haben den Aktenbestand des SDR und die historische Überlieferung angesichts der beschriebenen Ausgangssituation

schwer geschädigt: 1959 wurde auf Grund von Platzmangel eine Wirtschaftsprüfergesellschaft mit der »Bewertung« des Aktenbestandes beauftragt. Der Kategorie »Unterlagen ohne Archivwert« fiel ein großer Teil der bis dahin noch aus den 40er und frühen 50er Jahren erhaltene Redaktionskorrespondenz (z. B. Hörspiel, Literatur, Politik u. a.) zum Opfer, die vermutlich unmittelbar nach Eingang des Gutachtens vernichtet wurde. Eine minutiöse Zusammenstellung – mit Aktenkurztiteln der damals noch vorhandenen Ordner – ist in dem Gutachten enthalten.²

Als »Unterlagen mit absolutem Archivwert« wurden dagegen im wesentlichen die Honoraraktien bezeichnet. Dies war die Ursache dafür, daß die chronologischen Serien der Honorarbelege für Hörfunk- und Fernsehsendungen unangestastet blieben. Vor allem die »Programmnachweise Hörfunk«, die neben den Honorarbögen auch alle Manuskripte und Musiklaufpläne enthält (außer den Nachrichten), reichen aus diesem Grund bis zum ersten Sendetag unter amerikanischer Leitung – bis zum 8. Juli 1945 – zurück und dokumentieren fast lückenlos das Programm von Radio Stuttgart und des SDR. Die in dieser bzw. ähnlicher Form nur noch von Radio Bremen bzw. vom RIAS Berlin erhaltenen Programmnachweise stellen somit eine einzigartige Quelle dar.

Obwohl 1974 ein von einem Archivar des höheren Dienstes des Landes Baden-Württemberg erstelltes Gutachten für den Intendanten einen regulären Registratur- bzw. Archivbetrieb als dringend erforderlich beschrieb, gab es vor dem Umzug der Verwaltungs-, der Technikabteilungen sowie der Hörfunkredaktionen in das neue Funkhaus 1976 für die Archivierung der Akten keine neuen Initiativen. Es steht zu befürchten – ohne daß dies exakt nachgewiesen werden kann –, daß neben manchem Entbehrlichen damals noch in den Schränken der Abteilungen befindliches wertvolles Schriftgut unkontrolliert vernichtet wurde.

1979 wurde der gesamte vorhandene Aktenbestand erfaßt und im Laufe der folgenden Jahre ein regulärer Altregistratur- und Archivbetrieb – wie bereits angedeutet – eingerichtet. Das ursprüngliche Karteikartensystem zur Erfassung der Akten wurde im Mai 1993 durch das SAD-Modul ADAM (Archivierungs- und Dokumentationsystem für Akten und Manuskripte) ersetzt. Seitdem werden die Neuzugänge mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung erfaßt. Auch bereits archivierte Aktengut ist in geringerem Umfang mit Hilfe von ADAM erschlossen worden. Alle Unterlagen sind nach Provenienz (Abteilungen und Redaktionen) geordnet, eigene Manuskriptselekte existieren nicht. Dennoch

sind Einzelmanuskripte des Hörfunks – es handelt sich dabei nur um ausgewählte, im Aktennachweis angegebene Sendereihen (Radio-Essay, Politisches Feature u.ä.) – über die Wortdatenbank WOSAD recherchierbar.³ Vergleichbares gilt für Nachweise von Unterlagen von Fernsehproduktionen in FESAD.

Aktivitäten

Zwischen 1979 und 1998 nahm das Historische Archiv des SDR neben den beschriebenen Kerntätigkeiten Aufgaben wie jedes andere Historische Archiv wahr. Neben der Aktenarchivierung und dem Aufbau von Sammlungsbeständen wurden z. B. Ergänzungsdokumentationen erstellt (Kopien von Akten anderer Provenienzen zur erleichterten Benutzung beschafft). Zwischen 1986 und 1998 betreute das Historische Archiv auch die Mediendokumentation des SDR, in der neben allgemeinen bzw. überregionalen Betreffen vor allem das Pressematerial zur Medien- und Rundfunkpolitik des Landes Baden-Württemberg und zum SDR (Allgemeines und vor allem Programmaktivitäten) gesammelt wurde.⁴ Ergänzt wurde das Aktengut auch durch zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen sowie ihre Erinnerungsberichte (u. a. Peter Kehm, Helmut Heißenbüttel, Emil Obermann, Hans-Jürgen Schulz, Oswald Hirschfeld), die vor allen Auskünften über die unzureichend dokumentierte Nachkriegszeit gaben.⁵

Bei der Auswertung der Bestände des Historischen Archivs wurde hausintern in erster Linie die Öffentlichkeitsarbeit mit Material und Beiträgen für die Hauszeitschrift versorgt, größere Publikationen vorbereitet und veröffentlicht⁶ sowie in Zusammenarbeit mit der Technischen Direktion eine Ausstellung zum 70jährigen Rundfunkjubiläum 1994 konzipiert, die im Stuttgarter Funkhaus sowie an mehreren Orten im Sendegebiet gezeigt wurde. Das Historische Archiv beteiligte sich an der hausinternen Fortbildung und Ausbildung mit Vorträgen zur Registratur- und Aktenführung sowie zur Programmgeschichte. Last but not least sind die externen Benutzer zu nennen, die die Bestände des Archivs für ihre akademischen Abschlußarbeiten bzw. für Publikationen auswerten. Aus ihnen sind eine Reihe von bedeutenden rundfunkgeschichtlichen Publikationen hervorgegangen.⁷

Bestände

Es entsprach sowohl den Erfordernissen der Magazinverwaltung wie den Überlegungen für eine transparente Gliederung des gesamten Materials, daß eine Grobgliederung des Archivguts im Laufe der Jahre wie folgt erarbeitet wur-

de (Hinweise auf wichtige Schwerpunkte sind jeweils angefügt):

R = Splitterakten 1924 - 1945. Außer einigen Splitterakten des Reichssenders Stuttgart vor allem größere Manuskriptbestände von Hörspielen (1928ff.), Kinderfunksendungen (1930ff.) und unterhaltenden Hörfolgen (30er Jahre).

I = Intendantenakten und Gremienprotokolle (1949ff.).⁸ Neben der unvollständigen Registratur Eberhard (wichtig sind acht Aktenordner mit externem Schriftwechsel des Teilen der SPD stark verbundenen Intendanten) die vollständigen Registraturen der Intendanten Hans Bausch (1958 - 1989) und Hermann Fünfgeld (1990 - 1998).

X = Übergeordnete Stabsabteilungen wie Öffentlichkeitsarbeit und Justitiariat (1947ff.).

H = Hörfunk mit Akten, Musiklaufplänen und Manuskripten (1945ff.). Manuskripte und Sendepläne sind in größerem Umfang auch nach Redaktionsgliederung parallel zu den schwierig zu benutzenden täglichen Programmnachweisen Hörfunk der Honorarabteilung erhalten und wurden auch nicht kassiert. Die Redaktionskorrespondenz ist mit ihren archivwürdigen Überlieferungen bis Mitte der 60er Jahre dezimiert bis nicht mehr vorhanden, bis 1977/79 immer noch lückenhaft, danach – soweit archivwürdig – vollständig überliefert. Das Archiv des Radio-Essay mit Manuskripten und zugehöriger Korrespondenz seit 1955 gehört zu den wichtigsten Redaktionsarchiven.

F = Fernsehen mit Akten, Drehbüchern und Manuskripten (1953ff.). Akten aus der Frühzeit des SDR-Fernsehens, komplett erhaltene Redaktionsunterlagen der Dokumentarabteilung⁹ sowie des Fernsehspiels (insbesondere ab 1960).

T = Technik (1945ff.).

V = Verwaltung, insbesondere Akten des Verwaltungsdirektors (1946ff.).

N = Nachlässe wie der »privatdienstliche« Nachlaß von Hans Bausch; Nachlaß Helmut Walter, langjähriges Mitglied des Rundfunk- und Verwaltungsrats; Nachlaß Reinhold Noethlichs, Mitarbeiter des Reichssenders Stuttgart.

S = Sammlungsbestände (darin S01/01 = Rundfunkdokumentation I 1924 - 1945; S01/02 Dokumentation 1945 - 1986 mit Splitterakten aus den Jahren 1945 - 1986; S01/03 Mediendokumentation 1986 - 1998; S02/01 Personendossiers, insbesondere über SDR-Mitarbeiter, Gremienmitglieder und andere dem SDR nahestehende Persönlichkeiten, sowie Sondersammlungen: ca. 3 000 Plakate und ca. 23 000 Fotos, Prospekte, Hauspublikationen, Kritiken von Fernsehsendungen und auch einige wenige Objekte.

Nutzung

Das Historische Archiv des SDR kann am Standort Stuttgart des SWR während der Dienststunden jederzeit benutzt, Archivbesuche sollten jedoch angemeldet werden. Die üblichen gesetzlichen Regelungen im Rahmen des Persönlichkeits- und Urheberrechts sind bei der Benutzung bzw. vor allem der Veröffentlichung von Arbeiten zu beachten, die mit SDR-Unterlagen erstellt wurden. Deshalb verpflichtet sich der Benutzer bei der Genehmigung seines Benutzungsantrags, der Archivleitung Kenntnis von seiner Ausarbeitung zu geben und eventuellen Streichungswünschen nachzukommen.

Zukunftsperspektiven

Auf Grund der im Vergleich zu anderen Rundfunkanstalten relativ guten Ausstattung des SDR-Archivs kann dieses – mit Ausnahme der letzten Jahre – als ein weitgehend auf seinen archivwürdigen Kern reduziertes Archiv bezeichnet werden. Wegen der Fusion und den damit verbundenen Einsparungen wird der Personalbestand in Stuttgart reduziert und damit die Möglichkeiten verringert werden, an dem historischen SDR-Bestand das Mindestmaß an weiteren Erschließungen vornehmen zu können, die für eine erleichterte Benutzung notwendig sind. Auch die abschließenden Bewertungs-, Kassations- und vor allem Erschließungsarbeiten für das letzte SDR-Jahrzehnt lassen zu wünschen übrig und werden in Zukunft schwieriger zu realisieren sein. Außerdem stimmen die Raumsituation sowie die finanziellen Möglichkeiten in der Hinsicht sorgenvoll, als große Teile des bewerteten Materials noch archivgerecht aufzubereiten sind und für einige Bereiche, vor allem für die Materialien aus der unmittelbaren Nachkriegszeit und den 50er Jahren weitere dringend erforderliche konservatorische Sicherungsmaßnahmen – teilweise auch über die Mikroverfilmung hinaus – eingeleitet werden müßten.

Edgar Lersch, Stuttgart

¹ Zur durchaus vergleichbaren Geschichte der Historischen Archive aus derartigen Auslesedokumentationen vgl. Edgar Lersch: Die Historische Kommission der ARD und die Entstehung der Historischen Archive der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. In: Archivmitteilungen Jg. 41 (1991), S. 202-207 sowie ders.: Aufgaben und Probleme der Aktenarchive in den Rundfunkanstalten. Ein Erfahrungsbericht. In: Der Archivar Jg. 36 (1983), H. 2, Sp. 157-166.

² DEORGA: Untersuchung der Zentralablage des Süddeutschen Rundfunks, 21. September 1959. SDR, Historisches Archiv.

- 3 Über die Auswahlkriterien für Einzellerschließungen von Manuskripten siehe Edgar Lersch: Was geschieht mit den Rundfunkmanuskripten? In: Info 7 Jg. 2 (1987), H. 2, S. 53-56. Als Inventar der Texte aus der Nachkriegszeit vgl. Ausgewählte Manuskripte 1945 - 1948. Stuttgart 1990 sowie die Gemeinschaftspublikation mit der Wordokumentation des SDR: Brigitte Grimm/Jörg Hucklenbroich (Bearb.): Radio-Essay 1955 - 1981. Verzeichnis der Manuskripte und Tondokumente. Stuttgart 1996.
- 4 Mit der Fusion wird die SWR-Mediendokumentation von der früheren SWF-Mediendokumentation wahrgenommen. Das SDR-bezogene Material dieser neuen Dokumentation für die Jahre 1986 - 1998 wird auf jeden Fall als Sammlungsbestand erhalten bleiben.
- 5 Vgl. auch Peter Kehm: Vorübergehend lebenslänglich... Ganz persönliche Erinnerungen aus 40 Rundfunkjahren - und einigen davor. Stuttgart 1990.
- 6 Vgl. folgende Bände der Reihe Südfunkhefte: Eberhard Klumpp: Das erste Jahrzehnt. Der Südfunk und sein Programm 1924 - 1933/34. 1984; Hermann Fünfgeld u. a. (Hrsg.): Der Stuttgarter Fernsehturm. Der erste seiner Art. 1986; Bernhard Ballhaus: Das Mannheimer Studio. 1988; Edgar Lersch: Rundfunk in Stuttgart. 1934 - 1949. 1990; Peter Kehm/Friedmar Lücke: 70 Jahre Rundfunk für Baden und Württemberg 1924 bis 1994. Bilder einer Ausstellung. 1994; Konrad Dussel u. a.: Rundfunk in Stuttgart. 1950 - 1959. 1995; Hermann Fünfgeld: 70 Jahre Rundfunk in Baden. 1926 - 1996. 1996; Hermann Fünfgeld (Hrsg.): Von außen besehen. Markenzeichen des Süddeutschen Rundfunks. 1998.
- 7 Vgl. Brunhilde Elfert: Die Entstehung und Entwicklung des Kinder- und Jugendfunks in Deutschland von 1924 - 1933 am Beispiel der Berliner Funkstunde. Frankfurt am Main u. a. 1985; Wolfram Wessels: Hörspiele im Dritten Reich. Zur Institutionen-, Theorie- und Literaturgeschichte. Bonn 1985; Arno Schmidt: Der Briefwechsel mit Alfred Andersch. Zürich 1985; Matthias Liebe: Alfred Andersch und sein Radioessay. Frankfurt am Main u. a. 1990; Konrad Dussel: »Die Interessen der Allgemeinheit vertreten.« Die Tätigkeit der Rundfunk- und Verwaltungsräte von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk 1949 bis 1969. Baden-Baden 1995; Hans-Ulrich Wagner: »Der gute Wille, etwas Neues zu schaffen.« Das Hörspielprogramm in Deutschland von 1945 bis 1949. Potsdam 1997; Stefan Kursawe: Stimmen der »Stunde 1«. Politische Kommentare im Stuttgart der unmittelbaren Nachkriegszeit. In: Rundfunk und Geschichte Jg. 23 (1997), H. 4, S. 208-223; Thomas Penka: »Geistzerstörer Rundfunk.« Sozialgeschichte des Südfunkprogramms in der Weimarer Republik. Potsdam 1999.
- 8 Bis in die 70er Jahre wurden die Gremien vom Sekretariat des Verwaltungsdirektors betreut. Bis dahin finden sich einige wenige Akten die Gremi-

enorganisationen betreffend im Bestand des Verwaltungsdirektors.

- 9 Zum Teil verarbeitet und eingegangen in das Begleitbuch zur Videoedition Kay Hoffmann: Zeichen der Zeit. Zur Geschichte der Stuttgarter Schule. München 1996.
- 10 Mehrere 100 000 Negative bzw. Kontaktabzüge befinden sich noch in der Obhut des Fotolabors, das der Fernsehproduktion zugeordnet ist.

»1968« als massenmediales Ereignis» Tagung im Deutschen Literaturarchiv vom 3. bis 5. Dezember 1998

Der Tagungstitel »1968« als massenmediales Ereignis« verkürzt Verlauf und Ergebnisse der Veranstaltung, organisiert durch den Arbeitskreis für Historische Jugendforschung, um wesentliche Aspekte, war doch die Beschäftigung mit »massenmedialen Ereignissen« von 1968, bzw. der Jahre davor und auch noch danach, Ausgangspunkt für mannigfaltige weitergehende Analysen der Ursachen sowie des Verlaufs der sogenannten Studentenbewegung. Einerseits ist eine Banalität, daß »1968« ohne die Vernetzung von Ideen und den Transport von Informationen durch die Medien nicht denkbar wäre, andererseits ist es jedoch falsch, »1968« bereits als weitgehend nach den Vorgaben und »Gesetzmäßigkeiten« der Medien und vor allem des Fernsehen ablaufendes bzw. dieses bereits hochgradig instrumentalisierendes soziales Ereignis zu bezeichnen. Doch ohne Sympathien und »Türöffner« vor allem, aber nicht nur in den Medien (für die ja von der Kommunikationswissenschaft der Begriff des »gatekeeper« geprägt wurde) aus der älteren Generation hätte das Gedankengut der Studenten keine Verbreitung gefunden. Welche Rolle z. B. dabei die sogenannte »Flakhelfer-Generation«, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre auf die Lehrstühle gelangte und auch sonst in Gesellschaft und Publizistik die ältere Generation ablöste, wurde auf der Tagung zwar immer wieder angesprochen, ohne daß bereits gültige Antworten gegeben werden konnten. Breit vorgestellt und diskutiert wurde auch die parallele Entwicklung in der DDR, auf die in diesem Zusammenhang sonst eher selten eingegangen wird. Dabei wurden durchaus interessante Parallelen sichtbar, aber letztlich waren auch beträchtliche Unterschiede nicht zu verkennen, die in den unterschiedlichen Gesellschafts- und damit auch Mediensystemen zu suchen sind. Angesichts der nur sehr schwer miteinander vergleichbaren gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen wurde auch

die Sinnhaftigkeit allzu enger Parallelisierungen immer wieder in Zweifel gezogen.

Der »Chronist« der Studentenbewegung, Wolfgang Kraushaar, Hamburg, erwies sich in seinem ausführlichen, gleichwohl spannenden Vortrag als hervorragender Kenner der Bildüberlieferung von 1968. Wie die Fernsehberichterstattung mit ihren damals bereits eingeschliffenen spezifischen Routinen und Klischees 1967 und 1968 – Auschnitte aus dem berühmten Interview von Günter Gaus mit Rudi Dutschke belegten ein beträchtliches Vermögen zur Selbststilisierung bzw. -darstellung des Studentenführers – bilden auch die Fotografien in Zeitungen und Illustrierten meist ein gegenwärtig nur noch schwer zu entwirrendes Geflecht von Arrangements »aufregender« Bilder durch die Fotografen selbst, von Selbstinszenierungen durch die beteiligten Studenten und einigermaßen authentischen Belegen, die häufig nur mit Mühe – dann aber als wichtiger Beleg – für den Ablauf von Ereignissen bzw. die Beteiligung von Personen herangezogen werden können.

Michael A. Schmidtke, Bielefeld, zeigte in seinem Vortrag, daß die Happening-Bewegung der 60er Jahre um Brock, Beuys und Vostell mit ihrem Streben nach einem erweiterten Kunstbegriff zwar ähnliche Wurzeln und vergleichbare Motivationen hatte wie die Studentenbewegung, die aus der Situationistischen Internationale und der subversiven Aktion sowie dem zeitgenössischen Theater Anregungen für ihre Aktionen bezog, daß aber die jeweils in der Logik ihrer jeweiligen Felder agierenden Gruppen sich nur schwer zusammenbinden ließen. Trotz vorhandener Parallelen bzw. Verwendung ähnlicher Mittel: Die Studentenbewegung verstand sich als politische, nicht als ästhetische Bewegung und kann nicht als Spaßrevolte bezeichnet werden. Engen Bezug zu diesem Thema hatten die teils analytischen, teils lebensgeschichtlich-biographischen Berichte von Eckard Holler, Tübingen, über »Studentische Bohème in Heidelberg (und anderswo) zwischen 1963 und 1965«, die zur Vorgeschichte von 1968 ebenso gehören wie die Festivals auf der Burg Waldeck, die Diethard Kerbs, Berlin, vorstellte.

Es mag durchaus bezweifelt werden, ob mit dem etwas unpräzisen Begriff des »68er Gefühls« gleichgerichtete Entwicklungen in West und Ost angemessen erfaßt werden können. Rüdiger Steinmetz, Leipzig, sah auf der ganzen Welt sehr ähnliche, systemübergreifende Entwicklungen am Werk wie Generationenkonflikte bzw. -wandel und Infragestellung überkommener Werte in der Kultur und Lebensführung, aber auch in künstlerischen Entwicklungen – und so auch im Film –, wo die »geschlossene Form« mehr und mehr an Boden verlor. Steinmetz ver-

trat die These, daß ästhetische Neuansätze in den Filmen der Ostblockstaaten und somit auch der DDR früher haben zum Durchbruch kommen können als in der Bundesrepublik, weil die dort schon gegründeten Filmhochschulen Neuerungen energischer vorangetrieben hätten. Seine Thesen untermauerte er durch teilweise verblüffend ähnliche Filmsequenzen aus den Spielfilmen »Zur Sache Schätzchen« (BRD) und »Jahrgang 1945« (DDR).

Wie unterschiedlich die Erfahrungen und Ausgangslagen dennoch waren, untermauerte in ihrem material- wie theoriegesättigten Vortrag Dorothee Wierling über »1968 in Lebensgeschichten der DDR-Nachkriegsgeneration«. Die sich an den Prager Frühling orientierende Reformdiskussion in der DDR sei nicht generationell geprägt gewesen wie die Auseinandersetzungen in der BRD. Auch über den Nationalsozialismus habe es keinen Streit zwischen »Alten« und »Jungen« gegeben, vielmehr gebe es begründete Indizien dafür, daß es das größte Konfliktpotential zwischen Staatsführung und Jugend nicht in der Konfrontation mit deren intellektuellen Teil gegeben habe, sondern erhebliche Integrationsprobleme die männliche Arbeiterjugend bereitete. Für die Oppositionellen von 1989 war 1968 im übrigen nur ein Schlüsselerlebnis (etwa neben der Ausweisung von Wolf Biermann 1977); und die sogenannte Fluchtbewegung von 1989, die in erheblichem Maße dazu beitrug, daß die DDR »unterging«, wurde von den nach 1955 Geborenen getragen: Eine Sonderstellung von 1968 sei anders als für die Bundesrepublik, die damit die Nachkriegszeit endgültig beendete, somit für die DDR-Geschichte nicht gegeben.

Waren schon in der Diskussion über die Vorträge von Steinmetz und Wierling Hinweise darauf gegeben worden, wie die SED die potentiellen Gefahren aus dem Westen zu umschiffen suchte (z. B. durch eine DDR-Hochschulreform 1968, und wie der damalige Kulturminister der DDR Hans Bentzien ergänzend über zahlreiche Maßnahmen ab 1965 für die Jugend berichtete, um sie bei der Stange zu halten) belegte Christoph Classen, Potsdam, anhand von Analysen des Umgangs der DDR-Medien (vor allem Hörfunk und Fernsehen) mit der Studentenbewegung, daß das eigentliche Anliegen des Protests den DDR-Bürgern nicht vermittelt wurde. Eine – nach parteikommunistischer Terminologie – linksoppositionelle Debatte, als die der Studentenprotest einzuordnen war, fürchtete die Parteiführung wie der Teufel das Weihwasser. Vor allem die harsche Reaktion von Teilen der Gesellschaft und der Politik der BRD gegen den Studentenprotest wurde herausgegriffen, um die überkommenen Feindbilder (das wahre Gesicht

des Kapitalismus, faschistische Tendenzen in der Gesellschaft etc.) zu reproduzieren. Schließlich wurde der Studentenprotest in einen Arbeiterprotest umgemünzt, wie Classen mit einem aufschlußreichen O-Ton vom 1. Mai von der (Gegen-)Demonstration 1968 mit dem (West-) Berliner SED-Vorsitzenden Gerhard Danelius demonstrierte.

Der stellvertretende SPIEGEL-Chefredakteur, Martin Doerry, Hamburg, stellte die sich allmählich auf den Studentenprotest zubewegende Berichterstattung des SPIEGEL in der zweiten Jahreshälfte 1967 vor, meinte aber bereits zu Beginn von 1968 eine allmähliche Distanzierung beobachtet zu haben. Er vergaß nicht, darauf hinzuweisen, daß es im übrigen einen auffällig starken Nebenstrom in der Berichterstattung und Kommentierung parallel zu den politischen Auseinandersetzungen mit der Studentenbewegung gegeben habe: die vermutlich den »Interessen« der Leser geschuldete ausführliche Beschäftigung mit dem Innenleben der »Kommune 2« und darin eingeschlossen den sexualreformerischen Anliegen der Studentenbewegung. Im April 1969 wurde ein »Aktionsgruppe kritischer SPIEGEL-Redakteure« gegründet: Rudolf Augstein umging jedoch die laut werdenden Forderungen nach redaktioneller Mitbestimmung durch die finanzielle Beteiligung der Redakteure.

Den »ideengeschichtlichen« Voraussetzungen von 1968 gingen Günter Behrmann und Clemens Albrecht, Potsdam, nach. Behrmann warf einen Blick zurück auf die Geschichte der Frankfurter Schule seit den 20er Jahren, ihrer Vertreibung und der Exiljahre, und wies nachdrücklich auf die Prominenz hin, die vor allem Max Horkheimer in der Gesellschaft der Bundesrepublik nach seiner Rückkehr aus der Emigration genoß. Das mag mit ein Grund dafür sein, daß dieser so lange zögerte, ihn möglicherweise diskreditierende Schriften aus den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg nachdrucken zu lassen: Dies galt ja bekanntermaßen für die »Dialektik der Aufklärung«, die erst 1969 im S. Fischer Verlag wieder erschien. Einen ambitionierten Versuch, die Medienkarriere der wichtigsten geistigen Väter der Studentenbewegung auch quantitativ zu belegen, führte Albrecht vor: Er belegte die starke Präsenz von Adorno (u. a. im Hörfunk des HR und des SDR seit den 50er Jahren) und wies auf die ebenfalls hohe Zahl von Auftritten Horkheimers bei verschiedenen Sendern und vor allem seine engen Kontakte zum BR hin. Herbert Marcuse wurde durch seine Präsenz in Hörfunk, Fernsehen und Presse zum Medienstar der 68er – nicht nur in Deutschland: Das Edition-Suhrkamp-Bändchen »Zur Kritik der repressiven Toleranz« wurde ein Bestseller.

Schwankend waren auf Nachfragen die Bewertungen der 68er-Rezeption: Aussagen dazu bewegten sich – wie so häufig – auf ausgesprochen dünner »Datengrundlage«. Daß zumindest der Fernsehkonsum der Studenten damals noch wenig ausgeprägt war, ließ – wie auf der zwei Monate vorher stattgefundenen Veranstaltung in Marbach¹ – auch auf diesem Symposium die Vermutung aufkommen, daß sich die Diffusion der Ideen unter der jüngeren Generation möglicherweise durch das Radio und vor allem durch die Printmedien (Zeitschrift und Buch) vollzogen hat. Der Arbeitskreis für Jugendforschung will daher 1999 einen weiteren Workshop mit einer Konzentration auf diese Problematik durchführen. Es ist zu wünschen, daß auch die Folgetagung so anregend und ergebnisreich verläuft wie die von 1998.

Edgar Lersch, Stuttgart

¹ Vgl. Karin Fischer: »Buch, Buchhandel und Rundfunk – 1968 und die Folgen«. Eine Tagung in Marbach/N. am 5./6. Oktober 1998. In: RuG Jg. 24 (1998), H. 4, S. 263f.

Kleiner Förderverein mit großem Namenspatron Die Fritz-Eberhard-Gesellschaft in Berlin

1997 wurde in Berlin die Fritz-Eberhard-Gesellschaft zur Förderung der Journalisten-Weiterbildung gegründet. Die Gründung geht auf eine Initiative von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Studiengangs Journalisten-Weiterbildung (JWB) an der Freien Universität Berlin (FU) zurück. Das vorrangige Ziel der Gesellschaft besteht darin, diesen im deutschsprachigen Raum einmaligen Studiengang und seine Aktivitäten zu unterstützen. Die Gesellschaft will zugleich die Erinnerung an ihren Namenspatron Fritz Eberhard (1896 - 1982) pflegen, der – sozusagen als Schlußpunkt zumindest seiner Berufsbiographie – in den 60er Jahren das Institut für Publizistik an der FU geleitet hat.

Beiden Anliegen – Förderung der Aktivitäten des Studiengangs und Erinnerung an die Person Eberhards – ist die Gesellschaft in besonderer Weise gerecht geworden, als sie den Fritz-Eberhard-Workshop mitinitiierte, der am 6. November 1998 in Berlin stattfand.¹ Unter der Überschrift »Fritz Eberhard – Rückblick auf ein Jahrhundert am Beispiel seiner Biographie« tauschten hier Weggefährterinnen und Weggefährten Eberhards mit Historikern Erinnerungen und Einschätzungen aus. Der Workshop, der im Kontext des 50jährigen Jubiläums der FU und des Instituts für Publizistik (heute: Institut für Pu-

blizistik- und Kommunikationswissenschaft) stand, wurde vom Studiengang Journalisten-Weiterbildung ausgerichtet und fand mit Unterstützung des DeutschlandRadios in dessen Funkhaus in Berlin-Schöneberg statt. Die Kontakte, die sich im Rahmen der Veranstaltung ergeben haben, stellen eine große Bereicherung für die Arbeit der Gesellschaft dar. Die Beiträge des Workshops werden – ergänzt durch unveröffentlichtes Originalmaterial von und über Eberhard – demnächst in Buchform veröffentlicht. Auch dieses Publikationsprojekt wird die Fritz-Eberhard-Gesellschaft begleiten.

Das Engagement von Fritz Eberhard am Berliner Institut stand am Ende eines beeindruckenden Lebens, das eng mit den Brüchen der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert verknüpft war. 1896 in Dresden als Hellmut von Rauschenplat geboren, engagierte Eberhard sich in der Zeit des Nationalsozialismus – auch journalistisch – gegen die Hitler-Diktatur. In der Illegalität nahm er den Decknamen Fritz Eberhard an, 1937 floh er nach England. Dort entwickelte er, wie Susanne Miller, eine frühe Weggefährtin Eberhards, auf dem Berliner Workshop eindrucksvoll berichtete, auch Pläne zur Ermordung Hitlers. Fritz Eberhard kehrte im Frühjahr 1945 noch vor Ende des Krieges nach Deutschland zurück und war in der Nachkriegszeit unter anderem SPD-Abgeordneter und Staatssekretär in Baden-Württemberg sowie Leiter des Deutschen Büros für Friedensfragen, einer Vorläuferorganisation des Auswärtigen Amtes. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates zählt er zu den Vätern des Grundgesetzes. Von 1949 bis 1958 war Eberhard erster Intendant des Süddeutschen Rundfunks, bevor er Anfang der 60er Jahre an das Institut für Publizistik in Berlin wechselte. Dort gab er Impulse für die Hinwendung der Publizistik zur empirischen Kommunikationsforschung.

Neben der Unterstützung für den Workshop in Berlin fördert die Fritz-Eberhard-Gesellschaft die wissenschaftliche Weiterbildung für Journalisten. Zu diesem Zweck vergibt sie jährlich den Fritz-Eberhard-Preis für herausragende Abschlußarbeiten im Studiengang Journalisten-Weiterbildung. Der Studiengang bietet berufstätigen Journalistinnen und Journalisten die Möglichkeit, ein dreijähriges berufsbegleitendes Studium generale zu absolvieren und mit dem akademischen Grad »Licentius rerum publicarum« abzuschließen. Das Studienangebot will zur weiteren Akademisierung des Journalismus beitragen und richtet sich besonders an diejenigen Journalisten, die ohne Studium den Berufseinstieg geschafft haben und nach mindestens vierjähriger Berufstätigkeit sich wissenschaftlich weiterbilden möchten. In den Abschlußarbeiten

sollen die Teilnehmer zeigen, daß sie wissenschaftliche Erkenntnisse und Arbeitsweisen kompetent und sinnvoll in ihre journalistische Arbeit einbringen und diese dadurch verbessern und bereichern können.

Zweimal wurden bisher besonders gelungene, zum Teil historisch orientierte JWB-Abschlußarbeiten mit dem Fritz-Eberhard-Preis prämiert. Im Jahre 1997 ging einer der Preise an Peter Stöferle, »Neu-Ulmer Zeitung«, der sich mit Zwangsarbeit im Nationalismus beschäftigt hatte. Stöferle hatte die Meldekartei für Ausländer in Neu-Ulm aufgestöbert und diese in akribischer Kleinarbeit mit Blick auf die Zwangsarbeiter ausgewertet. Ausmaß und Entwicklung des sogenannten »fremdvölkischen Arbeitseinsatzes« wurden so durchleuchtet. Den anderen Preis des Jahres 1997 erhielt Antje Seilkopf, Redakteurin bei der »Mitteldeutschen Zeitung«, für ihre Arbeit über Entstehungsbedingungen jugendlicher Gewalttätigkeit. Im Jahre 1998 ging der Fritz-Eberhard-Preis an Gertraud Behrendt, Lokalreporterin bei der »Märkischen Allgemeinen Zeitung«. Ihre Arbeit »Juden in Jüterbog – Spurensuche in der Stadtgeschichte« dokumentiert eine ausgedehnte, grenzüberschreitende Recherche an der Schnittstelle zwischen investigativem Journalismus und historischer Forschung. Ausgehend von nur drei anfangs bekannten Familiennamen, rekonstruierte Gertraud Behrendt im Detail die Lebensläufe der jüdischen Bewohner Jüterbogs. Bei Interesse stellt der Studiengang gern Kontakt zu den bisherigen Preisträger(inne)n her.

Für die Zukunft plant die Fritz-Eberhard-Gesellschaft auch die Vergabe von Teilstipendien für solche Teilnehmer des JWB-Studiengangs, die aufgrund der Studiengebühr ihr Studium aufgeben müßten. Zur Zeit fehlen der Gesellschaft allerdings noch die für eine kontinuierliche Förderung notwendigen finanziellen Mittel. Aus diesem Grund sollen in Zukunft verstärkt Sponsoren gewonnen werden. Mitglieder der Fritz-Eberhard-Gesellschaft sind bis jetzt vor allem Studierende des Studiengangs Journalisten-Weiterbildung. Die Gesellschaft ist offen und freut sich über neue Mitglieder – gerade auch solche, die Fritz Eberhard selbst gekannt haben oder denen es am Herzen liegt, ihn in Erinnerung zu behalten.

Kontaktadresse: Fritz-Eberhard-Gesellschaft, c/o Stefan Finckenstein, Badensche Straße 6, 10825 Berlin

Hartmut Weißler, Berlin

¹ Vgl. Fritz Eberhard-Kolloquium am 6. November 1998 in Berlin. In: RuG Jg. 24 (1998), H. 4, S. 261ff.

Rundfunk und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik Eine Ausstellung in Heidelberg

»Rundfunk und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik« heißt eine Ausstellung, die die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte am 19. Februar 1999 in ihren Räumen in Heidelberg, Pfaffengasse 18, eröffnet hat und die dort noch bis zum 25. April zu sehen sein wird. Anlässlich des 75jährigen Rundfunkjubiläums werden in Text- und Fototafeln, Tondokumenten und Empfangsgeräten, Rundfunkprogrammzeitschriften und Bastelanleitungen, die vor allem die Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main, aber auch das Museum für Technik und Arbeit in Mannheim, das Franziskaner-Museum (= Stadtmuseum) in Villingen-Schwenningen/Schwarzwald, das Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund sowie private Leihgeber zur Verfügung gestellt haben, die Rundfunkorganisation der 20er Jahre und die Programmangebote der privatwirtschaftlichen Rundfunkgesellschaften unter staatlicher Aufsicht in groben Zügen beschrieben.

Im Mittelpunkt steht die Arbeiter-Radio-Bewegung, die zunächst parteiübergreifend Anhänger von SPD und KPD im Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands vereinigte, sich jedoch Ende der 20er Jahre in den Arbeiter-Radio-Klub, der sich an die SPD anlehnte, und den KPD-nahen Freien Radio-Bund aufspaltete und damit die wachsende Entfremdung zwischen den beiden Linksparteien dokumentierte. Infolge der Spaltung gab es natürlich auch zwei Programmzeitschriften: den »Arbeiterfunk« als Organ SPD-verwandter Positionen, das eine Mitarbeit in den Programmen und den Aufsichtsgremien des Rundfunks befürwortete, um Positionen der Arbeiterschaft dort artikulieren zu können, und den »Arbeitersender«, der sich als Teil der Systemopposition verstand und seine Leser nur noch zum Abhören der deutschsprachigen Sendungen von Radio Moskau, die es seit 1929 gab, aufforderte.

Eine zur Ausstellung erschienene Broschüre reproduziert Texte, Fotos und Faksimiles, die so auch noch nach Ausstellungsende als Dokumentensammlung zur Verfügung steht.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Deutsche Welle reformiert Fernsehprogramm DW-tv mit neuem Nachrichtenformat

Am 1. Januar 1999 ist das Fernsehprogramm der Deutschen Welle (DW), DW-tv, mit einem neuen reinen Nachrichten- und Informationsformat auf Sendung gegangen. Damit will sich das deutsche Auslandsfernsehen auf seinen weltweiten Märkten präziser positionieren. Gleichzeitig wurde das optische Erscheinungsbild des Programms neu gestaltet.

Das geänderte Format versteht sich als Teil einer »neuen Informationsoffensive« der Deutschen Welle.¹ Mit ihr sollen die primären Zielgruppen der DW – ausländische Meinungsführer und Entscheidungsträger, deutsche Geschäftsreisende und Touristen sowie Auslandsdeutsche und alle an Deutschland und Europa Interessierten – noch besser mit Nachrichten und Informationen »aus der Mitte Europas« versorgt werden, wie der neue Programmslogan lautet. Nicht zuletzt reagierte die Geschäftsführung des deutschen Auslandsrundfunks auch auf die stagnierende Haushaltslage.

Leitmarke des reformierten DW-tv-Formats – zuvor beinahe ein Vollprogramm – ist die Nachrichtensendung »Journal« zu jeder vollen Stunde, gefolgt von einer Zusammenfassung der aktuellen Wirtschaftsmeldungen. Am Wochenende zählen auch Sportereignisse zu den Themen des »Journals«. Abgerundet wird der Nachrichtenblock mit dem »Tagesthema«, der vertiefenden Hintergrundberichterstattung zu einem Ereignis, das auf der deutschen und europäischen Themenagenda ganz oben steht. Gerade die Zuschauer in Weltregionen fernab von Europa sollen das deutsche Tagesgeschehen besser verstehen und einordnen können. Fernsehangebote wie CNN International oder BBC World leisten hierzu nur selten Hilfestellungen. In der zweiten Hälfte einer jeden Stunde finden sich je nach Wochentag und Tageszeit verschiedene Informations-, Feature- und Dokumentationsformate; Namen wie »Schauplatz Deutschland«, »Im Focus«, »European Journal«, »Arts unlimited« oder »Alemania en vivo« sprechen für sich. Bisher im Programm vetretene Unterhaltungs- und Musiksendungen entfallen.

Zentrales Merkmal von DW-tv ist der nunmehr stündliche Wechsel zwischen der englischen und deutschen Sprache; für Nord-, Mittel- und Südamerika sowie Europa werden außerdem zwei Sendestunden in Spanisch angeboten. Das Angebot ist über örtliche, regionale oder landesweite Wiederausstrahler (Rebroadcasters), in zahlreichen Kabelnetzen sowie über die Satelliten Asiasat 2, GE-1, Hotbird 5, Intelsat-K,

Intelsat 707, Hotbird 5 und PAS-5 an beinahe jedem Ort der Erde zu empfangen.

DW-tv nahm seine Sendungen am 1. April 1992 auf, als RIAS-TV in der mit ihren Hörfunkproduktionen in Köln beheimateten Deutschen Welle aufging.² Seit 1. Juli 1995 sendet DW-tv von Berlin aus im 24-Stunden-Betrieb. Erfahrungen in der Produktion von Fernsehprogrammen (zumeist per Kassettenvertrieb) hat die DW allerdings schon seit Mitte der 70er Jahre; bereits seit 1963/65 belieferte zudem das im Hause ansässige DW/ARD/ZDF-Tochterunternehmen TransTel, Gesellschaft für deutsche Fernsehtranskription mbH, Fernsehanbieter in der ganzen Welt mit landessprachlichen Adaptionen deutscher Fernsehprogramme.³ Daß die TransTel ebenfalls am 1. Januar 1999 in die Deutsche Welle eingegliedert wurde, mag zeitlicher Zufall sein, zeigt aber, daß die Veranstaltung von Fernsehprogrammen längst zu den unverzichtbaren Standards zeitgemäßen Auslandsrundfunks gehört.

Die Deutsche Welle unterstreicht mit dem neuen Informationsformat von DW-tv die Wichtigkeit ihres Auftrags, »den Rundfunkteilnehmern im Ausland ein umfassendes Bild des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland [zu] vermitteln und ihnen die deutschen Auffassungen zu wichtigen Fragen dar[zustellen] und [zu] erläutern.«⁴ In Anbetracht der gestiegenen internationalen Verpflichtungen und Verflechtungen des vereinten Deutschland wird die enorme Bedeutung dieses Auftrages weiter zunehmen. Eine Ausweitung der DW-Programmangebote als unverzichtbarer Teil der Außendarstellung der Bundesrepublik Deutschland wäre der Stellung des Landes angemessen.⁵

Oliver Zöllner, Köln

¹ Aus der Mitte Europas in die Welt. Die neue Informationsoffensive. In: DW-PLUS Jg. 3 (1999), H. 1, S. 4f.

² Vgl. Dieter Weirich: Deutschland der Welt vermitteln. Die 40 Jahre junge Deutsche Welle. In: Ders. (Hrsg.): Auftrag Deutschland. Nach der Einheit: Unser Land der Welt vermitteln. Mainz/München 1993, S. 111-160, hier S. 135ff.; Deutsche Welle (Hrsg.): Wedding '98. 1988 - 1998: Von RIAS-TV zu DW-tv. O. O. [Berlin] 1998.

³ Vgl. Eberhard Burmester: 30 Jahre Deutsche Welle. Neubiberg 1983, S. 50ff.; Wilhelm Nöbel/Deutsche Welle (Hrsg.): Weltweit. 1953 - 1993. 40 Jahre Deutsche Welle. Köln o.J. [1993], S. 22ff.

⁴ Gesetz über die Rundfunkanstalt des Bundesrechts »Deutsche Welle« (Deutsche-Welle-Gesetz – DWG) vom 16. Dezember 1997, § 4 (»Programmauftrag«).

⁵ Vgl. scha. (= Karl Schawinsky): Sinnvoll und unverzichtbar. In: Medienspiegel Jg. 22 (1998), H. 51, S. 1.

AFRTS digitalisiert Sendernetz US-Truppen weltweit mit erweitertem AFN-Rundfunkangebot

Der »Armed Forces Radio and Television Service« (AFRTS) der Vereinigten Staaten hat Ende 1998 die Digitalisierung seines weltweiten Sendernetzes abgeschlossen. Seitdem stehen den US-Truppenangehörigen bis zu vier Fernseh- und acht Hörfunkprogramme mit dem traditionellen Markennamen »American Forces Network« (AFN) zur Verfügung.

Die Maßnahme, die 1996 begann, soll das mediale Informations- und Unterhaltungsangebot der amerikanischen Soldaten und ihrer Familien erweitern und technisch verbessern.¹ Höchste Priorität wurde zunächst der Versorgung der im früheren Jugoslawien stationierten US-Truppen eingeräumt. In den übrigen Garnisonsorten wurden nach und nach zuerst die Familienquartiere, dann die Unterkünfte der alleinstehenden Soldaten an das neue Verteilernetz angeschlossen. Im Sendegebiet von »American Forces Network – Europe« sind nunmehr – neben dem weiterhin zusätzlich analog ausgestrahlten Fernsehprogramm AFN Europe – auch der Nachrichten- und Sportkanal NewSports, das alternative Familienprogramm Spectrum sowie AFN Pacific zu empfangen. Im Hörfunk werden acht Wellen angeboten, die unterschiedliche Musikgeschmäcker und Informationsbedürfnisse zufriedenstellen sollen: das National Public Radio mit anspruchsvolleren Wortbeiträgen, Klassik und Jazz, je ein Kanal für Musik der Formate »Urban Contemporary«, »Adult Contemporary«, »Adult Rock«, »Oldies«, »Country« sowie die beiden bereits zuvor existierenden Programme AFN Power Network und Z-FM.²

Der Programmbetreiber AFRTS hat seinen Sitz in der March Air Reserve Base in Riverside, Kalifornien, ist eine Einrichtung des »American Forces Information Service« (AFIS) und als solche eine Unterabteilung des US-Verteidigungsministeriums (Department of Defense, DoD). Personal und Ressourcen werden vom »Army Broadcasting Service« (ABS) bereitgestellt. Das Programm unterliegt vollständig der Kontrolle des Militärs. Der Mitarbeiterstamm besteht aus Soldaten und anderen Militärangehörigen. Auftrag des AFN ist: »To deliver radio and television programming services which provide »a touch of home« to Department of Defense personnel and their families serving overseas.«³ Der Aspekt,

eine »Brücke zur Heimat« aufrechtzuerhalten, steht also im Vordergrund der Programmgestaltung. Ergänzt und konkretisiert wird dieser allgemeine Auftrag durch die Zielsetzung, mit eingestreuten (Kurz-)Beiträgen intern um Unterstützung für die US-Streitkräfte, das US-Verteidigungsministerium und dessen Politik zu werben (»Provide internal information radio and television spot announcements in support of DoD internal information themes, goals, and objectives«).⁴ Die AFN-Angebote sind also explizit auch Medien der internen Öffentlichkeitsarbeit der amerikanischen Streitkräfte und sollen die Truppenmoral stärken.⁵ Bei aller damit verbunden teilweisen Einseitigkeit der Selbstdarstellung ist Zensur nicht vorgesehen: »The programmes are representative of those seen and heard in the United States, and are provided without censorship, propagandizing, or manipulation.«⁶ Der amerikanische Militärrundfunk bezieht seine Programme von einer Vielzahl heimischer Anbieter, kommerziellen wie nicht-kommerziellen, aus denen AFRTS eine ausgewogene Auswahl trifft. Ergebnisse der US-Medienforschung spielen zur Identifizierung der populärsten Sendungen eine wichtige Rolle. Erste Fernsehausstrahlungen via Satellit unternahm der AFRTS bereits 1968, das Hörfunkprogramm AFN hat seine Wurzeln im Zweiten Weltkrieg.⁷

Das Sendezentrum von »AFN Europe« befindet sich in Frankfurt am Main; Regionalstudios besorgen lokale Einspielungen. Das Truppenfernsehen wird verschlüsselt und ist via Satellit und örtliche Umsetzer im Prinzip nur von US-Militärpersonal zu empfangen. Angebote des US-Militärhörfunks, allen voran Z-FM und das Power Network, werden in Europa teilweise auch über UKW beziehungsweise Mittelwelle ausgestrahlt und sind in diesem Falle von jedermann empfangbar.⁸ Weitere AFRTS-Senderketten sind das »American Forces Korea Network« mit Hauptquartier in Seoul, das »Southern Command Network« mit Sitz in Panama, das »Central Pacific Network« auf den Marshallinseln und – als einzige Station unmittelbar vom ABS betrieben – der »Armed Forces Radio Service – Fort Greely« in Alaska.

Zwischen Nordkap und Mittelmeer zählen ca. 325 000 amerikanische Truppenangehörige einschließlich Familien und Zivilangestellte zur Zielgruppe des AFRTS, davon in Deutschland rund 107 000 Personen vor allem in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz. Das zivile »Zaunpublikum«, das besonders in Deutschland auch kulturhistorisch äußerst interessant ist,⁹ dürfte sehr viel größer sein, harzt jedoch noch näherer Untersuchung.

Oliver Zöllner, Köln

- 1 Nach »AFRTS goes digital, provides multiple channels«. Pressemitteilung des Air Force News Service. <http://www.af.mil>, 14.5.1997.
- 2 Nach AFN News. »AFN Europe«, 15.7.1997, 18.30-19.00 Uhr MESZ.
- 3 Zitiert nach http://www.dodmedia.osd.mil/afrts_bc/mission.htm. Vgl. auch R. Stephen Craig: The American Forces Network, Europe. A Case Study in Military Broadcasting. In: Journal of Broadcasting and Electronic Media Vol. 30 (1986), S. 33-46, hier S. 33f.; Denise Ferchow: »American Forces Network«. Geschichte, Entwicklung und heutiges Programmangebot. Magisterarbeit München 1984, S. 63ff.
- 4 Zitiert nach <http://www.dodmedia...> (wie Anm. 3).
- 5 Dies ist beim britischen Pendant BFBS nicht anders; vgl. Oliver Zöllner: Organisationskommunikation in Streitkräften. Der britische Militärrundfunk BFBS als Medium der internen Public Relations. In: Rundfunk und Fernsehen Jg. 45 (1997), H. 3, S. 336-350.
- 6 Zitiert nach <http://www.dodmedia...> (wie Anm. 3). Den Verzicht auf Propaganda bestätigt auch Craig (wie Anm. 3), S. 34.
- 7 Vgl. History of AFRTS. The First Fifty Years. O. O., o. J. [1993]; Trent Christman: Brass Button Broadcasters. A Lighthearted Look at Fifty Years of Military Broadcasting. Paducah 1992; Craig (wie Anm. 3); Ferchow (wie Anm. 3); Donald R. Browne: International Radio Broadcasting. The Limits of the Limitless Medium. New York 1982, S. 129ff.; Maria-Theresia Zilling: AFN. Der Amerikanische Soldatensender in Europa. Magisterarbeit FU Berlin 1981.
- 8 Vgl. auch Andrew G. Sennitt (Red.): World Radio and TV Handbook. Garsington ⁵²1998, S. 91, 384 sowie <http://afneurope.army.mil>.
- 9 Vgl. Oliver Zöllner: Rundfunkgeschichte im Film. »Radio Star: die AFN-Story«. In: RuG Jg. 21 (1995), H. 2/3, S. 167ff.; Tamara Domentat (Hrsg.): Coca-Cola, Jazz und AFN. Berlin und die Amerikaner. Berlin 1995.

Lehrmeister der Nation Kulturpropaganda im Schweizer Radio zur Zeit des Dritten Reichs

Schon lange bevor die massiven, zum Teil berechtigten und zum Teil auch falschen Vorwürfe insbesondere aus den Vereinigten Staaten auftauchten, nahm die Debatte um Ideologien und Handlungsweisen in der Schweiz der 30er Jahre und der Zeit des Zweiten Weltkriegs deutliche Konturen an. Es ging dabei vor allem um das Konzept der »Geistigen Landesverteidigung«. Dies war nicht etwa bloß ein Beamtenkonstrukt, sondern beschäftigte und prägte zumindest in

der Deutschschweiz weiteste Kreise der Bevölkerung. Noch heute rufen Erinnerungsgespräche zu dieser Thematik Tränen der Rührung hervor.¹

Anfangs verlief die Diskussion sehr konträr: Auf der einen Seite wurde »Geistige Landesverteidigung« als Willensakt und Beweis der schweizerischen Eigenart gezeichnet, auf der anderen als eidgenössische Version von Blut- und Boden-Ideologie. Heute scheint aber ein weitgehender Konsens darüber zu bestehen, daß »Geistige Landesverteidigung« weder das eine noch das andere war, sondern alles zusammen, und noch viel mehr.² Es gilt nicht mehr, sie gleichsam als eine Verschwörung einer politischen Gruppierung zuzuordnen, sondern sie als kulturelles Netz eines ganzen Landes in allen ihren Farben und Tönen auszuloten und zu verstehen.

An sich wäre es sinnvoll, die Entwicklung von Leitbildern der Programmacher zu analysieren und zu testen, welche Aufnahme diese fanden. Wurden sie überhaupt wahrgenommen, stießen sie auf Zustimmung, Kritik oder gar Gleichgültigkeit? Die »Wirkung« der Leitbilder und der Propaganda wird mangels überzeugender methodologischer Instrumentarien wohl immer unerforscht bleiben.

Vorreiter der »Geistigen Landesverteidigung«

Das Radio war im zweiten Drittel dieses Jahrhunderts – mindestens bis zur Gründung der Kulturstiftung Pro Helvetia – die Institution der »Geistigen Landesverteidigung«. Es stellte sich sehr früh in deren Dienst und verließ ihn sehr spät; es erreichte das ganze Land – geographisch wie sozial –, galt als regierungsnah und wurde mit keinen parteipolitischen, religiösen oder wirtschaftlichen Interessen in Verbindung gebracht.

Die Radiogeschichte bietet somit die Chance, die Schweiz der »Geistigen Landesverteidigung« nach wichtigen Mechanismen, Kerngedanken und Strukturen zu durchleuchten. Vorab ist festzuhalten, daß das Engagement von Medienschaffenden zugunsten der »Geistigen Landesverteidigung« ab 1933 durchaus ihren Eigeninteressen und nicht nur patriotischem Geist entsprach. Das Radio war zwar nicht das einzige Medium, das durch die »Geistige Landesverteidigung« gewaltige Zuwachsraten erzielen konnte, hat aber infolge seiner medienspezifischen und institutionellen Eigenschaften besonders stark von der nationalen Stimmung zu profitieren gewußt.

Wenn die Programmverantwortlichen in totalitären Staaten mit gutem Grund als vom Regime eingesetzte und gelenkte Marionetten dargestellt

werden können,³ so gilt das für diejenigen in der Schweiz nicht, so regierungsnah sie auch waren. Bis 1938, so wird zu zeigen sein, entwickelte sich im Umfeld des Radios ein subtiles Leitbild der »Geistigen Landesverteidigung«, das ohne die beengende mentale Konstruktion einer Schweizerkultur auskam.

Lehrmeister der Nation

Das Radio war nicht zu Propagandazwecken erfunden worden. Wie überall in Europa der 20er und frühen 30er Jahre war der Rundfunk vom Gedanken der Volksbelehrung, ja Erziehung der Massen beseelt.⁴ Auch in der Schweiz »erachtete [man] es als eine Verpflichtung, gewissermaßen als ein »höherer Auftrag«, ganz bestimmte Musik und spezielles Wissens- und Gedankengut an die Hörer heranzutragen, obschon diese die entsprechenden Darbietungen primär gar nicht zu empfangen wünschten.«⁵

Doch aufgrund seiner Struktur sollte es den Radiopionieren nicht schwerfallen, das Medium zum eigentlichen Vorreiter des Schweizergeists umzufunktionieren: Klassengegensätze wurden verneint, die Identität der Arbeiterschaft sollte durch Angliederung an die bürgerliche Kultur ersetzt werden, zumal die Gewerkschaften dem Radio »in hohem Maße« eine Mithilfe im »Kampf um die Demokratisierung der Kultur« und den »kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft« attestierten.⁶

Welt ins Haus

Die durch Radiosendungen übermittelten Inhalte mußten aber nicht national ausgerichtet sein. Im Gegenteil: »Radio bringt die Welt ins Haus«, lautete sogar der Werbeslogan in Bern, dessen Studio später zum Führer einer engen Schweizerorientierung werden sollte. Radiosprachkurse wurden in den Landessprachen, wie auch in Englisch und Esperanto erteilt. Die Studios Genf und Zürich strahlten im Winter 1927 einen Nachrichtendienst in Esperanto aus.⁷ In den Ländern ohne kommerzielles Radio galt die Dreifaltigkeit des Belehrens, der Information und der Unterhaltung. Spielraum gab es allenfalls bei der unterschiedlichen Gewichtung. In der Westschweiz wurde, wohl unter dem Einfluß französischer Stationen, der Unterhaltung, etwa mit Sketchen und durch leichte Musik, bedeutend mehr Gewicht beigemessen, als dies die gestrengeren Deutschschweizer Radiodirektoren zulassen wollten.

Schweizergeist:

Vom Zuwachsmarkt zur Raison d'être

1933 – dem Jahr des »Frontenfrühlings«, des bedrohlichen Wachstums nationalsozialistisch und faschistisch orientierter Bewegungen in der Schweiz und stark unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Nutzung des Rundfunks als Propagandamittel in Deutschland – begannen verschiedene Radiogremien der Schweiz die Möglichkeiten des Rundfunks zur Verbreitung eines Schweizergeists zu erörtern. Auch vor der grundlegenden Frage, ob es einen solchen Schweizergeist gebe und wie er beschaffen sei, machten sie nicht Halt. Dabei war kaum zu verbergen, daß Schweizer Radiomacher in der »Geistigen Landesverteidigung« einen Zuwachsmarkt für ihr junges Medium sahen:

»Es ist in unseren Augen geradezu eine Versündigung wider die Volksgemeinschaft, wenn man das Radio durch Herabsetzung der Mittel, deren es bedarf, zu einem Instrument banaler und billiger Unterhaltung herabwürdigen würde.«⁸

Bei der Entscheidung, sich an der Landesausstellung 1939 in Zürich zu beteiligen, stand für die Schweizer Radiogesellschaft (SRG) eindeutig das Ziel im Vordergrund, »eine großzügige indirekte Werbung für das Radio (...) zu entfalten«.⁹

Nach den Ereignissen in Österreich am 12./13. März 1938 war »Geistige Landesverteidigung« nun auch für die Radiogestalter nicht mehr Vorwand, sondern Raison d'être.¹⁰ In internen und externen Debatten, die im Entwurf für die Botschaft des Bundesrats über die Organisation und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung vom 9. Dezember 1938¹¹ mächtigen Ausdruck fanden, befaßten sie sich damit, wie das Radio, das mittlerweile mindestens die Hälfte aller Schweizer Haushalte erreichte, sich in den Dienst der Schweiz stellen könnte und welche Schweiz zu propagieren sei. Vier Grundpfeiler bestimmten ihr nationales Verständnis bis zum Kriegsausbruch: Erstens wurde bewußt auf die Vorstellung einer allen Landesteilen gemeinsamen Kultur verzichtet. Zweitens gründete dieser Nationalismus unter dem Begriff der Demokratie auf einem politischen System, das durch eine (erfundene) Geschichte erklärt wurde. Drittens galt der soziale Frieden, der auf spezifischen Schweizer Charakterzügen und auf einer modernen Sozialgesetzgebung gründe, als Motiv, die Schweiz zu verteidigen. Viertens wollte man sich gegenüber außen, in dieser Zeit vor allem dem »Neudeutschen« gegenüber, abgrenzen.

Suiza non esiste?

Schon Ende Juli 1934 hatte »Radioprogramma«, die Programmzeitschrift des eben in Betrieb genommenen Senders der italienischsprachigen Schweiz, Stellungnahmen von Tessiner Persönlichkeiten verschiedener politischer Ausrichtung zur offensichtlich rhetorischen Frage: »La R.S.I. (Radio della Svizzera italiana) ha una missione nazionale?« veröffentlicht. Drei Hauptargumente stachen hervor: Der Sender sollte auf ausländische, zum Teil irredentistische Propaganda via Äther reagieren, den Austausch mit den anderen Landesteilen pflegen und schließlich den anderen Landesteilen die kulturelle Eigenständigkeit der italienischsprachigen Schweiz vor – Ohren – führen. »Unsere Schweiz erreicht um so höhere Perfektion, je reiner sich die einzelnen Volksgruppen halten«,¹² schrieb einer der Autoren. Dieser Gedanke war ein ständiger Bestandteil der »Geistigen Landesverteidigung«, der natürlich in der Romandie und im Tessin größere Resonanz fand als in der Deutschschweiz. Im April 1938, also in der Phase höchster Konjunktur dieses Leitbilds, erklärte der Direktor von Radio Monte Ceneri in der Programmzeitschrift, es sei eine gefährliche Illusion, eine gemeinsame schweizerische Kultur schaffen zu wollen. Im Gegensatz zur Deutschschweiz könne der Tessin sehr wohl Kulturschaffende aus dem gleichsprachigen Nachbarland zur Mitarbeit heranziehen, ohne daß damit politische Beeinflussung zu befürchten sei.¹³ Der Deutschschweizer Generalsekretär der SRG, Rudolf von Reding, brachte die Thematik auf einen Nenner: Es habe keinen Sinn, Schweizer Kulturpropaganda zu betreiben, weil Schweizer Kultur nicht existiere. Hingegen existiere sehr wohl ein Schweizer Geist, der sich gerade durch föderalistische Ablehnung eines kulturellen Zentralismus auszeichne.¹⁴

Demokratie: kein Exportartikel

»Demokratie« war in den leitenden Radiogremien das eindeutigste, wohl auch am leichtesten darstellbare Kennzeichen der Schweiz. Die auffallend häufige, wenn nicht gar stete Verbindung mit der Geschichte (»älteste Demokratie der Welt«; »unsere alte Demokratie«) hatte auf der einen Seite die klassische Funktion, Kontinuität und somit Vertrauen zu schaffen. Auf der anderen Seite sollte diese »Invention of Tradition« (Eric Hobsbawm) eine diplomatische Zurückhaltung der Anpreisung dieser Staatsform gegenüber dem Ausland rechtfertigen:

»Wir besitzen die jahrzehnte- und jahrhundertealte Vorschulung des Demokraten, und dieses Staatensystem läßt sich nicht einfach verpflanzen.«¹⁵

Nach diesem Gedankengebäude der Schweiz als Sonderfall galt es auch

»zu zeigen, daß ein Staatssystem, zum Beispiel der Nationalsozialismus in Deutschland, oder der Kommunismus in einer kaukasischen Republik, temporär oder sogar auf längere Zeit durchaus geschichtlich oder wirtschaftlich bedingt sein können, daß indessen in der Schweiz die Voraussetzungen für solche Systeme eben nicht da sind. Grundsatz: auch die Demokratie ist kein unbedingter Exportartikel.«¹⁶

Nach dem Zusammenbruch Frankreichs 1940 schien gemäß neuer Programmrichtlinien der Augenblick gekommen zu sein, auch das Schweizer Staatensystem veränderten historischen Gegebenheiten »im Sinne einer stärkeren Betonung des Autoritätsgedankens« anzupassen.¹⁷

Volksradio

Das Radio war im Gegensatz zu Zeitungen oder Zeitschriften (Ausnahme: die Radiozeitung!) das einzige Massenmedium, das weder an eine politische Partei gebunden noch in seiner Verbreitung auf eine bestimmte soziale Schicht beschränkt war. Dessen waren sich die Programmgestalter bewußt. Die belehrenden Sendungen wurden nun vermehrt mit nationalen Inhalten über Schweizer Geschichte, Geographie, Volkstum und Literatur gefüllt. Doch sollte das Radio auch Erfolge der Schweiz »im Kampf um die innerschweizer Befriedung und Sammlung« darstellen.

»Man präsentiere die Sozialgesetzgebungen, zeige die hohen Werte des Versicherungswesens, man erläutere unseren großartigen Kinderschutz, zeichne das erstklassige Schulwesen, erzähle von unserer vernünftigen Armenfürsorge, betone, was wir unter Rechtsschutz verstehen usw.«¹⁸

Zum Ideal des Radios für die Volksgemeinschaft gehörte auch strikte politische Neutralität. Doch sollten exponierte Persönlichkeiten der verschiedenen politischen Lager »selbstverständlich mit Manuskriptvorlagen und ohne Polemik« sich vor dem Mikrophon äußern können. »So werden die Hörer selber das Gefühl erhalten, daß rechts und links nicht so weit voneinander entfernt sind, daß (...) aus allem heraus immer das Schweizerische durchdringt.«¹⁹ Mit der Schaffung eines billigen »Volksempfängers« sollte der Eindruck vermieden werden, »daß nur die autoritären Staaten sich der weniger bemittelten Bevölkerungskreise annehmen und um ihre Bildung besorgt« seien.²⁰

Nicht neudeutsch

Eher aus internen Papieren als aus veröffentlichten Dokumenten geht, bis 1940 jedenfalls,

eine deutliche Ausrichtung der »Geistigen Landesverteidigung« gegen den Nationalsozialismus hervor. So äußerte sich der Züricher Studiodirektor Jakob Job im April 1938 während einer Sitzung der Programmkommission Bernmünster: »Wir können froh sein, daß unser Volk so gesund ist, nicht auf die neudeutsche Ideologie hereinzufallen« oder: »Die große Deutsche Kultur wird für die deutsche Schweiz stets eine Befruchtung sein, die nationalsozialistische Kultur dagegen ist uns wesensfremd.« Und der Präsident des Zentralvorstandes der SRG fügte hinzu: »Unsere Abwehrstellung gegen Deutschland erklärt sich vor allem damit, daß wir uns von der braunen Kultur abgestoßen fühlen.«²¹ Der Tessiner Helvetismus, besonders aber Radio Monte Ceneri, definierte sich in vielleicht noch stärkerem Maß durch politische Abgrenzung vom faschistischen Italien und dessen irredentistischen Gelüsten.

Versuchung des »ächten«

»Geistige Landesverteidigung« zeigt sich beim Studium von Richtliniendiskussionen des Schweizer Radios bis in den Sommer 1938 als strategisch konstruiertes Leitbild, das dank seiner pragmatischen Differenziertheit wenig kulturellen Flurschaden anrichtete.

Dieses subtile Gebilde erfuhr bald, zuerst in der Euphorie der Schweizerischen Landesausstellung von 1939 und später in der bedrückenden Kriegslage ab Sommer 1940, eine beträchtliche Verengung. Offensichtlich glaubte man nicht mehr an einen nationalen Zusammenhalt, der bloß auf einem historisch begründeten Demokratiedanken, einer mit dem Krieg mehr schlecht als rechten Soziallage und der Abgrenzung gegen ein Land und System, an das sich anzupassen und zu dem ein Freundschaftsverhältnis zu pflegen immer ratsamer erschien, beruhte. Die Gewichte verschoben sich nun, und es galt, eine »ächte« Schweizer Kultur zu schaffen.

Theo Mäusli, Lugano

¹ Vgl. Theo Mäusli: *verso l'ascolto privato*. In: Ders. (Hrsg.): *Talk about Radio*. Zürich 1999 (in Druck).

² Der Beginn der »Geistigen Landesverteidigung« kann mit der Gründung der »Nation« im September 1933 angesetzt werden. Zur Entstehung des Wortes »Geistige Landesverteidigung« und der Vielschichtigkeit des Phänomens sehr differenziert: Josef Moser: *Die »Geistige Landesverteidigung« in den 1930er Jahren. Profile und Kontexte eines vielschichtigen Phänomens der schweizerischen politischen Kultur in der Zwischenkriegszeit*. In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* Jg. 47 (1997), H. 4, S. 685-708.

- 3 Vgl. Daniela Münkler: Produktionssphäre. In: Inge Marssolek/Adelheid von Saldern (Hrsg.): Zuhören und Gehörtwerden I. Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung. Tübingen 1998, S. 45-128. Münkler weist aber auch auf »Handlungsspielräume und Nischen« (S. 125) hin.
- 4 Stellvertretend für zeitgenössische Texte: Rudolf Arnheim: Rundfunk als Hörkunst, München 1979 [Erstausgabe: Radio, London 1936]; vgl. die Beiträge von Asa Briggs und Antoine Prost in: Mäusli (Hrsg.): Talk (wie Anm. 1); Asa Briggs: The History of Broadcasting in the United Kingdom. 1: The birth of Broadcasting 1896 - 1927, Oxford 1995, 213-218.
- 5 Kurt Schenker: Radio Bern 1925 - 1950. Manuskript 1972.
- 6 Max Weber, 11.10.1931, Radiovortrag zum Thema »Arbeiterschaft und Radio«. Abdruck in: Schweizerische Metallarbeiterzeitung, 16.1.1932.
- 7 Vgl. Elisa Lüder: Entwicklungsgeschichte des Schweizer Rundspruchs. Heidelberg 1944, S. 87.
- 8 Betr. Erwägungen zum Budget der SRG bei einer allfälligen Zuweisung von Fr. 3 100 000.- pro 1937, 3.11.1937. Archiv SRG: Generaldirektion Bern: Ordner »Geistige Landesverteidigung«.
- 9 Direktorenkonferenz SRG, 21.10.1937. Alle hier zitierten Protokolle von SRG-Gremien finden sich im Archiv der SRG Generaldirektion Bern. Ich danke den Archivdiensten der SRG und der verschiedenen Studios für die vorzügliche Betreuung der Forschung.
- 10 Außerordentliche Sitzung des Zentralvorstands der SRG mit den Studiodirektoren, 7.4.1938.
- 11 Das Radio betreffend in der endgültigen Fassung S. 21: »Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat sich das Radio zum wichtigsten und machtvollsten Kultur- und Propagandawerkzeug entwickelt.« Immerhin ist ein Achtel des Textumfangs dieser Botschaft dem Rundfunk gewidmet.
- 12 Don Alberti. In Radioprogramma, 29.7.1934.
- 13 Erhellend zur kulturellen Identität des Tessins: Giovanni Orelli: Le due frontiere. In: Guy P. Marchal/Aram Mattioli: Erfundene Schweiz. Konstruktion nationaler Identität. Zürich 1992.
- 14 Protokoll Programmkommission Monte Ceneri, 1.4.1938. Auch: Außerordentliche Sitzung des Zentralvorstands der SRG mit den Studiodirektoren, 7.4.1938. M. Raymond warnt u. a. vor »autarchie intellectuelle«: Nous pouvons bien parler d'un esprit national ou d'une culture politique, mais non d'une culture nationale.«
- 15 Alfred Glogg, Nationale Programmkommission, 17.6.1938.
- 16 Die neuen Aufgaben des deutschschweizerischen Rundspruchs im Dienste der geistigen Landesverteidigung. Vorschläge von Dr. Schenker, genehmigt durch die deutschschweizerische Direk-

toren-Konferenz vom 2.4.1938 in Olten. Archiv SRG Generaldirektion, Ordner Geistige Landesverteidigung.

- 17 Richtlinien für die Programmgestaltung vom 20. 7. 1940, S. 2. Dazu: Theo Mäusli: Das Radio – einst nationales Bindemittel. In: Neue Zürcher Zeitung, 23. 5. 1997.
- 18 Die neuen Aufgaben, 2.4.1938, S. 10.
- 19 Direktorenkonferenz SRG 18./19.3.1938.
- 20 Zentralvorstand SRG, 7.4.1938. Das Projekt kam nicht zustande.
- 21 Programmkommission Beromünster 6.4.1938; Außerordentliche Sitzung Zentralvorstand 7.4. 1938. Die ersten beiden Voten: der Zürcher Studiodirektors Jakob Job; das letztere: der Präsident des Zentralvorstands der SRG Hans Lauterburg.

Neuere Forschungen zur Geschichte des Rundfunks in der Schweiz

Im Zusammenhang mit der geplanten mehrbändigen Geschichte des Rundfunks in der Schweiz¹ finden seit 1996 mehrsprachige Kolloquien statt, um neuere Forschungs- und Dokumentationsarbeiten vorzustellen und darüber zu diskutieren. Der Leiter des Projektes »Geschichte der SRG« (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft), Markus Drack, der frühere Pressechef der SRG, lädt dazu in unregelmäßigen Abständen einen Kreis von Wissenschaftlern der Schweiz und des Auslands ein. Ziel ist es, den Informationsaustausch der Wissenschaftler zu fördern, aber auch die Ergebnisse der Forschungen, die sich hauptsächlich in Dissertationen, Lizentiats- und Masterarbeiten niederschlagen, für die Buchpublikation(en) der SRG nutzbar zu machen.

Das fünfte Kolloquium fand am 29. Januar 1999 im Studio Bern der SRG statt. Nachdem frühere Veranstaltungen sich vor allem mit institutionengeschichtlichen Aspekten befaßt hatten, standen Untersuchungen zu den Schweizerischen Rundfunkzeitschriften und biographische Studien im Mittelpunkt.

Zunächst referierte Adrian Scherrer über seine Abschlußarbeit »Die Aktiengesellschaft für Radiopublikationen 1930 - 1978. Ihre Geschichte und ihre Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit der SRG in der deutschen Schweiz«. Diese Gesellschaft gab für die deutsch-schweizerischen Studios die offizielle Zeitschrift heraus, die der Autor unter den Aspekten analysierte, wie sie die Programme ankündigte und wie sie sich im Spannungsfeld von Rundfunk und Printmedien bewegte. Am Rande kam zur Sprache, daß die

Schweizer Radiozeitung auch nach der Einstellung der Programmzeitschriften im Deutschen Reich reichsdeutsche Programme abdruckte, obwohl sie keine Informationen aus Deutschland erhielt und die Programme nach den Abhöreindrücken eines Mitarbeiters zusammenstellen mußte. Von einem vergleichbaren Forschungsinteresse ließ sich Benno Schmid in seiner Arbeit über »Die offiziellen Programmzeitschriften der SRG« leiten, deren Einstellung bei ausgewählten Ereignissen wie bei der Einführung des Fernsehens er untersuchte. Außerdem interessierten ihn die Beziehungen der Generaldirektion der SRG zu den privaten Verlegern, auf deren Drängen die offiziellen Zeitschriften schließlich das Monopol zum exklusiven Abdruck der Programme verloren und bis 1986 ihr Erscheinen einstellten. Als Nebeneffekt der Forschungsarbeit entstand ein Inventar, das die einzelnen Zeitschriften und die überlieferten Jahrgänge in der Schweizer Landesbibliothek, bei der Generaldirektion der SRG und in den Studios nachweist.

Heidi Kronenberg stellte die Ergebnisse ihrer Diplomarbeit vor, die sie Leben und Werk von Trudi Weder-Greiner, der ersten festangestellten Redakteurin bei Radio Bern und von 1940 bis 1949 Leiterin der Frauenstunde, gewidmet hat. Alle von ihr verantworteten Sendungen hat die Autorin in einem Kategorienschema erfaßt und ermittelt, daß sich mehr als ein Fünftel der Sendungen mit Themen rund um den Haushalt befaßt haben, gefolgt von Kultur (15 Prozent) und Frauenbilder (11,3 Prozent); die Schlußlichter bildeten Politik, Krieg und Lebenssinn (jeweils unter 3 Prozent). Reizvoll wäre, solche Ergebnisse mit Befunden einschlägiger Studien über den Frauenfunk im Nachkriegsdeutschland zu vergleichen. Einen biographischen Ansatz wählte auch Iwan Köppel, der Paul Bellac, den Protagonisten zur Einführung des Fernsehens in der Schweiz, vorstellte. Von 1925 bis 1938 als Schweizer Bürger bei der österreichischen Radioverkehrsgesellschaft beschäftigt, floh er, da er sich nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich als Jude bedroht fühlte, in seine Heimat, stand bis 1960 in den Diensten der SRG und machte sich für das neue Fernsehmedium stark, dessen neuen technischen Möglichkeiten er für die Kultur zu nutzen trachtete.

Außerdem erhielten die Teilnehmer weitere sachdienliche Informationen über ein größeres universitäres Forschungsprojekt und Dokumentationsvorhaben. So erläuterte Ursula Ganz-Blättler die von ihr und Ulrich Saxer bearbeitete Studie »Fernsehen DRS«, die sich »ein Beitrag zur Medienhistoriographie als Institutionengeschichte« nennt und die als Diskussionsanregung über mögliche Methoden gedacht ist. Theo

Mäusli informierte über »Programmzeitschriften auf CD-ROM«, ein Projekt, bei dem in einer ersten Phase ausgewählte Beiträge der Zeitschrift »Le Radio« von 1931 bis 1950 gescannt worden sind, die auf rund 1 600 Files für Volltextrecherchen zur Verfügung stehen. Auch deutschschweizerische Rundfunkzeitschriften werden künftig gescannt; außerdem plant die Landesbibliothek ein Verfilmungsprogramm für die Rundfunkperiodika. Zum Schluß stellte Fritz Langjahr seine Datenbank zur Geschichte der Rundfunktechnik in der Schweiz vor, in der natürlich auch Informationen über die technische Entwicklung auf internationaler Ebene, so auch über Deutschland, abfragbar sind.

Außerdem war zu erfahren, mit welchen Themen sich künftig Examenskandidaten und demzufolge auch möglicherweise das nächste Kolloquium befassen werden: Biographisch mit Jean Rodolphe von Salis, dem Verfasser der wöchentlichen Berichte »Weltchronik«, die während des Zweiten Weltkriegs Radio Beromünster ausstrahlte, sowie mit Radiopionieren; programmgeschichtlich mit Radio Monte Ceneri, dem Sender des Tessin und dessen Beitrag zur geistigen Landesverteidigung; rezeptionshistorisch mit dem Rundfunk in der Pressekritik und seine Darstellung in den Zeitungen der 40er und 50er Jahre vergleichend in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

- ¹ Vgl. Markus T. Drack: Das Projekt einer Geschichte der SRG. In: Theo Mäusli (Hrsg.): Schallwellen. Zur Sozialgeschichte des Radios. Zürich 1996, S. 77-84.

Der Ton. Das Bild.

Die Bayern und ihr Rundfunk

Ausstellung in München und Nürnberg

Am 13. April wird im Funkhaus des Bayerischen Rundfunks (BR) in München eine gemeinsam mit dem Haus der Bayerischen Geschichte erarbeitete Ausstellung eröffnet, die an den Sendebeginn der Deutschen Stunde in Bayern, Gesellschaft für drahtlose Belehrung und Unterhaltung, – vor 75 Jahren – am 30. März 1924 und die Übergabe des Bayerischen Rundfunks durch die amerikanische Militärregierung in deutsche Verantwortlichkeit – vor 50 Jahren – am 25. Januar 1949 – erinnert. In einer Zeitreise werden den Besuchern historische Ereignisse und deren Wahrnehmung durch die Rundfunkmedien Radio und Fernsehen vergegenwärtigt, Bild- und Tondokumente, Fotos, Empfangsgeräte, Mikrophone, Bühnenmodelle und Requisiten bieten einen

Blick auf die Vergangenheit des BR. Die Gegenwart der Rundfunkanstalt als modernes Informations-, Kultur- und Unterhaltungsmedium können die Besucher in einem Studio erleben. Zur Ausstellung, die bis zum 4. Juli täglich von 9.00 bis 18.00 und am Dienstag und Donnerstag bis 20.00 Uhr und anschließend vom 22. Juli bis 17. Oktober im Museum für Post und Kommunikation in Nürnberg zu sehen sein wird, erscheint ein illustrierter Begleitband. Zahlreiche Hörfunk- und Fernsehsendungen, u. a. eine vierteilige Dokumentation »Rundfunkgeschichte(n)« im Bayerischen Fernsehen, jeweils Montags vom 12. April bis 3. Mai, gehen auf das Jubiläum ein. Einzelheiten können über die Internetadresse »www.br-online.de/br-intern/75jahre/ausstellung« abgerufen werden.

RuG

Schuld und Sühne?

Berliner Konferenz über Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in den Medien

Vom 1. bis 4. September findet in der Humboldt-Universität zu Berlin eine von der Arbeitsgruppe Nachkriegsliteratur am Institut für deutsche Literatur und dem Seminar für Theaterwissenschaft unter dem Titel »Schuld und Sühne« veranstaltete und von anderen wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland unterstützte internationale Konferenz statt, die sich mit »Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in deutschen Medien der Nachkriegszeit« von 1945 bis 1961 befaßt. Aus Anlaß des 60. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen, durch den der Zweite Weltkrieg ausgelöst wurde, sollen die Veranstaltungen mit rund 90 Referenten zur interdisziplinären Erforschung des Zweiten Weltkriegs beitragen – unter historischen, kulturgeschichtlichen, künstlerischen und mentalitätsgeschichtlichen Gesichtspunkten. Literatur und Medien, nicht zuletzt im Bereich der Unterhaltung, sollen nach Mustern der Kriegsbewältigung und Verbildlichung des Krieges untersucht werden. Relevant werden auch Fragen nach der Aussagefähigkeit der Texte und Bilder hinsichtlich der Konventionalisierung von Wahrnehmung, der Einübung von Urteilen und der Ausrichtung von Affekten sowie der Deutung von Erlebtem stehen. Damit soll den bisher zu wenig beachteten Deutungsmustern der Nachkriegszeit, obwohl sie doch ursächlich mit den damaligen politischen Ereignissen in Verbindung standen, entsprechende Aufmerksamkeit zuteil werden. Die Konferenz unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und des brandenburgischen Ministerpräsidenten steht in der Tradition euro-

päischer Symposien zum Thema Krieg und Kultur, die seit 1988 in Osnabrück, (Ost-)Berlin, Lodz und Salzburg stattfanden, sind Bestandteil des Programms »Das Neue Berlin« der Berliner Festspiele.

RuG

Die Medien und die politische Wende in Europa 1989/90 Internationale Konferenz in Berlin

Das Deutsche Historische Museum veranstaltet in Zusammenarbeit mit der International Association for Media and History vom 17. bis 20. September eine internationale Konferenz zum Thema »Die Medien und die politische Wende in Europa«, die innerhalb des Begleitprogramms zur Ausstellung »Einigkeit und Recht und Freiheit. Wege der Deutschen 1949 - 1999« im Kinosaal des Martin-Gropius-Bau in Berlin stattfindet. Während der Veranstaltung steht eines der erstaunlichsten Ereignisse der jüngeren Geschichte im Mittelpunkt – die Auflösung der kommunistischen Systeme in Europa, die Selbstaufgabe von Diktaturen und der Untergang von Staaten. Gefragt werden soll, welche Rolle die Medien dabei spielten, vor allem die grenzüberschreitenden Programme von Radio und Fernsehen. Festzuhalten ist jedenfalls, daß Medien, wenn auch bei weitem nicht alle, die politischen Veränderungen vorbereitet, dokumentiert, kommentiert und schließlich auch reflektiert haben. Die Tagung wird sich bevorzugt den propagandistischen Sendungen, den Nachrichten, Informationsangeboten und Dokumentationen, aber auch der Rezeption in Osteuropa widmen.

RuG

Rezensionen

Heinz-Werner Stuib

Medien in Deutschland, Band 2.

Rundfunk. Zwei Teile.

Konstanz: UVK Medien 1998, 1 169 Seiten.

Sich Grundkenntnisse (und zum Teil auch einiges darüber hinaus) über die vielfältigen Aspekte des deutschen Rundfunks zu verschaffen, ist kein Problem mehr: Gerade sind die »Materialien zum Verständnis eines Mediums« von ARD und ZDF herausgebracht worden,¹ da erscheint auch noch eine in großen Teilen vergleichbare Arbeit des Münchner Kommunikationswissenschaftlers Heinz-Werner Stuib. Rechnet man den Umfang der ARD/ZDF-Produktion auf den wesentlich kleineren Satzspiegel der Stuib-Bände um, liegen rund 2 000 Seiten Handbuch-Wissen vor. Können da noch Wünsche offen bleiben?

Stuibers monumentales Werk hat Handbuch-, ja zum Teil auch Lexikoncharakter, denn das umfängliche Personen- und Sachregister hilft den geballten Stoff genauso schnell gezielt zu erschließen wie das differenzierte Inhaltsverzeichnis und die übersichtlich strukturierte Darstellung: Gleich, ob man Genaueres zum Begriff des »Bartering« wünscht, sich über die Positionen zum »FRAG-Urteil« des Bundesverfassungsgerichtes orientieren oder die Zusammensetzung des MDR-Rundfunkrats im Detail kennenlernen möchte – man wird das Gesuchte problemlos finden.

Trotzdem hat Stuib einen lesbaren Text geschrieben, der den Stoff in insgesamt neun Kapiteln präsentiert: Nach einem knappen Einstieg, der die mittlerweile erreichte Problematik bei der Fixierung des Rundfunkbegriffs skizziert (S. 21-43), ist das zweite Kapitel der Rundfunktechnik (S. 45-132), das dritte der Rundfunkgeschichte (S. 133-318) und das vierte dem Rundfunkrecht (S. 319-531) gewidmet. Der zweite Teil der Darstellung wird von einem umfangreichen Kapitel zum privaten Rundfunk eröffnet (S. 547-702), dann folgen Kapitel zur Organisation des Rundfunks (S. 703-919), zur Finanzierung des Rundfunks (S. 921-1 006) und zu den Rundfunkprogrammen (S. 1 007-1 098). Im letzten, dem neunten, Kapitel werden unter der Überschrift »Anmerkungen zur Rundfunkpolitik« verschiedene übergeordnete Aspekte thematisiert.

Schon am Umfang der einzelnen Kapitel sind die Schwerpunkte – und entsprechend auch: die Defizite – der Darstellung ablesbar: Seinem (sicherlich zutreffenden) Hinweis im Vorwort entsprechend, daß »die Verrechtlichung aller Rundfunkfragen typisch für das Rundfunksystem in Deutschland« sei (S. 19), nimmt die Beschreibung der rechtlichen Situation erheblichen Raum ein. Außer dem einschlägigen Kapitel »Rundfunkrecht« ist nämlich auch das Kapitel »Organisation des Rundfunks« fast ganz und das darauf folgende »Finanzierung des Rundfunks« zum Teil diesem Thema zuzuordnen. Das meiste davon ist komprimierte, nützliche Information, manches aber einfach nur überbordende Faktenhuberei. Zum Abschnitt »Aufsicht und Kontrolle durch Gremien« etwa

weist das Inhaltsverzeichnis beeindruckende 80 Textseiten aus (S. 798-877). Im einzelnen sind darin dann allerdings eine zwölfseitige Liste entsendeberechtigter Institutionen im allgemeinen, daran anschließend eine zehnsseitige Tabelle mit der konkreten Zusammensetzung und schließlich 23 Seiten Tabellen zur Repräsentation einzelner Gruppen zu finden. Und weil alles auch noch kommentiert werden muß, bleiben für die Beschreibung der Kontrollpraxis danach gerade noch sechs Seiten, die ganz allgemein gehalten sind.

Den gut und gerne 400 Seiten Darstellung juristischer Sachverhalte stehen nur knappe 100 Seiten gegenüber, in denen die Programme des Fernsehens und des Hörfunks samt ihrer Nutzung abgehandelt werden – entsprechend knapp ist die Information, im wesentlichen ein Referat der einschlägigen Forschungen von Udo Michael Krüger, Wolfgang Darschin und Bernward Frank, um nur die wichtigsten zu nennen. Immerhin ist auf diese Weise die zentrale Abgrenzung zu der ARD/ZDF-Publikation zu markieren: Dort wird das Rundfunkrecht überhaupt nicht eigens thematisiert, und zu Programmen und Publikumsverhalten gibt es umfangreiche, sehr lesenswerte Kapitel (in denen beileibe nicht nur das öffentlich-rechtliche Segment behandelt wird).

Am Ende darf ein Blick auf die Behandlung des Themas »Rundfunk und Geschichte« nicht fehlen. Immerhin können ihm bei Stuib die Kapitel »Rundfunktechnik« und »Geschichte des Rundfunks« sowie die Einführung des Kapitels »Privater Rundfunk« zugeordnet werden – alles in allem auf rund 300 Druckseiten. Stuib liefert darin in großen Teilen eine solide Zusammenfassung dessen, was die einschlägige Forschung zu bieten hat. Über die allgemeine Organisations- und Technikgeschichte ist damit ein guter Überblick zu gewinnen. Auf dem neuesten Stand des Wissens ist man damit jedoch nicht in jedem Fall. Es mag noch angehen, daß ein Wissenschaftler bei der Literaturrecherche auch einmal ein zentrales Werk übersieht wie die aspektreiche Dissertation Klaus Winkers über das Fernsehen im Dritten Reich²; wenn dies jedoch einem ganzen Forschungsfeld gilt, so ist dies jedoch schon überraschend: Die fernsehgesehentliche Tätigkeit des Siegener Sonderforschungsbereichs »Bildschirmmedien« findet bei Stuib überhaupt keine Erwähnung.³ Rundfunkgeschichte kommt bei ihm noch immer fast gänzlich ohne Programminhalte und Nutzer aus.

Konrad Dussel, Frankfurt am Main/Forst

¹ ARD/ZDF (Hrsg.): Was Sie über Rundfunk wissen sollten. Materialien zum Verständnis eines Mediums. Berlin 1997.

² Klaus Winker: Fernsehen unterm Hakenkreuz. Organisation, Programm, Personal. Köln u. a. 1994.

³ Sara Bernshausen/Susanne Pütz: Veröffentlichungen aus dem Sonderforschungsbereich »Bildschirmmedien« III. Siegen 1996.

Claus-Dieter Krohn u. a. (Hrsg.)
Handbuch der deutschsprachigen
Emigration 1933 - 1945.
 Darmstadt: Primus Verlag 1998,
 XIII Seiten u. 1356 Spalten.

Gerd Greiser
Wahrheit als Waffe.
 Politik und Medien der SPD im Kampf
 gegen die Hitler-Diktatur (= Kommunikation:
 Forschung und Lehre, Bd. 8).
 Münster: Lit 1996, 348 Seiten.

Marlis Buchholz/Bernd Rother
Der Parteivorstand der SPD im Exil.
 Protokolle der Sopade 1933 - 1940
 (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 15).
 Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger 1995,
 LXXI und 573 Seiten.

Die Ergebnisse von beinahe einem Vierteljahrhundert Emigrationsforschung sind im Handbuch vereinigt, das sich mit Flucht und Vertreibung von schätzungsweise einer halben Million deutscher Staatsbürger und ihrer Situation in den Aufnahmeländern von 1933 bis 1945 befaßt. Juden und Christen, Sozialisten und Kommunisten, Politiker, Wissenschaftler und Kulturschaffende verließen das Land, in dem ein Regime herrschte, das ihnen nach dem Leben trachtete. Von wenigen (privilegierten) Ausnahmen abgesehen fristeten sie in ihrer neuen, vielfach jedoch nur provisorischen Heimat ein bescheidenes Dasein, teilweise bedroht von Ausweisung und Arbeitsverbot.

Allen Aspekten suchen die 82 Autoren in 102 Beiträgen, die in sechs Kapitel mit jeweils einer eigenen Einleitung gegliedert sind, gerecht zu werden. So gibt es Beiträge über die jüdische und die politische Emigration, zur Haltung des Nationalsozialismus zur Emigration, zur Fluchthilfe, zu den einzelnen Zufluchtsländern und den dort angetroffenen Lebensbedingungen, zum Widerstand aus dem Exil, festgemacht beispielsweise an Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftern, Konservativen, Liberalen, Pazifisten, an den Emigranten im spanischen Bürgerkrieg oder im Nationalkomitee »Freies Deutschland«. Im Kapitel Wissenschaftsemigration befassen sich die Autoren – vorrangig alphabetisch geordnet – mit den geflohenen Architekten bis hin zu den Wirtschaftswissenschaftlern, sie berücksichtigen auch Germanisten und Historiker, Mathematiker, Mediziner und Physiker. Weitere Kapitel sind dem literarischen und künstlerischen Exil mit Beiträgen u. a. zur bildenden Kunst, Film, Literatur, Presse, Rundfunk, Theater und Verlage sowie der Rückkehr aus dem Exil und seiner Rezeptionsgeschichte einschließlich der Abschnitte zur Geschichte bzw. zu den Quellen der Exilforschung gewidmet.

Nahezu alle Autoren sind zu ihrem jeweiligen Fachgebiet mit Detailstudien hervorgetreten und bieten im Handbuch einen Extrakt ihrer Forschungsleistungen. Eine Auswahlbibliographie sowie jeweils ein getrenntes Personen-, Institutionen- und geographisches Register erschließen ein Forschungsgebiet, das kaum Wünsche offenläßt und allenfalls in ergän-

zenden Details noch Neuland betreten muß. So verweist das Institutionenregister nicht nur auf Eintragungen zum Rundfunk im einschlägig so titulierten Beitrag, sondern auch auf Erwähnungen von Rundfunksendern und -programmen in anderen Abhandlungen.

Ein Detail der politischen und publizistischen Aktivitäten im Exil breitet Gerd Greiser aus, der sich mit der Politik der SPD (SOPADE) und deren Umgang mit den Medien befaßt – allerdings nur bis 1940, als der Parteivorstand vor der deutschen Wehrmacht von Paris nach London auswich, nachdem er 1938 von Prag in die französische Hauptstadt übersiedelt war. Einen großen Teil ihrer Energie und finanziellen Mittel für den Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland steckte die Exil-SPD in die Organisation von neu gegründeten Presseorganen wie »Neuer Vorwärts«, »Kleiner Vorwärts«, »Zeitschrift für Sozialismus«, »Deutsche Freiheit«, die nicht nur im Ausland, sondern auch im Reich im Untergrund vertrieben wurden, um die »Wahrheit als Waffe« zu benutzen.

Zum Rundfunk fand die Partei jedoch keinen Zugang, obwohl der Parteivorstand sich darum bemühte, auch das jüngere publizistische Medium in seinen Aufklärungskampf gegen die Hitler-Diktatur einzubeziehen: ein Schwarzsenderprojekt, angesiedelt in der Tschechoslowakei, scheiterte 1933 an Sabotage durch den damit betrauten Techniker, dem Spitzeldienste für die Gestapo nachgesagt wurden. Einer geplanten Senderkooperation von SPD und Schwarzer Front kam 1935 die Gestapo zuvor, als sie den Sender mundtot machte und den Techniker Rolf Formis ermordete. Auch öffentliche Appelle an ausländische Staaten, bekannte deutsche exilierte Politiker vor die Rundfunkmikrophone zu lassen, um zu verhindern, daß in Deutschland die deutschsprachigen Sendungen von Radio Moskau gehört würden, fanden keinen Widerhall.

Greiser faßt zusammen: »Der selbstgesetzte Anspruch, das Dritte Reich mit publizistischen Mitteln in die Knie zu zwingen oder zumindest ins Wanken zu bringen, indem die SOPADE den Widerstand mit der »Wahrheit als Waffe« in Form von illegalen Schriften zu entfachen versuchte, mißlang. Zweifellos bleibt aber das Verdienst der exilierten Parteiführer, Munition für Mundpropaganda und moralische Aufrüstung geliefert, und damit die Hoffnung auf ein anderes, ein demokratisches Deutschland nach der Nazi-Ära wachgehalten zu haben.« (S. 307)

Das von Greiser gezeichnete Bild des publizistischen Versagens der SOPADE wird auch durch die Protokolle des exilierten Parteivorstands der SPD von 1933 bis 1940 bestätigt, der, so die Herausgeber in ihrer Einführung, eine seiner »Hauptaufgaben in der Information über die in Deutschland herrschenden Verhältnisse« sah. (S. XXXVI) Noch konkreter als bei Greiser dokumentieren sie die Vergeblichkeit der Bemühungen, beispielsweise im Oktober 1933 ausländische Rundfunkstationen für »die Verbreitung unserer Parole« nach Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund zu gewinnen. (S. 21) Es werden später in anderen Zusammenhängen die Sender Hilversum, Moskau, Straßburg, ein flämischer Sender in Belgien, Radio Valencia oder ein polnischer Sender als In-

strumente zur Propagierung der SOPADE – ohne Erfolg – zur Sprache gebracht. Einen Lichtblick gab es erst kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs: Ein Aufruf des Parteivorstandes ging am 5. September 1939 in englischer Sprache über den Sender Davenport und stark gekürzt in Deutsch über den Sender Warschau.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Bernd Bonwetsch u. a. (Hrsg.)

Sowjetische Politik in der SBZ 1945 - 1949.

Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panow (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20).

Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger 1998, LXVI und 319 Seiten.

Nachdem 1994 in einem Moskauer Verlag eine Dokumentensammlung unter dem Titel »SVAG. Upravlenie propagandy (informacii) i S. I. Tjul'panov 1945 - 1949« erschienen war,¹ liegen die gleichen Dokumente und noch einige mehr nunmehr in deutscher Übersetzung vor. Sie stammen vor allem aus dem Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte, dem früheren Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, und sind dem Bestand ZK der KPdSU entnommen worden. Während ergänzende Materialien das Archiv des russischen Außenministeriums beisteuerte, blieb den Herausgebern und Bearbeitern die Dokumentensammlung der Sowjetischen Militäradministration im Staatsarchiv der Russischen Föderation in Moskau verschlossen.

Dennoch lassen die 67 Dokumente, teilweise in gekürzter Form ediert, aufschlußreiche Einblicke in die Tätigkeit der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (50 Texte) und deren kritische Bewertung durch Moskauer anleitende Instanzen (17 Texte) zu. Sie zeigen nämlich, daß die Propagandaverwaltung (im Mai 1947 wegen ihres aus der Nazizeit belasteten Namens in »Informationsverwaltung« umbenannt) über anleitende Funktionen der Medien hinaus, für die sie einst gebildet worden war, viele weitere politische Funktionen an sich zog, wie Bernd Bonwetsch, Professor für osteuropäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, in seiner eigens für die deutsche Ausgabe der Dokumentensammlung geschriebenen Einführung festhält. In diesem Zusammenhang zitiert er auch den Eindruck eines Zeitzeugen, des Leiters der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte, der bereits am 30. März 1946 festgehalten habe, »daß die Propagandaverwaltung de facto das SMAD-Organ zur Kontrolle des gesamten innenpolitischen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone« geworden sei.« (S. XXXIV) Dabei war bei Gründung der SMAD im Juni 1945 eine Propagandaverwaltung noch gar nicht vorgesehen und bei deren Einrichtung im Oktober 1945 sollte sie die Kontrolle über Presse, Rundfunk, Theater und Film ausüben und damit in dieser Funktion den Sek-

tor für Propaganda und Zensur der Politischen Abteilung der SMAD ablösen.

Den ursprünglichen Auftrag, sich der Beaufsichtigung der Massenmedien anzunehmen, weitete der Chef der Propaganda- bzw. Informationsverwaltung in der Sowjetischen Militäradministration, Sergej Tjul'panow, schnell aus und »wurde zum eigentlichen Vollstrecker der sowjetischen Politik in der SBZ«. (S. XXXIII) Kein Wunder, daß der Oberst der Roten Armee im Mittelpunkt der Dokumentation steht, die über die Medien hinaus auch Aufschlüsse über die Entwicklung von Parteien, Gewerkschaften, Massenorganisationen, Wissenschaft und Kultur, aber auch von Bodenreform und Entnazifizierung gibt. Tjul'panow, gelernter Wirtschaftswissenschaftler, diente ab 1941 in der Roten Armee als Leiter für Feindpropaganda bei verschiedenen Einheiten und erlebte das Ende des Zweiten Weltkriegs in Prag. Im Juni 1945 zur SMAD nach Berlin berufen, konnte er sich, trotz vieler Anfeindungen – u. a. wurde ihm das Desaster der SED bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vom Oktober 1946 in die Schuhe geschoben –, bis zum September 1949, kurz vor Gründung der DDR, in seiner Stellung behaupten. Wegen seiner außergewöhnlichen Kenntnisse der deutschen Sprache, der deutschen Kultur und der politischen sowie gesellschaftlichen Verhältnisse hatte er sich unentbehrlich gemacht.

Weniger zur Geschichte der Medien bzw. der Informationskontrolle in der Sowjetischen Besatzungszone, sondern eher zur allgemeinen Gängelung des politischen und gesellschaftlichen Lebens geben die veröffentlichten Dokumente Aufschluß. Das Sachregister läßt leider mehr Wünsche offen, als daß es erfüllt: Unter »Berliner Rundfunk« und »Rundfunk(-stationen)« finden sich zwar mehr als ein Dutzend, sich teilweise überschneidende Eintragungen, doch »BBC«, »Radio Moskau«, »Nordwestdeutscher Rundfunk« oder »Radio Frankfurt«, die ebenfalls in den Dokumenten vorkommen, sucht man im Register vergebens.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

¹ Vgl. Rezension in: RuG Jg. 21 (1995), H. 2/3, S. 191f.

Mikrofiche-Edition der Protokolle des Zentralsekretariats der Sozialistischen Einheitspartei (1946 bis 1949).

(= Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Bd. 59).

Koblenz: Bundesarchiv 1997, 229 Seiten.

Nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 wählte der erste Parteitag einen 80 Mitglieder zählenden Parteivorstand, der seinerseits ein paritätisch zusammengesetztes Zentralsekretariat berief, dem 14 Personen angehörten. Dieses Zentralsekretariat bestand knapp drei Jahre, bis es sich im Januar 1949 – nach sowjetischem Vorbild –, in Politisches Büro (Politbüro) umbenannte. Die Ergebnisse der Sitzungen des Gremiums wurden meistens in Beschlufsprotokollen festgehalten, die, wie die Bearbei-

ter des dazu erstellten Findbuchs Konrad Reiser und Simone Walther von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in ihrem Vorwort hervorheben, deutlich »dokumentieren (...), mit welchen Mitteln die (...) neue Partei die Macht in einem Teil Deutschlands erobern (...) konnte.« (S. 8) Es seien vor allem die Instrumente Personalpolitik, Propaganda und Parteivermögen zur Sicherung der materiellen Existenzbasis gewesen.

Diese Feststellung ist leicht zu überprüfen, da das Bundesarchiv nicht nur ein Findbuch vorlegte, in dem die einzelnen Tagesordnungspunkte der Sitzungen aufgelistet sind, sondern parallel dazu auch die Protokolltexte auf Mikrofiche leicht zugänglich machte. So ist zu erkennen, daß die Beschlüsse des Zentralsekretariats »die politisch-gesellschaftliche, die wirtschaftliche und im weitesten Sinn kulturelle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone,« wie es in der Einleitung heißt, widerspiegeln. (S. 14)

Aus Gründen des Machtausbaus und der Machterhaltung befaßte sich das Zentralsekretariat natürlich auch intensiv mit den Massenmedien, so auch mit dem Rundfunk. Am 24. Juni 1946 beispielsweise wurde nach einer Einführung durch Wilhelm Pieck, einem der beiden Parteivorsitzenden, beschlossen, anläßlich der bevorstehenden Kommunalwahlen eine Kommission unter Federführung der SED-Abteilung Presse, Rundfunk und Information einzusetzen, die zu klären habe, »in welchem Umfange der Rundfunk für die Wahlpropaganda der Partei eingesetzt werden kann« und die in diesem Zusammenhang »die parteigenössischen Intendanten der gesamten Zone zu regelmäßigen Besprechungen zusammenzurufen« habe. Das Zentralsekretariat kümmerte sich aber auch um die Meldungen des Moskauer Rundfunks über Kriegsgefangene in der Sowjetunion (17.8.1946), um einen Rundfunkempfänger für das Frauensekretariat der Parteiorganisation (8.11.1946) und lehnte eine Erhöhung der Rundfunkgebühren ab (10.1.1949). Außerdem beschloß es, »für die Westgebiete (...) eine tägliche Radiopropaganda zu organisieren« (22.5.1947) und »die eingeleiteten Arbeiten zum Ausbau des Deutschlandsenders in der vorgeschlagenen Form (eigenes Programm ab 1. Oktober 1948) (...) fortzuführen« (20.9.1948). Eine der vielen Personalentscheidungen betraf Hans Mahle – offenbar zwischendurch mit anderem befaßt –, der »für die Aufgaben des Generalintendanten des Rundfunks der Zentralverwaltung für Volksbildung wieder zur Verfügung gestellt« werden sollte (11.1.1947).

Das Findbuch erschließt die Protokolle durch Personen- sowie durch Sach- und Ortsindices, wofür dankenswerterweise der Gesamttext (mit Ausnahme der Anlagen) der Protokolle und nicht nur die Tagesordnungspunkte ausgewertet wurden. Leider ist der Titel der Publikation etwas verwirrend: Es handelt sich nicht um die »Mikrofiche-Edition«, sondern nur um das Findbuch zu diesem Quellenbestand. Da ist die Aufschrift auf dem Buchrücken doch etwas genauer; sie lautet »Protokolle des Zentralsekretariats der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1946 bis 1949)«. Mikrofiches mit den Texten der Protokolle (einschließlich der Anlagen) können aber

unabhängig vom Bundesarchiv davon erworben werden.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Philipp Steinwälder

Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland.

Entstehung, Tätigkeitsfelder und Rechtsnatur.

Eine rechtswissenschaftliche Untersuchung zur Entwicklung, den Aufgaben und der Organisation der ARD (= Materialien zur interdisziplinären Medienforschung, Bd. 31).

Baden-Baden/Hamburg: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, 382 Seiten.

Die ARD, als Kürzel für das Erste Fernsehprogramm in aller Munde, ist als Institution ein weithin unbekanntes Wesen. In der Öffentlichkeit besteht sogar Ungewißheit darüber, welchen Geschlechts sie ist, eine Unkenntnis, die sich daraus ergibt, daß nicht so sehr viele wissen, wofür ARD steht: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeitsgemeinschaft wurde 1950 gegründet, die Abkürzung erst 1954 eingeführt. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt ZDF, nach der ARD-Satzung beitragsfähig und zum Beitritt eingeladen, wollte nicht Mitglied werden.

Es liegt in der Natur von Juristen, daß sie gern als erstes nach der Rechtsnatur einer Einrichtung fragen. Der Jurist Philipp Steinwälder untersucht in seiner Dissertation, deren Veröffentlichung die ARD finanziell unterstützte, die rechtlichen Regelungen der Zusammenarbeit in der Gemeinschaft, geht aber im besonderen der Frage nach, wie die ARD rechtlich-dogmatisch einzuordnen ist. Er kommt zu dem Schluß, daß sie als Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet wurde, heute aber wegen ihres Aufgabenspektrums nicht mehr privatrechtlich qualifiziert werden kann und den Tatbestand einer nicht-rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Verbandseinheit erfüllt.

Der Schwerpunkt ihrer Aufgaben hat sich von der Interessenvertretung zunehmend auf die Zusammenarbeit unter den Mitgliedern im Programmbereich verlagert, in deren Mittelpunkt heute die verschiedenen Fernsehgemeinschaftsprogramme stehen. Der Mangel an Rechtsfähigkeit hat übrigens zur Folge, daß es, streng genommen, einen ARD-Vorsitzenden nicht gibt. Die Geschäftsführung wird nämlich jeweils für zwei Jahre einer Mitgliedanstalt und nicht einer Person übertragen.

Die Zusammenarbeit in der ARD vollzieht sich in Ausübung des den Mitgliedanstalten zustehenden Selbstverwaltungsrechts, das lediglich durch Gesetze begrenzt ist und begrenzt werden kann. Staatsvertraglicher Ermächtigungen für Gemeinschaftsleistungen der ARD bedarf es grundsätzlich nicht. Es gibt sie aber. Beim Fernsehgemeinschaftsprogramm Erstes Deutsches Fernsehen und bei dem inzwischen eingestellten Satellitenprogramm Eins Plus drückte sich der Vorrang der Selbstverwaltung durch ein »normatives Hinterherhinken« aus: erst wurden die Programme ins Leben gerufen, nachträglich folgte die

gesetzliche Ermächtigung. Daß der Rundfunkstaatsvertrag die Veranstaltung weiterer bundesweit verbreiteter Fernsehgemeinschaftsprogramme der ARD von einer besonderen Ermächtigung durch einen Staatsvertrag aller Länder abhängig macht, stellt eine Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts dar.

Von praktischer Bedeutung ist die Frage nach den Grenzen des Selbstverwaltungsrechts der ARD-Anstalten für den Fall, daß der ARD-Staatsvertrag und der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag gekündigt werden. Die Länder Bayern und Baden-Württemberg sind entschlossen, den letzteren zu kündigen, um den Finanzausgleich zu beenden, der dazu bestimmt ist, die Funktionsfähigkeit kleiner ARD-Anstalten durch finanzielle Zuwendungen der größeren zu sichern. Steinwälder betont, die Rundfunkanstalten seien kraft des gesetzlich gewährten Selbstverwaltungsrechts auch ohne ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung zu einem Finanzausgleich befugt.

Wenn die Vorschriften über den Finanzausgleich im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag nur durch einzelne Länder gekündigt werden, entfällt für die betroffenen Rundfunkanstalten die Verpflichtung, aber nicht die Befugnis, am Finanzausgleich teilzunehmen. Der Autor fügt jedoch realistisch hinzu: Wenn eine Anstalt aus dem sorgfältig austarierten System ausscheide, könnten die wirtschaftlichen Grundlagen des Finanzausgleichs erschüttert werden. Inzwischen sind die ARD-Anstalten (mit Ausnahme des Sender Freies Berlin, der nach Meinung der anderen aus dem Finanzausgleich ausscheiden soll) bereit, den Finanzausgleich auf einen »Strukturfonds« zu reduzieren, den freilich die kündigungswilligen Länder nicht akzeptieren wollen. Gleiches wie für den Finanzausgleich gilt für das Erste Deutsche Fernsehen im Falle der Kündigung des ARD-Staatsvertrages.

Steinwälder sieht in der ARD ein Element des kooperativen Föderalismus, der sich in der Bundesrepublik Deutschland herausgebildet hat und der auf dem Bedürfnis beruht, die Nachteile und Unzulänglichkeiten der bundesstaatlichen Ordnung auszugleichen. Daß gegenwärtig in der ARD jede Mitgliedsanstalt eine Stimme hat, entspricht nach dem Willen der ARD dem Grundsatz der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung. Der Autor fügt hinzu, daß dieser Grundsatz auch ein typisches Merkmal der Zusammenarbeit im Bundesstaat sei. Vor 1962 waren freilich die Stimmen in der ARD gewichtet, und auf staatlicher Ebene waren sie es im Bundesrat von Anfang an.

Was den Vertrag zwischen den ARD-Anstalten über das Fernsehgemeinschaftsprogramm Deutsches Fernsehen angeht (der seit 1984 gebräuchliche Begriff Erstes Deutsches Fernsehen wurde nicht in den Vertrag übernommen), so waren Radio Bremen bis 1961 und der Saarländische Rundfunk bis 1963 Partner des Vertrags, ohne sich am Programm zu beteiligen. Manche der Reformüberlegungen in der ARD scheinen an frühe Zustände anzuknüpfen. Die Festlegung der Pflichtquoten bei der Zulieferung zum Ersten Programm ist natürlich auch finanzausgleichsrelevant.

Die föderale Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland habe eine unitarische Komponente dadurch, daß die Rundfunkfunktionen in einem »länderübergreifenden Informations- und Programmverbund« wahrgenommen werden. Die zu seiner Finanzierung dienende Einheitsgebühr lasse ebenfalls eine unitarische Tendenz erkennen. So sieht es der Verfassungsrechtler Herbert Bethge, der daraus die Unzulässigkeit einer Spaltung der Rundfunkgebühr und den Verfassungsrang des Finanzausgleichs ableitet. Steinwälder deutet an, daß der Finanzausgleich, soweit man ihn überhaupt fortsetzen will, im Selbstverwaltungsrecht besser aufgehoben ist.

Wenn Juristen Schwierigkeiten haben, etwas zu definieren, sagen sie, es sei »sui generis«. In diesem Sinne bezeichnet der Autor die ARD als Unikat. Sein Buch ist wegen seiner Definitionsbemühungen von rechtswissenschaftlichem Interesse; es ist jedoch zugleich wegen seiner detailgenauen Darstellung aller Funktionen der ARD ein sehr nützliches Handbuch, das bei den Interessierten neben dem ARD-Jahrbuch stehen sollte.

Dietrich Schwarzkopf, Starnberg

Walter J. Schütz (Hrsg.)

Medienpolitik.

Dokumentation der Kommunikationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990 (= Schriften der Deutschen Gesellschaft für COMNET, Bd. 8).

Konstanz: UVK Medien Verlagsgesellschaft 1999, 734 Seiten.

Daß Medienpolitik einen immer größeren Stellenwert einnimmt, geht schon rein quantitativ aus der Dokumentation hervor: Werden für 1950 nur vier Seiten benötigt, um die wichtigsten Daten und Fakten zu präsentieren, so sind es für 1970 sieben Seiten und für 1980 knapp 19 Seiten. Für 1990 bis zum 3. Oktober, dem Tag der Vereinigung von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik, – freilich ein Ausnahmejahr, in dem sich auch die medienpolitischen Ereignisse und Entscheidungen überschlugen – reichen nicht weniger als 89 Seiten.

In sieben Kapitel ist das Werk, entstanden in mehr als eineinhalb Jahrzehnten am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster, untergliedert, sich orientierend an medien- und / bzw. politikhistorischen Einschnitten: Dem Abschnitt »Die Lizenzphase« (1945 - 1949) folgen die »Anfangsjahre [mit] der Suche nach Positionen und Einflußbereichen« von der Gründung der Bundesrepublik bis zum Erreichen der vollen Souveränität für den westdeutschen Teilstaat (1950 - 1955); dem Kapitel »Kampf um ein zweites Fernsehen« (1956 - 1960) schließt sich die »Diskussion um Wettbewerbsverzerrungen und Pressekonzentration« bis zur Bildung der sozialliberalen Bundesregierung (1961 - 1969) an. Weitere Kapitel befassen sich mit der »Erstarkung« der Medienpolitik bis zur Vorlage des Berichts der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (1970 - 1975), mit den »neuen Medien in der

Diskussion« bis zur Übernahme der Bundesregierung durch eine CDU/CSU/FDP-Koalition (1976 - 1982), mit dem »Kampf um eine neue Medienordnung« (1983 - 1986) sowie mit den Jahren bis zur deutschen Einheit (1987 - 1990).

Alein die Überschriften über den einzelnen Kapiteln, die jeweils durch kurze Zusammenfassungen eingeleitet werden, lassen erkennen, daß Medienpolitik sich im wesentlichen auf den Rundfunk bezog, wenn auch die Bearbeiterinnen und Bearbeiter der Dokumentation natürlich auch den anderen Medien wie Presse und Film gerecht zu werden versuchen. Gründe für die natürliche Schlagseite einer solchen Publikation sind in den besonderen technischen Problemen (Bereitstellung von Frequenzen), kulturellen und publizistischen Ansprüchen (Angebote für Mehr- und Minderheiten) und in dem vom Grundgesetz vorgegebenen föderalistischen Organisationsrahmen (Kulturhoheit der Länder) mit entsprechendem ordnungspolitischen Regelungsbedarf für den Rundfunk zu sehen. Deswegen gab es gerade auch in den vergangenen Jahren im Zeichen des dualen Rundfunksystems sowie der Vervielfachung der Übertragungswege durch die Satelliten- und die Digitaltechnik zahlreiche Staatsverträge, aber auch Novellen bestehender Gesetze und Abkommen im internationalen, vor allem europäischen Rahmen, um die Chancengleichheit von öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Programmanbietern herzustellen und zu bewahren.

Weit mehr als 1 700 Vorgänge der Medienpolitik werden dokumentiert: Gesetze und Gesetzgebungsverfahren, höchstrichterliche Urteile, internationale Verträge, Einführung neuer Techniken, Grundsatzentscheidungen von Parteien und Interessengruppen, Änderungen der Wirtschaftsgrundlagen für das Medien- und Kommunikationssystem. Jede einzelne Eintragung beginnt mit der Nennung des Datums, gefolgt von einer dem jeweiligen Ereignis gerecht werdenden Darstellung, ergänzt um genaue Quellenverweise, wobei zumeist auf die Originalquellen zurückgegriffen wird. Ein besonderer Service wird geboten durch Verweise auf zeitlich vorausgegangene Eintragungen zum gleichen Thema und Eintragungen, die ihm noch folgen werden, so daß sich der Benutzer beispielsweise über einen Meinungsbildungsprozeß zu einem Gegenstand der Medienpolitik mühelos über einen längeren Zeitraum informieren kann. Register über Personen, Institutionen und Sachthemen unterstreichen nachdrücklich den Nachschlagecharakter der Publikation. Zu vermissen ist allerdings ein kumuliertes Verzeichnis aller benutzten Primär- und Sekundärquellen.

Trotz allen Verständnisses für ein schwieriges und vor allem wegen der Erstellung der Register auch zeitaufwendiges Unternehmen, worauf Herausgeber Walter J. Schütz in dankenswerter Offenheit hinweist, ist aber kritisch anzumerken, daß die Dokumentation erst gut neun Jahre nach dem Datum des letzten Eintrags erscheint. Für die aktuelle Medienpolitik ist sie damit nur von eingeschränktem Gebrauchswert, dafür aber eine Fundgrube für Historiker! Wenn auch Projektleiter Gerhard W. Wittkämper freimütig Defizite, d.h. Lücken, einräumt, ist es dennoch unerklärlich,

daß in der Lizenzphase zwar etwas über die Gründung von Radio Saarbrücken (24.6.1946) nachzulesen ist und über die Geschäftsordnung für die Studios des Südwestfunks (1.1.1948), nichts aber über die anderen Sender der Besatzungsmächte, die bereits 1945 ihren Betrieb aufnahmen. Die starke Konzentration auf die Monate der Wende hat dazu geführt, daß Hans Bausch, mehr als 30 Jahre Intendant des Süddeutschen Rundfunks, mehrmals Vorsitzender der ARD und meinungsfreudiger Verteidiger der Rundfunkfreiheit gegen Gängelungsversuche der Politik, im Personenregister nur mit drei Verweisen vorkommt, Hans Bentzin jedoch, in den Wendemonaten 1989/90 kurzzeitig Generalintendant des Fernsehens der DDR, im Register Bausch im Alphabet direkt folgend, jedoch mit sieben. Zu fragen ist auch, ob nach der Vereinigung eine Dokumentation, die sich vorrangig mit dem Westen Deutschlands befaßt und nur für die Jahre bis 1949 auch Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone und ab Herbst 1989 auch in der DDR registriert, noch in die forschungspolitische Landschaft paßt.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Hermann Fünfgeld (Hrsg.)

Von außen besehen.

Markenzeichen des Süddeutschen Rundfunks

(= Südfunk-Hefte, Bd. 25).

Stuttgart: SDR 1998, 520 Seiten.

In den seit 20 Jahren vom Süddeutschen Rundfunk (SDR) in gelbem Umschlag herausgegebenen »Südfunk-Heften« sind verschiedene sehr nützliche kommunikationswissenschaftliche und -historische Untersuchungen erschienen sowie zudem wichtige Dokumentationen für die neuere Rundfunkgeschichte. Erwähnt seien als Beispiele für den letzteren Fall die Hefte Nr. 8 (Zum Entwurf eines Landesmediengesetzes Baden-Württemberg, 1983) sowie Nr. 11 (Regionalisierung im Hörfunk, 1985), für den ersteren Fall die Hefte Nr. 2 (Gerhard Maletzke: Gesellschaftspolitische Aspekte des Kabelfernsehens, 1979) sowie die Hefte 9, 17 und 21 mit der dreiteiligen Geschichte des Stuttgarter Rundfunks von 1924 bis 1959, die Eberhard Klump (1984), Edgar Lersch (1990) sowie Konrad Dussel, Edgar Lersch und Jürgen K. Müller (1995) geschrieben haben.

Aus dieser ganz unprätentiösen Reihe ragt das als Sammelband mit 32 Beiträgen und einer voluminösen Seitenzahl von Hermann Fünfgeld herausgegebene 25. Heft in mehrfacher Hinsicht heraus. Erstens führt der Titel etwas in die Irre, denn um Außenansichten handelt es sich eben nicht in jedem Fall. Zwar ist die Mehrzahl der Beiträge von Autorinnen und Autoren verfaßt worden, die mit dem Stuttgarter Rundfunk in den zurückliegenden 50 Jahren tatsächlich nur als Außenstehende zu tun hatten – als Politiker oder Juristen, als Autoren oder Kritiker oder als kommunikationswissenschaftliche Forscher; aber es finden sich eben auch »Insider«-Beiträge. Zweitens handelt es sich bei den 32 Aufsätzen um Beiträge von recht unterschiedlicher Art und Güte. Sie thematisieren die Organe des SDR, seine Au-

ßenbeziehungen etwa zum Stuttgarter Staatsministerium, seine (betriebs-)wirtschaftliche Entwicklung, vor allem aber seine Hörfunk- und Fernsehprogramme sowie schließlich seine Medienforschung. Vielfach mischen sich in diesen Beiträgen Erinnerungen mit mehr oder weniger gut begründeten Annahmen, mitunter handelt es sich auch um nüchterne Bestandsaufnahmen, wie etwa über die marginalen Beziehungen zwischen dem SDR und der baden-württembergischen Landesanstalt für Kommunikation.

Wissenschaftliche Untersuchungen, wie die aufschlußreiche Studie von Konrad Dussel über die drei Stuttgarter Rundfunkintendanten Fritz Eberhard, Hans Bausch und Hermann Fünfgeld sowie die lezenswerten Fernsehprogrammanalysen von Michael Kuncik über die Auslandsberichterstattung und von Knut Hickethier über das SDR-Fernsehspiel sind in der Minderzahl. Einige Beiträge muten eigentümlich an, etwa Hans Mayers Erinnerungen an seine Tätigkeit hauptsächlich bei »Radio Frankfurt« (sic!) oder der fraglos aufschlußreiche Aufsatz über Rundfunkrat und Verwaltungsrat des SDR, den kein Gremienmitglied, sondern Margret Wittig-Terhardt, die ehemalige Justitiarin des SDR, verfaßt hat. Ihre etwas unscharf formulierte These, daß »bis zur Mitte (...) der neunziger Jahre bei den SDR-Gremien parteipolitische Gruppierungen keine die Rundfunkpolitik dauerhaft bestimmende Rolle« gespielt haben (S. 46), steht ebenso auf dem rundfunkhistorischen Prüfstand wie diejenige von Lorenz Menz, wonach »so gut wie keine aktenkundigen Vorgänge über aufsichtsrechtliche Konflikte« in den Akten des Stuttgarter Staatsministeriums zu finden seien (S. 55) – eine beinahe sibyllinische Formulierung.

Die erst auf den zweiten Blick nach einer gewissen Ordnung hintereinander gereihten Beiträge vermitteln gewiß den offenkundig beabsichtigten Eindruck eines Mosaiks der publizistischen und künstlerischen Leistung, die der SDR in den zurückliegenden Jahrzehnten erbracht hat. Doch fehlt dem umfangreichen Band eine Einleitung, in welcher der Ordnungsrahmen erläutert wird, oder zumindest ein strukturiertes Inhaltsverzeichnis, aus welchem sich der Leser einen Reim auf den inhaltlichen Zusammenhalt der 32 Mosaiksteine machen kann. Endlich ist der Anlaß dieser Publikation nicht recht erkennbar. »Anstelle eines Vorworts« (sic!) schreibt der Herausgeber, in ihrer Gesamtheit würden die Beiträge »ein Dokument vor[stellen], das allen Freunden des Süddeutschen Rundfunks eine kleine Erinnerung an eine interessante Institution in unserem Lande erhalten soll.« Was ist mit der »Erinnerung an eine interessante Institution« gemeint?

Sollte die Formulierung andeuten, der Band beabsichtige eine Art Resümee der 50jährigen Geschichte des SDR, wäre der Rundfunk in Stuttgart besser beraten gewesen, wenn er durch ein rundfunkhistorisches Forschungsprojekt eine umfassende, wissenschaftlich abgesicherte und zugleich gut lesbare Anstaltsmonographie hätte erarbeiten lassen, wie es vor beinahe zehn Jahren der NDR unter der Leitung von Wolfram Köhler mit vorzüglichem Erfolg getan hat.¹ Eine solche Anstaltsgeschichte des SDR ist überfällig und im Rundfunkwettbewerb auch gewiß

kein unnützes Unterfangen, wenn es um den historischen Leistungsnachweis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geht. Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Stuttgart zwar eine andere Struktur erhalten hat, indes weiter besteht, ist es keineswegs zu spät für ein solches Projekt.

Arnulf Kutsch, Leipzig

¹ Vgl. Mitteilungen StRuG Jg. 18 (1992), H. 3, S. 279.

Ingeborg Bachmann

Römische Reportagen.

Eine Wiederentdeckung. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Jörg-Dieter Kogel. München/Zürich: Piper Verlag 1998, 123 Seiten.

Für den Rundfunkforscher ist der Untertitel interessant: »die Wiederentdeckung.« Das Nachwort erzählt dazu die Geschichte: 1997 auf der Tagung »Buch, Buchhandel und Rundfunk 1950 - 1960« in Marbach erwähnte Oswald Döpke, Chefdramaturg bei Radio Bremen von 1949 - 1962, beiläufig im Zeitzeugengespräch diese Sendungen Ingeborg Bachmanns. Die empfindsame Autorin als politische Korrespondentin? Journalisten, Archivare und Rundfunkforscher im Publikum spitzten die Ohren, sollte ihnen da etwas entgangen sein? Die Frage nach der Überlieferung ließ nicht lange auf sich warten. Ja, vielleicht ist da noch etwas in den Kellern von Radio Bremen. Das ist der eigentliche Glücksfall, daß hier 40 Jahre alte Texte und Honorarabrechnungen nicht längst dem üblichen Platzbedarf weichen mußten, sondern erhalten blieben. Rundfunkanstalten haben in Archivierung und Dokumentation dieser frühen Jahre kein Ruhmesblatt erworben. Es wurde vernichtet oder aufbewahrt mit Beliebigkeit und wenig Sachverstand. Daß Jörg-Dieter Kogel der Spur nachging und fündig wurde, ist für die Ergänzung des Bachmann-Oeuvres nicht minder wichtig wie für die Programmforschung. Die »römischen Reportagen«, die für knapp ein Jahr, 1954/55, eine hervorragende Berichterstattung aus Italien darstellen, waren sogenannte journalistische Brotarbeit. Ingeborg Bachmann benutzte ihr Pseudonym Ruth Keller, unter dem sie zu dieser Zeit auch in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung schrieb. Es ist bezeichnend, daß die Literaturkritik dem gleichzeitig erschienenen Band »Letzte Gedichte, Entwürfe, Fassungen«, ediert und kommentiert von Hans Höller, mehr Aufmerksamkeit widmete als dieser »Brotarbeit«, die am Telefon diktiert, von einem Hörfunkjournalisten redigiert und dann von einem Sprecher verlesen wurde. Originale Textvorlagen gibt es offenbar nicht. Die Affinität der Schriftsteller zum Medium wird gerade noch für das Hörspiel akzeptiert, eine Einbindung in aktuelle Arbeit dagegen ist suspekt. Die Provenienz dieser Texte ist aber eindeutig journalistisch. Die Themenwahl von Parlamentsdebatten, Naturkatastrophen, Streiks, Arbeitslosigkeit bis zu Affären und Starauftritten belegt den professionellen Zugriff ebenso wie die Umsetzung. So führen diese »Reportagen« das mit, worum heute jeder Journalist ringt, Glaubwürdigkeit und Kompetenz, und

sie vermitteln das »Vor Ort« in Ablauf und Reflexion in bester Weise. Der Blick der Dichterin auf ihre Umwelt, auf den politischen und sozialen Alltag bleibt nicht an der Oberfläche, dringt durch zur Vielschichtigkeit des Hintergrunds. Die Anschaulichkeit der Bilder, die plastische Sprache, die eindeutige Kommentierung lassen Ereignisse von gestern in einer unverändert interessanten Berichterstattung lebendig werden. Ein Personen- und Sachregister ist bei der historischen Zuordnung behilflich: in jedem Fall eine empfehlenswerte Lektüre für alle (Hörfunk-)Journalisten. Darüber hinaus mag die Wiederentdeckung dieser Texte eine Ermutigung und Herausforderung sein, Erinnerungen von Zeitzeugen sorgfältig zu lesen, anzuhören und gegen den Strich zu bürsten.

Sabine Schiller-Lerg, Münster

Andreas Fickers

Der »Transistor« als technisches und kulturelles Phänomen.

Die Transistorisierung der Radio- und Fernsehempfänger in der deutschen Rundfunkindustrie 1955 bis 1965
(= Aachener Beiträge zur Wissenschafts- und Technikgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 1).
Bassum: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 1998, 149 Seiten.

Untersuchungen zur Geschichte der Rundfunkempfangstechnik sind bisher eher selten. Da ist eine Publikation zu begrüßen, die für einen überschaubaren Zeitraum von zehn Jahren – von 1955 bis 1965 – die Auswirkungen der Transistortechnik auf die Entwicklung der Empfangsgeräte in Verbindung mit dem sich wandelnden Rezeptionsverhalten thematisiert.

Andreas Fickers, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Technischen Hochschule Aachen und derzeit mit einem Dissertationsprojekt zur Einführung des Farbfernsehens befaßt, geht in seinem Buch sowohl auf internationale als auch auf Deutschland bezogene Aspekte dieser die Empfangstechnik revolutionierenden Erneuerung ein. Zunächst schildert er die Situation des Rundfunks in Deutschland nach 1945, insbesondere nach der Verabschiedung des Kopenhagener Wellenplans mit seinen für Deutschland höchst ungünstigen Festlegungen über die Frequenzen im MW-Bereich, die zum forcierten Ausbau eines UKW-Netzes hierzulande führte. Nach einem flüchtigen Blick auf die Entwicklung des Transistors, die hauptsächlich in den Vereinigten Staaten vorangetrieben worden ist, kommt der Autor zu seinem wichtigsten Kapitel: »Der Einsatz von Transistoren in Radio- und Fernsehempfängern«. Die Transistorisierung sieht er in zwei Wellen sich ausbreiten: Die erste Welle reichte von 1955/56 bis 1959, vom Beginn des Einbaus erster Transistoren in deutsche Radioempfänger bis zur erstmaligen Verwendung von Transistoren aus deutscher Produktion; während der zweiten Welle von 1960 bis 1965 hat, so der Autor, die Volltransistorisierung der Radioempfänger stattgefunden und der Einsatz der Transistortechnik in Fernse-

hempfänger begonnen. Zum Schluß geht er noch auf die Bedeutung der Transistortechnik für die Rundfunkindustrie in Deutschland und auf die Veränderungen der Hörkultur vor allem bei Jugendlichen ein. In einem Anhang werden Interviews von Machern und Merkern abgedruckt. Es kommen zu Wort: Hans Rebstock von Siemens, Walter Klein von Grundig und Karl Tetzner von der »Funkschau«.

Fotos und Faksimiles lockern die ansonsten spröde Thematik auf. Es wird aber deutlich, daß, wie Fickers in seiner »abschließenden Betrachtung« ausführt, »mit dem Transistor (...) der Rundfunkgeräteindustrie ein elektronisches Bauelement zur Verfügung gestellt [wurde], welches erstmals eine echte Alternative zu dem bis zu diesem Zeitpunkt dominierenden Verstärkerelement, der Elektronenröhre, darstellte.« (S. 91)

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Otfried Jarren u. a. (Hrsg.)

Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft.

Ein Handbuch mit Lexikonteil.
Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, 764 Seiten.

Kommunikation und damit einhergehende symbolisch vermittelte Interaktion konstituiert, stabilisiert, transformiert und destruiert mitunter sinnhaft operierende soziale Systeme. In einer sich in vagen Konturen abzeichnenden Informationsgesellschaft gilt dies in besonderer Weise für das System Politik und dessen spezifische Operationsmodi. Kommunikation fungiert hier und im Konnex mit anderen gesellschaftlichen Systemen als Steuerungs- sowie Rückkopplungsmedium. Darüber hinaus dient Kommunikation in bestimmten Sektoren als Regulativ der strukturellen Koppelung zwischen politischem System und weiteren gesellschaftlichen Teil- beziehungsweise Subsystemen wie etwa Medien und Recht.

Der Terminus »politische Kommunikation« ist somit in zweierlei Hinsicht markiert: Zum einen verweist er auf das Verhältnis von Politik und Medien, zum anderen auf das von Politik und Macht. Beide Relationen zielen letztlich auf eine – wie auch immer – kommunikativ generierte Legitimation von Politik ab. Insofern gerät gerade in demokratisch basierten Gesellschaften die politische Kommunikation ins Zentrum kritischer Diskurse, stellt sich doch das Problem, ob und inwieweit zwischen demokratisch normativen Postulaten und gesellschaftlich notwendigen Funktionen vermittelt werden kann. Mithin ist zu eruieren, durch welchen systemischen Status und welche funktionalen Zuschreibungen das Mediensystem und die politische Kommunikation charakterisiert sind.

Den ambitionierten Versuch, in diesem hochkomplexen Problemfeld erste sondierende Wegmarken zu setzen, unternimmt das von den Kommunikations-, respektive Politikwissenschaftlern Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer herausgegebene Handbuch »Politische Kommunikation«. Mit diesem umfangreichen Sammelband wird der berechtigten Forderung nach einer stärkeren intra- und interdiszi-

plinären Kooperation bei theoretischen, methodologischen sowie forschungspragmatischen Fragen sowohl in der Politologie als auch in benachbarten Disziplinen konzeptuell Rechnung getragen. Dabei verdeutlicht schon die erste Lektüre, daß ein umfassender, in sich geschlossener Begriff der politischen Kommunikation nicht zur Verfügung steht; vielmehr gibt es, wen wundert's, so viele Definitionen wie als relevant erachtete theoretische und methodische Ansätze. Daraus resultiert das Desideratum einer einheitlichen Theorie, was die Autorinnen und Autoren mit ihrer Reflexion auf die für die Politik- sowie Kommunikationswissenschaft wesentlichen sozialwissenschaftlichen Theorien, Methoden und Themata plausibel belegen. Mithin bieten die versammelten Beiträge die Möglichkeit, Problemata politischer Kommunikation durch die – von zahlreichen Autorinnen und Autoren antizipierte – funktionale Systemtheorie als Integrativum divergierender Ansätze zu betrachten und so theoretische Konzepte mittlerer Reichweite mit dem Design einer sozialwissenschaftlichen »grand theory« zu verbinden.

Das Handbuch folgt einer in sich stimmigen Gliederung. Zunächst führt es in zentrale Frage- und Problemstellungen politischer Kommunikation als Handlungs- und Forschungsfeld ein. Systematisierende Beiträge aus systemtheoretischer, ideengeschichtlicher, publizistischer und kommunikationstheoretischer Perspektive veranschaulichen eindrücklich, wie komplex sich der vorgängige Untersuchungsgegenstand in seiner Anlage ausnimmt. Sodann eröffnen die Autorinnen und Autoren einen Blick auf Facetten der politischen Kommunikation aus Sicht verschiedener sozial- und kulturwissenschaftlicher Disziplinen. Diskutiert werden etwa Theorien, Methoden, Studiendesigns und Befunde. Diese Beiträge haben durchweg einen evaluativen Charakter und gestatten aufgrund ihres Aufbaus eine komparatistische Lesart. Daraufhin werden die Interaktionen (Interferenzen und Interpenetrationen) zwischen dem politischen System und anderen sozialen Systemen analysiert. Die Autorinnen und Autoren stellen die für die sozio-mediale Kommunikation konstitutiven politik-beziehungsweise demokratietheoretischen Basistermini vor, um Prozesse, Strategien und Dimensionen politisch-kommunikativen Handelns aufzuzeigen. Sodann folgt eine Beschreibung wichtiger Akteure, Institutionen und Politiksektoren. Damit gelingt die Bestandsaufnahme gleichsam theoretischer wie praktischer (Forschungs-)Perspektiven, bei der einerseits das Explikationspotential, andererseits unterschiedliche Analyseschemata einer – noch zu elaborierenden – sozialwissenschaftlichen Disziplin »Politische Kommunikation« zutage treten. Und schließlich dient ein von den Autorinnen und Autoren verfaßtes Lexikon dem schnellen Nachschlagen zentraler Begriffe. Dieses mag zwar eine erste Orientierung gewährleisten, kann jedoch die Rezeption korrespondierender Fachlexika nicht ersetzen, zumal die Stichwortartikel äußerst knapp ausfallen und überdies auf jedwede Literaturverweise verzichtet wurde.

Mit diesem zum ersten Male vorliegenden Versuch, zum einen die begründete Eigenständigkeit des Forschungsgegenstandes »Politische Kommunikati-

on« innerhalb der Politikwissenschaft zu akzentuieren und zum anderen wichtige Grundlagen zur Konturierung einer neuen wissenschaftlichen Disziplin zu präsentieren, ist den Herausgebern und Beitragsautorinnen und -autoren das gelungen, was man wohl zu Recht als Pionierarbeit, auch im internationalen Kontext, positiv zu würdigen hat. Trotz der verständlichen Konzentration auf den deutschsprachigen Raum können die hier vereinten Wissensbestände zur Untersuchung und Beurteilung politischer Kommunikation partiell auf die Prämissen anderer politischer Systeme liberal-demokratischer Couleur transponiert werden.

Die Autorinnen und Autoren, allesamt ausgewiesene Vertreterinnen und Vertreter ihres Fachs, zeigen sich in der Lage, das komplizierte Beziehungsgefüge von Politik, Kommunikation sowie Macht, deren Folgen und Konsequenzen kompetent und konsistent zu analysieren. Gerade auch die genuin politologisch argumentierenden Beiträge unterstreichen zudem den Umstand, daß das Fach sichtlich bemüht ist, sein Terrain in der Informationsgesellschaft neu zu sondieren. In diesem Zusammenhang ist allerdings auch zu konstatieren, daß sich die verallgemeinerbaren Resultate zur politischen Kommunikation, die in erster Linie der empirischen Wahlforschung und Demoskopie sowie der politischen Philosophie und Ideengeschichte entstammen, als auffallend begrenzt erweisen.

Ungeachtet dessen sind dort die Forschungsfelder zu finden, in denen die von den Herausgebern eingeforderte Transdisziplinarität de facto ins Werk gesetzt werden kann: erstens können sich die politologische Wahl- und Meinungsforschung beispielsweise soziologischer sowie sozialpsychologischer Ansätze bedienen und, versehen mit diesem empirischen Rüstzeug, grosso modo recht zutreffende Prognosen ermöglichen; zweitens stellen die politische Philosophie und Ideengeschichte zwar elementare soziohistorisch manifeste Einsichten zur Verfügung, die das Verständnis politischer Prozesse und Kommunikation zwar befördern, aber ohne die Berücksichtigung zusätzlicher sozialwissenschaftlicher Parameter letztlich nur zu unzulänglichen Ergebnissen gelangen.

Als verdienstvoll sind ferner die Anstrengungen hervorzuheben, sich im konzeptionellen Denken an systemischen Kategorien zu orientieren, die sich trotz gewisser ungelöster Probleme sukzessive in den Sozial- und Kulturwissenschaften als innovative Leitparadigmata etablieren und dies mit durchaus respektablen Resultaten. Durch die übersichtliche thematische und terminologische Gliederung, den Lexikonteil und ein ausführliches Sachregister zur gezielten Begriffssuche kann mit dem Sammelband, der schon fast den Charakter eines Lehrbuches aufweist, solide und konstruktiv gearbeitet werden. Man muß nicht Prophet sein, um zu prognostizieren, daß das Handbuch »Politische Kommunikation« auf Jahre als das Standardwerk Bestand haben wird.

Christian Filk, Köln
Michael Malachewitz, Siegen

Julika Griem (Hrsg.)

Bildschirmfiktionen.

Interferenzen zwischen Literatur und neuen Medien.

Tübingen: Gunter Narr Verlag 1998, 321 Seiten.

Vor dem Hintergrund einer Vielzahl euphorischer und apokalyptischer Prognosen hat der Sammelband das Ziel, literarische Anlagen und Auswirkungen neuer Kommunikationstechnologien an konkreten Beispielen zu untersuchen. In der Traditionslinie des Denkens der Frankfurter Schule sehen vor allem Intellektuelle in der zunehmenden Verbreitung von Fernsehen und Computer eine Bedrohung tradiert Literatur, die von ihnen nach wie vor als alleiniger Maßstab von Bildung begriffen wird. Entgegen den überwiegend pessimistischen Äußerungen versuchen die 17 Beiträge, unter dem »Stichwort der Interferenzen Standorte, Funktionsweisen und Wertmaßstäbe von Literatur in gegenwärtigen Medienszenarien differenzierter zu beschreiben« (S. 7).

Der Konzeption des Buches liegen primär zwei Überlegungen zu Grunde. Bereits in den 60er Jahren hat McLuhens in »Understanding Media: The Extensions of Man« darauf verwiesen, daß Medien sich gegenseitig thematisieren, also von vornherein auf Interdependenzen angelegt sind. Darüber hinaus hat die Forschung seit längerem nachgewiesen, daß Medienbezüge nur in ihrer Komplexität zu fassen sind. Diese Erkenntnis schließt ein, daß lineare oder synchrone Entwicklungen ebenso für die Inhalte der Medien typisch sind wie diachrone und widersprüchliche. Eine zielgerichtete Progression ist also für die Mediengeschichte ebenso charakteristisch wie eine Vielfalt von Umbrüchen, Umcodierungen bis zum Funktionswandel usw. Unter diesen Voraussetzungen ist die im Untertitel erkennbare sprachliche Anleihe bei der Physik für den Sammelband durchaus programmatisch zu sehen. Die Autoren versuchen, die wechselseitigen Beeinflussungen von Fernsehen, Computer und Literatur in Hinblick auf Verstärkung, Auslöschung, Spiegelung etc. darzustellen.

Die Auswahl der Beiträge umfaßt die drei literarischen Gattungen Prosa, Drama und Lyrik. Die Autoren konnten für das Fernsehen bereits auf reichhaltige Literatur zurückgreifen, die allerdings nur zum Teil ausgewertet wurde. Die dennoch interessanten Einzelstudien bestätigen weitgehend die bisherigen Befunde, daß zwischen Literatur und Fernsehen eine, wenn auch im einzelnen differenzierte gezielte Thematisierung existiert. Insofern bleiben in den jeweiligen Interferenzen hier die Gattungsgrenzen und Zuständigkeitsbereiche im Unterschied zu den Wechselbeziehungen von Computer und Literatur überwiegend noch erkennbar.

Zu den interessantesten Beiträgen, die das Verhältnis von Fernsehen und Literatur problematisieren, zählt sicher der Aufsatz von Angela Keppler: »Unterhaltungen über Literatur im Alltag und im Fernsehen«. Sie untersucht am Beispiel der ZDF-Reihe »Literarisches Quartett« das Verhältnis von medialem Produkt und dessen sozialem Gebrauch. Ihr Ausgangspunkt ist die These, daß die »Verfassung der Medien eine Resultante der vielfältigen Weisen ist, in der ihre Produkte im sozialen Kontext angeeignet

werden« (S. 183). Dies bedeutet, »daß ein Vergleich der unterschiedlichen Medien und ihrer unterschiedlichen Gebrauchsformen nötig ist, um die Physiognomie der heutigen Informationsgesellschaft bestimmen zu können« (ebd.). Um diesem Anspruch gerecht zu werden, greift die Autorin methodologisch, wie auch in ihrem 1994 erschienen Buch »Tischgespräche. Über Formen kommunikativer Vergemeinschaftung am Beispiel der Konversation in Familien« auf Untersuchungen im Bereich der cultural studies zurück. Dieser Ansatz begreift die Medienrezeption immer als Ineinandergreifen von oraler und medial vermittelter, von produzierter und angelegener Kultur. Von daher untersucht Keppler an Hand von zwei Beispielen zunächst die Verarbeitung von Medieninhalten in alltäglichen Gesprächen über ästhetische Erzeugnisse. Als erstes Beispiel dient ein Familiengespräch über die Nobelpreisverleihung an Nagib Machfus, als zweites eines über die Orwellsche Romanverfilmung von »1984«. Obwohl sich der Bildungsgrad beider Familien unterscheidet, haben sie mit dem dokumentierten Ausschnitt aus dem »Literarischen Quartett« gemein, daß sich hier die gleichen Elemente wiederfinden, wie die Rekonstruktion des Inhalts, die Machart, die Bewertung sowie die Relevanz des ästhetischen Produkts. Die Autorin kommt, nachdem sie die erfolgreiche Fernsehsendung genauer untersucht hat, zu dem Schluß, daß das Verbindende zwischen den Tischgesprächen und der Fernsehsendung darin besteht, daß letztere »mit den Mitteln des alltäglichen Diskurses über Literatur gespielt wird«. Der Erfolg der Sendung beruht ihrer Meinung nach darauf, daß den Zuschauern »an ständig neuen Gegenständen ihre eigene Rede über Literatur zur Aufführung« gebracht wird (S. 202f.). Der Stringenz der insgesamt vorgebrachten Argumente wird sich der Leser kaum entziehen können.

Weniger überzeugend ist der Aufsatz von Ruth Nestvold »Der neue Autor. Die elektronische Gemeinschaft und das Ende des einsamen Schriftstellers«. Die Autorin zeichnet neue, vor allem die kollektiven Formen der Literaturproduktion im Internet nach. Sie konstatiert auch, ohne näher darauf einzugehen, daß es bereits seit längerem solche Formen gibt, etwa im Bereich des Drehbuchschreibens für Serien und Soaps. Die aber für die gegenwärtige Diskussion entscheidende Frage nach der Urheberschaft von kollektiven Erzeugnissen in den Netzen wird von ihr zwar gestellt, bleibt aber unbeantwortet. Möglicherweise hätte aber gerade ein Vergleich zwischen serieller Drehbuchproduktion und literarischen Internetproduktionen der letztendlichen Beantwortung des Rechtsproblems neue Impulse geben können. Die von der Verfasserin offengelassene Frage über zukünftige Gemeinschaftsproduktionen literarischer Texte im Netz wird wesentlich mitbestimmt werden von der Sicherung der Rechte. Insofern ist ihre Klärung eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Zukunft möglicher Interferenzen von Literatur und Computer.

Insgesamt enthält der Sammelband eine Vielzahl von Anregungen über das Verhältnis von Literatur und Medien. Zu wünschen wäre allerdings, daß ein

möglicherweise folgender Band auch populäre Literaturformen berücksichtigt.

Wolfgang Mühl-Benninghaus, Berlin

Jörg Helbig (Hrsg.)

Intermedialität.

Theorie und Praxis eines interdisziplinären Forschungsgebiets.

Berlin: Erich Schmidt Verlag 1998, 319 Seiten.

Das Konzept der »Intermedialität« erweist sich als populär, insbesondere unter den traditionell als »Geisteswissenschaften« oder als »Kulturwissenschaften« apostrophierten Disziplinen. Die vom Kölner Anglisten Jörg Helbig herausgegebene Anthologie mit 18 überwiegend von Philologen anglistischer Provenienz verfaßten Beiträgen zu diesem Thema steht in einer Reihe von ähnlichen publizistischen Unternehmungen der 90er Jahre.¹ Vor diesem Hintergrund stellt sich die vom Herausgeber antizipierte Lesart des Bandes als eines Projektes, das in »bislang einzigartiger Breite« (S. 8) den Gegenstand der Intermedialität in historischer sowie ästhetischer Hinsicht thematisiert, als reichlich euphemistisch dar.

Eine Gruppe von Beiträgen konzentriert sich auf theoretische, historische, perzeptive sowie technisch-apparative Aspekte von Intermedialität. Mit Blick auf eine »historisch begründete Systematik der Figurationen der Intermedialität« (S. 27) verschafft sich Joachim Paech einen Überblick über einschlägige Theorieentwürfe und entwickelt eine heuristische Analysestrategie von Intermedialität. Anhand der Relation zwischen den technischen Medien Fotografie und Film veranschaulicht er exemplarisch, auf welche Weise sich intermediale Transformationen begreifen und darstellen lassen. Der Etymologie und Genese des Terminus »intermedium« folgend, expliziert Jürgen E. Müller einige poetologische und theoretische Implikationen des Intermedialitätskonzepts. Vehement plädiert er für eine konsequente Integration intermedialer Dynamiken in die medientheoretische sowie -historiographische Reflexionen auf traditionelle und moderne Dramaturgien und Ästhetiken. Die Ausführungen Wilhelm Fügers sind dem Problem gewidmet, wo Intermedialität beginnt. Dabei legt er den Hauptakzent darauf, die Übergangsvarianten von bewußtseinsinternen Vorgängen und Versprachlichung zu deren verbalen und mediatisierten Manifestationen zu differenzieren und zu nuancieren. Generell konstatiert er: »Relevante Aspekte des Problemfeldes Intermedialität bleiben verdeckt, wenn man das Verbale pauschal als Medium betrachtet« (S. 54). Am Beispiel elektronischer und digitaler Ton-, Text- und Bild-Transformationen diskutiert Rolf Großmann, unter welchen Bedingungen und auf welche Weise anthropologisch konstituierte beziehungsweise kulturell konventionalisierte Wahrnehmungsmodi (Wahrnehmungssinne) und ihre medialen Entäußerungen (Künste und Medientechniken) funktionstechnisch miteinander interagieren und somit eine soziokulturell zu interpretierende »intermediale Praxis« (S. 109) konfigurieren.

Weitere Beiträge fokussieren unterschiedliche mediale Adaptionen fiktionaler (Text-)Vorlagen. Beispielfhaft am Shakespearschen »King Lear« analysiert Balz Engler, welche Folgen und Konsequenzen die Inszenierungen des Sujets im Kontext des Printmediums, des szenischen Mediums sowie des Fernseh-Mediums in Hinsicht auf unterschiedliche Rezeptionen und Exegesen nach sich ziehen. Ausgehend von der Frage »Welche narrativen Eigenschaften sind (...) den jeweiligen Medien eigentümlich, und welche haben sie gemeinsam?« (S. 68) benennt David Lodge Divergenzen und Konvergenzen, die zwischen dem monologischen Tätigkeitsprofil eines Romanschriftstellers und dem dialogischen Tätigkeitsprofil im Produktionszusammenhang von Theater, Film oder Fernsehen vorherrschend sind. In einer poetologisch-narratologischen Betrachtung eruiert Jörg Helbig, ob und inwieweit der Einzug des populären Romanmetiers in Hypertextumgebungen Auswirkungen haben wird auf klassische Genre- und Sujetmerkmale sowie auf konventionelle Produktions- und Rezeptionsstandards. Obwohl der elektronische Roman noch im »Stadium technischer und ästhetischer Geländesondierung« (S. 89) verharret, schreibt er jener medialen Grenzüberschreitung aufgrund des interaktiven Potentials eine besondere Bedeutung für die (philologische) Intermedialitätsforschung zu. Das Moment der Interaktivität greift Antje Vowinkel auf, indem sie Ansätze eines »interaktiven Hörspiels« vorstellt. Als historischer Bezugspunkt dient ihr das deutschsprachige Hörspiel der 90er Jahre. Die Hauptmerkmale des interaktiven Hörspiels, das entschieden vorhandene Arrangements aus der eigenen Gattungsgeschichte fortführt, bestehen, so der Tenor, zum einen in der »Interaktivität von Räumen«, zum anderen in der »Interaktivität von Menschen«, »wobei sich beide Konzeptionen nie wirklich voneinander trennen lassen« (S. 104).

Außerdem werden intermediale Beziehungen zwischen Literatur, Musik und Kunst thematisiert. Anhand von ausgewählten Exempla aus der Historie der anglophilen »Literaturoper« (S. 120) betrachtet Klaus Peter Steiger, was sich zwischen dramaturgischem Text und opernkomponierter Form beim Medienwechsel ereignet. Der Untersuchungsgang führt unter anderem zu dem Resultat: »Die Geschichte der Oper ist weniger eine Form diachronisch zunehmender Vollendung, per aspera ad drama per musica, als das Finden von Lösungen für einzelne Probleme im Austausch zwischen den Medien Wort und Musik« (S. 129). Im Zentrum der Ausführungen von Werner Wolf stehen Formen musik-literarischer Intermedialität. Sein besonderes Augenmerk richtet sich auf die Präsenz von Musik in der englischsprachigen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts. Im (funktions-)historischen Rückblick zeigt sich der Autor von der Wandlungsfähigkeit der literarischen Erzählkunst tief beeindruckt. Am Beispiel von ausgewählten Bildern und Texten aus den Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts analysiert Wolf Kindermann zum einen die Funktion des narrativen Moments in der Malerei, zum anderen die Funktion des malerischen Moments in der Narration: »Dabei werden drei unterschiedliche Positionen der zeitgenössischen Reflexion (...) sicht-

bar, die sich als historische, allegorische und ethno-dramatische Deutungsmuster einordnen lassen« (S. 204). In seinem Beitrag wendet sich Johann N. Schmidt den verwandten Diskursen von Comic und Hochhausarchitektur zu, die wohl beide in den 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Ikonizität von Comic und moderner Hochhausarchitektur, was Konsequenzen nach sich zieht: »So gestalten die Comics die Doppelgesichtigkeit der vertikalen Stadt – ihr Faszinosum und ihren Schrecken – zum unauflösbaren formalen Prinzip« (S. 241).

Zum Schluß wird die Evolution vom statischen zum animierten Bild in dispositiver, ästhetischer und technischer Hinsicht rekonstruiert. In seinem historischen Exkurs demonstriert Joseph Garncarz, auf welche Weise sich der Wechsel des Filmmediums seit etwa 1905 vom Variététheater zum Ladenkino vollzog. Die Argumentation mündet in ein Plädoyer, das Konzept der Intermedialität zu reformulieren, nämlich dahingehend, »daß man die Vielfalt der möglichen Beziehung zwischen den Texten unterschiedlicher Medien erfaßt und daß man Medien selbst nicht nur als textuelle Systeme, sondern als kulturelle und soziale Institutionen begreift« (S. 253). Um eine offenbar stärkere Berücksichtigung der Ethik in der zeitgenössischen anglo-amerikanischen Theoriediskussion im Anschluß an die »Postmoderne« nachzeichnen zu können, fungieren für Elisabeth Bronfen zwei kommerzielle Hollywoodfilme als kulturelles Substrat. Sie zeigt, daß sich ein Kurswechsel in der kulturwissenschaftlichen Debatte von den 70er bis in die 90er Jahre hinein in verschiedenen filmischen Adaptionen eines bestimmten Themas niederschlagen konnte. Abschließend rekapitulieren Kai Thomsen und Christian W. Thomsen die atemberaubend schnelle Entwicklung der computergestützten Animationstechniken in den letzten zwei Jahrzehnten. »Die Computeranimation reiht sich damit in jene für Medienkünste typische Tendenzen einer transitorischen Hybridkultur ein, die charakteristisch für Kunst und Gesellschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist« (S. 285). Mit den innovativen elektronischen und digitalen Animationspotentialen lassen sich mithin (Gegen-)Welten generieren, so der Ausblick, bei denen eine Scheidung von Fiktion und Realität kaum mehr möglich erscheint.

Vom reklamierten Anspruch her gesehen rangiert der Sammelband in der vorderen Reihe der transdisziplinär versierten Medienwissenschaft. Das in den Beiträgen mehrfach geäußerte Anliegen, die traditionelle philologische Forschung paradigmatisch von reduktionistischen Tendenzen zu befreien, ist zweifelsohne anzuerkennen. Nur die Wegmarken, wie eine kultur- und/oder medienwissenschaftlich erweiterte Theorie und Praxis – gerade auch mit Blick auf die Analyse-kategorie Intermedialität – auszusehen haben, erweisen sich nach wie vor als strittig, vermag doch das Gros der hier zu Wort gekommen Autorinnen und Autoren nicht, sich aus den bekanntlich engmaschigen Fallstricken der geisteswissenschaftlichen Hermeneutik zu befreien.

Somit gibt die Anthologie eine Gemengelage der (philologischen) Intermedialitätsforschung wieder: Ei-

nige Diskussionsansätze, zum Beispiel von Paech, Großmann, Garncarz und Thomsen, zeugen in der Tat von einer durchaus vielversprechenden Beantwortung fächer- und medienübergreifender Fragestellungen; sie zeigen sich in der Lage, die spezifischen diskursiven, soziotechnischen, funktionshistorischen sowie dispositiven Medienstrukturen zureichend in ihre konzeptionellen und strategischen Überlegungen miteinzubeziehen. Jene Beiträge zeigen mitunter auch exemplarisch auf, wie weit das Spektrum der intermedial relevanten Probleme reicht. Hinsichtlich des Intermedialitätsdiskurses konstatieren sie zu Recht zwei Perspektiven: die eine sondiert Vorher/Nachher-Beziehungen im Medienwechsel, die andere eruiert Verschmelzungen traditioneller und neuer Kommunikationstechnologien im Medienwechsel. Der Terminus Intermedialität markiert dabei die referentielle Schnittstelle der unterschiedlichsten medialen Ausdrucksformen.

Setzt man diese richtungsweisenden Beiträge mit den übrigen, insbesondere konventionell literaturwissenschaftlich versierten in Dialog, so zeichnet sich eine Reihe von Differenzqualitäten ab. Es seien die drei wichtigsten, insoweit sie sich verallgemeinern lassen, genannt: Erstens halten die Entwürfe, die entweder aufgrund von produktions- oder rezeptionshistorischen Überzeugungen (der frühen 70er Jahre) lediglich das literarisch Imaginäre und Ästhetische in der möglichst »korrekten« Lesart zu fokussieren trachten, es offenkundig für verzichtbar, die formalen und materiellen Prämissen zu implementieren, unter denen Medien und Medialität als Objekt(e) produziert, perzipiert, prozessiert und konsumiert werden. Zweitens kann die Intermedialitätsforschung mit ihrer programmatischen Akzentuierung nicht davon absehen, unter welchen spezifischen technischen, apparativen und systemischen Bedingungen Medien und Medialität zirkulieren. Eben dies muß einen Unterschied machen, um entsprechende Differenzen und/oder Konsistenzen konzeptuell zu erfassen. Und drittens bringt man sich sonst um die Möglichkeit, intermediale Taxonomien – gerade in funktionaler Hinsicht – elaborieren zu können.

Es bleibt ein geteilter Eindruck zurück: Auf der einen Seite hat der Sammelband zwar einige aufschlußreiche Intermedialitätsbeziehungen erörtert; auf der anderen Seite bleibt er jedoch einer rückwärtsgewandten Auffassung von (Inter-)Medialität verhaftet. Mithin ist noch viel zu tun, um in der Analyse der medialen Konkurrenz-, Substitutions- und Innovationsprozesse ein gutes Stück voranzukommen.

Christian Filk, Köln

- 1 Vgl. Thomas Eicher/Ulf Bleckmann (Hrsg.): *Intermedialität*. Bielefeld 1994; Joachim Paech (Hrsg.): *Film, Fernsehen, Video und die Künste*. Stuttgart 1994; oder Peter V. Zima (Hrsg.): *Literatur intermedial*. Darmstadt 1995.

Hans H. Hiebel (Hrsg.)

Kleine Medienchronik.

Von den ersten Schriftzeichen zum Mikrochip.

München: Verlag C. H. Beck 1997, 275 Seiten.

Hans H. Hiebel u. a.

Die Medien.

Logik – Leistung – Geschichte.

München: Wilhelm Fink Verlag 1998,

273 Seiten.

1994 begann, finanziert vom Österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, an der Universität Graz ein Team von Germanisten für ihr Projekt »Literatur und Medien« einschlägige gedruckte und ungedruckte Quellen auszuwerten. Die ersten Arbeitsergebnisse liegen nun in der »kleinen Medienchronik« und in der als Kommentar deklarierten Überblicksdarstellung »Die Medien« vor. Erscheinen soll außerdem eine Mediengeschichte, die unter dem Titel »Große Medienchronik. Technik und Leistung, Entstehung und Geschichte neuzeitlicher Medien« angekündigt ist. Ziel des Unternehmens, an dem unter Leitung des Universitätsprofessors Hans Helmut Hiebel drei junge Wissenschaftler – Heinz Hiebler, Karl Kogler, Herwig Walitsch – beteiligt sind, ist es, einen Überblick über die technische Entwicklung der Medien zu erarbeiten. Diese Übersicht sollten nicht nur Techniker und Naturwissenschaftler verstehen, sondern sie soll »bei allem technischen Sachverstand – Erklärungen bereitstellen, die vor allem für Geistes- und Sozialwissenschaftler – Literatur- und Sprachwissenschaftler, Musik- und Kunsthistoriker, Kulturhistoriker, Geschichtswissenschaftler, Soziologen, Philosophen, Publizisten und Medienwissenschaftler – (...) interessant und relevant sein würden.« »So wurde eine verlässliche Medien-Chronik erarbeitet«, lobt Hans-Helmut Hiebel in seinem Vorwort das Gemeinschaftswerk (Die Medien, S. 11).

Die Autoren befassen sich mit der Aufnahme- und Eingabetechnik, Vervielfachung und Reproduktion, Speicherung, Übertragung, Bearbeitung und der Herstellung von Daten und Informationen. Beide Publikationen sind in fünf Kapitel eingeteilt, der Band »Die Medien« weist sinnvollerweise weitere differenzierende Untergliederungen auf. So befaßt sich Karl Kogler im »Schrift, Druck, Post« genannten Kapitel auch mit der Schreibmaschine und den Epochen der Druckgeschichte, Herwig Walitsch thematisiert in seinem Abschnitt »Optische Medien« die Photographie, den Film und das Fernsehen, und Heinz Hiebler nimmt im Kapitel »Akustische Medien« die Entwicklung von Sprechrohren und mechanischen Musikinstrumenten bis zur digitalen Technik unter die Lupe und weist in einem Exkurs über den Tonfilm auf die fließenden Grenzen von optischen und akustischen Medien hin. Es schließen sich Ausführungen aller drei Bearbeiter über die »Übertragungsmedien« – digital, analog – und, von Walitsch geschrieben, das Abschlußkapitel über »Computer« an. Literaturverzeichnisse und Register ergänzen beide Bände.

Die beiden Publikationen bieten eine Fülle von Einzelinformationen, doch sie lassen die eigentlich beabsichtigte Einordnung vermissen, an der doch ge-

rade Geisteswissenschaftlern hätte gelegen sein müssen. Sind die Daten wenigstens immer verlässlich? Zweifel sind erlaubt, wenn beispielsweise Hans Bredow zum »deutschen Rundfunk-Hochkommissar« (Chronik, S. 107) bzw. zum Leiter der DRADAG gemacht wird, die am 29. Oktober 1923 »mit der ersten offiziellen Ausstrahlung von Musik- und Wortdarbietungen in Deutschland« begonnen habe (Medien, S. 146). Bredow war zwar Kommissar und zwar »Rundfunkkommissar des Reichspostministers«, so sein Titel von 1926 bis 1933, doch mit der DRADAG hatte er direkt nie etwas zu tun. Als etwas abwegig sind auch die Informationen über das Drahtfunknetz in den 30er und 40er Jahren in Deutschland einzustufen. So heißt es, am 19. März 1939 sei »in Deutschland die gesetzliche Grundlage für die umfassende Einführung des Drahtfunks« gelegt worden, bzw. die Zahl der Drahtfunkteilnehmer sei während des Krieges auf 176 000 gestiegen. (vgl. Chronik, S. 164; Medien, S. 149) Um ermessen zu können, wie »umfassend« Drahtfunk wirklich eingeführt worden ist, hätte die Zahl von 16 Millionen gemeldeter Rundfunkteilnehmer 1943 genannt werden müssen. Ähnlich fragwürdig ist auch die Mitteilung über das Rundfunknetz während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland, das »sogar für die Übertragung eines 1940 eingeführten einheitlichen »Reichsprogramms« herangezogen [worden sei], bei dem das Programm eines Senders über das ganze Staatsgebiet ausgestrahlt wird«. (Medien, S. 150) Dem Autor ist entgangen, daß es bereits zuvor schon Reichssendungen gab und es sich nicht um das Programm eines Senders handelte, sondern um ein (Einheits-)Programm, zu dem alle Reichssender lieferten.

Inwieweit solche Monita auch von anderen medienhistorischen Spezialisten anzubringen wären, vermag der Rezensent nicht zu beurteilen. Doch das, was über den Rundfunk zusammengetragen worden ist, bedarf dringend einer Revision.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Simone Barck u. a.

»Jedes Buch ein Abenteuer«.

Zensur-System und literarische Öffentlichkeiten

in der DDR bis Ende der sechziger Jahre

(= Zeithistorische Studien, Bd. 9).

Berlin: Akademie Verlag 1997, 453 Seiten.

Der ostdeutsche Schriftsteller Joachim Walther hält nichts von der These, es hätte in der DDR keinen institutionalisierten Zensor gegeben. Deshalb könne man auch nicht von einer »Zensur ohne Zensor« sprechen. Schließlich agierten doch das Politbüromitglied Joachim Herrmann als »Zuchtmeister« der Medien und der stellvertretende Kulturminister Klaus Höpcke mit der ihm unterstellten Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel in gleicher Weise im Literaturbetrieb. Folglich – so Walther – bedurfte es keines Türschildes »Zensor«, um zu wissen, was in deren Dienstzimmern geschah.

Dennoch gab es erhebliche qualitative Unterschiede zwischen der Überwachung und Kontrolle der Buchproduktion und der elektronischen bezie-

ungsweise der Printmedien. Joachim Herrmann trat zwar tatsächlich als Zuchtmeister der DDR-Journalisten auf, doch deren Berufsbild war ohnehin parteiamtlich festgelegt. Sie betrachtete man als bestellte »Funktionäre der Arbeiterklasse«. Herrmann erteilte den Journalisten in erster Linie als Weisungen verbrämte »Empfehlungen«. Wurden diese allerdings nicht befolgt, walteten die Nachzensoren seiner Agitationsbürokratie ihres Amtes. Das konnte gravierenden Folgen für die Betroffenen nach sich ziehen.

Demgegenüber mußten die freischaffenden Schriftsteller ihre Manuskripte stets vor der Veröffentlichung von einer häufig auf unterschiedlichen Ebenen agierenden Zensoren- und Lektorenschar im SED-Parteiparat, in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und natürlich in den Verlagen absegnen lassen.

Die verinnerlichte Selbstzensur oder auch die »Schere im Kopf« der schreibenden Zunft erleichterte den SED-Meinungsmonopolisten die Arbeit. Für die Schriftsteller besaß die Selbstzensur eine existentielle Bedeutung als für die Journalisten. Hing über ihnen doch ständig das Damoklesschwert, für ihre Manuskripte keine Druckgenehmigung zu erhalten. Nur wenige Autoren hatten das Privileg, ihre Bücher im Westen veröffentlichen zu können.

Literaturwissenschaftler aus den alten und neuen Bundesländern des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung haben erstmals die Mechanismen der Buchzensur in der DDR in einer arbeitsintensiven und quellengesättigten Darstellung transparent gemacht. Sie beschreiben ihr Sujet treffend als »ein kompliziertes Geflecht voneinander abgeschotteter und durch verschlungene Pfade verbundener bürokratischer Subsysteme, das auch den Kundigen immer wieder Rätsel aufgab.«

In den ersten fünf Kapiteln erläutert Siegfried Lokatis den organisatorisch-bürokratischen Weg, ausgehend vom 1951 gegründeten Amt für Literatur und Verlagswesen bis zum Abschluß der Zentralisierung der Literaturpolitik mit der 1963 erfolgten Etablierung der Hauptabteilung Verlage und Buchhandel im Kulturministerium. Sieht man von der Ende der 60er Jahre einsetzenden stärkeren Einbindung des Ministeriums für Staatsicherheit in die Observierung, Verfolgung, aber auch Instrumentalisierung von Schriftstellern ab, die auch die Begutachtung von Manuskripten einschloß, änderte sich bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft im Herbst 1989 im Prinzip an den Zensurpraktiken wenig. Lediglich die Festlegung der variierenden Tabu-Themen unterlag der aktuellen politischen Großwetterlage.

Simone Barck und Martina Langermann beschreiben in den Kapiteln sechs bis zehn exemplarisch die Leidensgeschichte des Mitteldeutschen Verlages und seiner Autoren in den 60er Jahren sowie die Besonderheiten der literarischen Zeitschriftenlandschaft am Beispiel der »Neuen Deutschen Literatur«.

In seinem Fazit stellt sich das Autorenteam die Frage, was geschehen wäre, wenn beispielsweise 1956 oder 1973 die Zensur aufgehoben worden wäre, was seinerzeit ernsthaft zur Debatte stand. Die Verfasser kommen in ihrem sorgfältig recherchierten Standardwerk zu dem wohl zutreffenden Ergebnis,

daß sich die positiven Folgen für die Literatur in Grenzen gehalten hätten. Denn das gut eingespielte System der dezentralisierten Zensur durch die Einbindung von »Leitverlagen« und deren parteifromm erzogene und funktionierende Kader hätte unschwer die hauptamtlichen Zensoren im Partei- und Staatsapparat ersetzen können. Hier beziehen sich die Verfasser auf entdeckte Aktenbelege und verweisen auf ein die Buchproduktion betreffendes, durchaus systemkonformes Spezifikum der SED-Informationsdiktatur: »Wie oft lehnten Verlage unter fälschlicher Berufung auf die Zentrale von sich aus Manuskripte ab, so daß sich die Autoren unter den Schutz Höpckes, Hagers und Honeckers begaben.«

Gunter Holzweißig, Berlin

Gerd G. Kopper (Hrsg.)

Europäische Öffentlichkeit.

Entwicklung von Strukturen und Theorie

(= Informationskultur in Europa, Bd. 1).

Berlin: VISTAS Verlag 1997, 342 Seiten.

Die Einführung des Herausgebers Gerd G. Kopper hebt hervor, daß es sich um ein Langzeitprojekt handelt. Europäische Öffentlichkeit wird als »zentrales Paradigma für die vehemente und fortlaufende Transformation der Informationskultur in Europa« bezeichnet. Kopper vermißt eine »Perspektive, die sich explizit auf die europäische Öffentlichkeit bezieht«. Deren Funktion wäre es demnach, die »Verdichtungsprozesse der Politik, der Wirtschaft und der Kultur – auch die der Medienindustrie, die seit langem in einer europäischen Realität operiert – nicht nur zu begleiten, sondern für einen europäischen, breit angelegten Diskurs aufzubereiten.« (S. 9) Der Titel- und Zielbegriff ist offensichtlich normativ besetzt: als »entscheidende Voraussetzung, das Projekt »Europa« demokratisch zu verankern«. (S. 10). Welche Faktoren ihn konstituieren, ist noch unbestimmt, allenfalls an Signalen zu erahnen. Sie sollen in ersten Querschnitten aus europäischen Ländern aufgenommen, regelmäßig ergänzt und jährlich zu einem »Arbeits- und Diskussionsnetzwerk« fortgeschrieben werden. So lautet jedenfalls die kühne Absicht des Bandes. Die Autoren rekrutieren sich aus den interdisziplinären Sozialwissenschaften, mit Zuständigkeiten für Information, Kommunikation und Medien. Der Herausgeber hat sich viel vorgenommen: Der anspruchsvolle Untertitel »Entwicklung von Strukturen und Theorie« erhöht die Erwartungen. Angemessener erscheint da seine Ankündigung, es sei ein »Ermittlungsprojekt«. (S. 10) Was wird tatsächlich ermittelt?

Ein erster Teil präsentiert Beiträge über Italien, Frankreich, Schweden, Großbritannien, über ausländische Beteiligungen auf dem Medienmarkt in Ost- und Südosteuropa, über die USA als eventuelles Erfahrungsmodell für europäische Entwicklungen. Ein zweiter Teil bringt eine international vergleichende Übersicht zur Journalistenausbildung in Europa sowie kritisch gehaltene, thematische Fallstudien über »Euronews«, die »europäische Antwort auf CNN«, sowie über Berlusconis Umgang mit dem italienischen Mediensystem, schließlich eine gegliederte, andere um-

fangreiche Bibliographien ergänzende Auswahlbibliographie zur Medienökonomie, in der auch der Herausgeber selbst ausgewiesen ist.

Wie die Einzelbeiträge des ersten Teils ihre disparaten inhaltlichen Schwerpunkte setzen, soll hier skizziert werden. Danach muß nach der Rolle, Kompetenz, Aussagekraft und Durchsetzungsfähigkeit der Disziplinen gefragt werden, die hier bemüht werden.

Mauro Wolf, der vor der Drucklegung verstorben ist und im Band eine Würdigung seines Schaffens erfährt, greift eine strukturelle Grundkonstellation über Italien hinaus auf: Mit der fortschreitenden Dominanz des Fernsehens verschärft sich das Spannungsverhältnis von öffentlich-rechtlichen und privaten Programmveranstaltern. Berlusconi's Medienmacht usurpiert politische Herrschaft. Wolf beklagt die »Ohnmacht der Wissenschaft«. (S. 11) Der Wandel ihrer Deutungsmuster erbringt nicht das kritische Potential. Der »semiotische Ansatz« werde für Werbestrategien auf dem Medienmarkt instrumentalisiert, vernachlässige Psyche und soziales Umfeld, Sender und Empfänger werden auf ein »textliches Scheinbild« beschränkt. (S. 27) Trotz der Komplexität von Gesellschaft wählt die Umfrage- und Wahlforschung die simple Sichtweise direkter und unmittelbarer Beziehung zwischen Fernsehen, politischen Einstellungen und Entscheidungen. Der Autor übernimmt die Meinung Furio Colombos (Fine del giornalismo) von der mehrfachen Bedrohung der »Identität« des Journalismus in demokratischen Industriegesellschaften, dem es zudem im italienischen Universitätssystem an einer eigenständigen Disziplin für Medienstudien fehle.

Die Referenzgruppe der Journalisten rückt Peter Golding in den Mittelpunkt seiner übersichtlich gegliederten Darstellung des britischen Mediensystems. Der langen Geschichte der national organisierten Presse mit großer Verbreitungsdichte steht der späte Beginn der Journalistenausbildung gegenüber. Der Public-service-Gedanke aus der frühen BBC ging seit den 50er Jahren in das kommerzielle Network über. Im Berufsbild hielt sich lange die überlieferte Präferenz für einen Journalismus als Handwerk, das »on the job« gelernt werde. Den Anstieg von Hochschulabsolventen aus der Mittelklasse weisen berufssoziologische Untersuchungen erst für die 90er Jahre nach. Alle Medien bewahren eine Distanz gegenüber gemeinsam orientierten Entwicklungen und Absichten im übrigen Europa, das in gewohnter Sicht der »Kontinent« heiße. Drei historische und aktuelle Trends hebt Golding hervor: die Deregulierung, die Konzentration der Medien und die Segmentierung des Publikums. Sie bezeichnen inhaltliche und thematische Aspekte, die mehr oder weniger auch die anderen Beiträge beschäftigen. Infolge jeweiliger nationaler Traditionen differenziert sich dabei der Transformationsprozeß nach Phasenverschiebungen.

In Frankreich, das Bernard Miège behandelt, erfährt die Tagespresse, die 1914 noch die bedeutendste der Welt war, in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg einen dramatischen Rückgang und die Konzentration in zwei großen Pressegruppen. Der Rundfunk blieb bis 1974 staatliches Monopol, das indessen seit den 50er Jahren durch außerterritoriale

kommerzielle Stationen unterlaufen worden war. Das Fernsehen wurde ab 1986 privatisiert und kommerzialisiert. Die »rapide Fragmentierung der Zuschauerschaft«, die in der französischen Kommunikationsforschung auch bei ARTE kritisch beobachtet werde, hat Untersuchungsfragen nach Strukturen der Öffentlichkeit – unter Rückgriff auf die Arbeiten von Habermas – und ganze Forschungsfelder zum Verhalten von Nutzern der neuen Informations- und Kommunikationstechniken eröffnet. Alle Ansätze gingen von einer sozialen Determination der Technikgenese aus.

In Schweden vollzog sich der Wandel zum dualen System mit dem üblichen inhaltlichen Wettbewerbsdruck auf die öffentlich-rechtlichen Sender vergleichsweise spät, beim Rundfunk 1993, von den »Nachbarschaftsradios« freier Gruppen abgesehen. Der »Wandel zur Marktorientierung«, mit Forderungen zur Deregulierung in anderen öffentlichen Bereichen verbunden, eröffnete in den 80er Jahren den Durchbruch zu einem modernen, professionellen Nachrichtenjournalismus, sogar zu einem »investigativen Journalismus«. Der Wechsel von Regierungsparteien und gesellschaftspolitischen Konzepten hing mit dieser Transformation zusammen. Diese Transformation ist auch Ausdruck einer Medienforschung, deren Ursprung bei den Literatur- und Geschichtswissenschaften liegt und sich als eigenständiges Fach mit einem Lehrstuhl erstmals 1979 etablierte und mit seinen theoretischen Absichten sowie empirischen Arbeiten bei einem sogenannten »kulturellen Ansatz« einpendelte. Institutionelle und praktische Formen der auf eine »Presseethik« fixierten öffentlichen und privaten Kontrolle sowie deren wachsende Kritik seitens der Öffentlichkeit erklären sich aus dem traditionellen Verständnis von sozialer Verantwortung der Medien, das durch die Kommerzialisierung in Frage gestellt ist: »Medienthemen sind ideologisch kontroverser als jemals zuvor.« (S. 75).

Können Erkenntnisse aus dem Strukturwandel der Medienindustrie und der Kommunikationspolitik in den USA für Europa angesichts seiner Verspätung auf diesen Feldern dienlich sein? Robert G. Picard, in der Medienökonomie publizistisch und durch vielfache Berater Tätigkeit ausgewiesen, möchte dazu bejahende »Hinweise« geben. Seine Stichworte, die heutzutage allen Interessierten gegenwärtig sind, lauten: Globalisierung und Zusammenbruch nationaler Märkte, weltweite Konkurrenzverschärfung im Handel mit Diensten und Produkten, nicht zuletzt unter den GATT-Bedingungen, Wandel der Kapitalströme und Eigentumsverhältnisse. Die eilige Skizze der längeren Vorgeschichte des Abbaus von Regulierungen, der Durchsetzung der Marktkräfte und des Anstiegs der Abnehmer läuft auf die bilanzierende Wertung hinaus: Information und Unterhaltung erleiden Qualitätseinbußen, werden zu bloßen »Waren«. Die Quintessenz heißt: Die Kommunikationswissenschaften müssen sich direkt und rechtzeitig in politische Grundlagenentscheidungen einfindeln.

Unterschiedliche Praktiken und Begründungen in der Medien- und Kommunikationspolitik zwischen den USA und Europa bringt Shalini S. Venturelli ins Spiel, die nach der Entwicklungsrichtung im Rahmen der

weltweiten Liberalisierung fragt. Ihre Kernthese ist absolut: Die politische Zukunft der Europäischen Union werde davon abhängen, »wie sie mit der ›Informationsgesellschaft‹ und der sich herausbildenden europäischen Öffentlichkeit umgehen wird.« Sie stellt – zunächst im Bereich audiovisueller Strategien – drei rivalisierende Konzepte vor: das generell im Abbau begriffene Modell öffentlicher Versorgung, das an sich Möglichkeiten öffentlicher Beteiligung einräumt; das »kulturell-nationalorientierte« und das marktorientierte Liberalismuskonzept. Die einigende Kraft der Kultur, deren ideengeschichtlicher Ursprung im Anschluß an andere Autoren bei Herder angesetzt wird, ist demnach von der Regulierungspraxis der Europäischen Union aufgenommen worden. Das Grünbuch der Kommission »Fernsehen ohne Grenzen« 1984, die Rede des Kommissionspräsidenten Jacques Delors 1985 zum Aufbau einer Kulturindustrie, die Medium und Inhalt kontrollieren solle, schließlich der vollständig zitierte Artikel 128 des Vertrages von Maastricht erscheinen als Stationen des Auftrags, europäische Öffentlichkeit als kulturellen Bereich auszugestalten. Die Autorin nimmt auch die in verschiedenen Erklärungen darüber hinausgehende Erwartung auf, der audiovisuelle Bereich als wichtigster Sektor der Kulturindustrie werde Wohlstand und Arbeitsplätze vermehren. Neben der nationalen Identität in einem »Europa der Völker« soll es eine »Art europäischer Identität« geben, nicht zuletzt durch die Ausweitung grenzüberschreitender audiovisueller Distributionsnetze. Mit den Prinzipien des »freien Marktes« kommt aber auch ein Konfliktthema auf: Der kulturelle Pluralismus wird durch die Integration der Märkte bedroht. Die Europäische Union sucht die Gegensteuerung: durch das MEDIA-Programm 1988, das Sendungen mit einer »europäischen Dimension« fördern, und MEDIA II seit 1994, das »pan-europäische Distributionsnetze« gegenüber den Hollywood-Produktionen entwickeln und stärken soll. Freilich sieht die Autorin im wirtschaftsliberalen Bezugsrahmen solcher kulturpolitisch intendierter Förderungen auch die Vorteile für die großen Eigentümer und somit die Vernachlässigung gesellschaftlicher und politischer Beteiligung. Dies beeinträchtigt die »Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Hegelschen und Montesquieuschen Theorien, die nicht vom Gedanken des Nationalstaates und des Marktes geprägt sind, jedoch das Prinzip öffentlicher Dienstleistung als Modell für die Vereinigung von Völkern und gesellschaftlichen Gruppen ansehen.« (S. 132) Es ist gewiß ein kluger und interessanter Beitrag. Ob freilich Rückgriffe auf Herders Volksbegriff oder die Hegelsche Rechtsphilosophie – von 1821 – zur begrifflichen Klarheit der heutigen komplizierten Problematik einer Bewahrung und Gestaltung nationaler und europäischer Identität beisteuern, darf bezweifelt werden. Ohnehin wechselt der nahezu inflationär gebrauchte Kulturbegriff in einer mitunter verschachtelten Gedankenführung immer wieder seine Bedeutung, was nicht nur mit den semantischen Folgen einer wortnahen Übersetzung zusammenhängt.

Romy Fröhlich und Christina Holtz-Bacha bieten eine instruktive Übersicht zur Journalistenausbildung

in Europa. Sie erinnern in einer gerafften Einführung an die veränderten Leistungserwartungen seit der Deregulierung der Medienmärkte, dem Wettbewerb um Werbekunden, Einschaltquoten und Reichweiten, den Verbindungen von Medien und branchenfremden Unternehmen, dem daraus insgesamt erwachsenen Legitimationsdruck für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die Ausweitung der beruflichen Ausbildungs- und Tätigkeitsmerkmale sind unübersehbar, bis zum technischen Spezialwissen, zur Publikumsforschung oder zu neuen Aufgaben in der Produktion. Die Darstellung fußt auf empirischen Daten, aus einer Befragung in 14 westeuropäischen Ländern aus den Jahren von 1993 bis 1995. Eine Gliederung ordnet die Länder nach vier Modellen: akademische Ausbildung – außeruniversitäre Schulen verschiedener Träger und einzelne Kooperationen mit Universitäten – Ausbildung in Universitäten und in Journalistenschulen – Ausbildung als »training-on-the-job« in den Medienbetrieben oder als Kooperation zwischen diesen und Schulen.

Der Herausgeber geht davon aus, daß die Bestimmung und Gestaltung europäischer Öffentlichkeit die konditionale Voraussetzung für die demokratische Verankerung der Europäischen Union seien. Die publizierte Diskussion über eine Verbesserung der demokratischen Fundierung des westeuropäischen Einigungsprozesses ist bekanntlich uferlos, die Beteiligung der einschlägigen Disziplinen prinzipiell unbegrenzt. Die Politikgeschichte kennt wichtige Stationen der Fortschreibung seit den Römischen Verträgen. Diskurse über die demokratiegeschichtlich und -theoretisch konstitutive Bedeutung von Öffentlichkeit in einer europäischen »Informationsgesellschaft« sind nicht nur legitim, sondern auch notwendig. Die Beiträge liefern dazu – offenbar ohne ein vorgegebenes Ordnungsschema – viele wissenswerte Materialien. Ob aber darüber hinaus die verstreuten Aussagen – Thesen, Argumentationsmuster, Einsichten und Ansichten – für ein vorläufiges theoriehaltiges Konzept mit analytischem und handlungsleitendem Nutzen ausreichen, ist fraglich. Insofern weckt der Titel falsche Erwartungen.

Für die hier versammelten Disziplinen scheinen manche Beiträge zudem einen Anspruch auf Politikberatung zu stellen, der sie sicherlich überfordert. Die Gründe dafür liegen nicht nur bei dem Stand ihrer präbendierten Theoriediskussion, sondern auch bei der atemberaubenden Beschleunigung der Realität, die ihr Gegenstand ist. Diese droht in der gewohnten Wahrnehmung und Erkenntnis der Zeitgenossen auseinanderzubrechen und nur noch über den Vorgriff ihrer Akteure auf die technisch und ökonomisch planbare Zukunft faßbar zu werden. Diese Zukunft hat schon begonnen, unter anderem mit der tendenziellen Konvergenz von Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie, den grenzüberschreitenden »virtuellen Gemeinschaften« im Internet, mit der Auflösung der geographischen Horizonte durch Fusionen, Übernahmen und Kooperationen – Bertelsmann nennt sich ein »europäisch-amerikanisches Medienhaus mit deutschen Wurzeln« – und mit den jüngsten Aktivitäten Rupert Murdochs, der ein »neues

audiovisuelles Yalta für Europa« (Le Figaro, 11.2.1999) anstrebt.

Lothar Albertin, Bielefeld

Stefan Kaufmann

**Kommunikationstechnik und
Kriegführung 1815 - 1945.**

Stufen telemedialer Rüstung.

München: Wilhelm Fink Verlag 1996, 407 Seiten.

Kommunikationstechnik und Kriegführung liegen nahe beieinander. Schneller als in den zivilen Bereichen der Gesellschaft haben sich in den vergangenen Jahrhunderten Fortschritte in der Kommunikationstechnik am ehesten im Militärischen durchgesetzt, galt es doch, durch Schnelligkeit und Überraschungsmomente strategische Vorteile gegenüber dem Gegner herauszuschlagen. Aber erst seit dem Ende des Krieges der europäischen Mächte gegen Napoleon I., bis zu dem Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende lang kaum kommunikationstechnische Fortschritte zu verzeichnen waren, setzte eine immer rasanter werdende Entwicklung ein. Für den Autor waren die Fernsehbilder, die er im Januar und Februar 1991 anlässlich des zweiten Golfkrieges sah und »die aus der Perspektive kamera- und computergesteuerter Waffenträger und »intelligenter« Munition aufgenommen und – zumindest vorgeblich – in »Echtzeit« gesendet wurden«, wie er in seiner Einleitung mitteilt (S. 9), Anlaß, sich mit der »Verflechtung von modernen Kommunikationstechniken mit Techniken der Kriegführung« zu befassen. (ebd.)

Stefan Kaufmanns soziologiehistorisch angelegte Untersuchung reicht von der Schlacht bei Waterloo bis zur Landung der Westalliierten in der Normandie während des Zweiten Weltkriegs. In dieser Zeit wurden die elektrischen Telemedien – Telegraf, Telefon und Funk – eingeführt, die die Kriegführung fundamental revolutionierten. Dominierten zu Beginn des Untersuchungszeitraums neben Sichtkontakten noch die mündliche Weitergabe der Befehle die Kommunikationskette, so kam zwischen 1870 und 1914 die telegraphische Aufrüstung der Feldherren, parallel zum Aufbau eines auch militärisch nutzbaren Eisenbahnnetzes, verbunden mit Schnelligkeitseffekten, hinzu. Funktechnik, noch vor Beginn des Ersten Weltkriegs in Deutschland auf besonderen Wunsch des deutschen Kaisers beim Militär eingeführt, beherrschte und beeinflusste in den Jahrzehnten danach alle militärische Auseinandersetzungen.

In vier Kapiteln breitet der Autor sein Wissen aus, beschreibt detailliert die Kommunikationsmittel – berittene Post und optische Telegraphenlinien –, die Napoleon nutzte, um seine Heere aufmarschieren zu lassen, und wie die Entwicklung bis zum deutsch-französischen Krieg von 1870/71 weiterging. Bei diesem Krieg spielte neben der Eisenbahn zum schnellen Transport militärischer Massen die Weitergabe von Befehlen mittels der elektrischen Telegraphie, verbunden mit einem erstmals agierenden Generalstab, eine ausschlaggebende Rolle. Dieser Wechsel von sichtbarer zu unsichtbarer Telekommunikation bedeutete zudem einen Gewinn an Sicherheit, ob-

wohl dem Wunsch der Militärs nach unterirdischen Leitungen, verlegt entlang der Eisenbahnlinien, aus technischen, aber auch finanziellen Gründen zunächst nicht entsprochen wurde. Kein Wunder, daß die Militärs nur zur Übermittlung kurzer Befehle von der Telegraphie Gebrauch machten, da dafür zunächst nur das umständlich zu handhabende und Verwechslungen nicht ausschließende Morsealphabet zur Verfügung stand. Für längere Ausarbeitungen bedienten sie sich nach wie vor eines alternativen Mediums wie Schriftlichkeit und Weitergabe per Eisenbahn. In den Jahrzehnten nach dem deutsch-französischen Krieg schuf der Generalstab in mehreren Etappen militärtelegraphische Einheiten, die bis 1913 auf 40 Funkkompanien angewachsen waren. Doch den Härtestest beim Vormarsch in Frankreich 1914 bestanden sie nicht, da allzu große Lücken in den Kommunikationslinien offenbar wurden, die die Offensive an der Marne scheitern ließen, obwohl bereits mehrere Techniken zur Verfügung standen. Telegraphie, Telephonie und Funk waren aber jeweils nur beschränkt einsetzbar. Erst im Laufe des Krieges entstand ein Kommunikationsnetz, das alle Fronten miteinander verband.

Hans Bredow veranstaltete in dieser Zeit erste Rundfunksendungen, um die Reichweite der Telefoniesender zu testen. Mit der Begründung, er mißbrauche Heeresgerät, wurden seine Probesendungen aber verboten. Danach verfolgt der Autor die Weiterentwicklung des damals neuen Mediums Rundfunk nicht mehr, ihn interessiert der Rundfunk erst wieder, als ein Oberstleutnant Seifert sich 1928 in der Zeitschrift »Wissen und Wehr« zur »Waffe Rundfunk?« äußerte. Der Militär meinte, der künftige Krieg werde mit dem Rundfunk ein neues Kampfmittel kennen, das noch gefährlicher als alle Waffen wirken könne, die bisher ersonnen worden seien. Danach vermittelt Kaufmann ganz punktuell die Ergebnisse seiner (zufälligen?) Lese Früchte zur Entwicklung des Rundfunks und zu dessen Funktion in der Weimarer Republik sowie im Dritten Reich, garniert mit einem Faksimile des Plakats »Ganz Deutschland hört den Führer ... mit dem Volksempfänger«. Danach geht es beispielsweise nur noch um »UKW-Funk und Blitzkrieg«, den »Feldherren im Führerbunker« oder um die fernmeldetechnische Bewältigung von Stalingrad. Der Prophezeiung des Oberstleutnant Seifert geht der Autor leider nicht nach, obwohl angesichts des Ätherkrieges zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und den gegnerischen Kriegsbündnissen genügend Anschauungsmaterial vorhanden ist.

Während Kaufmann in »Kommunikationstechnik und Kriegführung« bis 1918 vielen Verästelungen und Zusammenhängen analysiert, behandelt er die Zeit danach allzu kursorisch. Für die Jahre bis 1945 und auch für die darauffolgenden Jahrzehnte bleiben damit weitere Desiderate der Forschung.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Heinz Priess**Spaniens Himmel und keine Sterne.**

Ein deutsches Geschichtsbuch. Erinnerungen
an ein Leben und ein Jahrhundert.

Berlin: edition ost 1996, 335 Seiten.

Der Autor, Jahrgang 1915, war im DDR-Rundfunk Chefredakteur bzw. Studioleiter beim Sender Leipzig (1951 bis 1953), Leiter der Hauptabteilung Nachrichten im Staatlichen Rundfunkkomitee in Berlin (1953 und 1954) und Chefredakteur bzw. Intendant des Deutschlandsenders (1954 bis 1956). Danach leitete er 13 Jahre lang den Deutschen Freiheitssender 904, von Beginn bis zum Ende der Existenz dieses auf die Bundesrepublik gerichteten Rundfunkprogramms.

Als junger Kommunist emigrierte der gebürtige Hamburger Heinz Priess nach ersten Haftbefehlen im nationalsozialistischen Deutschland 1934 nach Dänemark und war von 1936 bis 1939 gewählter Bataillonskommissar bei den Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg. Internierung und Haft in Frankreich folgten. Nach gelungener Flucht schloß sich Priess der Résistance an. Während Altersgenossen von ihm erste journalistischen Erfahrungen in Propagandakompanien der deutschen Wehrmacht sammelten, verfaßte er Flugblätter und Propagandaschriften, die die deutschen Besatzer in Frankreich zur Beendigung des Krieges aufriefen. Nach dem Krieg war er bis 1951 Chefredakteur des KPD-Organ »Hamburger Volkszeitung«.

Diese Memoiren heben sich wohltuend von der Masse der in den letzten Jahren erschienenen Lebenserinnerungen ostdeutscher Politiker, Funktionäre oder Journalisten ab. Sie sind gekennzeichnet durch kritische und selbstkritische Reflexionen über Opportunismus, Anpassung und die für die kommunistische Bewegung so verhängnisvolle Parteidisziplin und ermöglichen dem Leser plastische Einblicke in Verhaltenszwänge, denen viele Ostdeutsche unterworfen waren oder sich freiwillig unterwarfen. Dabei setzt Priess seine kritische Sicht auf die Fehlentwicklungen des Kommunismus schon in den 20er Jahren an, wobei er dem Leser keine wissenschaftliche Abhandlung bietet, sondern eher eine sehr persönliche, auf empirischer Erfahrung begründete und für den Autor sicher auch schmerzliche Abrechnung. Seiner Sache schwört Priess dennoch nicht ab. Hin und wieder leistet er sich auch mitunter deplaziert wirkende Seitenhiebe auf heutige politische Verhältnisse.

Nicht von ungefähr erinnert der Buchtitel an ein Lied aus dem spanischen Bürgerkrieg, der für das Leben des Autors prägend war. Zwei Drittel des Buches füllen so auch die lebendigen Schilderungen seiner Erlebnisse und Erfahrungen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Beschreibung seiner anschließenden über 17 Jahre dauernden Rundfunkstätigkeit fällt dagegen leider relativ kurz und zum Teil auch ungenau aus. So begründet er zum Beispiel die Einrichtung des Deutschlandsenders 1953 mit dem deutsch-deutschen Ätherkrieg und der Existenz des Deutschlandfunks in der Bundesrepublik. Den auf den Westen gerichteten ostdeutschen Deutschlandsender gab es hingegen schon von 1948 bis

1952. Seine Wiedereinrichtung erfolgte nach der öffentlichen Kritik an den drei Einheitsprogrammen des Rundfunkkomitees im Gefolge des 17. Juni 1953. Der bundesdeutsche Deutschlandfunk nahm seine Sendetätigkeit jedoch erst 1962 auf.

Wie andere westdeutsche KPD-Funktionäre auch folgte Priess 1951 dem Ruf der SED in die DDR, wo ihm zunächst Auskunft über seine Kontakte zu dem als US-Spion verdächtigten Noel Field während seiner Emigration in Frankreich abverlangt wurde. An die ersten Rundfunkjahre in Leipzig – in diese Zeit fiel die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees 1952 und die Degradierung des Senders Leipzig zu einem Zulieferstudio für Berlin – werden in erster Linie als Aufbruchjahre mit hochmotivierter Einsatzbereitschaft und zahllosen Improvisationen erinnert. Aber auch hier fehlt die Beschreibung stalinistischer Willkürmaßnahmen nicht, denen auch Priess keinen Widerstand entgegengesetzt hat. Das damalige vom Kalten Krieg geprägte Programmverständnis und die von den Machern weitestgehend akzeptierte Funktion des Mediums Rundfunk als Propagandamittel erfährt eine eindeutige Bewertung. Die »scharfen Angriffe« auf den Marshall-Plan zum Beispiel, die in den politischen Kommentaren gestartet und als wirtschaftlicher und politischer Ausverkauf des Westens Deutschlands an die USA gesehen wurden, ließen »uns selbstredend die Abhängigkeit der DDR von der UdSSR übersehen, die nach unserem Verständnis ohnehin einen ganz anderen Charakter besaß. Das war brüderliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit.«

Aus der Beschreibung der 13 Jahre währenden Chefredaktion des konspirativen, auf die Bundesrepublik gerichteten Programms »Deutscher Freiheitssender 904« spricht auch heute noch der Stolz auf eine gewisse, in den 50er Jahren in Ost und West noch unübliche unkonventionelle Programmgestaltung, autarke Programmentscheidungen und die Verbundenheit zu den westdeutschen, inzwischen illegalen KPD-Genossen. Priess berichtet über Redaktionsalltag, Hörerreaktionen und Kleinkrieg mit dem SED-Zentralkomitee. Ob allerdings den vielen Forschern und Journalisten, die sich heute mit der Geschichte dieses nicht vom Rundfunk der DDR, sondern direkt von der SED unterhaltenen Senders beschäftigen wollen, die Schilderungen des Chefredakteurs ergiebige Aufschlüsse bieten, steht dahin.

Die Berufung auf die verschiedenen Chefposten beim Rundfunk, bei denen Priess jeweils dem Ruf der Partei folgte, hat er damals als Anerkennung seiner Leistungen und seiner politischen Zuverlässigkeit empfunden. Heute weiß er, daß er »als Bauer in einem politischen Schachspiel« bewegt wurde. Mit seinen lebendigen und selbstkritischen Schilderungen gelingt es Priess, Verständnis für eine solche von den politischen Rahmenbedingungen der DDR bestimmte journalistische Karriere zu wecken, in der wohl auch Karrierismus, vor allem aber der an Nibelungentreue grenzende Glaube daran dominierten, auf der richtigen politischen Seite zu stehen. »Wes Brot ich eß, des Lied ich sing'« wäre dennoch eine zu vereinfachende Schlußfolgerung aus dieser Lebensbeschreibung. Engagement, das Beherrschen des journalisti-

schen Handwerks, Individualität und Kreativität bei der Programmgestaltung, auch Spaß – das waren die Nischen, die sich auch ein Journalist in der DDR schaffen konnte. Relativ ungenau bleiben die Erkenntnisse und Reflexionen darüber, wie Priess selbst Macht ausgeübt hat, was er in den von ihm ausgeübten Chefpositionen ohne Zweifel konnte und mußte. Letztlich beschreibt er sich dabei als »Durchsteller« der – von ihm mitunter angezweifelte, aber wenig bekämpfte – Botschaften, der mit seinen Mitarbeitern menschlich umging, als »primus inter pares«. Die Hoffnung auf Reformfähigkeit der stets verteidigten Gesellschaft hat Heinz Priess erst spät verlassen, für mich kein Grund, ihm den Respekt vor seinem Leben, seinen Lebensleistungen und seiner Lebensbeschreibung zu versagen.

Ingrid Pietrzynski, Berlin

Ulrich Mähler (Hrsg.)

Vademekum DDR-Forschung.

Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten.

Opladen: Leske + Budrich 1997, 352 Seiten

Die Bestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv.

Kurzübersicht.

Berlin: Edition Colloquium im Wissenschaftsverlag
Volker Spiess 1996, 178 Seiten.

Nach Öffnung der Archive in der früheren DDR und dem nahezu uneingeschränkten Zugang zu den dort aufbewahrten Materialien sind eine kaum noch zu überblickende Anzahl von Monographien, Sammelbänden, Aufsätzen und Dokumentationen erschienen. Staatliche, gesellschaftliche und private Initiativen haben zur Etablierung einschlägiger Forschungsschwerpunkte, zu neuen Forschungseinrichtungen und zu einer großen Veröffentlichungswelle geführt. Zwei Nachschlagewerke sind deshalb von großem Nutzen, die einerseits die vielfältigen Initiativen vorstellen, andererseits einen der zentralen Archivbestände des SED-Staates beschreiben.

Ulrich Mähler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, bemüht sich, durch sein Vademekum, Schneisen in das schier undurchdringliche Dickicht der Materialien und Forschungen über die DDR zu schlagen. In zehn Kapiteln stellt er in seinem Handbuch Archive und Bibliotheken, Forschungseinrichtungen, Aufarbeitungsinitiativen, Museen und Gedenkstätten vor. Jede Institution erhält den gleichen Platz eingeräumt, »gleich ob sie einen oder fünfzehn Mitarbeiter beschäftig[t], zwei Meter oder 170 Kilometer Akten verwalte[t].« (S. IX) So sind neben Anschrift, Leitung und Ansprechpartner vor allem die Rubriken Schwerpunkte der Arbeit, Angebote der Forschungsförderung, Bestände und Erschließung die interessantesten. Den Schwerpunkt bilden natürlich Eintragungen zu Einrichtungen in den neuen Ländern, verzeichnet werden aber auch solche in den

alten Ländern, wenn sie übergreifende Aufgaben, wie das Bundesarchiv in Koblenz, wahrzunehmen haben oder wenn sie Archivbestände aus der früheren DDR verwahren, wie das beim Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg der Fall ist. Hinzukommen auch Archive im Ausland, so in Frankreich, Großbritannien, Rußland und den Vereinigten Staaten mit ihren Beständen an Akten aus der Besatzungszeit oder Forschungseinrichtungen in weiteren Ländern, die sich mit der Entwicklung internationaler Beziehungen befassen. Der Begriff »DDR-Forschung« ist also weit gefaßt, und die Publikation schießt damit gelegentlich weit über ihr Ziel hinaus.

Im Kapitel »Selbstdarstellungen« des »Vademekum« sind auch zwei Seiten der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« (SAPMO) zu finden, wonach die Einrichtung »die auf zentraler Ebene entstandenen Unterlagen der Parteien und Massenorganisationen der DDR einschließlich der Gewerkschaften und des Nationalrates der Nationalen Front, die mit ihnen verbundenen Organisationen und juristischen Personen, außerdem Unterlagen von gesellschaftlichen Organisationen, die als berufständische, soziale und kulturelle Organisationen sowie als Interessenvertreter einzelner Bevölkerungsgruppen angesehen werden können«, verwahrt. (S. 293) Doch die Stiftung weist auf eine Einschränkung hin: Unterlagen der (Ost-)CDU werden im Archiv für Christlich-Demokratische Politik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Liberal-Demokratischen Partei im Archiv des Deutschen Liberalismus bei der Friedrich-Naumann-Stiftung aufbewahrt.

Entsprechend spiegelt auch die Kurzübersicht, die in »Schriftgut von Parteien und Organisationen«, »Bibliotheksgut«, »Sammlungen« und »Erinnerungen und Nachlässe« sowie einen »Anhang« unter anderem mit Hinweisen für Benutzer, den Texten des Bundesarchivgesetzes und des Errichtungserlasses sowie einen Sachindex eingeteilt ist, den Schwerpunkt der Archivalienüberlieferung der Stiftung wider: Es sind die Unterlagen der SED und der von ihr angeleiteten Massenorganisationen für die Zeit von 1945 bis 1989. Nachgewiesen wird aber auch Schriftgut von Organisationen der Arbeiterbewegung aus der Zeit vor 1945 und von Organisationen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bis 1989, so von der KPD und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Im Abschnitt »Bibliotheksgut« des Kurzführers wird Gedrucktes der DDR-Parteien und -Organisationen und über sie beschrieben und im Abschnitt »Sammlungen« neben Dokumentationen wie dem 12 444 Akteneinheiten umfassenden Marx-Engels-Archiv auch Flugblätter, Plakate, Fotos, Tondokumente, Filme und Museumsstücke.

Leider beschränken sich die Sachregister bzw. -index genannten Verzeichnisse in beiden Publikationen im wesentlichen auf eine alphabetische Auflistung der Institutionen. Deshalb sucht man »Medien«, »Rundfunk« und »Fernsehen« leider vergebens. Und das Deutsche Rundfunkarchiv wird im Vademekum (s. 88) allein mit seiner Berliner Filiale erwähnt, so daß der gesamtdeutsche Bezug nicht deutlich wird. Inakzeptabel ist es auch, daß Die Deutsche Bi-

bliothek zwar mit ihrem Berliner Musikarchiv im Vademekum (S. 87) erscheint, nicht aber mit der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main und der Deutschen Bücherei in Leipzig.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Hans Jörgen Gerlach
Heinrich Eduard Jacob.

Between Two Worlds / Zwischen zwei Welten.

Aachen: Shaker Verlag 1997, VI und 191 Seiten.

Die »Brockhaus-Enzyklopädie« widmet ihm 16 Zeilen, die »Deutsche biographische Enzyklopädie« räumt ihm 20 Zeilen ein, das »Biographische Handbuch zur deutschsprachigen Emigration nach 1933« gesteht ihm 39 Zeilen, doch das »Kritische Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur« hält ihn keines Eintrags für würdig: Heinrich Eduard Jacob, Journalist, Schriftsteller und Übersetzer, geboren 1889 in Berlin, gestorben 1967 in Salzburg, 1938 von den Nationalsozialisten aus Wien vertrieben und anschließend in den Konzentrationslagern von Dachau und Buchenwald festgehalten, emigrierte 1940 in die Vereinigten Staaten und lebte nach Ende des Zweiten Weltkriegs in New York und in Zürich.

Einen Überblick über sein umfangreiches Werk versucht Hans Jörgen Gerlach zu bieten und legt eine Kombination aus bruchstückhafter Biographie und Bibliographie vor. So gibt es einleitend die kurzen, wenige Zeilen umfassenden Abschnitte »Namen, unter denen der Literat veröffentlichte«, »Frühere Namen«, »Geburts- und Sterbedatum«, »Eltern«, »Geschwister«, »Ausbildung, Tätigkeit (...)«, »(...) Situation ab 1933«. Es folgen in einer undurchschaubaren Reihenfolge Auflistungen der Übersetzungen fremder Werke durch Jacob, seiner Beiträge in Anthologien, kombiniert mit seiner Tätigkeit als Herausgeber, der Zeitungen, für die er schrieb, der Werke, »die zwar in amerikanischer, bisher aber noch nicht in deutscher Sprache erschienen sind«, seiner Buchveröffentlichungen einschließlich der Übersetzungen in fremde Sprachen, gefolgt von einem »Hinweis zum Stil H. E. Jacobs«. Der Übersicht »Bisher unveröffentlichte Werke« schließen sich an: »H. E. Jacob als Lyriker«, »Rundfunksendungen (...)«, »Literatur/Berichte/Beiträge (...)«, wobei alle Bücher mit Einträgen zu Jacob erwähnt werden, »Korrespondenzpartner und -partnerinnen (...)«, »Besonderheiten, Auszeichnungen, Ehrungen« sowie »Der literarische Nachlaß«, der sich im Deutschen Literaturarchiv in Marbach/N. befindet.

Von Systematik kann also keine Rede sein, auch ist nicht erkennbar, in welchem Zusammenhang diese bio-bibliographische Zusammenstellung steht. Sie scheint von der Euphorie des Bearbeiters getragen zu sein, daß, wie er in der Einleitung schreibt, »die Literaturwissenschaft (...) seit einiger Zeit dabei [ist], sich wieder an einen der großen deutschsprachigen Literaturschaffenden zu erinnern.« Davon zeugt, daß sich gleich drei Germanisten mit Jacob in ihren Dissertationen befassen – mit den Schwerpunkten Rezeptionsgeschichte, Werkanalyse, Auseinandersetzung mit dem Judentum. Die Übersicht über das

Rundfunkwerk aber zeigt, daß für die Rundfunkgeschichte ein bisher noch Namenloser zu entdecken ist: Jacob hatte seine Premiere am 29. Januar 1929 in der Berliner Funkstunde; seine letzte Sendung datiert vom 2. April 1966 beim RIAS Berlin. Dazwischen lagen Auftritte vor allem beim Österreichischen Rundfunk, bei Rundfunkstationen in New York, beim Nordwestdeutschen Rundfunk und Südwestfunk – mit dem Schwerpunkt Musikgeschichte.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

In memoriam Reinhard Raffalt.

Daten und Fakten. Reinhard Raffalt
zum 75. Geburtstag.

München: Bibliothek des Deutschen Museums 1998,
127 Seiten.

Anläßlich des 75. Geburtstags von Reinhard Raffalt hat die Bibliothek des Deutschen Museums in München 1998 für eine Ausstellung in der Eutiner Landesbibliothek ein Verzeichnis der Veröffentlichungen von Reinhard Raffalt vorgelegt, das auf Vorarbeiten für zwei andere Ausstellungen aufbauen konnte, die 1996 anläßlich seines 20. Todestags im Münchener Deutschen Museum und in der Potsdamer Stadt- und Landesbibliothek gezeigt wurden. Der Journalist, Regisseur und als Organist aktive Musiker Reinhard Raffalt (1923 - 1976), dessen Nachlaß in der Universitätsbibliothek seiner Geburtsstadt Passau verwahrt wird, war eine vielseitige Persönlichkeit, die Anfang der 50er Jahre ihren Lebensmittelpunkt nach Rom verlegte und dort in vielfältigen Funktionen als Repräsentant staatlicher kultureller Interessen der Bundesrepublik Deutschland in Italien wirkte, außerdem als ständiger Freier Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks – nicht allein für den Hörfunk, sondern auch für das Fernsehen – tätig war und von hier aus für die Rundfunkanstalt auch Reportagereisen in zahlreiche Länder der Erde unternahm.

Bibliographiert sind in diesem Verzeichnis neben den Rundfunkbeiträgen auch die musikalischen und schriftstellerischen Arbeiten, die Vorträge und Rezensionen. Mit Faksimiles von Rundfunkmanuskripten und Zeitungsbeiträgen, Titeln von Büchern und Konzertprospekten angereichert, eröffnet die Publikation einen Blick auf das publizistische Schaffen einer außergewöhnlichen und vielseitigen Persönlichkeit. Leider enthält das Inhaltsverzeichnis keine Seitenangaben, so daß das Auffinden der einzelnen Abschnitte etwas mühsam ist.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Bibliographie

Zeitschriftenlese 78 (1.10. - 31.12.1998)

Abel, Klaus-Michael: Gut gehalten – »Das Wort zum Sonntag«. Religiöse Ansprache. Erstsendung: 8. Mai 1954. In: Deeken, Annette: Fernsehklassiker. Alfeld 1998. S. 57-80.

Ahrweiler, Christine, Anja Dumjahn: »Aspekte« einer Kulturmagazin-Kultur. »aspekte«, Kulturmagazin. Erstsendung: 17. Oktober 1965. In: Deeken, Annette: Fernsehklassiker. Alfeld 1998. S. 101-119.

Albert, Pierre: Die Entwicklung der Radiolandschaft in Frankreich. Dt., franz. In: Ursula E. Koch, Detlef Schröter, Pierre Albert, Rémy Rieffel (Hrsg.): Hörfunk in Deutschland und Frankreich. Journalisten und Forscher im Gespräch. München 1996. S. 35-48.

Arens, Peter: Dokus in voller Fahrt. Über die wunderbare Renaissance des IQ-Fernsehens. In: ZDF Jahrbuch [19]97. Mainz 1998. S. 92-94.

Über den Erfolg der kulturgeschichtlichen Dokumentationen des ZDF seit den frühen 80er Jahren: »TERRA-X«, »Sphinx«, »Schliemanns Erben« und »Quo Vadis – Wendepunkte der Geschichte«.

Bartosch, Günter: Adieu, Vico! Vico Torriani und das ZDF – ein Kapitel Fernsehgeschichte. In: ZDF-Kontakt. 1998. H. 4. S. 26-27.

Biener, Hansjörg: Deutsche Sendungen aus Warschau. In: Weltweit hören. 1998. H. 10. S. 28-29.

Zur Geschichte des deutschsprachigen polnischen Auslandsrundfunks (seit 1950).

Biener, Hansjörg: 45 Jahre: Deutsche Sendungen von HCJB. In: Weltweit hören. 1998. H. 10. S. 10.

Über die deutschsprachigen Sendungen des Internationalen Missionssenders (seit 1953).

Biener, Hansjörg: Radio Minsk. In: Weltweit hören. 1998. H. 7. S. 5.

Über das deutschsprachige Programm des weißrussischen Auslandssenders (seit 1985).

Biener, Hansjörg: 60 Jahre Deutsche Sendungen der BBC. In: Weltweit hören. 1998. H. 10. S. 6.

Böhme-Dürr, Karin: Nachruf auf Hertha Sturm. In: Publizistik. Jg. 43. 1998. H. 3. S. 299-301.

22. Januar 1925 - 14. Mai 1998, Kommunikationswissenschaftlerin, Redakteurin für Bildungsprogramme beim Südwestfunk und beim ZDF.

Bourdon, Jérôme: Censorship and television in France. In: Historical journal of film, radio and television. Vol. 18. 1998. Nr. 2. S. 231-235.

Caba Rall, Marina: Das Dokumentarische in den Kinofilmen Ken Loachs. Ein sonniger Madrider Tag oder wie ich »Raining Stones« entdeckte. In: Film und Fernsehen. Jg. 26. 1998. H. 2. S. 34-41.

Über die Dokudramen des englischen Regisseurs für das Fernsehen der BBC und über die dokumentarischen Elemente in seinen Spielfilmen.

Charron, Jean: Von den Peripheriesendern zum Satellitenrundfunk. Die Entwicklung der Société Financière de Radiodiffusion (SOFIRAD). In: Ursula E. Koch, Detlef Schröter, Pierre Albert, Rémy Rieffel (Hrsg.): Hörfunk in Deutschland und Frankreich. Journalisten und Forscher im Gespräch. München 1996. S. 323-330.

Die SOFIRAD wurde 1942 als staatliche Kontroll- und Verwaltungsinstitution für die französischen Peripheriesender gegründet.

Collins, Richard: Supper with the devil – a case study in private/public collaboration in broadcasting: the genesis of Eurosport. In: Media, culture and society. Vol. 20. 1998. Nr. 4. S. 653-663.

Cottle, Simon: Making ethnic minority programmes inside the BBC. Professional pragmatics and cultural containment. In: Media, culture and society. Vol. 20. 1998. Nr. 2. S. 295-317.

darin: BBC multicultural programmes: a brief history.

Doelker, Christian: Zum Tod der Medienwissenschaftlerin Hertha Sturm. In: Medien und Erziehung. Jg. 42. 1998. H. 4. S. 255.

Dörfler, Edith, Wolfgang Pensold: Das Rundfunkwissenschaftliche Institut an der Universität Wien. In: Medien & Zeit. Jg. 13. 1998. H. 3. S. 49-55.

Über die rundfunkwissenschaftliche Forschung und Lehre an der Universität Wien vom WS 1952/53 bis WS 1953/54.

Dussel, Konrad: Bildung versus Unterhaltung? Ein Vergleich deutsch-deutscher Hörfunkprogramme am Vorabend des Fernsehzeitalters. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, LiLi. Jg. 28. 1998. H. 111 (Radio). S. 77-101.

Am Beispiel der Hörfunkprogramme der BRD und der DDR im Jahr 1958.

Dussel, Konrad: Garanten politischer Unabhängigkeit in einer sich wandelnden Medienwelt – die SDR-Intendanten Fritz Eberhard, Hans Bausch und Hermann Fünfgeld. In: Hermann Fünfgeld (Hrsg.): Von außen besehen. Markenzeichen des Süddeutschen Rundfunks. (Südfunk-Hefte. 25.) Stuttgart 1998. S. 11-34.

Eisenhauer, Bertram: Tatort Deutschland. Sozialgeschichte und Mentalitäten im Spiegel des Kriminalfilms. In: Claudia Cippitelli, Axel Schwanebeck (Hrsg.): Das Mord(s)programm. Krimis und Action im deutschen Fernsehen. Frankfurt am Main 1998. S. 63-87.

Ellgaard, Peter: Wie kommt »Bonn direkt« ins »Haus der Geschichte«? In: ZDF Jahrbuch[19]97. Mainz 1998. S. 111-113.

Zum 10jährigen Bestehen des innenpolitischen Magazins des ZDF.

Erz, Katharina: Brot und Spiele? – Die Talkshow. In: TV Diskurs. H. 5. 1998. S. 44-50.

darin: Programmgeschichtliche Entwicklung der Talkshow.

Etzkorn, K. Peter, Hans-Jörg Stiehler: The ›Valley of the Clueless‹ – results from an historical experiment. In: Communications. The European journal of communication research. Vol. 23. 1998. Nr. 3. S. 271-298.

Mit »Tal der Ahnungslosen« wurde die Region um Dresden bezeichnet, in der zu DDR-Zeiten keine Westfernsehprogramme empfangen werden konnten.

Frey, Peter: Kontinuität ist mir wichtig. Über die Auslandsberichterstattung im ZDF. Interview: Rudolf Gültner, Thomas Hagedorn. In: ZDF-Kontakt. 1998. H. 9. S. 8-9.

Unter dem Titel: Kontinuität ist wichtig. Zu 25 Jahren »auslandsjournal«. In: ZDF. Monatsjournal. Jg. 14. 1998. H. 10. S. 6-7.

Gehrmann, Horst Joachim: »Ein Fall für zwei« – 150 Mal in 16 Jahren. In: ZDF Jahrbuch. [19]97. Mainz 1998. S. 87-89.

Germann, Carsten: »Ran« ans »Aktuelle Sport-Studio«. »Das aktuelle Sport-Studio.« Sportsendung, ZDF. Erstsendung: 24. August 1963, Live. In: Deeken, Annette: Fernsehklassiker. Alfeld 1998. S. 167-188.

Zugleich historischer Überblick über die Sportberichterstattung im deutschen Fernsehen.

Goslicki, Sonja: Vom »Neuen Deutschland« ins neue Deutschland – Polizeiruf 110. In: Claudia Cippitelli, Axel Schwanebeck (Hrsg.): Das Mord(s)programm. Krimis und Action im deutschen Fernsehen. Frankfurt am Main 1998. S. 89-96.

Hagen, Lutz M.: Massenmedien und Zeitgeschichte. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft vom 20. bis 22. Mai 1998 in Mainz. In: Publizistik. Jg. 43. 1998. H. 3. S. 306-311.

darin: Massenmedien als Agenten des zeitgeschichtlichen Wandels – Die Vermittlung von Geschichte durch Massenmedien – Massenmedien als historische Objekte

Hallenberger, Gerd: Mit »Familie Hesselbach« und Peter Frankenfeld fing alles an – eine kleine Kulturgeschichte der Fernsehunterhaltung. In: Vom Boulevard zum Trash-TV: Fernsehkultur im Wandel. Dokumentation vom BLM-Rundfunkkongress 1997. München 1998. S. 7-22.

Hedrich, Andreas: Der Traum vom Sehen – Zeitalter der Television. Die Fernseh-Ausstellung im Gasometer Oberhausen vom 7. April bis 4. Oktober 1998. In: Medien und Erziehung. Jg. 42. 1998. H. 5. S. 295-296.

Hickethier, Knut: Junges Hörspiel in den neunziger Jahren. Audioart und Medienkunst versus Formatradio. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, LiLi. Jg. 28. 1998. H. 111 (Radio). S. 126-144.

Hickethier, Knut: »Stuttgarter Stil« – das Fernsehspiel des Süddeutschen Rundfunks. In: Hermann Fünfgeld (Hrsg.): Von außen besehen. Markenzei-

chen des Süddeutschen Rundfunks. (Südfunk-Hefte. 25.) Stuttgart 1998. S. 381-401.

Zum Fernsehspiel des Süddeutschen Rundfunks seit den 50er Jahren.

Hillmann, Susanne: 25 Jahre »tele zoo«. Das älteste Tiermagazin im deutschen Fernsehen. In: ZDF Jahrbuch [19]97. Mainz 1998. S. 98-101.

Hörburger, Christian: Stuttgarter Hörspielschule oder Hörerkundungen eines Hörspielhörers. In: Hermann Fünfgeld (Hrsg.): Von außen besehen. Markenzeichen des Süddeutschen Rundfunks. (Südfunk-Hefte. 25.) Stuttgart 1998. S. 253-272.

Zur Hörspieldramaturgie des Süddeutschen Rundfunks seit den 50er Jahren.

Hörisch, Jochen: Der Geist des Radios. Zum 50. Geburtstag der »Aula« im SWF. In: Sprache im technischen Zeitalter. Jg. 36. 1998. H. 145. S. 112-122.

Zum 50jährigen Bestehen der Hörfunkvortrags-sendung des Südwestfunks. »Die Aula – Die Stimme der Universität« begann am 14. September 1947.

Hoffmann, Rüdiger: Netzwerk der Solidarität. Hilfsaktionen und Benefizsendungen der ARD. In: ARD-Jahrbuch. Jg. 30. 1998. S. 113-118.

Zur Geschichte der Rundfunkhilfsaktionen seit der »Winterhilfe«-Sendungen zu Beginn der 30er Jahre.

Janke, Hans: Erfolgreicher Gestalter, Mentor und Manager. Auf Oswald Ring zum Abschied vom Amt. In: ZDF-Kontakt. 1998. H. 5. S. 32-33.

Laudatio zum Abschied des ZDF-Programmdirektors am 30. März 1998.

Janke, Hans: Good-bye, Derrick! Abschied einer Legende. In: ZDF. Monatsjournal. Jg. 14. 1998. H. 10. S. 4-5.

Karst, Karl: »Mein Lebensziel war es, Kutscher zu werden.« Günter Eich und die Anfänge des Rundfunks in Deutschland. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, LiLi. Jg. 28. 1998. H. 111 (Radio). S. 44-56.

Über Günter Eichs literarische Arbeiten für den Rundfunk in den 20er und 30er Jahren.

King, Anthony: Thatcherism and the emergence of Sky Television. In: Media, culture and society. Vol. 20. 1998. Nr. 2. S. 277-293.

Kirchner, Gottfried: »TERRA-X« wird 15. Gedanken um ein Jubiläum. In: ZDF Jahrbuch [19]97. Mainz 1998. S. 95-97.

Die kulturgeschichtliche Sendereihe des ZDF startete am 17. Januar 1982.

Koch, Ursula E.: 70 Jahre »Rundfunk für alle«. Meilensteine der deutschen Hörfunkgeschichte. Dt., franz.. In: Ursula E. Koch, Detlef Schröter, Pierre Albert, Rémy Rieffel (Hrsg.): Hörfunk in Deutschland und Frankreich. Journalisten und Forscher im Gespräch. München 1996. S. 49-72.

Konrad, Walter: Fünf Jahre ARTE oder: Die Entdeckung der Neugier. In: ZDF Jahrbuch [19]97. Mainz 1998. S. 191-195.

Kreutz, Anja: Die drei K: K(lamotten), K(osmetik), K(arriere): »Brigitte-TV« – ein Rückschritt im Frauen-

TV. In: *Medien und Erziehung*. Jg. 42. 1998. H. 3. S. 180-182.

darin: Zur Gattungsgeschichte der Frauenprogramme.

Langer, Wolfgang, Wolfgang Pensold: Heimat, fremde Heimat. Die österreichische Rundfunkentwicklung und die Kärntner Slowenen. In: *Medien & Zeit*. Jg. 13. 1998. H. 3. S. 42-48.

Lozano-Berdié, Chus: Und täglich grüßt die »Tageschau«. Nachrichtensendung. Erstsendung: 26. Dezember 1952. In: Deeken, Annette: *Fernsehklassiker*. Alfeld 1998. S. 31-56.

Luckenhaupt, Ursula: 1 – 2 oder 3. 20 Jahre spannende Unterhaltung für Kinder. In: *ZDF. Monatsjournal*. Jg. 14. 1998. H. 7. Junior-Journal. S. II.

Matzen, Christiane: Chronik der Rundfunkentwicklung 1997. In: *Rundfunk und Fernsehen*. Jg. 46. 1998. H. 1. S. 135-142.

Meckel, Miriam: Die neue Übersichtlichkeit. Zur Entwicklung des Format-Fernsehens in Deutschland. In: *Rundfunk und Fernsehen*. Jg. 45. 1997. H. 4. S. 475-485.

Neira, Evelyn: Expertenrat gefragt. Ratgeber- und Servicesendungen in den Fernsehprogrammen der ARD. In: *ARD-Jahrbuch*. Jg. 30. 1998. S. 92-100.

Historischer und aktueller Überblick.

Oertel, Ferdinand: Öffentliches Rundfunkwesen in USA im Wandel. Richtungskämpfe um Struktur, Finanzierung und Programme. In: *Communicatio socialis*. Jg. 31. 1998. H. 3. S. 320-327.

Österreichische Fernsehgeschichte [4 Beiträge]. In: *Medien & Zeit*. Jg. 13. 1998. H. 3. S. 4-41.

Edith Dörfler, Wolfgang Pensold: Ein Fenster zum Westen. Zur Implementierung des Fernsehens in Österreich

Zeitzeugenberichte:

Fritz Luger: Ich wollte trotzdem zum Fernsehen

Akfred Petrovsky: Fernsehen – wer wird das schon wollen?

Walther Fitz: Meine ersten Fernsehjahre

Omphalius, Ruth: Die Wunder unserer Welt. Zum 75. Mal im ZDF: die National Geographic Society mit »Wunderbare Welt«. In: *ZDF. Monatsjournal*. Jg. 14. 1998. H. 7. S. 8-9.

Perry, Sheila: Thirty years of French political television. In: *Historical journal of film, radio and television*. Vol. 18. 1998. Nr. 2. S. 213-229.

Pezold, Kerstin: Hier kommt »die Maus«! »Die Sendung mit der Maus.« Kindersendung. Erstsendung: 7. März 1971 (unter dem Titel »Lach- und Sachgeschichten«). In: Deeken, Annette: *Fernsehklassiker*. Alfeld 1998. S. 141-166.

Pietrzynski, Ingrid: Das Brecht-Stück »Die Gewehre der Frau Carrar« 1953 im Programm des Deutschen Fernsehfunks. (Fotos aus dem Deutschen Rundfunkarchiv). In: *Info 7*. Jg. 13. 1998. H. 2. S. 96-98.

Über die Studiogastspiele von Theatern im frühen Fernsehprogramm der DDR.

Pisarek, Walery: Medienwandel in Mittel- und Osteuropa: Von Staatszentrismus zu Globalismus und Regionalismus. In: Christina Holtz-Bacha, Helmut Scherer, Norbert Waldmann (Hrsg.): *Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben*. Für Winfried Schulz. Opladen, Wiesbaden 1998. S. 125-141.

Pöttker, Horst: Journalismus unter Goebbels. Über die Kraft der Radioreportage. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, LiLi*. Jg. 28. 1998. H. 111 (Radio). S. 57-76.

Wortlaut ausgewählter Reportagen mit Anmerkungen.

Prümm, Karl: Machtvolle Klangmaschine mit Amplitudenbegrenzung. Der Rundfunk in den intermedialen Debatten 1928/29 in Deutschland. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, LiLi*. Jg. 28. 1998. H. 111 (Radio). S. 28-43.

Der Autor beschreibt die verschiedenen Radiatheorien der Weimarer Zeit. Im Mittelpunkt stehen die intermedialen Beziehungen, besonders die von Radio und Tonfilm.

Rambeau, Yves: Die Radiosender der Société Nationale de Radio et de Télévision Française d'Outre-Mer (RFO). In: Ursula E. Koch, Detlef Schröter, Pierre Albert, Rémy Rieffel (Hrsg.): *Hörfunk in Deutschland und Frankreich*. Journalisten und Forscher im Gespräch. München 1996. S. 217-226.

Zur Geschichte der französischen Überseeprogramme seit 1950.

Rüchel, Peter: »Feels so good, hurts so bad.« »Rockpalast« vom WDR. In: *ARD-Jahrbuch*. Jg. 30. 1998. S. 80-84.

Über die Entwicklung der Sendung (seit 1977) und ihre Perspektiven.

Rundfunk in Israel. In: *Weltweit hören*. 1998. H. 8. S. 9-10.

IBA – The Israel Broadcasting Authority; KOL ISRAEL; Die Networks; Der Auslandsdienst; Die privaten Stationen; Sonstige Rundfunkprogramme.

Scheicher, Ursula: Glanzlichter eines Genres. 15 Jahre »ZDF-reportage«. In: *ZDF-Kontakt*. 1998. S. 6-7.

Schmitz, Verena: Gut'n Aabend – Die »Mainzelmännchen«. Werbesendefiguren. Erstsendung: 2. April 1963. In: Deeken, Annette: *Fernsehklassiker*. Alfeld 1998. S. 81-100.

Selg, Olaf: Die Talk-Chronik. Seit wann gibt es Talkshows in Deutschland? Woher kommen sie, und wie haben sie sich entwickelt?. In: *TV Diskurs*. 1998. H. 5. S. 62-63.

Simon, Heike: »Wir bauen unsere kleine Stadt.« Eine Aktion des Kinderfunks des Berliner Rundfunks 1947. (Fotos aus dem Deutschen Rundfunkarchiv). In: *Info 7*. Jg. 13. 1998. H. 1. S. 16-19.

Rückblick auf das frühe Kinderhörfunkprogramm des DDR-Rundfunks unter Leitung von Ilse Obrig.

Simon-Zülch, Sybille: Die Wahrheit der ästhetischen Inszenierung oder: ein persönlicher Rückblick auf die »Stuttgarter Schule«. In: Hermann Fünfgeld (Hrsg.):

Von außen besehen. Markenzeichen des Süddeutschen Rundfunks. (Südfunk-Hefte. 25.) Stuttgart 1998. S. 367-380.

Zur Dokumentarfilmarbeit des Süddeutschen Rundfunks in den 50er und 60er Jahren.

Sommer, Heinz-Dieter: Radio im Multimedia-Zeitalter. Zum 75. Geburtstag ein Ausblick. In: ARD-Jahrbuch. Jg. 30. 1998. S.17-28.

Ungureit, Heinz: »Die Menschen da abholen, wo sie sind.« Zum Tode von Alois Schardt. In: ZDF-Kontakt. 1998. H. 4. S. 29.

1961 - 1968 Bayerischer Rundfunk, dort seit 1965 Aufbau und Leitung des Telekollegs, 1972 - 1988 Redakteur, Leiter der HA Programmplanung, zuletzt Programmdirektor des ZDF.

Viehoff, Reinhold: Schriftsteller und Hörfunk nach 1945 – ein unterschätztes Verhältnis. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, LiLi. Jg. 28. 1998. H. 111 (Radio). S. 102-125.

Weiß, Hans-Jürgen: Lutz Erbring 60 Jahre. In: Publizistik. Jg. 43. 1998. H. 3. S. 295-296.

Kommunikationswissenschaftler mit den Schwerpunkten empirische Kommunikationsforschung und Politische Kultur.

Whitford, Frank: Mord in Mummerset. Der britische Fernsehkrimi. In: Claudia Cippitelli, Axel Schwanebeck (Hrsg.): Das Mord(s)programm. Krimis und Action im deutschen Fernsehen. Frankfurt am Main 1998. S. 97-112.

Wischnewski, Klaus: Gerhard Scheumann. Geboren am 25.12.1930 in Ortelsburg (Szczzytno), gestorben am 30.5.1998 in Berlin. In: Film und Fernsehen. Jg. 26. 1998. H. 2. S. 110-112.

Rede auf der Trauerfeier für den Fernsehjournalisten und (Fernseh-)Dokumentaristen (Fernsehen der DDR).

Zenner, Elmar: Per Tele live auf den Mond. »Die Mondlandung von Apollo 11«, Live-Übertragung. 20. Juli bis 21. Juli 1969 ab 17.10 Uhr (MEZ) in der ARD. In: Deeken, Annette: Fernsehklassiker. Alfeld 1998. S. 121-139.

Zimmermann, Harro: Radio – Modernisierung der Sinne. Forschungsperspektiven zwischen Literatur- und Kulturwissenschaft (am Beispiel der zwanziger Jahre). In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, LiLi. Jg. 28. 1998. H. 111 (Radio). S. 9-27.

Über die literatur- und kulturwissenschaftliche Radiotheorie und über das literarische und kulturelle Programm des Rundfunks in der Weimarer Republik.

Rudolf Lang, Köln

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

30. Jahrestagung des Studienkreises in Siegen (6. bis 8. Mai 1999)

Die 30. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, in Kooperation veranstaltet mit dem Sonderforschungsbereich 240 »Bildschirmmedien« der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Universität Siegen, findet vom 6. bis 8. Mai 1999 in Siegen statt. Sie befaßt sich – im internationalen Kontext – mit technischen, ästhetischen und politischen Inszenierungsformen des Authentischen im Fernsehen und deren medientheoretischen Reflexionen.

Programm der Jahrestagung

Donnerstag 6. Mai 1999

Fachgruppensitzungen

- Ort: Medien- und Kulturhaus Lütz
(St.-Johann-Str. 18)
- 14.00 Uhr **Archive und Dokumentation**
Ort: 2. OG, Raum 206
Rundgespräch:
Die Konvention des Europarates zum Schutz des audiovisuellen Erbes.
Zum Stand der Diskussion des Entwurfs in der Bundesrepublik Deutschland
Michael Krause (Köln)
Dr. Klaus Oldenhage (Koblenz)
Dr. Heiner Schmitt (Mainz)
Moderation:
Dr. Edgar Lersch (Stuttgart)
- 14.00 Uhr **Technik**
Ort: EG, Raum 4
Vom Drahtfunk zum Breitbandkabel.
Drahtgebundener Rundfunk contra terrestrische Ausstrahlung: Konkurrenz oder Ergänzung
Prof. Dr.-Ing. Otto Künzel (Ulm)
Moderation:
Dipl.-Ing. Peter Pfirstinger (München)
- 16.00 Uhr **Literatur**
Ort: 2. OG, Raum 206
Akustische Ästhetik: live / authentisch
Klaus Schöning (Köln)
Akustische Kunst – live event – authentisches Erleben
(mit Hörbeispielen)

Diskussion
Moderation:
Prof. Dr. Reinhold Viehoff (Halle)

17.00 Uhr **Musik**
Ort: EG, Raum 4
Funktionswandel der Musik in den Medien.
Diskussion zur Neuorientierung der künftigen Fachgruppenarbeit
Moderation:
Dr. Wolfgang Sieber (Frankfurt am Main)

19.30 Uhr **Fernsehforschung Live!**
Ort: Restaurant der Siegerlandhalle
(Koblenzer Str. 151)
Gespräche mit Prof. em. Dr. Dr. hc. Helmut Kreuzer, Prof. Dr. Helmut Schanze, Prof. Dr. Christian W. Thomsen, Dr. Marianne Ravenstein und Gästen

Freitag 7. Mai 1999

Medien- / Fernsehtheorien

- Ort: Siegerlandhalle
(Koblenzer Str. 151)
- 9.00 Uhr Begrüßung durch das Rektorat der Universität Siegen
Eröffnung durch den Vorsitzenden des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, Dr. Helmut Drück, und den Sprecher des Sonderforschungsbereichs, Prof. Dr. Helmut Schanze
- 9.30 Uhr Live Artifacts: Performing and Programming Televisual Liveness
Prof. Dr. John Thornton Caldwell (Los Angeles)
- 10.15 Uhr Kaffeepause
- 10.30 Uhr Authentizität als paradoxe Vermittlung. Augenzeugenschaft und Selbstinszenierung in symptomatischer Kommuni(kati)on
Prof. Dr. Hans-Ulrich Reck (Köln)
- 11.15 Uhr Störung und »Monitoring«. Zur Paradoxie des Ereignishaften
HD Dr. Kay Kirchmann (Konstanz)

12.00 Uhr	Holografische Kriege. Zur »Echtzeit« des Objekts Prof. Dr. Hans-Joachim Lenger / Marisa Calcagno (Hamburg)
12.45 Uhr	Mittagessen
	Ländervergleiche
14.30 Uhr	Großbritannien Prof. Dr. Paddy Scannell (London)
15.15 Uhr	Frankreich Alain Flageul (Paris)
16.00 Uhr	Kaffeepause
16.15 Uhr	Italien Prof. Dr. Milly Buonanno (Florenz)
17.00 Uhr	Deutschland Dr. Kay Hoffmann (Stuttgart)
18.30 Uhr	Mitgliederversammlung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte
21.00 Uhr	Abendveranstaltung
Ort:	Haus der Siegerländer Wirtschaft (Spandauer Str. 25)
Samstag	8. Mai 1999
	Produktions- und Programmformen
9.30 Uhr	Die virtuelle Unschuld. Möglichkeiten der Produktionstechnik für Bild und Ton zwischen Gestaltung und Manipulation Prof. Dr. Ulrich Messerschmid (München)
10.15 Uhr	»Live«-Unterhaltung PD Dr. Gerd Hallenberger (Siegen)
11.00 Uhr	Kaffeepause
11.15 Uhr	»Live« und aktuelle Berichterstattung Dr. Peter Frey (Mainz)
12.00 Uhr	Sport als »Live«-Inszenierung Erich Laaser (angefragt)
12.45 Uhr	Live ist Live ist Live. Vom Theater und seiner Inszenierung im Fernsehen Prof. Dr. Peter Seibert / Sandra Nuy (Siegen)
13.30 Uhr	Vom »live« zur Interaktion HD Dr. Manfred Kammer (Siegen)

Mitgliederversammlung des Studienkreises

Am 7. Mai 1999, 18.00 Uhr, findet im Foyersaal der Siegerlandhalle in Siegen die Mitgliederversammlung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte statt. Die Tagesordnung sieht die üblichen Regularien vor: Bericht des Vorsitzenden, Kassenbericht und Bericht der Kassenprüfer. Am wichtigsten für die Anwesenden dürfte der Tagesordnungspunkt 6 werden: Neuwahl des Vorstandes. Nach fast achtjähriger Amtszeit möchte der derzeitige Vorsitzende, Dr. Helmut Drück, Intendant des RIAS Berlin i.R. und Gründungsbeauftragter der Deutschen Mediathek, die Verantwortung für den Verein in jüngere Hände legen. Prof. Dr. Rüdiger Steinmetz vom Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig hat sich bereit erklärt, als Vorsitzender zu kandidieren. Da Steinmetz das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden freimacht, möchte sich Prof. Dr. Reinhold Viehoff, Medienwissenschaftler an der Universität Halle-Wittenberg, zur Wahl zu stellen. Der andere stellvertretende Vorsitzende, Dr. Walter Klingler, Baden-Baden, Schatzmeister Dr. Michael Crone, Frankfurt am Main, und Schriftführer Dr. Edgar Lersch, Stuttgart, haben sich bereit erklärt, ihre Ämter für eine weitere Wahlperiode fortzuführen, und stellen sich erneut zur Wahl. Für die laut Satzung durch die Mitgliederversammlung zu wählenden vier Beisitzer des Vorstandes wird der neue Vorsitzende einen Vorschlag unterbreiten. Andere Kandidaten können in der Mitgliederversammlung für alle erwähnten Wahlämter im Vorstand vorgeschlagen werden.

Die Mitgliederversammlung wird sich auch ausführlicher mit der Finanzlage des Vereins befassen müssen. Zurückgehende Einnahmen und verringerte materielle Unterstützung auf zahlreichen Tätigkeitsfeldern und gleichbleibend hohe Belastungen vor allem durch die Herstellung der Zeitschrift »Rundfunk und Geschichte« bedrohen das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben. Auf diesem Feld wird der neue Vorstand mit Rückendeckung der Mitgliederversammlung zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen haben.

RuG

Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

Goethe, Kästner

Zwei neue CDs mit DRA-Aufnahmen

Anlässlich des 250. Geburtstags von Johann Wolfgang von Goethe am 28. August 1999 und des 100. Geburtstags von Erich Kästner am 23. Februar 1999 hat die Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) Frankfurt am Main – Berlin mit wechselnden Kooperationspartnern jeweils eine CD herausgebracht, die das Werk der beiden Schriftsteller in Ausschnitten hörbar werden lässt.

Die CD des Hörverlags »Gesang der Geister«, an der außer dem DRA auch die Casa di Goethe in Rom beteiligt ist, enthält Aufnahmen mit von Schauspielern und Autoren gesprochenen Texten von und über Goethe. Die Dokumentation der mehr als 20 O-Töne beginnt mit einer Rezitation des »Totentanzes« von 1909, sie enthält einen Wochenschaumitschnitt, in dem Gerhart Hauptmann zu Beginn seiner Amerikareise 1932 Vorträge in den Vereinigten Staaten zum 100. Todestag Goethes an verschiedenen Universitäten ankündigt, Ausschnitte aus verschiedenen Festansprachen von Max Liebermann, Thomas Mann und Albert Schweitzer anlässlich dieses Ereignisses in Deutschland und zum 200. Geburtstag 1949, wobei in den Reden von Johannes R. Becher und Thomas Mann die ideologische Entfremdung zwischen Ost und West deutlich wurde. Sie endet mit Zitaten aus Goethes Aufzeichnungen und Dichtungen anlässlich seiner Italienreisen. Die CD vermittelt einen kleinen Ausschnitt der Rezeptionsgeschichte Goethes, die seit nahezu 100 Jahren auch durch audiovisuelle Überlieferungen nachvollziehbar ist.

Die in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Museum in Berlin herausgebrachte CD zu Kästner trägt den Titel »Leben in dieser und jener Zeit« – unter Anspielung auf das einzige Originalhörspiel Kästners »Leben in dieser Zeit« (Breslau 1929, mit der Musik von Edmund Nick). Sie enthält neben einem Ausschnitt aus dieser »Lyrischen Suite« seltene Plattenaufnahmen der »Neuen Truppe« (1930) mit Rezitationen von Gedichten Kästners, gesprochen von Kästner selbst sowie von Ernst Beierle, der einzigen erhaltenen Rundfunklesung Kästners aus der Zeit vor 1933 (»Stiller Besuch«, Leipzig 1930), zahlreiche Tonaufnahmen aus der Nachkriegszeit, u. a. aus der Rede über die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz (Hamburg 1958) sowie weitere Ausschnitte aus Rundfunksendungen. Diese Ton-

aufnahmen belegen den Weg Kästners von einem »Gebrauchsdichter«, der sich der Wirkung seiner lakonischen, oft auch antimilitaristischen Gedichte (»Sergeant Waurich«) bewußt war, über die Jahre von 1933 bis 1945, in denen Kästner unter seinem Namen nicht publizieren durfte, dem Neuanfang nach 1945 bis in die 60er Jahre, wo er das Schreiben freiwillig aufgab, weil er nicht mehr an die Macht des Wortes glaubte. Schon 1947 hatte er den »Dichter« in seinem »Ringenspiel 1947« – aufgeführt vom RIAS Berlin – sprechen lassen: »Ihr seid das Volk, das nie auf seine Dichter hört«.

DRA

Neu in der Buchreihe des DRA

In der Buchreihe »Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs« Frankfurt am Main – Berlin sind weitere Bände erschienen – ein Inventar, das die Manuskriptbestände des Berliner Rundfunks von 1945 bis 1950 erschließt, sowie eine Sozialgeschichte des Süddeutschen Rundfunks in der Weimarer Republik.

Das Inventar, bearbeitet von Alexander Greguletz, weist rund 4 000 Sendemanuskripte des Berliner Rundfunks von 1945 bis 1950 nach. Mit dem Verzeichnis liegt das erste Ergebnis eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft über mehrere Jahre geförderten Projekts eines Gesamtrepertoriums der historischen Archive von Rundfunk und Fernsehen der DDR vor. Es verbessert damit die Forschungssituation zur Mediengeschichte in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Frühphase der DDR, sind doch so die Interdependenzen ost-westlicher Programmgestaltung quellennah zu erfassen.

Inventar der Manuskriptbestände des Berliner Rundfunks (1945 - 1950). Zusammengestellt und bearbeitet von Alexander Greguletz (= Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs, Bd. 24). Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg 1999, 711 Seiten, ISBN: 3-932891-43-X.

Thomas Penkas Buch, entstanden als Dissertation in der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen, bietet vielfältige und vor allem neue Forschungsansätze und analysiert das Angebot an Wortsendungen der Süddeutschen Rundfunk AG in der Weimarer Republik. Ein umfangreiches Kapitel befaßt sich mit den Programmkonzeptionen der Verantwortlichen, der Programm-

struktur und den Inhalten von Vortragswesen, Literatursendungen, Hör- und Sendespiel, Misch-, Service-, aktuellen und Zielgruppenprogrammen, ein weiteres mit der Rezeption des neuen Mediums, vor allem wie es sich in der periodischen Publizistik der politischen Parteien oder ihnen nahestehender Zeitungen widergespiegelt hat. Der Autor läßt sich von der Fragestellung leiten, ob vom neuen Medium Rundfunk eine gesellschaftliche Integrationskraft ausgegangen ist. Ihn interessieren die Aussagen der Zeitgenossen, ihre Erwartungen und Befürchtungen sowie die Reaktionen der Programmverantwortlichen. Auch ist die Frage von Interesse, ob der Rundfunk für einen pluralistisch-demokratischen Diskurs genutzt worden ist, für eine soziale Öffnung und kulturelle Vielfalt oder ob mit ihm überkommene Barrieren aufrechterhalten wurden, er mithin einem Milieu oder einer Schicht wie dem Bildungsbürgertum zuzuordnen ist.

Thomas Penka: »Geistzerstäuber« Rundfunk. Sozialgeschichte des Südfunkprogramms in der Weimarer Republik (= Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs, Bd. 26). Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg 1999, 484 Seiten, ISBN: 3-932981-45-6.

DRA

Fernsehkrimi mit den Traditionen des DDR-Fernsehprogramms und deren Behauptung nach der Wende in den dann gesamtdeutschen Fernsehprogrammen.

DRA

Stipendien der ARD zur DDR-Rundfunkgeschichte vergeben

Zum fünften Mal hat das Kuratorium der ARD zur Vergabe von Stipendien an Doktoranden, die sich in ihren Dissertationen mit der Erforschung der Rundfunk- bzw. Mediengeschichte der DDR befassen, über die Stipendien entschieden. Gefördert werden – statt wie bisher ganzjährig zwei Stipendiaten – im Jahr 1999 drei Stipendiaten für einen Zeitraum von jeweils acht Monaten ab 1. Januar. Die mit DM 1 500,-- monatlich geförderten Stipendiaten sind Maral Herbst (Humboldt-Universität zu Berlin; Betreuer: Prof. Dr. Wolfgang Mühl-Benninghaus), Thomas Schuhbauer (Freie Universität Berlin; Betreuer: Prof. Dr. Wolfgang Wippermann) und Karin Wehn (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Betreuer: Prof. Dr. Reinhold Viehoff).

Maral Herbst vergleicht in ihrer Dissertation die Berliner Rundfunkeinrichtungen NWDR[Berlin]/SFB im Westen und den Berliner Rundfunk im Osten von Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 bis zum Bau der Berliner Mauer 1961. Thomas Schuhbauer untersucht am Beispiel des DFF-Magazins »Elf 99« die Rolle des DDR-Fernsehens während der Wende und im Prozeß der deutschen Vereinigung 1989/90. Karin Wehn befaßt sich am Beispiel des Genres